

Otto-Friedrich-Universität Bamberg

**Professur für Methoden der empirischen Sozialforschung und Wissenschaftstheorie**

Prof. Dr. Martin Kroh / Dr. Britta Knauer / Dipl.-Soz. Sebastian Wiesnet

Soziologisches Forschungspraktikum 2009/2010

**Die Berichte des  
Soziologischen Forschungspraktikums 2009/2010  
zum Thema „Politische Beteiligung“**



UNIVERSITÄT BAMBERG

Professur für Methoden der empirischen Sozialforschung  
und Wissenschaftstheorie

Prof. Dr. Martin Kroh, martin.kroh@uni-bamberg.de

Dr. Britta Knauer, britta.knauer@uni-bamberg.de

Dipl.-Soz. Sebastian Wiesnet, sebastian.wiesnet@uni-bamberg.de

Feldkirchenstraße 21, 96045 Bamberg

Tel. 0951 863 2628

## Die Berichte des Soziologischen Forschungspraktikums 2009/10

Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Dieses Dokument stellt die zehn Forschungsberichte des Soziologischen Forschungspraktikums 2009/10 zusammen, das zum Thema “Politische Beteiligung” am Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung und Wissenschaftstheorie der Otto-Friedrich-Universität Bamberg durchgeführt wurde. Dabei handelt es sich um ein zweisemestriges Lehrprojekt, in dem die Studierenden des Fachbereichs Soziologie zentrale Aspekte des wissenschaftlichen Arbeitens (Literaturrecherche, Präsentation empirischer Ergebnisse, Aufbau und Schreiben einer wissenschaftlichen Publikation, etc.), Projektplanung (Stichprobenplanung, Durchführung einer Voruntersuchung, Ausarbeitung eines Fragebogens, etc.), Durchführung einer empirischen Untersuchung (qualitative Leitfadeninterviews mit Experten, quantitative Bevölkerungsumfrage) und die Analyse empirischer Daten (Itemanalyse, Faktorenanalyse, multiple lineare und logistische Regressionsanalysen mit SPSS und Auswertung der Leitfadeninterviews mit MAXqda) praxisnah erlernen.

Die Zusammenstellung der aus den Forschungsprojekten hervorgegangenen Berichte richtet sich an die Studierenden und Mitarbeiter der Universität Bamberg, zukünftige Studierende, die sich über die Lehre im Fachbereich Soziologie informieren möchten, und an Interessierte zum Thema “Politische Beteiligung”. Die Projekte haben sich auf innovative Weise mit sehr unterschiedlichen Teilaspekten politischer Beteiligung befasst und liefern für Experten und die interessierte Öffentlichkeit neue Einblicke in ein klassisches Feld der politischen Soziologie.

### Das Thema Politische Beteiligung

Um eine möglichst breite Abdeckung des Themas Politische Beteiligung im Forschungspraktikum zu gewährleisten und den jeweiligen Forschungsgruppen von je 4-5 Teilnehmern ein überschaubares Forschungsfeld vorzugeben, wurden die Gruppen anhand inhaltlicher Gesichtspunkte unterteilt. Die unterschiedlichen

Verhaltensweisen der Bürger politische Entscheidungen zu beeinflussen, werden in der existierenden Forschung der politischen Soziologie oftmals in vier Dimensionen unterschieden (vgl. die Zeilen der Tabelle 1). Manche Bürger nutzen in erster Linie Wahlen und Abstimmungen zur politischen Beteiligung, andere Bürger bevorzugen sogenannte konventionelle Formen der Beteiligung, die sich im Bereich der Mitarbeit in institutionalisierten intermediären Organisationen wie Parteien und Interessengruppen bewegen. Wiederum andere Bürger nutzen vorwiegend sogenannte unkonventionelle Formen der Beteiligung wie Unterschriftenaktionen, Produktboykotte oder die Mitarbeit in Bürgerinitiativen. Schließlich sind von allen bisherigen Gruppen solche Bürger zu unterscheiden, die vermehrt Formen des Protests wie die Teilnahme an Demonstrationen oder Streiks zur politischen Beteiligung nutzen.

Warum einzelne Bürger die eine Dimension der politischen Beteiligung nutzen oder nicht nutzen, hat sehr unterschiedliche Ursachen, die in drei Gruppen von Erklärungen unterteilt werden (vgl. die Spalten der Tabelle 1). Ein erster Teil der Forschung zur politischen Beteiligung konzentriert sich auf Ursachen, die in der sozialen Lage von Bürgern begründet sind. Diese ist z.B. durch Merkmale wie Beruf, Bildung, Einkommen, Geschlecht oder Migrationshintergrund gekennzeichnet. Ein zweiter Forschungsstrang befasst sich mit Einstellungen von Bürgern wie deren Zufriedenheit mit Demokratie, Vertrauen in politische Institutionen oder deren Normen. Das dritte Ursachenbündel für politische Beteiligung ist die Mobilisierung durch soziale Netzwerke, politische Kampagnen, politische Ereignisse, Merkmale des politischen Systems und die individuelle Mediennutzung.

Tabelle 1: Aufteilung der Studierenden auf die Forschungsprojekte

	<b>Soziale Lage</b>	<b>Einstellungen</b>	<b>Mobilisierung</b>
<b>Beteiligung an Wahlen</b>	Mallin, Nicole Metzger, Stefanie Natterer, Helena Rausser, Lisa Silberschmidt, Ivonne	Barnekow, Vivien Hofmann, Helene Pflaum, Kerstin Lewicki, Nicole Schimschal, Katharina	Heimkreitner, Veronik Maier, Anna Schareck, Maximilian Schenk, Julius Schwab, Janos
<b>Konventionelle Partizipation</b>	Leßmann, Imke Sommer, Matthias Staudenmeyer, Bettina Weinacht, Elias	Bruns, Eva Büdenbender, Simon Fiedler, Nina Nehling, Saskia Sack, Michael	Hepp, Tobias Marquart, Pia Müller, Sebastian Schlee, Christoph Wiesler, Magdalena
<b>Unkonventionelle Partizipation</b>	Brändlein, Sarah Egger, Melanie Schuck, Bettina Wieczorek, Oliver	Klein, Senia Lenhart, Julia Mohneke, Stephanie Then, Raffaella Wüst, Anja	
<b>Politischer Protest</b>		Christoph, Simon Hay, Sabrina Nafts, Valentina Stürmer, Anna	

## Die Forschungsprojekte

Die konkreten Fragestellungen der Forschungsgruppen variieren von so alltäglichen Verhaltensweisen wie dem Einkaufen, das von manchen Bürgern z.B. durch den Boykott bestimmter Produkte zur Beeinflussung von Politik genutzt wird, bis zur Beteiligung an Protestaktionen und der Frage, ob diese Ausdruck eines sich wandelnden Verständnisses von legitimen und effektiven Partizipationsfor-

men ist oder aber Ausdruck von Perspektivlosigkeit und Frustration. Das folgende Inhaltsverzeichnis gibt einen Überblick über die Forschungsberichte, die in dieser Zusammenstellung enthalten sind.

## **Inhaltsverzeichnis**

### **I Beteiligung an Wahlen**

1. Soziale Lage und Wahlbeteiligung: Ist die Bildung allein ausschlaggebend für die Wahlbeteiligung? (*Mallin, Nicole; Metzger, Stefanie; Natterer, Helena; Rauser, Lisa und Silberschmidt, Ivonne*)
2. Bedeutung der Sozialisationsinstanzen für die Wahlbeteiligung (*Barnekow, Vivien; Hofmann, Helene; Pflaum, Kerstin; Lewicki, Nicole und Schimschal, Katharina*)
3. Onlinewahl als Mobilisierungsmaßnahme? (*Heimkretzner, Veronik; Maier, Anna; Schareck, Maximilian; Schenk, Julius und Schwab, Janos*)

### **II Konventionelle Partizipation**

4. Die Macht der gelben Engel: Mitgliedschaft im ADAC – eine Form der konventionellen Partizipation? (*Leßmann, Imke; Sommer, Matthias; Staudenmeyer, Bettina und Weinacht, Elias*)
5. Der Mitgliederschwund in SPD und CDU/CSU: Parteiliche und gesellschaftliche Gründe (*Bruns, Eva; Büdenbender, Simon; Fiedler, Nina; Nehling, Saskia und Sack, Michael*)
6. Die Piratenpartei: Entwicklung, Probleme, Selbstverständnis und Mobilisierungspotenzial einer Partei (*Hepp, Tobias; Marquart, Pia; Müller, Sebastian; Schlee, Christoph und Wiesler, Magdalena*)

### **III Unkonventionelle Partizipation**

7. Partizipieren Jugendliche anders als Erwachsene und wenn ja, warum? (*Brändlein, Sarah; Egger, Melanie; Schuck, Bettina und Wiczorek, Oliver*)
8. Welche Gründe führen dazu, dass Personen politisch konsumieren? (*Klein, Senia; Lenhart, Julia; Mohneke, Stephanie; Then, Raffaella und Wüst, Anja*)

### **IV Politischer Protest**

9. Beweggründe für Protest (*Christoph, Simon; Hay, Sabrina; Naft, Valentina und Stürmer, Anna*)

## Danksagung

Alle Berichte basieren auf Angaben von Experten im jeweiligen thematischen Feld und Angaben von Bamberger Bürgern, die im Frühjahr 2010 an einer persönlichen Befragung teilgenommen haben. Die Auswertungen des Berichts zur Piratenpartei basieren zusätzlich auf Daten von Online-Befragungen von Mitgliedern der Piratenpartei, die durch die Autoren durchgeführt wurden.

Wir danken allen, die durch ihre Beteiligung an den Untersuchungen zum Erfolg des Soziologischen Forschungspraktikums beigetragen haben. Weiterhin danken wir den Tutoren des Lehrstuhls Methoden der empirischen Sozialforschung und Wissenschaftstheorie, Julia Dohrmann, Christoph Geiger, Theresa Hümmer, Daniel Klein, Sarah Liebischer und Matthias Röhe, die über zwei Semester die SPSS-Ausbildung der Studierenden betreut haben. Schließlich gilt unser Dank Ulrike Sennefelder, die den reibungslosen organisatorischen Ablauf des Forschungspraktikums ermöglicht hat.

(Prof. Dr. Martin Kroh) (Dr. Britta Knauer) (Dipl.-Soz. Sebastian Wiesnet)



Otto-Friedrich-Universität Bamberg

**Professur für Methoden der empirischen Sozialforschung und Wissenschaftstheorie**

Prof. Dr. Martin Kroh / Dr. Britta Knauer / Dipl.-Soz. Sebastian Wiesnet

Soziologisches Forschungspraktikum 2009/2010

## **Soziale Lage und Wahlbeteiligung**

**Ist die Bildung allein ausschlaggebend für die Wahlbeteiligung?**

Verfasser: Team 01

Nicole Mallin, Stefanie Metzger, Helena Natterer, Lisa Rauser, Ivonne  
Silberschmidt

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Vorbemerkung</b>	3
1.1 Problemstellung und Zielsetzung	3
1.2 Vorgehensweise	4
<b>2. Theoretische Erklärungsansätze Wahlbeteiligung</b>	5
2.1 Civic Education Hypothesis	6
2.2 Social Network Hypothesis	6
2.3 Vereinsbindung	7
2.4 Political Meritocracy Hypothesis	8
2.5 Wählen als Pflicht	8
2.6 Randständigkeitshypothese	8
2.7 Alterskohorten	9
2.8 Soziale Herkunft	10
<b>3. Mögliche Einflussfaktoren auf die Wahlbeteiligung</b>	11
3.1 Konzeptvorstellung	12
3.1.1 Bildung	12
3.1.2 Soziale Netzwerke	12
3.1.3 Einkommensstatus	13
3.1.4 Erwerbstätigkeit	13
3.1.5 Soziale Herkunft	14
3.1.6 Politische Informationshäufigkeit	14
3.1.7 Alterskohorten	15
3.2 Ergebnisse durch das Experteninterview	15
3.3 Auswertung des Standardfragebogen	16
3.4 Regressionsanalyse	23

<b>4. Fazit</b>	29
<b>5. Ausblick</b>	29
<b>6. Literaturverzeichnis</b>	31
<b>7. Anhang</b>	

## **1 Vorbemerkung**

Niedrig wie niemals zuvor war die Wahlbeteiligung der deutschen Bundestagswahl 2009 mit einem Wert von 70,8 Prozent. Verglichen mit der Wahlbeteiligung seit 1980, die bei ca. 88 Prozent lag<sup>1</sup>, lässt sich ein rückläufiger Trend erkennen. Mehr als 18 Millionen Wahlberechtigte blieben der Bundestagswahl 2009 fern. Im Vergleich zu 2005 wählten über 4 Millionen Wahlberechtigte weniger.<sup>2</sup> Ein noch prägnanteres Beispiel für die sinkende Wahlbeteiligung ist die Partizipation an den Europawahlen. Im Zeitverlauf von 1979 - 2009 hat sich diese von anfangs 65,7 Prozent auf 43,3 Prozent vermindert.<sup>3</sup> Die niedrige Wahlbeteiligung impliziert eine in der Bevölkerung weit verbreitete Distanz zur Politik. Das soziologische Forschungspraktikum der Otto-Friedrich-Universität Bamberg nahm diese Tatsache zum Anlass und befragte zum Rahmenthema „Politische Partizipation“ ca. 20 Experten aus unterschiedlichen Bereichen, wie beispielsweise Partei- oder Gewerkschaftsmitglieder. Zusätzlich wurden knapp 300 Personen aus der Bamberger Bevölkerung in einer Standardumfrage zu diesem Thema interviewt.

### **1.1 Problemstellung und Zielsetzung**

Unsere Fragestellung bezieht sich auf die Frage: „Hat Bildung den stärksten kausalen Effekt auf die Wahlbeteiligung oder wird die Wahlbeteiligung von anderen Faktoren stärker beeinflusst?“. Oder anders ausgedrückt: Ist die Bildung das ausschlaggebendste Kriterium für die Beteiligung an Wahlen oder nicht.

Wir gehen davon aus, dass Personen mit einem höheren Schulabschluss häufiger zur Wahl gehen, als Personen mit niedrigerem Abschluss. Dies ist dadurch zu begründen, dass diese Personen durch ihr längeres Verweilen im Schulsystem bessere Kenntnisse und mehr Interesse an Politik haben, als Personen mit einem niedrigeren Schulabschluss. Allerdings gibt es hinsichtlich dieses Zusammenhangs unterschiedliche Ansätze. Aus konventioneller Betrachtung wird höhere Bildung als Grund für eine höhere politische Beteiligung angesehen. Durch höhere Bildung erlangen Menschen zusätzliche Fähigkeiten und Kenntnisse, die die politische Beteiligung begünstigen. Bildung schließt nach der konventionellen Sichtweise Kompeten-

---

<sup>1</sup> Vgl. [www.bundeswahlleiter.de](http://www.bundeswahlleiter.de).

<sup>2</sup> Vgl. [www.mpifg.de](http://www.mpifg.de).

<sup>3</sup> Vgl. [www.europarl.de](http://www.europarl.de).

zen, Interesse und eine gewisse bürgerliche Pflicht sich politisch zu beteiligen ein. Außerdem haben höher Gebildete durch ihr höheres Prestige, ihre bessere soziale Lage und ihre Teilnahme an ehrenamtlichen Organisationen ein größeres soziales, ökonomisches und politisches Netzwerk. Dieses Netzwerk begünstigt die politische Beteiligung. Eine zweite Sichtweise führt die Bildung nicht als einzigen Grund an, sich politisch zu beteiligen. Bildung wird eher als Stellvertreter für weitere Faktoren angesehen, die das Wahlverhalten zusätzlich beeinflussen. Somit spielen vor allem das Elternhaus, individuelle Fähigkeiten und Veranlagungen eine große Rolle.

Es soll nun im Folgenden untersucht werden, ob die Bildung allein ausschlaggebend für die Wahlbeteiligung ist oder ob andere Faktoren einen größeren Einfluss haben.

## **1.2 Vorgehensweise**

Zunächst werden im Theorieteil, aus der Literaturrecherche erhaltene Theorien dargestellt, die verschiedene Thesen über den Zusammenhang zwischen Bildung, Wahlbeteiligung und anderen Faktoren genauer erläutern.

Die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit basieren auf von uns durchgeführten leitfadengestützten Experteninterviews und einer Standardbefragung. Die Stichprobe für die Experteninterviews setzt sich aus den Adressen von Mandats,- und Funktionsträgern zusammen, die in den Regierungsbezirken Oberfranken und Unterfranken tätig sind. Hier erfolgte die Zusammenarbeit auf freiwilliger Basis.

Die Teilnehmer der Standardumfrage dagegen wurden durch eine Zufallsstichprobe - „Jedes Element der Grundgesamtheit hat berechenbare (oft: die gleiche), von Null verschiedene Chancen in die Stichprobe zu gelangen.“<sup>4</sup> - aus dem Register des Einwohnermeldeamts gezogen. Hierbei wurden nur die Personen berücksichtigt, die mit Erstwohnsitz in Bamberg gemeldet sind. Die Stichprobe bestand aus insgesamt 1000 Adressen. Aufgrund vieler Ausfälle wurden letztendlich 275 Personen befragt. Die Rücklaufquote liegt damit bei 27,5 Prozent.

Anhand der Literatur, den Experteninterviews und den Ergebnissen der Standardumfrage konnten verschiedene Konzepte erarbeitet werden. In einer anschließenden Regressionsanalyse wird der Zusammenhang der Konzepte mit der Wahlbeteiligung überprüft.

---

<sup>4</sup> Kroh. 2010: S. 6.

## 2 Theoretische Erklärungsansätze Wahlbeteiligung

In Kapitel 2 werden nun acht literarische Erklärungsansätze dargelegt, die sowohl den Zusammenhang von Bildung und Wahlbeteiligung als auch weitere Faktoren, die neben der Bildung die Wahlbeteiligung beeinflussen, erläutern

Unser Untersuchungsschwerpunkt bezieht sich zunächst auf die Analyse des Zusammenhangs von Bildung und Wahlbeteiligung. Hierzu wird die folgende Hypothese aufgestellt: Höher gebildete Personen beteiligen sich mehr an Wahlen als Menschen mit geringerem Bildungsgrad. Unter „Bildung“ soll in diesem Punkt vor allem die schulische Bildung und der damit verbundene Abschluss verstanden werden. Es heißt, Personen, die zwei bis drei Jahre länger in die Schule gegangen sind, werden in dieser Zeit stärker politisch eingebunden als beispielsweise Schüler der Hauptschule. Ein Grund hierfür könnte sein, dass Schüler die einen längeren Bildungsweg haben, in dieser Zeit auch das Wahlalter erreichen und somit das Thema „Wählen“ in der Schule allgemein an Bedeutung gewinnt. Unabhängig von der schulischen Bildung kann man sagen, dass die Erstwählerbeteiligung meist unter dem Durchschnitt der allgemeinen Wahlbeteiligung liegt.

Die Jugendlichen können im Hinblick auf ihre politische Beteiligung in verschiedene Typen aufgeteilt werden. Zum einen gibt es Jugendliche, die eine hohe Motivation aufweisen sich gesellschaftlich und politisch zu beteiligen. Bei diesen jungen Erwachsenen handelt es sich überdurchschnittlich oft um Personen, die die Oberstufe des Gymnasiums besuchen oder studieren. Auf der anderen Seite gibt es Jugendliche, die eher eine Distanz zur Politik aufweisen. Sie haben kein Interesse an der Politik und schreiben sich eine niedrige politische Kompetenz zu. Diese Jugendlichen besuchen meist die Haupt- oder Realschule und in seltenen Fällen die unteren Stufen des Gymnasiums. Hier könnten also die zusätzlichen Bildungsjahre als Indikator für die vermehrte Wahlbeteiligung eine Rolle spielen.<sup>5</sup> Außerdem gehen wir davon aus, dass dieses politische Interesse auch später beibehalten wird, weswegen Menschen mit einem höheren Bildungsgrad eher zum Wählen gehen. Dieses Thema scheint gesellschaftlich relevant zu sein, da soziale Gruppen neben Einkommen und Besitz häufig durch ihre Bildung definiert werden können. Diese These wird sowohl durch die Literatur „Turnout in Germany“

---

<sup>5</sup> Vgl. Bauer 2004: S. 9-14.

von Steinbrecher, Huber und Rattinger<sup>6</sup> als auch durch „Bürger und Politik“ von Niedermayer, bestätigt.<sup>7</sup> Beide Ansätze deuten auf einen positiven Zusammenhang zwischen Bildung und Wahlbeteiligung hin.

Auch in „Einführung in die politische Soziologie“ von Hans Rattinger, wird die Hypothese aufgestellt, dass vor allem die „Bessergestellten“, die durch einen höheren Schulabschluss gekennzeichnet sind, häufiger zur Wahl gehen.<sup>8</sup> Durch deren verstärktes politisches Interesse können primär ihre Ziele durch die Politik verwirklicht werden. Doch warum gehen höher gebildete Personen häufiger zur Wahl? Einen Erklärungsansatz auf diese Frage bietet „THE MISSING LINK: Exploring the Relationship Between Higher Education and Political Engagement“ von D. Sunshine Hillygus.<sup>9</sup> Darin werden Hypothesen aufgeführt, warum höher gebildete Personen häufiger zur Wahl gehen.

## 2.1 Civic Education Hypothesis

Die erste These ist die sogenannte „*Civic Education Hypothesis*“. Diese besagt, dass vor allem höher Gebildete die Fähigkeiten und das Wissen aufweisen, das politische Geschehen zu verstehen und sich deswegen verstärkt politisch beteiligen. Diese Annahme wird auch im Ressourcenansatz angesprochen. Dort wird davon ausgegangen, dass einer Person oder einem Haushalt eine bestimmte Menge von Mitteln monetärer und nicht-monetärer Art zur Verfügung steht, um seine Bedürfnisse zu befriedigen und seine Ziele effektiv zu erreichen. Ist der Besitz an solchen „Gütern“ wie Fähigkeiten und Wissen hoch, so wie es sich häufig bei höher Gebildeten abzeichnet, ist die Verwirklichung der Ziele am wahrscheinlichsten. Zudem haben diese Menschen ein besseres Verständnis für den Wahlvorgang selbst. Dies muss aber laut dieser These kritisch gesehen werden, da die Länge der schulischen Ausbildung nicht zwingend im Zusammenhang mit der allgemeinen Bildung steht. Denn trotz der Bildungsexpansion seit den siebziger Jahren hat die Wahlbeteiligung nicht zugenommen.<sup>10</sup>

## 2.2 Social Network Hypothesis

Die zweite These „*Social Network Hypothesis*“ beschreibt, dass Menschen mit höherer Bildung mehr Kontakt zu Personen haben, die politischen Einfluss ausüben oder selbst kandidieren. Eine persönliche Bindung zu politisch einflussreichen Personen bestimmt und beeinflusst

---

<sup>6</sup> Vgl. Steinbrecher, Huber, Rattinger 2007.

<sup>7</sup> Vgl. Niedermayer 2005.

<sup>8</sup> Vgl. Rattinger 2009.

<sup>9</sup> Vgl. Hillygus. 2005. S. 27-30.

<sup>10</sup> Vgl. Ebd. ,S. 27-30.

das Wahlverhalten positiv. Unter sozialen Netzwerken werden im Allgemeinen die Familie, Freunde, Vereinsmitgliedschaft oder Mitgliedschaft in anderen Organisationen verstanden.<sup>11</sup> In diesem Abschnitt stehen vor allem Freunde und Vereinsbindungen im Vordergrund, da das Netzwerk der Familie im nächsten Absatz „Soziale Herkunft“ geschildert wird. Wir vermuten, dass Menschen, die höher gebildet sind, aufgrund des längeren Bildungsweges mehr Chancen haben ein großes soziales Netzwerk aufzubauen. Sie besuchen das Gymnasium, eine Universität oder sind Teil einer politischen Gruppe, in der sie die Möglichkeit haben viele verschiedene Menschen kennen zu lernen. Es kann vermutet werden, dass hingegen Menschen mit niedrigerer Bildung, das heißt kurzer Schullaufbahn und raschem Berufseinstieg, eher begrenzte Aussichten haben, dass soziale Netzwerke zu vergrößern. An der Universität trifft man Menschen, die sehr unterschiedliche Ansichten zu verschiedenen Themen vertreten. Somit kann sich ein Student über alles informieren und seine eigene Meinung bilden. Im Gegensatz dazu, kann man die Vermutung aufstellen, dass Personen mit niedriger Bildung sehr schwer aus ihrem Umfeld herauskommen und dadurch in ihrer Meinungsbildung eingeschränkt sind. Durch einen längeren Bildungsweg lassen sich vielfältigere Kontakte knüpfen, die einen regen Austausch, sei es aktiv oder passiv, über Politik ermöglichen.<sup>12</sup>

### 2.3 Vereinsbindung

Auch Oskar Niedermayer erklärt in „Bürger und Politik“ den beteiligungsfördernden Faktor „Soziale Netzwerke“ anhand der „Vereinsbindung“.<sup>13</sup> So zeigt er auf, dass unter Menschen, die sich an Kirchen binden der Anteil an Personen, die wählen gehen viel größer ist, als bei kirchenfernen oder konfessionslosen Menschen. Bei der Bindung an Parteien ist dieser Effekt noch deutlicher zu sehen. Die Rate der Personen, die sich nicht an Wahlen beteiligen ist bei Menschen ohne beziehungsweise mit schwacher Parteibindung fünf- bis sechsmal so hoch wie bei Personen, die stark mit einer Partei verbunden sind.<sup>14</sup> Er führt an, dass in Vereinen oder Verbänden die politischen Verhaltensnormen so stark verinnerlicht werden, dass sie zur

Wirksamkeit ihres Verhaltens überhaupt keinen äußeren Druck brauchen. Dies zeigt auf, dass sich die sozialen Netzwerke mit steigendem Bildungsgrad vergrößern.

---

<sup>11</sup> Vgl. Hillygus. 2005. S.27-30.

<sup>12</sup> Vgl. Ebd., S. 27-30.

<sup>13</sup> Vgl. Niedermayer 2005 S. 208.

<sup>14</sup> Vgl. Ebd., S. 208.

## 2.4 Political Meritocracy Hypothesis

In der „*Political Meritocracy Hypothesis*“ wird zwischen Bildung und Intelligenz unterschieden. Wir vermuten, dass in diesem Sinne unter Bildung die Schulbildung verstanden wird, unter Intelligenz hingegen werden die kognitiven Fähigkeiten verstanden<sup>15</sup>. Laut dieser These beeinflusst vor allem die Intelligenz das politische Interesse. Dies bestätigt die oben aufgeführte These, dass ein längerer Bildungsweg die Wahlbeteiligung beeinflusst. Die Hypothese besagt, dass intelligente Menschen diskussionsfähiger sind und sich dadurch besser mit Politik auseinandersetzen können. Nach diesem Text lässt sich aber auch feststellen, dass es innerhalb der Gruppe der höher gebildeten Menschen Unterschiede gibt, was die Wahlbeteiligung betrifft.<sup>16</sup>

## 2.5 Wählen als eine Pflicht

Ein weiterer Erklärungsansatz, warum sich höher Gebildete stärker politisch beteiligen, könnte an deren Bewusstsein liegen, dass „*Wählen als Pflicht*“ angesehen wird. Obwohl ein genereller Wertewandel stattgefunden hat, spielt die Wahlnorm immer noch eine große Rolle. Bei höher Gebildeten könnte diese Pflicht stärker ausgeprägt sein, da wir die Vermutung haben, dass diese Menschen mehr Wert auf Normen legen und somit auch auf die Wahlnorm. Dies wiederum kann eine Erklärung für eine erhöhte Wahlbeteiligung von höher Gebildeten sein.<sup>17</sup>

## 2.6 Randständigkeitshypothese

Hans Rattinger erklärt in seinem Werk „Einführung in die politische Soziologie“ auch den Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und „Statusmerkmalen“. Personen mit höherem Status beteiligen sich laut Rattinger häufiger an Wahlen. Dies hängt mit deren Verfügbarkeit politisch relevanter Ressourcen zusammen. Dazu gehört vor allem eine gute Bildung. Diese ist wiederum stark mit dem Gefühl politischer Wirksamkeit verbunden. Dies weist darauf hin, dass Menschen mit einem höheren sozialen Status die „[...]demokratische Partizipationsform stark verinnerlicht haben“.<sup>18</sup>

Rattinger stellt gleichzeitig einen Zusammenhang von Einkommen und Wahlbeteiligung her: „Ferner interessieren sich Menschen mit hohem Einkommen oft mehr als andere für Politik, da es für sie in der Politik um mehr geht und sie etwa bei Entscheidungen der Steuergesetz-

---

<sup>15</sup> Vgl. Der kleine Duden. Fremdwörterbuch. 6.Auflage. Mannheim 2007. S. 210.

<sup>16</sup> Vgl. Hillygus, 2005. S. 27-30.

<sup>17</sup> Vgl. Steinbrecher, Huber, Rattinger 2007. S. 229.

<sup>18</sup> Rattinger, 2009.

gebung viel zu verlieren haben“.<sup>19</sup>

Generell gibt es einen Zusammenhang zwischen Einkommen, Bildung und Wahlverhalten.<sup>20</sup> Wer ein höheres Einkommen hat, geht deutlich öfter zur Wahl. Umgekehrt sind Nichtwähler eher junge Menschen mit einem geringen Einkommen unter 1.500 Euro im Monat und mit einem Volks- oder Hauptschulabschluss. Zusammengefasst bezeichnet man dies auch als „*Randständigkeitshypothese*“. Diese besagt, dass sozial weniger privilegierte und integrierte Gesellschaftsgruppen stärker zur Nichtwahl neigen.<sup>21</sup>

## 2.7 Alterskohorten

Neben der Bildung sind auch das Alter bzw. die Alterskohorten ausschlaggebend für die Wahlbeteiligung. Allgemein ist davon auszugehen, dass die Wahlbeteiligung in den älteren Kohorten höher ist. Dieses Phänomen zeigte sich auch bei der Bundestagswahl 2009. Laut der Bundeszentrale für politische Bildung hatte die Altersgruppe der 60 bis unter 70 jährigen mit 80 Prozent die höchste Wahlbeteiligung.<sup>22</sup> Dies zeigt deutlich, dass die älteren Generationen eher zur Wahl gehen. Ein möglicher Indikator dafür könnten die in der Nachkriegszeit gewonnenen Erfahrungen wie zum Beispiel Armut, Wiederaufbau oder der Ost-West-Konflikt sein. Personen, die solche entscheidenden politischen Ereignisse miterlebt haben, setzen ihre Wahlstimme verstärkt ein, da sie sich der Wichtigkeit ihrer eigenen Wählerstimme bewusst sind und Wiederholungen erlebter politischer Situationen entgegentreten möchten. Aber auch die Altersgruppe der 50 bis unter 60-jährigen beteiligte sich mit 74,8 Prozent an der Bundestagswahl<sup>23</sup>. Dies sind Personen, die die Willy Brandt Ära miterlebt haben. Die Willy Brandt Ära ist aus verschiedenen Gründen erwähnenswert, da sie die politische Aktivität von Bürgen beeinflusst hat und diese Generation immer noch prägt. Zum einen wurden zu dieser Zeit die bis dahin noch in den politischen Ämtern befindlichen Mitläufer des ehemaligen NS-Regimes aufgedeckt und konnten durch politische Veränderungen aus Ämtern entfernt werden („Friedvolle Politik“). Zum anderen wurde unter dieser Regierung das Wahlalter von 21 auf 18 herabgesetzt, was die damals jungen Menschen verstärkt zur Wahlbeteiligung und somit zur politischen Verantwortung bewegt hat.

---

<sup>19</sup> Rattinger 2009. S.242.

<sup>20</sup> Vgl. Rattinger 2007. S.217.

<sup>21</sup> Vgl. [www.prodialog.org](http://www.prodialog.org).

<sup>22</sup> Vgl. [www.bpb.de](http://www.bpb.de).

<sup>23</sup> Vgl. Ebd.

Sowohl bei der Generation der 21 bis unter 25-jährigen als auch bei den 25 bis 30-jährigen ist die Wahlbeteiligung am niedrigsten ausgefallen.<sup>24</sup> „Allgemein lässt sich formulieren, dass die Wahlbeteiligung umso höher ist, je älter die Altersgruppe ist.“<sup>25</sup>

## 2.8 „Soziale Herkunft“

Eine achte Hypothese, die die Bildung und somit auch die Wahlbeteiligung beeinflusst, ist die der „*Sozialen Herkunft*“. Es wird hier die These aufgestellt, dass sich Menschen, die in einem höher gebildeten, politisch geprägten Elternhaus aufgewachsen sind, eher an den Wahlen beteiligen als andere. Jeder Mensch wird durch seine soziale Herkunft also vor allem durch das Elternhaus politisch gelenkt und eignet sich im Sozialisationsprozess Politikkenntnisse sowie Einstellungen und Werte an. Außerdem kommt es zu einer Entwicklung einer gewissen Aktivitätsbereitschaft.<sup>26</sup> Hierbei ist sich die Wissenschaft einig, dass die Familie eine „Filter- und Weichenstellerfunktion“<sup>27</sup> einnimmt, da sie vor allem die Entscheidung über schulische Ausbildungsgänge und Berufswahl beeinflusst. Des Weiteren besteht zwischen der Schichtzugehörigkeit der Eltern und der Sozialisation ein hoher Zusammenhang. Hier konnte vor allem festgestellt werden, dass Eltern der Unterschicht aus einem Gefühl der „Machtlosigkeit und der Benachteiligung heraus“<sup>28</sup> ihren Kindern eine gewisse „Distanz zum politischen System“<sup>29</sup> vermitteln. Im Gegensatz dazu sind sich Familien der Mittelschicht aufgrund ihrer kognitiven Kompetenzen ihrer Handlungsoptionen bewusst und wissen deswegen auch über ihr Potential das politische Geschehen zu beeinflussen. Aus diesem Grund und weil sie durch ihre besseren beruflichen Chancen eher mit dem vorherrschenden Wertesystem übereinstimmen, fördern sie verstärkt das Interesse an der gesellschaftlichen Umwelt und die Bereitschaft zum Engagement ihrer Kinder.<sup>30</sup> Da die soziale Schicht unter anderem durch Beruf, Bildung und Einkommen definiert wird<sup>31</sup>, heißt das im Umkehrschluss, dass die Unterschicht unter anderem durch eine niedrige Bildung definiert wird. Wir vermuten daher, dass sich Personen mit einem höheren Bildungsgrad tendenziell verstärkt an Wahlen beteiligen. Laut Winter sind Angehörige der Mittelschicht durch ihre höheren Qualifikationen weniger von Autoritätsstrukturen abhängig und haben deswegen häufiger die Möglichkeit im Beruf aufzusteigen. Sie

---

<sup>24</sup> Vgl. [www.bpb.de](http://www.bpb.de).

<sup>25</sup> Vgl. Ebd.

<sup>26</sup> Vgl. Winter, 1987, S. 140.

<sup>27</sup> Winter, 1987, S. 146.

<sup>28</sup> Ebd. S. 145.

<sup>29</sup> Ebd. S. 145.

<sup>30</sup> Vgl. Ebd.

<sup>31</sup> Vgl. Gablers Wirtschaftslexikon.

entwickeln dadurch differenziertere Gesellschaftsbilder, stehen dem politischen System im Wesentlichen positiv gegenüber und sind bereit sich am politischen Geschehen zu beteiligen.<sup>32</sup> Dieses positive Verständnis und die Partizipationsbereitschaft werden auch an die Kinder weitergegeben, wodurch wiederum die These, dass Menschen die aus einem politisch aktiven Elternhaus kommen, sich eher an Wahlen beteiligen, unterstützt wird.<sup>33</sup> Es kann außerdem angenommen werden, dass die Wahlbeteiligung von Personen abhängig von den Bildungsabschlüssen der Eltern ist. Diese Ergebnisse werden weiterhin durch den Aufsatz „Soziale Herkunft, politische Sozialisation und Wählen im Lebenslauf“ von Rolf Becker und Anja Mays gestützt.<sup>34</sup> Auch hier wird die Wichtigkeit der elterlichen Sozialisation herausgearbeitet. Dieser Aufsatz nimmt an, dass „Inhalt, Richtung und Intensität der politischen Sozialisation und damit auch die Weitergabe von Parteiidentifikation, politischen Einstellungen, Interessen und Ideologien“<sup>35</sup> vom sozioökonomischen Status der Familie abhängen. Eine besondere Rolle spielt hierbei die schon früher angesprochene Wahlnorm. Die „Pflicht“ zu Wählen wird vor allem durch das soziale Umfeld, also auch die Familie vermittelt. Studien, welche die Akzeptanz der Wahlnorm erfassen<sup>36</sup> zeigen, dass diese immer noch eine sehr große Bedeutung aufweist. Die Entscheidung an Wahlen teilzunehmen kann also durch die Erziehung in einem höher gebildeten Haushalt, in der die Bedeutung der Wahl vermittelt wurde, entstanden sein.

### **3 Mögliche Einflussfaktoren auf die Wahlbeteiligung**

Um erste Ergebnisse bezüglich unserer Forschungsfrage zu sammeln, wurden im Rahmen unserer Untersuchung sowohl Experteninterviews als auch eine Standardbefragung in der Bamberger Bevölkerung durchgeführt. Durch diese Gespräche und die Umfrage konnten sowohl relevante Fragen und Themen für die Standardumfrage erstellt, als auch Informationen zur Erstellung unserer Konzepte gesammelt werden. Weiterhin dienen diese der Durchführung einer Regressionsanalyse, die uns mögliche Zusammenhänge verdeutlicht und kontrolliert, welchen Einfluss die unterschiedlichen Konzepte neben der Bildung auf die Wahlbeteiligung haben.

---

<sup>32</sup> Vgl. Winter 1987.S. 146.

<sup>33</sup> Vgl. Winter 1987. S. 145-146.

<sup>34</sup> Becker, Mays 2003.

<sup>35</sup> Becker, Mays 2003. S.:23.

<sup>36</sup> Vgl. Steinbrecher, Huber, Rattinger 2007. Seite 229.

### 3.1 Konzeptvorstellung

Zunächst werden alle möglichen Konzepte, die auf unsere abhängige Variable „Wahlbeteiligung“ einen Einfluss haben könnten, in ihren Bestandteilen erläutert. Im Anschluss werden empirische Belege, durch die Regressionsanalyse aufgeführt, die die Konzeptionen bestätigen oder widerlegen.

Die abhängige Variable „Wahlbeteiligung“ beinhaltet sowohl die Teilnahme an Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen, als auch die Teilnahme an der Wahl des Europaparlaments.

#### 3.1.1 Bildung

Das wichtigste Konzept unserer Fragestellung ist die Bildung, da wir davon ausgehen dass der Bildungsgrad den größten Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat. Die Bildung wird in unserer Standardbefragung anhand des höchsten erreichten Schulabschlusses operationalisiert. Dabei konnten die Befragten aus den Items „noch Schülerin“, „Schule beendet ohne Abschluss“, „Volks-/Hauptschulabschluss bzw. Polytechnische Oberschule mit Abschluss 8. Oder 9. Klasse“, „Mittlere Reife/Realschulabschluss bzw. Polytechnische Oberschule mit Abschluss 10. Klasse“, „Fachhochschulreife (Abschluss einer Fachoberschule etc.)“, „Abitur bzw. erweiterte Oberschule mit Abschluss 12. Klasse“ und „anderer Abschluss und zwar...“ wählen.

#### 3.1.2 Soziale Netzwerke

Einen weiteren möglichen Einfluss auf die Wahlbeteiligung könnte das Konzept „Soziale Netzwerke“ haben. Nach ausführlicher Literaturrecherche vermuten wir, dass Personen, die eine längere Schullaufbahn absolviert haben, größere und intensivere soziale Netzwerke besitzen. Um soziale Netzwerke beschreiben zu können, wurde in der Standardbefragung die Kontakthäufigkeit zum persönlichen Umfeld abgefragt. Wichtig für uns ist hierbei besonders die Kontaktaufnahme durch persönliche Treffen und durch das Telefon, da wir diese als wichtigste Indikatoren für Kontaktfreudigkeit ansehen. Ein weiterer bedeutender Indikator, um das Konzept „Soziale Netzwerke“ zu operationalisieren, ist das politische Engagement im Umfeld. Es wird davon ausgegangen, dass das politische Engagement von Familie, Freunden, Bekannten oder Arbeitskollegen, sich auf die eigene politische Aktivität positiv auswirkt.

### 3.1.3 Einkommensstatus

Weiterhin ist das Konzept des Einkommensstatus in Bezug auf Bildung und Wahlbeteiligung entscheidend. Wir gehen davon aus, dass sich Personen mit einem höheren monatlichen Einkommen eher an Wahlen beteiligen. Um den Einkommensstatus zu bestimmen, eignet sich vor allem die im Fragebogen erstellte Variable „Arm/Reich. Diese Variable bezieht sich auf die Höhe des Nettoeinkommens der jeweiligen Haushalte pro Monat. Damit ist der Betrag gemeint, der nach dem Abzug von Steuern und Sozialabgaben bleibt. Zum Einkommen zählen wir zudem regelmäßige Zahlungen wie beispielweise Renten, Wohngeld, Kindergeld, BaFög oder Unterhaltszahlungen. Insgesamt wurden nach dieser Klassifizierung die Haushalte der Befragten in drei Kategorien eingeordnet. Befragte, die ein Nettoeinkommen von unter 840 Euro pro Monat zur Verfügung haben werden als „Arm“ eingestuft. Die mittlere Kategorie bilden Personen mit einem Einkommen zwischen 840 Euro und 2800 Euro im Monat. Als „Reich“ werden demnach alle Befragten bezeichnet, die über 2800 Euro monatlich zur Verfügung haben<sup>37</sup>. Um den Einkommensstatus genauer zu präzisieren, werden neben der Variablen „Arm/Reich“, die Items „Ich kaufe nur was ich brauche“, „Ich kann mir nur das Nötigste leisten“, „Ich will mein Geld zusammenhalten“ und „Man muss sich auch mal etwas gönnen“ aus der Datenerhebung betrachtet.

### 3.1.4 Erwerbstätigkeit

Eng verknüpft mit dem Einkommen ist auch die Tatsache, ob jemand erwerbstätig ist oder nicht. Wir vermuten, dass berufstätige Personen sich eher an Wahlen beteiligen. Um dieser Vermutung nachzugehen, wurden die Befragten in die Gruppen „Ja, voll erwerbstätig“, „Ja, in Teilzeitbeschäftigung“, „Ja, geringfügig oder unregelmäßig erwerbstätig“, „Ja, in betrieblicher Ausbildung/Lehre“, gegliedert, die die Erwerbstätigen repräsentieren.

Befragte, die „Nein, bin in Rente/Pension“, „Nein, bin arbeitsuchend“, „Nein bin Schüler/Student/in“, „Nein, mache Wehr/Zivildienst, freiwilliges soziales Jahr“, „Nein, bin Hausfrau/Hausmann“ angekreuzt haben, wurden als nicht erwerbstätig eingestuft. Da die Variable „Erwerbstätigkeit“ sehr stark in verschiedene Unterkategorien aufgeteilt ist, erscheint es sinnvoll auch den Einfluss der beruflichen Stellung zu überprüfen. Die Befragten hatten zusätzlich die Möglichkeit sich als „Arbeiter/in“, „Angestellte/r“, „Beamter/Beamtin“, „Selbständige/r“ oder „Freiberufler“ einordnen.

---

<sup>37</sup>Vgl. Kroh 2010. Soziologisches Forschungspraktikum. Datenaufbereitung.

### 3.1.5 Soziale Herkunft

Das Konzept der Sozialen Herkunft kann auf die Wahlbeteiligung entscheidenden Einfluss ausüben. Um unser Konzept zu operationalisieren, wurden Items im Fragebogen erstellt, die Auskunft über die soziale Herkunft des Befragten geben. Der Schulabschluss der Eltern weist darauf hin, welche Bildung bei der Erziehung im Haushalt vorlag.

Wichtig ist es außerdem, die Alterskohorten der Eltern in weitere Überlegungen mit einzubeziehen, da es in der früheren Generation oft die Regel war „nur“ einen Hauptschulabschluss zu besitzen und dem zufolge haben höher Gebildete auch Eltern mit einem niedrigen Bildungsgrad. Neben der Schulbildung der Eltern sollen vor allem die Standardfragen nach politischer Prägung der Familie und die Förderung der politischen Aktivität bzgl. Wählen gehen, Aufschluss darüber geben, ob diese eine Bedeutung für die Wahlbeteiligung aufweisen.

### 3.1.6 Politische Informationshäufigkeit

Neben der Prägung durch das Elternhaus ist die eigene politische Informationshäufigkeit ein Indikator für das eigene politische Interesse. Dieses Interesse zeigt sich vor allem durch das Lesen des politischen Teils der Zeitung, Nachrichten im Radio hören wie auch die politische Informationssuche im Internet. Personen, die Interesse an politischen Themen zeigen, verfügen über Kenntnisse, die sie motivieren über Politik zu diskutieren und das politische Geschehen aktiv durch ihre Wählerstimme mit zu gestalten.

### 3.1.7 Alterskohorten

Ein einflussreiches Konzept basiert auf den verschiedenen Alterskohorten. Die Wähler, die sich am meisten bei Wahlen beteiligen, sind Personen, die aus Generationen bestehen, die die (Nach-)Kriegszeit miterlebt haben. Um diese Einflüsse überprüfen zu können, wurden zunächst Altersklassen gebildet. Die für unsere Untersuchungen relevanten Kohorten sind zum einen die Kohorte, welche die Kriegs- und/oder Nachkriegszeit miterlebt hat. Hier haben wir alle Personen im Alter von 65 Jahren bis zum Alter von 91 Jahren (älteste Person in der Stichprobe) in eine Klasse zusammengefasst. Zum anderen ist eine wichtige Alterskohorte die der Personen von 55 bis 65 Jahren, da diese zu Zeiten Willy Brandts die junge, politisch motivierte Generation war. Wir nehmen aufgrund unseres Experteninterviews an, dass sich diese Prägung positiv auf das Wahlverhalten auswirkt.

Aus den genannten Gründen gehen wir also davon aus, dass es sich um einen Kohorteneffekt handelt und somit die genannten Altersgruppen eine höhere Wahlbeteiligung aufweisen.

### **3.2 Ergebnisse durch das Experteninterview**

Um vor der Standardumfrage mehr Kenntnisse und erste Ergebnisse über politische Partizipation und vor allem über die Wahlbeteiligung zu erhalten, wurden zum Thema „Bildung und Wahlbeteiligung“ zwei Interviews anhand eines Leitfadens durchgeführt. Dabei wurde sowohl der Einfluss der Bildung auf die Wahlbeteiligung als auch der Einfluss weiterer Faktoren auf die Teilnahme an Wahlen angesprochen. Als ersten Experten wählten wir Herrn H., da dieser über langjährige Erfahrungen als Parteimitglied und als Bürgermeister einer größeren Stadt verfügt. Wir hofften dabei auf Ergebnisse bezüglich unserer Fragestellung. Die zweite Expertin ist Frau J., die Leiterin eines Instituts für politische Bildung in Unterfranken. Diese schien uns für das Thema Bildung Wahlbeteiligung deshalb geeignet, da sie durch ihre Tätigkeit täglich auf Menschen trifft, welche sich politisch interessieren und auch engagieren.

Unsere Experten konnten uns erste empirische Ergebnisse liefern. Unsere Hypothese bezüglich der sozialen Netzwerke („Social Network Hypothesis“) wurde von Herrn H. bestätigt. Er schrieb diesen auch eine sehr große Rolle zur Erklärung der Wahlbeteiligung zu. Herr H. ist der Meinung, dass man durch das Engagement in Vereinen und Verbänden lerne, wie das Vereinsleben funktioniert und wie man einen Verein führen müsse. Seiner Aussage zufolge könnten Kinder, die in Sportvereinen oder Jugendgruppen tätig sind, lernen was „Gemeinschaft“ heißt. Menschen, die in intakten Familien aufgewachsen sind, erlebten schon von klein auf, wie man Gespräche beziehungsweise Diskussionen führt. Hier müsste man sehr früh ansetzen, um jedem Kind die Chance zu geben, dies zu lernen. Er bemängelt allerdings, dass es Jugendgruppen immer seltener gibt und diese „nicht richtig zum Zug kommen“ und somit Kinder nicht mehr die Möglichkeit hätten, ihr soziales Netzwerk aufzubauen und zu erweitern.<sup>38</sup> Auch Frau J. vom Institut für politische Bildung vertritt die Ansicht, dass das Umfeld, also Familie, Freunde und „Peergroups“ (gleichaltrige Jugendgruppen) einen großen Einfluss auf die Wahlbeteiligung haben.<sup>39</sup>

Außerdem wird die Wichtigkeit der Alterskohorten betont. Frau J. begründet die Annahme, dass ältere Menschen eher zur Wahl gehen dadurch, dass diese Personen die „Willy Brandt Ära miterlebt haben“ und schon damals vermehrt politisch interessiert und engagiert waren.

---

<sup>38</sup> Vgl. Transskript Experteninterview mit Herrn H. S. 6.

<sup>39</sup> Vgl. Transskript Experteninterview mit Frau J. S. 8.

Menschen wurde durch diese Ära aber auch durch ihre erlernte Wahlnorm gezeigt, dass es sich lohnt Veränderungen anzustreben.<sup>40</sup>

Auch die Hypothese, welche die Wichtigkeit der sozialen Herkunft betont, wurde in der qualitativen Analyse durch unsere Experten bestätigt. Die Experten betonen vor allem, dass die Eltern den wichtigsten Einfluss auf die Entwicklung der Kinder haben. Die Eltern geben ihren Kindern bestimmte Werte und Normen auf den Weg, damit sie später selbstständig handeln und sich auch gesellschaftlich und politisch engagieren können. Diese Aussage ähnelt sehr stark der Hypothese von Winter, dass Verständnis und die Partizipationsbereitschaft der Eltern an die Kinder weitergegeben werden.<sup>41</sup> Vor allem kann das Elternhaus die Wichtigkeit der Wahlen in den Vordergrund stellen und den Kindern diese Wichtigkeit vor Augen führen. Diese ersten Ergebnisse deuten eher darauf hin, dass nicht die Bildung den entscheidenden Einfluss auf die Wahlbeteiligung ausübt, sondern die alternativen Erklärungsansätze, wie soziale Netzwerke, soziale Herkunft oder Alter.

Im Folgenden sollen nun anhand der Standardumfrage weitere Ergebnisse zur Beantwortung unserer Forschungsfrage hinzugezogen werden

### **3.3 Auswertung des Standardfragebogens**

In diesem Kapitel liegt der Fokus auf den Häufigkeitsauswertungen der vorher aufgestellten Konzepte.

Betrachtet man das erste Konzept, den Zusammenhang vom Schulabschluss und der Beteiligung an Wahlen anhand unserer Befragung, so ist festzustellen, dass mehr als die Hälfte der Befragten, die an allen Wahlen teilgenommen haben, mindestens die Fachhochschulreife besitzen. Ein großer Anteil derer, die an allen Wahlen teilgenommen haben, besitzt mindestens mittlere Reife. Es ist davon auszugehen, dass es sich bei Personen, die sowohl einen Hauptschulabschluss besitzen als auch an allen Wahlen teilgenommen haben, um ältere Personen

---

<sup>40</sup> Vgl. Transskript Experteninterview mit Frau J. S. 9.

<sup>41</sup> Vgl. Winter 1987.

handelt. Dies ist dadurch zu begründen, dass es früher mehr Personen als heute gab, die die Schule mit einem Hauptschulabschluss verlassen haben. Bei der Befragung hat insgesamt nur ein geringer Anteil an keiner Wahl teilgenommen (7,5%). Auffällig ist, dass mehr Personen mit Hauptschulabschluss an keiner Wahl teilgenommen haben (40%), als Personen, die mindestens eine Fachhochschulreife haben (20%).

Wahl \* Schulabschluss Befragte/r Kreuztabelle

Anzahl

	Schulabschluss Befragte/r							Gesamt
	noch Schüler/in	Schule beendet ohne Abschluss	Volks/Hauptschulabschluss /8. o. 9. Klasse Polytechnische Oberschule	Mittlere Reife/Realschulabschluss bzw. Polytechnische Oberschule mit Abschluss 10. Klasse	Fachhochschulreife (Abschluss einer Fachoberschule etc.)	Abitur bzw. Erweiterte Oberschule mit Abschluss 12. Klasse (Hochschulreife)	anderen Schulabschluss und zwar	
Wahl ,00	0	2	8	5	0	4	1	20
1,00	3	0	5	3	1	3	1	16
2,00	1	0	3	5	1	9	0	19
3,00	0	0	14	13	3	35	1	66
4,00	0	1	27	35	12	68	1	144
Gesamt	4	3	57	61	17	119	4	265

Um zu dem Konzept „Soziale Netzwerke“ zu kommen, lässt sich durch statistische Auswertungen erkennen, dass 62,2 % der Befragten, die an allen vier Wahlen teilgenommen haben, mindestens einmal pro Woche persönlichen und täglich Kontakt zu ihren Freunden und Bekannten aufnehmen.

**Wahl \* Häufigkeit der Kontaktaufnahme mit Freunden/Bekanntem: durch persönliches Treffen Kreuztabelle**

Anzahl

	Häufigkeit der Kontaktaufnahme mit Freunden/Bekanntem: durch persönliches Treffen					Gesamt
	nie	seltener	mind. einmal pro Monat	mind. einmal pro Woche	täglich	
Wahl ,00	2	2	2	9	5	20
1,00	0	0	2	9	4	15
2,00	1	2	1	9	7	20
3,00	1	2	10	40	13	66
4,00	2	7	19	89	26	143
Gesamt	6	13	34	156	55	264

Ähnlich verhält sich der Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Kontakthäufigkeit durch das Telefon. Knapp 80 % der Befragten, die mindestens einmal pro Woche mit Freunden und Bekannten telefonieren, haben an allen Wahlen teilgenommen. Personen, die mindestens einmal pro Woche mit Freunden und Bekannten telefonieren geben an, sich mindestens an drei Wahlen beteiligt zu haben. Vergleicht man damit das politische Engagement im Umfeld ergibt sich ein gegenteiliges Ergebnis. Bei Befragten, die mindestens an drei Wahlen teilgenommen haben, engagieren sich meist nur wenige oder keiner im näheren persönlichen Umfeld. Betrachtet man als Beispiel das Ergebnis des politischen Engagements im Freundes-/Bekanntemkreis, erkennt man, dass nur 23% von denjenigen, die an allen vier Wahlen teilgenommen haben viele oder fast alle Freunde und Bekannte politisches Engagement aufweisen. Diese Erkenntnis zeigt, dass politisches Engagement im Umfeld keinen Einfluss darauf hat, ob und wie oft man wählen geht, jedoch die Kontakthäufigkeit zu anderen Personen ein zutreffender Faktor für den Einfluss auf die Wahlbeteiligung ist.

Desweiteren wird die Häufigkeitsverteilung des Einkommens betrachtet. Insgesamt finden sich in der Standardumfrage nur wenige Personen, die über der Reichtumsschwelle leben. Von diesen haben alle an mindestens drei Wahlen teilgenommen. Auch Befragte mit einem mittleren oder geringen Einkommen tendieren dazu, wählen zu gehen. Jedoch ist der Nichtwähleranteil bei den Personen die unter der Armutsschwelle leben mit fast 20% am höchsten. Zusammengefasst heißt das, dass alle Einkommensklassen zunächst dazu tendieren eher zu wählen. Unter den Reichen gehen alle zum Wählen und unter den Armen geht ein relativ ho-

her Prozentsatz nicht wählen. Da sich die Befragten Einkommensklassen zuordnen konnten, die nicht auf die Grenzen der Armut- und Reichtumsschwellen abgestimmt waren und zudem nicht das exakte Einkommen ermittelt wurde, kann es bei der Variable „Arm/Reich“ zu Verzerrungen kommen, speziell was die untere Armutsgrenze betrifft. Generell muss man bei dieser sensiblen Frage nach dem Einkommen mit Verzerrungen rechnen. Viele Personen wollen ihr Einkommen nicht angeben, wodurch es in der Standardbefragung zu einer Ausfallquote von rund einem Drittel der Befragten kam. Zudem ist es natürlich nicht auszuschließen, dass Personen mit einem geringen Einkommen aus Scham ein höheres Einkommen und reiche Personen umgekehrt aus Angst vor Neid ein niedrigeres Einkommen angeben. Aufgrund der zuvor aufgezählten Probleme bei der Erhebung des Einkommens, scheint es wichtig, das Einkommen durch weitere Variablen zu präzisieren.

Vor allem zwei dieser Variablen wurden hier genauer betrachtet. Zunächst geht es um die Variable „Ich kaufe nur was ich brauche“. Insgesamt stimmt die Mehrheit der Befragten der Aussage zu, dass sie nur kaufen was sie brauchen, gleichzeitig sind aber in den zustimmenden und den ablehnenden Gruppen gleichermaßen viele Wähler. Der Einfluss dieser Variable ist also insgesamt eher gering einzuschätzen. Des Weiteren wurden die Bamberger Bürger gefragt, ob sie sich „nur das Nötigste leisten können“. Auch diese Frage, schafft die Möglichkeit indirekt zu erfahren über wie viel Geld jemand verfügt, da sich Personen mit einem hohen Einkommen wahrscheinlich mehr als nur das was nötig ist leisten können. Umgekehrt haben Personen, die sich nur das Nötigste leisten können eher ein geringes Einkommen. Von 144 Befragten, die an allen Wahlen teilgenommen haben, stimmten nur knapp 3% der Aussage „ich kann mir nur das Nötigste leisten“ zu. Das bedeutet also, dass Personen, die sich mehr als nur das Nötigste leisten können, nach unserer Annahme die Personen mit einem höheren Einkommen, eher wählen gehen als Menschen, mit niedrigerem Einkommen.

Zur Erwerbstätigkeit ist zu sagen, dass in der Standardbefragung über die Hälfte aller Befragten zumindest geringfügig erwerbstätig war. Allerdings war auch die Zahl der befragten Rentner/Pensionäre und Schüler/Studenten, die zu den nicht Erwerbstätigen zählen hoch. Eine eindeutige Aussage, lässt sich jedoch aufgrund der stark differenzierten Antwortmöglichkeiten bei dieser Frage, die zum Teil nur sehr gering besetzt sind, nicht machen. Ungefähr die Hälfte aller Befragten, die an allen Wahlen teilgenommen haben, hatte auch einen höheren Berufsstand wie Leitender Angestellter, Beamter oder Selbständiger. Insgesamt ist der Einfluss der beruflichen Stellung daher als eher gering einzuordnen.

Betrachtet man das Konzept der sozialen Herkunft, ergaben die Analysen, entgegen unserer Erwartungen, dass der Schulabschluss der Eltern bei den Befragten, die sich mindestens an drei Wahlen beteiligt haben, niedriger ist als Fachhochschulreife. Fast 50% der Väter und 56% der Mütter der Befragten, die an allen Wahlen teilgenommen haben, besitzen einen Hauptschulabschluss. Bei genauerer Betrachtung wird aber festgestellt, dass die Generation der Eltern meist in einer Zeit ihren Schulabschluss absolviert hat, in der ein Hauptschulabschluss die Regel war.

Um das Konzept der sozialen Herkunft desweiteren genauer beschreiben zu können wird die Prägung durch das Elternhaus betrachtet. Laut Statistik empfinden 61% der Befragten, die an allen Wahlen teilgenommen haben und 51% der Befragten, die sich an mindestens zwei Wahlen beteiligt haben die politische Prägung durch die Familie als wichtig. Eine noch stärkere Bedeutung auf die Wahlbeteiligung hat die elterliche Förderung der politischen Aktivität. Mehr als 73% der Befragten, die mindestens an vier verschiedenen Wahlen teilgenommen haben, nennen das gemeinsame Wählen gehen als elterlich durchgeführte Förderung in der eigenen Familie. Dadurch lässt sich bestätigen, dass sowohl die politische Prägung als auch die elterliche Förderung einen Einfluss darauf hat, ob man sich im Erwachsenenalter an Wahlen beteiligt.

**Wahl \* elterliche Förderung der politischen Aktivität bzgl.:**

**Wählen gehen Kreuztabelle**

Anzahl

	elterliche Förderung der politischen Aktivität bzgl.: Wählen gehen		Gesamt
	nicht genannt	genannt	
Wahl ,00	15	5	20
1,00	8	8	16
2,00	7	14	21
3,00	17	49	66
4,00	38	107	145
Gesamt	85	183	268

Auch die politische Informationshäufigkeit kann die Wahlbeteiligung beeinflussen.

Misst man den Zusammenhang zwischen den Variablen „Wahlbeteiligung“ und dem „Lesen des politischen Teils der Zeitung“, so erhält man ein eindeutig positives Ergebnis. Tatsächlich

lesen 83% aller Personen, die an allen Wahlen teilgenommen haben, mindestens einmal pro Woche den politischen Teil der Zeitung. Von den Personen, die an keiner Wahl teilgenommen haben, lesen nur 40% mindestens einmal in der Woche den politischen Teil Zeitung. Die anderen 60% der Nichtwähler gaben sogar an, seltener als einmal im Monat den politischen Teil der Zeitung zu lesen. Auch das Hören der Nachrichten im Radio ist ein wichtiger Indikator für die politische Informationshäufigkeit. 80,5% der Befragten, die an allen Wahlen teilgenommen haben, hören mindestens einmal pro Woche die Nachrichten im Radio. Von den Personen, die an keiner Wahl teilgenommen haben, hören 50% mindestens einmal pro Woche die Nachrichten im Radio. Zur Informationssuche im Internet gaben mehr als die Hälfte aller Befragten an, seltener als einmal im Monat politische Informationen im Internet zu suchen. Nur knapp 40% derer, die an allen Wahlen teilgenommen haben nutzen diese Art der politischen Informationsbeschaffung mindestens einmal pro Monat. Es zeigt sich, dass Personen, die sich politische Informationen im Internet beschaffen, häufiger zur Wahl gehen als Bürger, die diese Möglichkeit seltener oder nie nutzen. Zusammenfassend für das Konzept der politischen Informationshäufigkeit kann die These bestätigt werden, dass Personen, die sich häufiger über Politik informieren, mehr Interesse und auch mehr Kenntnisse von politischen Themen haben. Diese neigen vermehrt dazu, die Wahl als Form der politischen Beteiligung wahrzunehmen, um somit Einfluss auf die Mitwirkung in der Politik zu haben.

Um den Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Alter herauszufinden, wurden verschiedene Alterskohorten betrachtet. Von der Gesamtzahl der befragten Personen, die dem Alter von 66 bis 91 entsprechen, haben nur 6,6% an keiner Wahl teilgenommen. Dementsprechend haben 93,4% aller Personen, die die Kriegs- und die kurz darauf folgende Nachkriegszeit miterlebt haben mindestens an einer Wahl teilgenommen. Dies bestätigt die Theorie, dass ältere Personen aufgrund ihrer negativen Nachkriegserfahrungen angeregt sind, ihr Wahlrecht zu nutzen. Untersucht man den Zusammenhang in der Gruppe der 55 bis 65 - jährigen mit der Wahlbeteiligung, so erhält man folgende Befunde. Auffällig ist, dass sich keiner der Personen aus unserer Stichprobe, die aus dieser Kohorte stammen, dem Wahlgang enthalten hat. Alle Befragten in diesem Alter haben an mindestens einer Wahl teilgenommen. 58,5% der Personen dieser Altersklasse haben sogar bei allen Wahlen ihre Stimme abgegeben. Betrachtet man die gesamte Zusammenhangstabelle von Alter und Wahlbeteiligung kann man die Aussage treffen, dass in diesen zwei Kohorten die Wahlbeteiligung zunimmt.

### Wahl \* Alter in Klassen Kreuztabelle

Anzahl

	Alter in Klassen					Gesamt
	18-29	30-44	45-54	55-65	66-91	
Wahl,00	4	5	6	0	4	19
hl 1,00	6	4	2	1	3	16
2,00	7	2	2	6	2	19
3,00	15	14	14	10	12	65
4,00	15	29	31	24	39	138
Gesamt	47	54	55	41	60	257

Durch diese Auswertung des Standardfragebogens wird klar, dass neben der Bildung die einzelnen Konzepte auch eine Rolle für die Beteiligung an Wahlen spielen. Durch die Regressionsanalyse soll nun geklärt werden wie stark der Einfluss der einzelnen Variablen auf die abhängige Variable „Wahlbeteiligung“ ist und ob ein kausaler Zusammenhang zwischen Bildung und Wahlbeteiligung überhaupt vorhanden ist und wenn ja wie stark dieser Zusammenhang ist.

		Mittlere Anzahl an teilgenommen Wahlen	Fallzahl
<b>Bildung</b>	Hauptschulabschluss	11.4	57
	Mittlere Reife	12.2	67
	Fachabitur/Abitur	27.2	136
<b>Persönlichen Kontakt zu Freunden</b>	Mindestens einmal pro Woche und täglich	42.2	211
<b>Kontakt durch Telefonate</b>	Mindestens einmal pro Woche und täglich	43.8	219
<b>Politische Förderung der Eltern bzgl. Wahlen gehen</b>	Nicht genannt	17	85
	genannt	36.6	183
<b>Alter</b>	66-91	12	60
	55-65	8.2	41

### 3.4 Regressionsanalyse

Um nun den Einfluss der einzelnen erstellten Konzepte auf die Variable „Wahlbeteiligung“ zu untersuchen und zu kontrollieren, beschreiben wir im Folgenden das Vorgehen und die Ergebnisse der Regressionsanalyse.

„In einem Regressionsmodell wird die Größenveränderung einer abhängigen Variable auf den Einfluss von modellabhängig spezifizierten Variablen zurückgeführt (Regression: Zurückführung). Die Regressionsschätzung will die Stärke [und die Richtung] des Einflusses von unabhängigen Variablen unter bestimmten strukturellen Modellbedingungen ermitteln.“<sup>42</sup>

In unserem Regressionsmodell soll der Einfluss der unabhängigen Variablen „Bildung“, „Soziale Netzwerke“, „Berufliche Stellung“, „Einkommensstatus“, „Soziale Herkunft“, „politische Informationshäufigkeit“ und „Alterskohorten“ auf die abhängige Variable „Wahlbeteiligung“ untersucht werden. Aufgrund der Literaturrecherche gehen wir davon aus, dass die Bildung einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat. Allerdings gehen wir auch davon aus, dass neben der Bildung auch andere Faktoren eine Rolle spielen. Um herauszufinden welche Faktoren den größten Einfluss auf die Wahlbeteiligung haben, werden zur Bildung die oben genannten unabhängigen Variablen zusätzlich in das Modell mit aufgenommen. Um die Einflüsse der einzelnen unabhängigen Variablen auf die Wahlbeteiligung ausreichend betrachten zu können, werden diese einzeln nacheinander in die Analyse hinzugefügt. Wir nutzen in den weiteren Schritten die Signifikanz, den Beta-Wert und  $R^2$  zur Erklärung des Regressionsmodells und des Einflusses der verschiedenen Kontrollvariablen.

Insgesamt besteht unsere Regressionsanalyse aus sieben Modellen.

---

<sup>42</sup> Urban/ Mayerl 2006. S.39.

Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6	Modell 7
Bildung	Bildung	Bildung	Bildung	Bildung	Bildung	Bildung
	Soziale Netzwerke	Soziale Netzwerke	Soziale Netzwerke	Soziale Netzwerke	Soziale Netzwerke	Soziale Netzwerke
		Berufliche Stellung	Berufliche Stellung	Berufliche Stellung	Berufliche Stellung	Berufliche Stellung
			Einkommensstatus	Einkommensstatus	Einkommensstatus	Einkommensstatus
				Soziale Herkunft	Soziale Herkunft	Soziale Herkunft
					Politische Informationshäufigkeit	Politische Informationshäufigkeit
						Alterskohorten

Im ersten Modell wird eine Regression zwischen „Wahlbeteiligung“ und „Bildung“ durchgeführt. Im zweiten Modell wird das Konzept „Soziale Netzwerke“ hinzugefügt. Das Konzept der „Beruflichen Stellung“ wird im dritten Modell beigefügt. Das vierte Modell besteht aus „Wahlbeteiligung“, „Bildung“, „Soziale Netzwerke“, „Berufliche Stellung“ und „Einkommensstatus“. Im fünften Modell wird das Konzept „Soziale Herkunft“ dazu genommen. Das Konzept „Politische Informationshäufigkeit“ wird im sechsten Modell hinzugefügt. Das siebte und letzte Modell wird durch das Konzept „Alterskohorten“ vervollständigt.

unabhängige Variable / abhängige Variable: Wahlbeteiligung	Beta-Werte						
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6	Modell 7
<b>Bildung</b>							
eigener Schulabschluss	0,227***	0,203***	0,218***	0,150**	0,158***	0,148**	0,122**
<b>Soziale Netzwerke</b>							
Kontaktaufnahme durch persönliche Treffen		0,034	0,036	0,037	0,046	0,032**	0,057
Kontaktaufnahme durch das Telefon		-0,091	-0,091	-0,093	(-0,135)*	(-0,143)**	(-0,156)**
Engagement im Umfeld		0,403***	0,408***	0,381***	0,365***	0,362***	0,371***
<b>Berufliche Stellung</b>							
Erwerbstätigkeit			0,064	0,056	0,108*	0,134**	0,132**
<b>Einkommensstatus</b>							
Armut-&Reichtumsschwelle				0,116	0,124*	0,064	0,059
Ich kaufe nur was ich brauche				0,099	0,101	0,076	0,026
Ich kann mir nur das nötigste leisten				(-0,0173)**	(-0,160)**	(-0,161)**	(-0,137)*
<b>Soziale Herkunft</b>							
Abschluss des Vaters					-0,026	-0,027	-0,031
Abschluss der Mutter					-0,066	0,06	0,001
Prägung in der Jugend durch Familie					0,114*	0,128*	0,112*
Politische Förderung (Wählen gehen)					0,298***	0,257***	0,273***
							0,114*
<b>Politische Informationshäufigkeit</b>							
politischen Teil der Zeitung lesen						0,153***	0,114*
Nachrichten im Radio hören						0,180***	0,179***
politische Informationen im Internet suchen						0,054	0,111
<b>Kriegserfahrung</b>							
Alterskohorten							0,205***

Im ersten Modell wird der Einfluss der Bildung auf die Wahlbeteiligung untersucht. Dieses Modell ist hochsignifikant und weist einen Beta-Wert von 0,227 auf. Dies bedeutet, dass die unabhängige Variable Bildung einen Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat. Mit diesem ersten Ergebnis wird die Hypothese bestätigt, die besagt, dass Bildung einen Einfluss auf Wahlbeteiligung hat.

Mit Hinzunahme des Konzeptes „soziale Netzwerke“ im zweiten Modell verringert sich der Beta-Wert der Bildung auf 0,2. Vor allem der hohe Beta-Wert des Items „Engagement im Umfeld“ im Konzept „Soziale Netzwerke“ (0,405) erklärt nun die abhängige Variable besser als der Bildungsabschluss. Durch das Erweitern des Regressionsmodells durch das Konzept „Soziale Netzwerke“ wird außerdem ein sprunghafter Anstieg des  $R^2$ -Wertes von 0,052 auf 0,218 deutlich. Der Varianzanteil der Wahlbeteiligung kann durch die sozialen Netzwerke somit besser erklärt werden als durch die Bildung. Dieses Ergebnis bestätigt die „Social Network Hypothese“. Diese Hypothese geht davon aus, dass nicht die Bildung allein ausschlaggebend für die Wahlbeteiligung ist, sondern dass vor allem das soziale Umfeld einen hohen Einfluss auf die Wahlbeteiligung hat.

Im nächsten Modell wird die „Berufliche Stellung“ als weiteres Konzept in die Regressionsanalyse mit einbezogen. Der Beta-Wert der Bildung steigt hier leicht an (0,215), was bedeutet, dass die berufliche Stellung einen geringeren Erklärungswert für die Wahlbeteiligung aufweist als die Bildung.

Das vierte Modell beinhaltet zusätzlich das Konzept „Einkommensstatus“. Die Items „Armut- und Reichtumsschwelle“ und „Ich kaufe nur was ich brauche“, die dieses Konzept neben der Variablen „Ich kann mir nur das nötigste leisten“ beschreiben, sind nicht signifikant. Das bedeutet, dass kein Zusammenhang zwischen diesen unabhängigen Variablen und der Wahlbeteiligung besteht. Bei Hinzunahme dieses Modells sinkt der Beta-Wert der Bildung auf 0,157. Das Einkommen begünstigt somit die Teilnahme an Wahlen. Dieses Modell bestätigt die Hypothese „Einkommen und sozialer Status“.

Das Konzept „soziale Herkunft“ wird im fünften Modell hinzugefügt. Hier ist anzumerken, dass die beiden Items „Abschluss des Vaters“ und „Abschluss der Mutter“ nicht signifikant sind. Hervorzuheben ist aber, dass besonders das Item „politisch Förderung (Wählen gehen)“ einen hohen Einfluss auf die Wahlbeteiligung (Beta: 0,278) hat. Der Beta-Wert der Bildung steigt zwar leicht an (0,173), ist aber immer noch niedriger als der Wert des Konzeptes „soziale Herkunft“. Desweiteren erklärt das Konzept „Soziale Herkunft“, neben den bereits hinzugefügten unabhängigen Variablen, den Varianzanteil der Wahlbeteiligung besser, was durch den

Anstieg von  $R^2$ , von 0,259 auf 0,320, zeigt. Die in der Theorie aufgestellte Hypothese zur sozialen Herkunft wird durch diese Ergebnisse bestätigt. Die soziale Herkunft hat neben der Bildung einen positiven Effekt auf die Wahlbeteiligung.

Das im sechsten Modell hinzugefügte Konzept „Politische Informationshäufigkeit“ hat einen eher geringen Einfluss auf den Beta-Wert der Bildung. Wobei das Item „Nachrichten im Radio hören“ den größten Beta-Wert dieses Konzeptes aufweist und somit noch den größten Einfluss auf die abhängige Variable hat.

In unserem letzten Modell sinkt der Beta-Wert der Bildung auf 0,123 ab. Das Konzept „Alterskohorten“ weist dabei einen relativ hohen Beta-Wert von 0,21 auf, hat also einen hohen Einfluss auf die Wahlbeteiligung. Dieses Ergebnis bestätigt unsere Hypothese „Alterskohorten“, die einen hohen Zusammenhang zwischen dem Altern und der Wahlbeteiligung voraussetzt.

unabhängige Variable / abhängige Variable: Wahlbeteiligung	R <sup>2</sup> -Wert						
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6	Modell 7
<b>Bildung</b>	0,052						
<b>Soziale Netzwerke</b>		0,218					
<b>Berufliche Stellung</b>			0,221				
<b>Einkommensstatus</b>				0,259			
<b>Soziale Herkunft</b>					0,320		
<b>Politische Informationshäufigkeit</b>						0,392	
<b>Alterskohorten</b>							0,424

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich beim Hinzufügen der Konzepte durchschnittlich der Einfluss der Bildung auf die Wahlbeteiligung verringert. Obwohl der Beta-Wert der Variablen Bildung durch die Zunahme weiterer unabhängiger Variablen von 0,227 auf 0,124 abnimmt, ist der Wert trotzdem weiterhin aussagekräftig. Neben der Bildung haben außerdem vor allem die Konzepte „soziale Netzwerke“, „soziale Herkunft“ und „Alterskohorten“ einen starken Einfluss auf die abhängige Variable „Wahlbeteiligung“. Dieser Einfluss wurde auch

im Laufe der Literaturrecherche vermutet und kann somit durch die Regressionsanalyse bestätigt werden.

#### **4 Fazit**

Trotz einer Ausfallquote von 62,5% bei der Standardbefragung, konnten wir empirische Ergebnisse bezüglich unserer Forschungsfrage „Zusammenhang zwischen Bildung und Wahlbeteiligung“ festhalten. Durch unsere Experteninterviews und die Standardumfrage im Zusammenhang mit der Regressionsanalyse wurde unsere Annahme über einen kausalen Zusammenhang zwischen Bildung und Wahlbeteiligung bestätigt. Allerdings wird dieser Zusammenhang durch weitere Faktoren wie das politische Engagement im Umfeld, der elterliche Förderung bezüglich dem Wählen gehen und dem Alter beeinflusst.

Ein weiteres Problem lag bei der Erfassung der Bildung. Wir beschränkten uns dabei auf den höchsten Schulabschluss. Doch wird Bildung in der Realität durch viel mehr Aspekte, wie Intelligenz oder Wissen, beschrieben. Diese zusätzlichen Faktoren, die die Bildung beschreiben, waren sehr schwer in einem Fragebogen zu operationalisieren. Das heißt, dass Personen mit niedriger schulischer Bildung trotzdem über ausgeprägte kognitive Fähigkeiten verfügen können.

#### **5 Ausblick**

Die Untersuchungen haben uns zu dem Ergebnis gebracht, dass tatsächlich einige Variablen neben der Bildung einen hohen Einfluss auf die Wahlbeteiligung haben. Gerade für zukünftige Wahlprogramme von Parteien könnte es sinnvoll sein, an unsere Untersuchung anzuknüpfen. Es zeigt sich, dass es eine gute Möglichkeit ist Wähler zu gewinnen, wenn man sich häufig in den Medien präsentiert, wie zum Beispiel in der Zeitung, im Radio, im Fernsehen oder im Internet. Für zukünftige Untersuchungen, wäre es durchaus interessant einen Fragebogen nur auf die Forschungsfrage „Was hat einen kausalen Einfluss auf den Zusammenhang zwischen Bildung und Wahlbeteiligung“ zu beziehen. Darin könnte man dann noch gezieltere Fragen zu den einzelnen Konzepten stellen. So wäre es möglich, dass man sich beispielsweise nach der Anzahl der Bildungsjahre oder nach politischer Informationshäufigkeit im Fernsehen erkundigt. Zusätzlich wäre es auch von allgemeinem Interesse noch weitere Konzepte mit in die Untersuchung aufzunehmen, wie beispielsweise die Einflüsse des Herkunftsortes bzw. der Herkunftsregion (Stadt/Land), auf die aus forschungsökonomischen Gründen im Fragebogen verzichtet wurde. Interessant wären auch die Einflüsse des Allgemeinwissens, welche schwer

zu erheben sind. Eine größere Fallzahl ist zudem wünschenswert. Sie würde dazu führen, dass kleinere Gruppen wie in unserem Fall die Personen der in Ostdeutschland aufgewachsenen, Parteimitglieder, Migranten oder auch jüngere Personen besser repräsentiert werden.



Otto-Friedrich-Universität Bamberg

**Professur für Methoden der empirischen Sozialforschung und Wissenschaftstheorie**

Prof. Dr. Martin Kroh / Dr. Britta Knauer / Dipl.-Soz. Sebastian Wiesnet

Soziologisches Forschungspraktikum 2009/2010

## **Bedeutung der Sozialisationsinstanzen für die Wahlbeteiligung**

Verfasser: Team 02

Vivien Barnekow, Helene Hofmann, Kerstin Angela Jany, Nicole Lewicki,  
Katharina Schimschal

Gliederung:

1. Einleitender Überblick über das Forschungsthema .....	S. 4
2. Theoretische Grundlagen zur Forschungsfrage .....	S. 6
2.1. Theoretische Erläuterung zum Einfluss der	
Sozialisationsinstanzen in der Literatur .....	S.6
2.1.1.    Sozialisationsinstanz Familie .....	S.6
2.1.2.    Sozialisationsinstanz Freunde .....	S.7
2.1.3.    Sozialisationsinstanz Schule .....	S.8
2.1.4.    Sozialisationsinstanz Massenmedien .....	S.8
2.2 Untersuchungen des Einflusses der einzelnen	
Instanzen auf die Sozialisation in der Literatur .....	S.10
2.3 Interessierende Thesen zur Beantwortung unserer	
Forschungsfrage .....	S.11
3. Qualitative Untersuchung mittels Experteninterviews .....	S.11

4. Quantitative Untersuchung mittels Standardbefragung .....	S.13
4.1. Methodisches Vorgehen .....	S.13
4.2. Zentrale Ergebnisse der Untersuchung .....	S.14
5. Abschließende Zusammenfassung der Forschungsergebnisse.....	S.20
6. Literaturverzeichnis .....	S.23

## 1. Einleitender Überblick über das Forschungsthema

Sinkende Wahlbeteiligung wird immer mehr zu einem Problem. Auch die Partizipationsbereitschaft der Bamberger Bevölkerung bei den Wahlen macht dabei keine Ausnahme. Dies zeigte sich aktuell im Volksentscheid zum Nichtraucherschutz vom 04.07.2010. Von ca. 54.000 Stimmberechtigten gaben gerade mal 19.500 ihre Stimme ab. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von gerade mal 36,15%.<sup>1</sup> Dieses Ergebnis widerspricht der allgemeinen Forderung nach mehr Mitbestimmung bei politischen Entscheidungen. Denn es wird deutlich, dass die Möglichkeiten der Einflussnahme nicht in dem Ausmaß genutzt werden wie es möglich wäre. Aufgrund dessen ist es wichtig herauszufinden, worin sich dieser Rückgang, vor allem der Beteiligung bei Wahlen, begründet und wie man diesen aufhalten und einen Wiederanstieg ermöglichen kann.

Der folgende Forschungsbericht behandelt das Thema „Die Bedeutung der Sozialisationsinstanzen für politische Partizipation, im speziellen für die Wahlbeteiligung“. Zu Beginn soll erst einmal geklärt werden, in welchem Kontext im Bericht die Begriffe Sozialisation, Sozialisationsinstanzen und die politische Partizipation verwendet werden.

Sozialisation an sich bezeichnet alle Prozesse, durch die ein Mensch seine Identität gewinnt und in der Gesellschaft handlungsfähig wird. Politische Sozialisation bezeichnet im Speziellen dann diejenigen Prozesse, durch die der politische Charakter ausgebildet wird.<sup>2</sup>

Durch politische Sozialisation werden Erfahrungen erworben wie zum Beispiel „Kognitionen und Wissen, Gefühle und Einstellungen sowie Werterhaltungen und Normen bezüglich Politik“<sup>3</sup>.

---

<sup>1</sup> Vgl. [www.wahlen.bamberg.de](http://www.wahlen.bamberg.de)

<sup>2</sup> Vgl. Hafner, Verena;2006; S.21

<sup>3</sup> Ebd.

Sozialisation wird durch verschiedene Instanzen erfahren. Diese können verschiedener Natur sein, doch im Falle der politischen Sozialisation sind es vor allem die Familie, die Freunde, die Schule und die Massenmedien. Unter dem Begriff der Massenmedien fallen hierbei sämtliche Print-, Rundfunk- und Internetangebote. Im Folgenden werden aufgrund der Wichtigkeit oben genannter Organisationen unter „Sozialisationsinstanzen“ nur diese verstanden.

Politische Partizipation bezeichnet alle Handlungen, die die Möglichkeit bieten seine politischen Ansichten aktiv oder passiv nach außen zu tragen und dadurch eventuell Entscheidungen in der Politik zu beeinflussen.

Es gibt eine Fülle an Möglichkeiten sich politisch zu beteiligen. Dazu zählen zum Beispiel die allgemeine Wahlbeteiligung, die Teilnahme an Unterschriftenaktionen oder Petitionen und die Mitgliedschaft in einer Partei oder Bürgerinitiative. Der Bericht befasst sich aufgrund der Fülle der Beteiligungsformen, ausschließlich mit der Wahlbeteiligung.

Die oben angebrachte Unterscheidung der Begrifflichkeiten ist entscheidend zum eindeutigen Verständnis der Forschungsfrage, da es von Interesse ist, welche Prägung durch die verschiedenen Sozialisationsinstanzen gegeben werden kann und inwiefern diese Prägung dann zu politischer Partizipation führt. Zusätzlich wird ein besonderes Augenmerk darauf gelegt, zwischen welcher Instanz und der Partizipation – der Wahlbeteiligung – der größte Zusammenhang besteht, wie dieser zu erklären ist und wie der Einfluss weiterer Variablen diesen verändert. Diese Drittvariablen sind „eigener Bildungsabschluss“, „Alter“ und „Bildungsabschluss der Eltern“.

Im Hinblick auf die daraus resultierenden Ergebnisse soll überlegt werden wie dieser Zusammenhang zu einer Erhöhung der Bereitschaft in der Bevölkerung sich politisch zu beteiligen genutzt werden kann.

## 2. Theoretische Grundlagen zur Forschungsfrage

### 2.1. Theoretische Erläuterung zum Einfluss der Sozialisationsinstanzen in der Literatur

In der Literatur gibt es mehrere Darstellungen über die Bedeutung der einzelnen Sozialisationsinstanzen für die politische Prägung. Aus diesen wird sehr deutlich, dass es eine erwähnenswerte Rangfolge der Sozialisationsinstanzen bezüglich ihrer prägenden Wirkung gibt. Diese Rangfolge setzt sich wie folgt zusammen:

1. Familie
2. Freunde
3. Schule
4. Medien

#### 2.1.1 Sozialisationsinstanz Familie

An erster Stelle steht in allen Ausführungen die Familie. Gerade in der Kindheit ist die Familie die wichtigste Sozialisationsinstanz. Die politische Sozialisation erfolgt schon in der frühesten Kindheit durch die latente politische Beeinflussung. Dazu zählt beispielsweise der Erziehungsstil der Eltern.

Mit zunehmendem Alter kommen dann manifeste politische Sozialisationsprozesse dazu. Diese Form der politischen Sozialisation kommt jedoch nur in Familien verstärkt zustande, bei denen über Politik gesprochen wird. Hierbei zeigt sich, dass dies häufiger in Familien der oberen Sozialschichten der Fall ist, als in den unteren Sozialschichten.

Eine Erziehung, die konkret auf politische Prägung abzielt, ist jedoch selten der Fall, denn die meisten Eltern sehen dies nicht als das wichtigste Erziehungsziel an.

Die Familie legt somit den wesentlichen Grundstein für Weltansichten, Verhaltensregeln und Fähigkeiten ihrer Kinder fest. Nur mit dieser Prägung, kann erst eine politische Persönlichkeitsentwicklung erfolgen. Die Eltern haben wohl die größten

Möglichkeiten ihre Kinder politisch zu prägen. Ob diese Möglichkeiten auch genutzt werden, hängt von jeder Familie selbst ab.<sup>4</sup>

Dieser politische Sozialisationsprozess kann mit zunehmendem Alter der Jugendlichen auch ein Entfremdungsprozess zwischen Eltern und Kind sein. In dieser Phase stehen die Freunde und letztendlich auch die Schule in Konkurrenz zu der Familie.<sup>5</sup>

### 2.1.2 Sozialisationsinstanz Freunde

Die Instanz der Freunde hat ebenfalls eine wichtige Bedeutung, allerdings nimmt sie nicht immer Einfluss auf die politische Prägung. Der entscheidende Aspekt dabei ist der Kontext in welchem die Freundschaft ihrem Ursprung findet. Einerseits gibt es Freundschaften die zu Spielzwecken entstehen. Dabei geht es hauptsächlich darum mit jemandem die Freizeit zu verbringen. In diesem Falle findet keine politische Prägung statt. Andererseits entstehen Freundschaften zum Zwecke einer „Kontrakultur“<sup>6</sup>, das bedeutet, dass die Jugendlichen gegen Erwachsene, im speziellen ihren Eltern, rebellieren wollen und eine eigene Identität bilden. Solche Freundschaften werden meistens in der Pubertät geknüpft und eine starke politische Prägung findet statt.<sup>7</sup>

Wie oben schon erwähnt nimmt die Schule neben den Freunden ebenfalls einen Einfluss bei der politischen Sozialisation ein.

---

4 Vgl. Hafner, Verena; 2006; S.25-30

5 Vgl. Görlitz, Axel; 1977; S.50

6 Hainke, Axel; 1970; S.28

7 Vgl. ebd.

### 2.1.3 Sozialisationsinstanz Schule

Die Schule als Sozialisationsinstanz dient vor allem der Grundlagen- und Sachwissenvermittlung.<sup>8</sup> Sie soll den Schülern politische Kenntnisse vermitteln, und es somit möglich machen, dass Jugendliche politische Entscheidungen und Prozesse kritisch beurteilen können.

Des Weiteren dient diese Instanz der Identifikation mit demokratischen Werten und der Aneignung einer grundlegenden Bereitschaft das politische System durch aktive Teilnahme zu unterstützen.

Ein letzter, nicht unwesentlicher Aspekt der Schule ist, dass das „politische Interesse, das politische Wissen und die politischen Entscheidungen“<sup>9</sup> eines jeden stets von dem individuellen Bildungsniveau des Einzelnen abhängen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Schule an sich wichtig für die politische Sozialisation von Kindern und Jugendlichen ist, da nur eine Grundlagenvermittlung dazu führen kann, dass ein grundlegendes Verständnis für Politik gegeben ist. Jedoch gehen ihre prägenden Eigenschaften kaum darüber hinaus.<sup>10</sup>

### 2.1.4 Sozialisationsinstanz Massenmedien

An letzter Stelle der Instanzenrangfolge stehen die Massenmedien, da sie keine wichtige prägende Rolle einnehmen.

Diese Sozialisationsinstanz hat die entscheidende Aufgabe, über Politik zu informieren. Denn Politisches kann nur selten im alltäglichen Geschehen erfahren werden.

---

<sup>8</sup> Vgl. Hainke, Axel; 1970; S.26

<sup>9</sup> Hafner, Verena; 2006; S.31

<sup>10</sup> Vgl. Hafner, Verena; 2006; S.31-36

Dadurch erlangen Jugendliche ein politisches Bewusstsein. Dies wird in erster Linie, durch konkret politische Inhalte der Medien wie Nachrichten im Fernsehen, Radio und Zeitung, oder durch speziell auf Politik abgezielte Informationsangebote erreicht.

Das Informationspotenzial hängt jedoch sehr stark vom Angebot des entsprechenden Mediums ab. Werden beispielsweise „nur“ Unterhaltungsangebote genutzt, die nichts mit Politik zu tun haben, liegt ein niedriges Informationspotenzial vor. Dies geht sogar so weit, dass übermäßiger Konsum solcher Unterhaltungsangebote den Rezipienten der Politik entfremdet.

Verschiedene Studien ergaben, dass übermäßige unterhaltende Mediennutzung einen negativen Einfluss auf Wissen, Interesse und Partizipationsbereitschaft ausübt.

Somit hängt das Potenzial der politischen Sozialisation durch Massenmedien stark vom entsprechenden Inhalt der jeweiligen Mediennutzung ab.<sup>11</sup>

Laut Dawson und Prewitt wird den Medien kein bedeutsamer Einfluss zugeschrieben. Kinder sehen überwiegend Unterhaltungsprogramme oder Kindersendungen. Wenn sie einmal eine Sendung mit politischem Inhalt anschauen und diese mit den Eltern besprechen, selektieren die Eltern die enthaltenen Informationen und vermitteln ihren Kindern nur diejenigen die ihrer persönlichen Meinung entsprechen.<sup>12</sup>

Nach obiger Betrachtung der einzelnen Instanzen kann man nun sagen, dass den größten Einfluss auf die politische Sozialisation die Familie hat. Sie prägt das politische Interesse und fördert Kinder und Jugendliche in Richtung der Politik. Die politische Einstellung wird des Weiteren in erster Linie ebenfalls durch die Familie geprägt und geformt. Die Freunde nehmen einen geringeren Einfluss als die Familie ein, jedoch muss beachtet werden zu welchem Zweck die Freundschaft eingegangen wird. Die Schule kann bei der Interessensförderung eingreifen, verstärkt jedoch dies höchstens.

---

11 Vgl. Hafner, Verena; 2006; S.36-42

12 Vgl. Görlitz, Axel; 1977; S. 61

Das Erlangen von politischem Wissen, sprich aktuellen Informationen über das politische Geschehen, erfolgt hauptsächlich über Medien.

## 2.2 Untersuchungen des Einflusses der einzelnen Instanzen auf die Sozialisation in der Literatur

In der Literatur sind viele Untersuchungen in Bezug auf die Familie zu finden. Dort ist vor allem herauszulesen, dass für die politische Identifikation der Vater die wichtigste Rolle einnimmt, da das Kind sich am „Oberhaupt“ der Familie orientiert und mit diesem identifiziert. Die politische Aktivität wird damit zu einem Lehrbeispiel für die Kinder.<sup>13</sup>

In der Literatur gibt es über die sozialisierende Bedeutung von Freunden keine entscheidenden Ausführungen.

In der Studie von Dawson und Prewitt zeigt sich ein Zusammenhang zwischen Schule und Gesellschaft, allerdings nur in dem Aspekt, dass das Schulklima einen größeren Einfluss auf die Sozialisation hat als der Lehrplan oder der Lehrer.<sup>14</sup>

Blancpain und Häuselmann haben in ihrer Untersuchung festgestellt, dass eine positive Korrelation zwischen der Lektüre der Tageszeitung und der politischen Partizipation besteht. Häufiger Fernsehkonsum hat im Gegensatz dazu einen negativen Einfluss und verringert die Beteiligung, was zurückzuführen ist auf ein geringeres politischen Interesses.<sup>15</sup>

---

13 Vgl. Görlitz, Axel; 1977; S. 48/49

14 Görlitz, Axel; 1977; S.56

15 Görlitz, Axel; 1977; S.62

### 2.3. Interessierende Thesen zur Beantwortung unserer Forschungsfrage

Für die empirische Durchführung werden vorab einige Thesen aufgestellt. Auf deren Basis soll ein Ergebnis unserer Fragestellung ermöglicht und erforscht werden.

Aufgrund der Angaben in der Literatur soll überprüft werden, ob die Annahme, dass die Familie den größten Einfluss auf die politische Sozialisation und Partizipation hat, auch auf die Bamberger Bevölkerung übertragbar ist.

Des Weiteren soll untersucht werden, ob die Schule in der Tat nur einen grundlagenvermittelnden Einfluss hat und somit die Prägung in dieser Institution zu kurz kommt.

Außerdem wird erforscht wie stark der Zusammenhang zwischen den Medien und der politischen Beteiligung ist, um die These zu bestätigen oder zu widerlegen, dass Medien zwar relativ wichtig, vor allem für Jüngere sind, jedoch hauptsächlich nur den Informationsaspekt bedienen.

Wie in der Literatur erörtert, muss auch in unserer Forschung herausgefunden werden, ob der Einfluss der Freunde tatsächlich nur bedingt auf politisches Engagement einwirkt.

### 3. Qualitative Untersuchung mittels Experteninterviews

Da sich die Fragestellung mit dem Einfluss der Sozialisation auf die Wahlbeteiligung beschäftigt, ist die Grundvoraussetzung für die befragten Experten, dass sie sich selbst politisch engagieren. Als Anhaltspunkt dafür dient die Mitgliedschaft in einer Partei, da sowohl sie, als auch die Wahlbeteiligung, Formen der konventionellen Partizipation sind. Von Parteimitgliedern erwartet man einen tiefergehenden Blick, der in dieser Form nicht von einem Urnengänger verlangt werden kann. Aufgrund dessen sind die Gespräche mit zwei Parteimitgliedern geführt worden.

Experte A ist Stadtrat in einer Kleinstadt in Oberfranken und zudem aktives Mitglied in einer Partei. Darüber hinaus ist er Oberstudiendirektor an einem Gymnasium. Somit kann man detaillierte Informationen über die Vorgehensweisen der Schule erhalten, wie Schülern Politik vermittelt wird.

Experte B ist hingegen passives Mitglied in einer Partei.

Es sollten Antworten auf die Fragen nach der eigenen Sozialisation und auf die Wichtigkeit der verschiedenen Instanzen gegeben werden. Darüber hinaus nutzt man die Experteninterviews als Chance neue, noch unbeachtete Aspekte zu erhalten. Laut der Experten hat die Familie den stärksten Einfluss auf die politische Prägung, da sie die Grundlagen vermittelt und die ersten Lebensjahre latenten Einfluss auf das Kind nimmt.

Im Gegensatz zu der Familie vermuten die Experten, dass Freunde einen eher schwachen Einfluss auf die politische Entwicklung ausüben. Zwar war Politik als Thema in der Generation der Experten sehr präsent - es wurde viel diskutiert und demonstriert - jedoch hat man sich gegenseitig nicht so stark beeinflusst, dass man sein Verhalten oder seine politische Meinung geändert hat.

Beide gehen davon aus, dass Freunde als Einflussfaktor auf politische Beteiligung tendenziell in der heutigen Jugend an Bedeutung gewinnen.

Auch die Schule übt einen eher geringen Einfluss auf den Einzelnen in seiner politischen Prägung aus, da sie von den Experten primär als Grundlagenvermittlung gesehen wird. Mit Grundlagenvermittlung ist hier zum Beispiel die Aufklärung über das politische System und dessen Funktion gemeint. Genau wie bei den Freunden vermuten die Experten, dass die Schule immer größeren Einfluss gewinnt, da sie stärker versucht, durch Sonderveranstaltungen wie beispielsweise Projektstage zu verschiedenen politischen Themen oder Zeitzeugenberichten zu vermitteln.

Ein weiterer Einflussfaktor sind die Massenmedien. Hier wird zwischen „klassischen Massenmedien“ wie Zeitung und Fernsehen und „neuen Massenmedien“ wie Internet unterschieden. Den Experten zufolge ist es nach wie vor wichtig Zeitung zu lesen und

Nachrichten zu sehen, sie haben aber keinen direkten Einfluss auf die politische Prägung eines Menschen. Das Internet hingegen gewinnt immer mehr an Bedeutung.

Ein wichtiger neuer Aspekt, der aus den Experteninterviews gewonnen werden kann, ist die eigene Betroffenheit. Darunter ist zu verstehen, dass eine Person aufgrund einer Ungerechtigkeit beschließt politisch aktiv zu werden. Dieser Aspekt ist zwar keine eigene Sozialisationsinstanz, wirkt aber dennoch verstärkend auf die Ausbildung der eigenen politischen Meinung und Beteiligung.

Im Folgenden geht es um den quantitativen Teil, der durch eine standardisierte Face-to-Face Befragung realisiert wurde. Zunächst soll auf die Methodik der Hauptuntersuchung eingegangen werden, um danach die Ergebnisse der Analysen zu erläutern.

#### 4. Quantitative Untersuchung mittels Standardbefragung

##### 4.1 Methodisches Vorgehen

Die Hauptuntersuchung wurde als standardisierte Befragung in Bamberg durchgeführt. Somit ist die Grundgesamtheit der Teil der Bamberger Bevölkerung, der zum Zeitpunkt der Erhebung mindestens 18 Jahre alt ist und seinen Hauptwohnsitz in Bamberg gemeldet hat. Der Befragungszeitraum erstreckte sich vom 10. Februar bis zum 19. April 2010.

Es wurde eine Zufallsstichprobe aus Adressen, die das Einwohnermeldeamt in Bamberg zur Verfügung gestellt hat, gezogen. Die Ausschöpfung lag bei 275 realisierten Interviews.

Die potentiellen Teilnehmer wurden vorab über ein Anschreiben mit zusätzlicher Datenschutzbestimmung der Universität Bamberg kontaktiert. Danach wurde mit den Personen telefonisch oder persönlich Kontakt aufgenommen, um einen Termin für das Interview zu vereinbaren. Die Befragung sollte persönlich durch ein Treffen mit den Teilnehmern stattfinden. Auf ausdrücklichen Wunsch der teilnehmenden Personen konnte das Interview auch telefonisch durchgeführt werden.

Für die standardisierten Interviews wurde ein Fragebogen entwickelt, der sich in verschiedene thematische Blöcke unterteilt und unterschiedliche Konzepte misst. Die für unsere Forschungsfrage relevanten Konzepte sind die Sozialisationsinstanzen und die Teilnahme an Wahlen. Wichtig ist hierbei zu erwähnen, dass die Antworten subjektive Einschätzungen bezüglich ihrer eigenen Sozialisationserfahrungen sind.

Nachdem kurz auf das methodische Vorgehen eingegangen wurde, sollen nun im Folgenden die Analysen und Berechnungen skizziert werden. Darüber hinaus werden die Ergebnisse interpretiert.

#### 4.2 Zentrale Ergebnisse der Untersuchung

Da sich diese Forschungsfrage mit dem Einfluss der Sozialisation auf die Teilnahme an Wahlen beschäftigt, sind die unabhängigen Variablen die Sozialisationsinstanzen, die sich aus dem Einfluss der Familie, der Schule, der Freunde und der Massenmedien zusammensetzen. Die abhängige Variable ist „Wählen“. In den unten abgebildeten Tabellen werden die theoretischen Konzepte mit den dazugehörigen Variablen abgebildet.

Tabelle 1: Auflistung der theoretischen Konzepte der unabhängigen Variablen

Konzepte der unabhängigen Variablen	Items/Variablen
Einfluss der Familie	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bedeutung der Politik im Elternhaus</li> <li>• elterliche Förderung der pol. Aktivität</li> <li>• Wichtigkeit der Familie für die pol. Prägung</li> <li>• Politisches Engagement der Eltern/Familie</li> <li>• Politische Aktivität der Eltern in der Jugendphase</li> </ul>
Einfluss der Freunde	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wichtigkeit der Freunde für die pol. Prägung</li> <li>• Politisches Engagement in Freundes- / Bekanntenkreis</li> </ul>
Einfluss durch die Schule	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wichtigkeit der Schule für die pol. Prägung</li> </ul>
Einfluss durch die Massenmedien	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wichtigkeit der Massenmedien für die pol. Prägung</li> </ul>

Tabelle 2: Auflistung des theoretischen Konzepts der abhängigen Variable

Konzept der abhängigen Variable	Items/Variablen
Beteiligung an Wahlen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Teilnahme an Kommunal-/ Landtags-/Bundestags- und Europawahl</li> </ul>

Auf Basis von Literaturrecherchen, eigenen Vermutungen und den Expertengesprächen hat man sich für diese vier theoretischen Konzepte der unabhängigen Variablen entschieden, da sie die wesentlichen Sozialisationsinstanzen sind, die einen Menschen in seiner politischen Entwicklung beeinflussen können.

Zunächst werden deskriptive Analysen durchgeführt, um Aufschluss über die Verteilung innerhalb der einzelnen Variablen zu erhalten. Je nach Skalierung der Variablen werden Modus, Minimum, Maximum, Median und Mittelwert betrachtet.

Die wohl wichtigste Erkenntnis dieser Analyse ist, dass über die Hälfte der Befragten angegeben haben, dass die Familie einen sehr wichtigen bis eher wichtigen Einfluss auf die politische Prägung nimmt. Weiterhin ergaben die Analysen, dass über 67 % der befragten Bamberger von der Familie speziell bezüglich der Teilnahme an Wahlen gefördert wurden. Des Weiteren gibt die Mehrheit der Befragten an, dass die Massenmedien eher wichtig für die eigene politische Prägung sind.

In Bezug auf den Einfluss der Freunde und der Schule entscheidet sich eine Vielzahl der Personen für die mittlere Kategorie „teils/teils“. Somit lässt sich keine eindeutige Aussage über die Ergebnisse treffen.

Auffällig ist außerdem, dass die Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2009 in der Stichprobe bei 86,2 % liegt. Wohingegen die tatsächliche Wahlbeteiligung in Bamberg 2009 bei der Bundestagswahl bei knapp 73%<sup>16</sup> lag. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass man davon ausgehen kann, dass an Umfragen mit politischen Inhalten eher Menschen teilnehmen, die auch ein gewisses Interesse an Politik haben. Daher wird unterstellt, dass diese eher bereit sind an Wahlen teilzunehmen. Ein weiterer Grund, der dieses Phänomen erklären könnte, ist die soziale Erwünschtheit.

Um mit den unabhängigen Variablen Berechnungen durchführen zu können, wurden Indizes gebildet. Jeder Index bildet ein theoretisches Konzept ab (Tabelle 1). So wird beispielsweise das theoretische Konzept Familie durch den Index „Einfluss Familie“ abgedeckt.

Um die abhängige Variable „Wählen“ zu bilden wurden die Fragen nach der Teilnahme an den letzten Kommunal- / Landtags- / Bundestags- und Europawahlen zu einer Variable generiert. Im Anschluss wurde sie binärisiert.

Um den Einfluss der verschiedenen Sozialisationsinstanzen auf die Teilnahme an Wahlen herauszufinden, wurden zunächst die Zusammenhangsmaße berechnet.

---

<sup>16</sup><http://www.bundestag.de>

Tabelle 3: Zusammenhang von Wählen und Sozialisationsinstanzen

		Wählen
Einfluss Familie	Pearsons R	0,175
	N	251
Einfluss Freunde	Pearsons R	0,075
	N	249
Einfluss Schule	Pearsons R	0,016
	N	254
Einfluss Massenmedien	Pearsons R	-0,058
	N	259

Die Tabelle zeigt, wie vermutet, dass sich der Einfluss der Familie mit 17,5 Prozent am stärksten positiv auf die Teilnahme an Wahlen auswirkt.

Der Einfluss der Freunde ist mit 5,7 Prozent deutlich unter dem der Familie.

Des Weiteren kann man aus der Tabelle ablesen, dass der Einfluss der Schule einen sehr geringen positiven Effekt auf die Teilnahme an Wahlen hat.

Ein geringer negativer Effekt existiert bei dem Einfluss der Massenmedien auf das Wahlverhalten. Das heißt, Personen, die häufig die Massenmedien nutzen, wie zum Beispiel Zeitung oder das Internet, beteiligen sich tendenziell weniger an Wahlen.

Eine Annahme der Experten ist, dass die Bedeutung der Freunde, der Schule und der Massenmedien in der heutigen Generation zunimmt. Dies bestätigt sich wenn man den Zusammenhang betrachtet.

Tabelle 4: Zusammenhang von Alter und Sozialisationsinstanzen

		Alter kategorisiert
Einfluss Freunde	Gamma	0,230
	N	249
Einfluss Schule	Gamma	0,246
	N	253
Einfluss Medien	Gamma	0,362
	N	258

Im Gegensatz zu der älteren Generation, üben die Medien mit fast 40% den stärksten positiven Einfluss auf die jüngere Generation aus. Das heißt, je jünger man ist, desto mehr wird man von den Massenmedien beeinflusst.

Ähnlich verhält es sich bei der Schule und den Freunden. Je jünger man ist, desto stärker wird man von diesen Instanzen geprägt.

Darüber hinaus ergaben die Analysen, dass ein starker Einfluss zwischen Schulabschluss und der Teilnahme an Wahlen besteht. Dies zeigt sich darin, dass Menschen mit höherer Bildung eher bereit sind sich an Wahlen zu beteiligen.

Um die Stärke und die Richtung des Einflusses der unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable herauszufinden, wurde eine logistische Regressionsanalyse durchgeführt. Auf die Forschungsfrage bezogen, bedeutet dies beispielsweise, mit welcher Wahrscheinlichkeit Personen, die durch ihre Familie wenig bis stark geprägt wurden, an Wahlen teilnehmen. In die Analyse wurden 210 von 275 Fällen mit einbezogen, somit kann man davon ausgehen, dass das Modell eine relativ gute Aussagekraft besitzt. Ein weiteres Indiz für die Eignung des Modells ist die abnehmende Devianz. Allerdings liegt das Aufklärungspotential des Modells nur bei 15,3%. Das Modell wird somit durch die Varianz relativ schlecht erklärt.

Mit den unabhängige Variablen Einfluss der Familie, Einfluss der Freunde, Einfluss durch die Schule und Einfluss durch die Massenmedien wurde die Berechnung

durchgeführt. Zudem wurden noch die Drittvariablen „Alter der Befragten“, sowie ihren eigenen „höchsten Schulabschluss“ und der ihrer Eltern mit in das Modell aufgenommen. Die abhängige Variable ist nach wie vor Wählen.

Tabelle 5: Variablen in der Gleichung:

	Regressionskoeffizient Beta	Exp(B)
Schritt 3		
Einfluss der Familie	0,159*	1,173
Alter	-0,040***	0,961
Eigenen Schulabschluss		
Hauptschulabschluss	0,715	2,045
Realschulabschluss	1,319	3,738
Fachabitur	2,612	13,621
Abitur	2,252	9,503

Regressionskoeffizient Beta

\*\*\*Nullhypothese wird verworfen bei einem Signifikanzniveau von 99%

\*\*Nullhypothese wird verworfen bei einem Signifikanzniveau von 95%

\*Nullhypothese wird verworfen bei einem Signifikanzniveau von 90%

Mit zunehmender Wichtigkeit der politischen Prägung durch die Familie, steigt die Wahrscheinlichkeit wählen zu gehen.

Darüber hinaus konnte festgestellt werden, dass die Wahrscheinlichkeit, wählen zu gehen, mit zunehmendem Alter geringfügig sinkt.

In dem Modell zeigt sich weiterhin, ausgehend von Personen ohne Schulabschluss, dass mit qualifizierterem Bildungsabschluss die Wahrscheinlichkeit wählen zu gehen, zunimmt. Einzige Ausnahme hierbei bilden die Befragten mit Fachhochschulreife. Sie nehmen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit an Wahlen teil als Abiturienten. Eine

mögliche Erklärung hierfür könnte die geringe Fallzahl (N=17) der Fachabiturienten in der Stichprobe sein. Wenn alle Personen mit Fachhochschulreife angeben, wählen gegangen zu sein, steigt die errechnete Wahrscheinlichkeit extrem an.

Bei der binären logistischen Regression werden nicht zwangsläufig alle genannten Variablen in das Modell aufgenommen, sondern nur diejenigen mit Erklärungskraft. Nachdem die Variablen „Einfluss Familie“, „Alter“ und „höchster Schulabschluss“ der Befragten schrittweise nach ihrer Fähigkeit, die Vorhersagegenauigkeit bestmöglich zu erklären, ins Modell aufgenommen worden sind, kann durch die Aufnahme weiterer Variablen die Vorhersagegenauigkeit nicht weiter erhöht werden, weshalb die Variablen „Einfluss Freunde“, „Einfluss Schule“, „Einfluss Massenmedien“ und „höchster Schulabschluss der Eltern“ nicht aufgenommen worden sind.

Unter Berücksichtigung mehrerer durchgeführter Regressionsanalysen ist es wichtig zu erwähnen, dass der höchste Schulabschluss immer die stärkste Erklärungskraft in Bezug auf die Wahlbeteiligung hatte. Zudem hat sich gezeigt, dass bei einer logistischen Regressionsanalyse, die ohne Drittvariablen durchgeführt wird, nur die Familie ausreichend Erklärungskraft besitzt.

Abschließend sollen die zentralen Ergebnisse zur Beantwortung der Forschungsfrage erörtert werden. Darüber hinaus sollen Handlungsvorschläge zur Verbesserung der Wahlbeteiligung, bezogen auf die Sozialisationsinstanzen, gegeben werden.

## 5. Abschließende Zusammenfassung der Forschungsergebnisse

Grundsätzlich ist anzumerken, dass in dieser Befragung alle Antworten subjektive Einschätzungen der Teilnehmer sind. Zusätzlich ist zu erwähnen, dass das Konzept „Einfluss Familie“ durch mehr Items abgefragt wurde, als die anderen unabhängigen theoretischen Konzepte. Trotz der zahlenmäßig ungleichen Verteilung der Items auf die Konzepte, kann davon ausgegangen werden, die sie aussagekräftig genug sind.

Durch die qualitativen Untersuchungen kann die Forschungsfrage wie folgt beantwortet werden. Die Familie ist die wichtigste Sozialisationsinstanz, die am meisten Einfluss

auf die politische Prägung des Menschen einnimmt. Des Weiteren dient die Schule vor allem der Grundlagenvermittlung. Ein neuer interessanter Aspekt, der durch die qualitative Erhebung aufkam, ist, dass man oft erst dann politisch aktiv wird, wenn man selbst Ungerechtigkeiten erfährt.

Darüber hinaus vermuteten die Experten, dass der Einfluss der Schule, der Massenmedien und der Freunde über die Generationen hinweg zunimmt.

Dies bestätigt sich auch, wenn man die Berechnungen der quantitativen Untersuchung betrachtet. Über die Hälfte der Befragten gaben an, dass die Familie für die politische Prägung am wichtigsten war. Zwei Drittel wurden von ihrer Familie speziell bezüglich der Teilnahme an Wahlen gefördert. Mit zunehmender Wichtigkeit der politischen Prägung durch die Familie, steigt auch die Wahrscheinlichkeit wählen zu gehen.

Freunde, Schule und Massenmedien haben einen sehr geringen Einfluss auf die Bereitschaft wählen zu gehen.

Zudem zeigt sich, dass Personen mit einem hohen Bildungsabschluss eher wählen gehen.

Daraus resultiert der Gedanke, am Unterrichtsgeschehen anzusetzen.

Da die Bildung das Wahlverhalten so stark beeinflusst, ist es naheliegend am Bildungssystem Veränderungen herbei zu führen. In der Primarstufe könnte beispielsweise durch eine kinderfreundliche Aufbereitung (Kindernachrichten, Kinderzeitungen...) des aktuellen Geschehens das politische Verständnis gefördert und geschult werden.

In weiterführenden Schulen (Sekundarstufe I und II) sollte jeweils ein Schüler durch ein Kurzreferat die wesentlichen politischen Geschehnisse des vorangegangenen Tages zusammenfassend vortragen.

Hierdurch soll das Interesse an der Politik durch Verständnis wachsen.

Das an sich zentralste Ergebnis der Untersuchung, dass die Familie den größten Einfluss auf die politische Prägung hat, stellt sich als Problem dar. Den Eltern kann

durch den Staat nicht vorgeschrieben werden, in welchem Anteil sie ihren Kindern über das politische Geschehen berichten.

Daher gestaltet sich die Möglichkeit in dieser Instanz einzugreifen als enorm schwierig.

Abschließend lässt sich somit festhalten, dass die frühzeitige Vermittlung von Politikverständnis durch die Familie und die Schule zur Erhöhung der Wahlbeteiligung beitragen kann.

## 6. Literaturverzeichnis

- 1) Görlitz, Axel: Politische Sozialisationsforschung- Eine Einführung; Verlag W. Kohlhammer; Stuttgart Berlin Köln Mainz; 1977
- 2) Hafner, Verena: Politik aus Kindersicht- Studie über Interesse, Wissen und Einstellungen von Kindern; ibidem; Stuttgart; 2006
- 3) Hainke, Axel: Politische Sozialisation- Neuere amerikanische Beiträge zu einer Theorie des politischen Lernprozesses und ihr Zusammenhang mit der allgemeinen Sozialisationsforschung; Hrsg. Ebd.; Hamburg; 1970
- 4) Claußen, Bernhard: Politische Sozialisation in Theorie und Praxis-beiträge zu einem demokratienotwendigen Lernfeld; Hrsg. Ebd; Ernst Reinhardt Verlag; München; 1980
- 5) Bock, Karin: Politische Sozialisation in der Drei-Generationen-Familie – Eine qualitative Studie aus Ostdeutschland; Leske+ Budrich; Opladen; 2000

### Internetseiten:

- 1) [http://www.wahlen.bamberg.de/wahlen/Volksentscheid\\_NR-Schutz\\_Schnellmeldung/461000\\_000314/](http://www.wahlen.bamberg.de/wahlen/Volksentscheid_NR-Schutz_Schnellmeldung/461000_000314/) ; aufgerufen 07.07.2010, 10:42Uhr
- 2) <http://www.bundestag.de/bundestag/wahlen/wahlkreis09/wahlkreise/wk236.html> ; aufgerufen 10.7.2010



Otto-Friedrich-Universität Bamberg

**Professur für Methoden der empirischen Sozialforschung und Wissenschaftstheorie**

Prof. Dr. Martin Kroh / Dr. Britta Knauer / Dipl.-Soz. Sebastian Wiesnet

Soziologisches Forschungspraktikum 2009/2010

## **Internetwahlen als Mobilisierungsmaßnahme?**

Verfasser: Team 03

Veronik Heimkreitner, Anna Theresa Maier, Maximilian Schareck, Julius Schenk, Janos Schwab

## **Inhalt**

1	Einleitung .....	1
2	Theoretische Überlegungen.....	2
2.1	Wählen und Internet.....	2
2.2	Sicherheit und technische Realisierbarkeit .....	3
2.3	Der Rational-Choice-Ansatz in Bezug auf Nichtwählende.....	4
2.4	Potenzielle Vor- und Nachteile der Onlinewahl .....	5
2.5	Legitimation durch die Bevölkerung .....	6
2.6	Aktueller Stand der Forschung .....	6
3	Methoden und empirisches Vorgehen.....	7
4	Technische Umsetzbarkeit von Onlinewahlen unter Einhaltung der Wahlgrundsätze.....	10
4.1	Wahlgrundsätze der geheimen und der freien Wahl .....	10
4.2	Wahlgrundsatz der gleichen Wahl.....	11
4.3	Leistungskraft und Sicherheit der Server.....	12
4.4	Möglichkeiten der Wahlergebnisfälschung .....	12
4.5	Bereits umgesetzte Möglichkeiten der Onlinewahl .....	13
5	Mobilisierungspotential der Onlinewahl bei den Nichtwählenden .....	14
5.1	Definition der Teilgesamtheit „Nichtwählende“.....	14
5.2	Allgemeine Merkmale der Nichtwählenden .....	15
5.3	Definition der Teilgesamtheiten Onlinewählende und Nicht-Onlinewählende .....	15
6	Die Rationale (Nicht-)Wahl .....	15
6.1	Politikverdrossenheit als Ursache des Nichtwählens.....	15
6.2	Die Tradition der Urnenwahl als Beweis der Irrationalität.....	16
6.3	Opportunitätskosten im bestehenden System.....	17
6.4	Zeit als entscheidender Faktor .....	19
7	Untersuchung des Digital Divide .....	20
7.1	First level Digital Divide .....	20
7.2	Second level Digital Divide .....	21
8	Zusammenfassung.....	23
9	Literaturverzeichnis.....	25
10	Tabellenband.....	27

# 1 Einleitung

Der vorliegende Forschungsbericht beschäftigt sich mit der Frage nach einer möglichen Steigerung der politischen Partizipation von BürgerInnen in Deutschland. Konkret geht es um eine Steigerung des Mobilisierungspotenzials in Bezug auf die Wahlbeteiligung. Eine Maximierung der Wahlbeteiligung in Deutschland würde eine Stärkung der Demokratie bedeuten, da eine hohe Wahlbeteiligung die Legitimität einer Wahl bekräftigt. In den letzten 11 Jahren ist ein stetiger Rückgang der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen zu verzeichnen. So ist von 1998 die Wahlbeteiligung von 82,2% auf den bisherigen Tiefststand seit Bestehen der Bundesrepublik auf 70,8% im Jahr 2009 gesunken<sup>1</sup>. Um die Wahlbeteiligung zu erhöhen, müssen bisherige Nicht-Wählende mobilisiert werden. Die vorliegende Studie untersucht, ob die Einführung einer Onlinewahl, als zusätzliche Wahlmethode, einen solchen Mobilisierungseffekt haben könnte. Zusätzlich wurde kontrolliert, ob Personen, die bereits regelmäßig an Wahlen teilnehmen, auch bereit wären ihre Stimme online abzugeben. Im Zuge dessen werden Onlinewählende allgemein und besonders Nichtwählende, die sich durch die Onlinewahl mobilisieren lassen, deskriptiv untersucht. Da die Möglichkeit der Onlinewahl in Deutschland noch nicht realisiert ist, beschäftigt sich die vorliegende Untersuchung mit einem theoretischen Konstrukt. Onlinewahl soll im Folgenden als Wahl via Internet verstanden werden. Auf die Nutzung von Wahlcomputern u.Ä. wird daher nicht eingegangen.

Der folgende Forschungsbericht untergliedert sich in acht Abschnitte. Im nächsten Teil werden die theoretischen Überlegungen, welche der Studie vorausgingen, näher beleuchtet. Abschnitt drei erläutert die Methoden und das empirische Vorgehen der Untersuchungen. Anschließend wird unter Punkt vier, basierend auf dem Experteninterview, auf die technische Realisierbarkeit einer möglichen Onlinewahl eingegangen. Neben technischen Komponenten wird auch auf die Wahlgrundsätze und mögliche Risiken einer Onlinewahl bezuggenommen. Der anschließende Teil behandelt das Mobilisierungspotential der Onlinewahl bei den Nichtwählenden. Unter Punkt sieben wird der Rational Choice Ansatz in Bezug auf Wahlen näher beleuchtet. Im vorletzten Punkt wird die Theorie des Digital Divide näher ausgeführt. Grundlage der Erkenntnisse, in den Abschnitten sieben und acht, waren unter anderem die

---

<sup>1</sup> Bartsch, K. (2009). *Aktueller Begriff. Entwicklung der Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland*.  
Zugriff am 05.06.2010 unter  
[http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2009/entwicklung\\_wahlbeteiligung.pdf](http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2009/entwicklung_wahlbeteiligung.pdf)

Ergebnisse aus den Expertengesprächen mit Politikern der SPD und FDP. Punkt neun resümiert alle zuvor angeführten Punkten in Form eines Fazits.

## 2 Theoretische Überlegungen

Im Folgenden sollen verschiedene theoretische Vorüberlegen erläutert werden. Diese beziehen sich zum Einen auf mögliche Legitimationsdefizite einer Onlinewahl, zum Anderen auf technischen Hürden, insbesondere der Sicherheitsthematik, bei der Durchführung einer solchen Wahl. Es werden desweiteren die grundlegenden Überlegungen des Rational-Choice-Ansatzes und des Digital Divides eingeführt, welche die theoretische Basis der vorliegenden Forschung darstellen. Darüber hinaus wird darauf eingegangen, inwiefern man die Onlinewahl der Bevölkerung näher bringen könnte und es wird der aktuelle Stand der Forschung skizziert.

### 2.1 Wählen und Internet

Mit zunehmender Bedeutung des Mediums Internet, auch in politischen Sphären, gewinnt auch das Thema Onlinewahl an Relevanz. So gilt das Internet als wichtigste politische Informationsquelle gerade für die jüngeren Wählenden<sup>2</sup>. Somit könnte darin ein mögliches Mittel gegen die abnehmende Wahlbeteiligung gesucht werden. Die politische Partizipation über das Medium Internet könnte zudem Bürgerinnen und Bürgern Deutschlands neue Möglichkeiten im Bereich der direkt-demokratischen Beteiligungsformen, wie z.B. BürgerInnenentscheide, bieten. Bruchstein vermutet die Vorteile einer Onlinewahl darin, schneller und unkomplizierter, den Willen der Wählenden besser berücksichtigend, direkt-demokratische Verfahren stärkend sowie billiger und leichter zu sein. Probleme sieht er in den Bereichen der Unvereinbarkeit mit dem bundesdeutschen Verfassungsrecht, der Schaffung neuer Verfahren bedingt durch Legitimationsdefizite sowie der Förderung eines populistischen Demokratieverständnisses.<sup>3</sup> Mit dem von Bruchstein angesprochenen Problem der verfassungsrechtlichen Legitimität in Deutschland greift er eines der grundsätzlichen Probleme einer möglichen Onlinewahl auf. Dabei wird sich auf die bereits bestehende Briefwahl berufen, welche lediglich als Ausnahmeregel und nur in sieben Staaten der EU

---

<sup>2</sup>Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (19. August 2009). *Das Internet wird wahlentscheidend.* Zugriff am 05.06.2010 unter [http://www.bitkom.org/files/documents/BITKOM\\_Presseinfo\\_E-Democracy\\_19\\_08\\_2009\\_final2.pdf](http://www.bitkom.org/files/documents/BITKOM_Presseinfo_E-Democracy_19_08_2009_final2.pdf)

<sup>3</sup> Bruchstein, H. (2001). Modernisierung der Demokratie durch e-Voting? *Leviathan*, 2, 147 – 155.

zugelassen ist.<sup>4</sup> Bezüglich der 5 Wahlgrundsätze, der freien, allgemeinen, unmittelbaren, gleichen und geheimen Wahl, werden häufig Probleme gesehen. Besonders die Aspekte der geheimen und auch der freien Wahl stehen dabei im Fokus der Diskussion. So könne beispielsweise Druck durch Familienangehörige oder Freunde zu einer anderen Stimmabgabe führen. Bei der Urnenwahl besteht diese Gefahr nicht, da lediglich die Wählenden selbst ihren ausgefüllten Stimmzettel sehen können. Ein weiteres Risiko der Onlinewahl könnte darin bestehen, dass sie zu einem populistischen Demokratieverständnis führen könnte. Dies wiederum, so Bruchstein, birgt die Gefahr mögliche demokratiefeindliche Gruppen zu bestärken, sowie die Zahl der Spaßwählenden zu erhöhen.<sup>5</sup>

## 2.2 Sicherheit und technische Realisierbarkeit

Der Erste Bereich der vorliegenden Forschungsarbeit setzt sich mit den Sicherheitsaspekten und der technischen Realisierbarkeit einer Onlinewahl auseinander. Eine Umsetzung, gerade in puncto Sicherheit, gilt als umstritten. Die Schwierigkeit besteht in diesem Kontext zwischen der Wahrung der Anonymität auf der einen Seite und der Überprüfung der Daten und ihrer Verifikation auf der Anderen<sup>6</sup>. Zu den genannten Risiken kommen potenzielle Gefahren durch HackerInnen und eine professionelle Fälschung der Wahlergebnisse hinzu. Trotz einiger Kontroversen im Bezug auf Sicherheitsbedenken wird in manchen Ländern die Onlinewahl bereits praktiziert. Hierzu zählen zum Beispiel Estland und einzelne Kantone in der Schweiz. In Deutschland wurden in Trier und Marburg ebenfalls regionale Wahlen versuchsweise per Internet durchgeführt.<sup>7</sup> Bei einer bundesweiten Einführung der Onlinewahl würde sich allerdings die Frage nach der Einteilung und der Größe der Regionen stellen, also der Grad der (De-)Zentralisierung. Neben den vorangestellten Aspekten stellen auch die Kosten bei Hardware, Software, Personal und Heranführung der BürgerInnen an die neue Form des Wählens einen nicht zu vernachlässigenden Faktor dar. Ebenso muss bedacht werden, dass mögliche Sicherheitslücken durch private BetreiberInnen entstehen könnten.

---

<sup>4</sup> Ebd., 147-155

<sup>5</sup> Ebd., 147-155

<sup>6</sup> Kotsiopoulos, I. (März 2009). *Bringing Together and Accelerating eGovernment. Research in the EU*, 70-71. Zugriff am 05.06.2010 unter

[http://ec.europa.eu/information\\_society/activities/egovernment/studies/trendswatch/reports/edemocracy.pdf](http://ec.europa.eu/information_society/activities/egovernment/studies/trendswatch/reports/edemocracy.pdf)

<sup>7</sup> Technische Universität Darmstadt (2010). *Overview on Online-Elections in Germany*. Retrieved July 12, 2010, from Fachbereich Informatik: [http://www.cdc.informatik.tu-darmstadt.de/mitarbeiter/volkamer/Electronic\\_Voting\\_Info\\_Page.html](http://www.cdc.informatik.tu-darmstadt.de/mitarbeiter/volkamer/Electronic_Voting_Info_Page.html).

Im Bereich Technik werden besonders die allgemeinen technischen Probleme im Bezug auf Server- und Rechenleistungen und mögliche Probleme bei der Auswertung der Daten hinsichtlich der zuvor erwähnten Wahlgrundsätze beleuchtet. Des Weiteren sind denkbare Probleme bei fehlerhaften „Buchungen“ von Wahlstimmen unter Umständen im Nachhinein nicht mehr zu ändern.<sup>8</sup> So führen Brandt und Volkert in ihrer Publikation „E-Voting im Internet - Formen, Entwicklungsstand und Probleme“ an, dass bei Onlinewahlen, im Vergleich zur herkömmlichen Wahl, aufgrund der Komplexität und der Datenschutzproblematik mit einer zeitnahen Einführung von Onlinewahlen nicht zu rechnen ist. Jedoch vermuten die Autoren auch positive Effekte einer Onlinewahl, insofern, dass diese leichter zugänglich, billiger und auch schneller als die herkömmlichen Wahlmethoden sein könnte.<sup>9</sup> Zudem könnte eine Alternative zur Urnenwahl körperlich eingeschränkten Personen wie z.B. Behinderten, Kranken, Bettlägerigen etc. zugute kommen.

### **2.3 Der Rational-Choice-Ansatz in Bezug auf Nichtwählende**

Um zu erklären, warum die Wahlbeteiligung in Deutschland und anderen Industrienationen sinkt, soll im Folgenden der Rational-Choice-Ansatz herangezogen werden. Allgemein geht der Ansatz davon aus, dass AkteurInnen grundsätzlich nur diejenigen Handlungen ausführen, welche ihnen einerseits den größten Nutzen, von der sie sich andererseits aber auch erhoffen, dass sie das gewünschte Ergebnis bringt.<sup>10</sup>

Der Theorie nach entstehen für die potenziellen Wählenden drei Arten von Kosten, welche sie gegen den persönlichen Nutzen abwägen, um dann die Entscheidung zur (Nicht-)Wahl zu treffen. Zunächst werden die Kosten in Zeit und anderen Ressourcen, welche aufgebracht werden, um sich über die Parteien und KandidatInnen zu informieren, als Entscheidungskosten bezeichnet. Diese beschreibt Niedermayer (2001) aber als eher gering, da sich die Wählenden in Deutschland beispielsweise an ihrer Ideologie orientieren können. Darüber hinaus entstehen die so genannten Beteiligungskosten, welche sich vor allem in Fahrtkosten zum Wahllokal und ähnlichen ausdrücken. Durch die Vielzahl an Wahllokalen können aber auch diese als sehr gering angesehen werden.

---

<sup>8</sup>Bruchstein, H. (2001). Modernisierung der Demokratie durch e-Voting? *Leviathan*, 2, 147 – 155.

<sup>9</sup> Brandt, M. & Volkert, B. (2002). *E-Voting im Internet – Formen, Entwicklungsstand und Probleme*. Stuttgart: TA-Akademie: Informationsgesellschaft, Institut: Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg,

<sup>10</sup> Münch, R. (2007). *Soziologische Theorie. Band 2: Handlungstheorie*. Frankfurt/New York: Campus. S. 89 – 150.

Als dritte Art von Kosten, die für Wählende entstehen, werden die Opportunitätskosten genannt. Diese beinhalten, dass die Individuen wählen gehen, anstatt diese Zeit für Handlungsalternativen zu nutzen.

Diesen drei Arten von Kosten steht der Nutzen gegenüber, welchen der/die Wählende sich von einer Teilnahme an der Abstimmung erhofft. Diese sind für das Individuum in einer Demokratie wie Deutschland, mit etwa 80 Millionen Menschen kaum zu erkennen. Eine Stimme mehr oder weniger verändert augenscheinlich nichts am Ergebnis. Das offensichtliche Paradoxon des Wählens wird durch die Theorie so erklärt, dass rationale Menschen nicht wählen gehen. Zu erwähnen ist aber, dass immer noch eine Mehrheit der Menschen an den Wahlen teilnimmt. Hier entsteht ein Paradoxon für den Rational-Choice-Ansatz, auf welches für das Forschungsinteresse nicht weiter einzugehen ist.<sup>11</sup>

In der Studie sollen vor allem die Opportunitätskosten betrachtet werden, da jene durch die Möglichkeit der Abstimmung von Zuhause, also der Einsparung von zeitlichem Aufwand, reduziert werden könnten. Hierin müsste dann ein Mobilisierungspotential der Onlinewahl begründet liegen.

## **2.4 Potenzielle Vor- und Nachteile der Onlinewahl**

Da für einen großen Teil der deutschen Bevölkerung der Gang zur Wahlurne eine Art Ritus darstellt, auf den er unter Umständen nicht verzichten will, könnte auch dies sich auf die Einschätzung einer Onlinewahl auswirken - eine Möglichkeit, welche besonders auf ältere Menschen zutreffen könnte.<sup>12</sup> Wie in der Fachliteratur angemerkt, könnte die Einführung der Onlinewahl weiterhin zu einer Verringerung der unbeabsichtigt ungültigen Stimmzettel, mittels der elektronischen Kontrollmöglichkeiten, führen. Zusätzlich hätten Wählende mehr Zeit und Ruhe bei der Online-Stimmabgabe, was, besonders bei der Komplexität einiger Wahlen, einen Vorteil gegenüber herkömmlichen Wahlmöglichkeiten darstellt. Generell könnten Wahlen an Übersichtlichkeit gewinnen.<sup>13</sup> Dem gegenüber besteht das Problem, dass ein Großteil der deutschen Bevölkerung nicht ausreichend mit dem Medium Computer, insbesondere dem Medium Internet, vertraut ist.<sup>14</sup> In diesem Kontext setzt sich auch die

---

<sup>11</sup> Niedermayer, Oskar (2001). *Bürger und Politik: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Eine Einführung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 182-183.

<sup>12</sup> Bruchstein, H. (2001). Modernisierung der Demokratie durch e-Voting? *Leviathan*, 2, 147 – 155.

<sup>13</sup> Bruchstein, H. (2001). Modernisierung der Demokratie durch e-Voting? *Leviathan*, 2, 147 – 155.

<sup>14</sup> Riehm, U. & Krings, B.-J. (2006). Abschied vom „Internet für alle“?. Der „blinde Fleck“ in der Diskussion zur digitalen Spaltung. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 54, 77-78.

Fachliteratur mit dem Thema des „Digital Divide“ auseinander. „Digital Divide“ bezeichnet den Umstand, dass nicht alle Gruppen der Bevölkerung gleichen Zugang zum Internet haben (First-Level Digital divide) und nicht die gleichen Fähigkeiten im Umgang mit dem Computer und dem Internet aufweisen (Second-Level Digital Divide) und so eine Chancenungleichheit besteht. Es wird sogar davon ausgegangen, dass ein „Internet für jedermann“ vielleicht nie erreicht werden kann.<sup>15</sup> Onlinewahl könnte diese Spaltung potenzieren, indem sie einigen BürgerInnen die Möglichkeit nimmt, frei zwischen allen Formen der Stimmabgabe zu wählen.

## 2.5 Legitimation durch die Bevölkerung

Des Weiteren hängt ein möglicher Erfolg der Onlinewahl, neben den bereits aufgeführten Bedingungen, auch von gesellschaftlichen und politischen Einflüssen ab. Es wäre beispielsweise nötig, die Bevölkerung durch gezielte Werbung an eine Internetwahl heranzuführen. Die Forschung beschäftigt sich zudem mit dem generellen Umgang der Bevölkerung mit persönlichen Daten und dem Vertrauen in Onlineapplikationen. „Von Verfechtern der Onlinewahl [wird] gern die Maxime ausgegeben, dass ein Verfahren dann als sicher gelten könne, wenn beim gleichen Sicherheitsstandard die Bürger auch bereit wären, ihre Finanztransaktionen im Netz vorzunehmen.“<sup>16</sup>

## 2.6 Aktueller Stand der Forschung

2009 ließ der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V. eine repräsentative Studie zum Thema „E-Democracy<sup>17</sup>“, durch das Meinungsforschungsinstitut Forsa durchführen.<sup>18</sup> Laut Umfrage wollen viele Bürger nicht nur ihre Meinungen und Wünsche äußern, sondern direkt online partizipieren. „Fast 40 Prozent möchten per Internet direkt an Entscheidungen mitwirken, bei den Jüngeren sind es 46

---

<sup>15</sup> Ebd., 77-78

<sup>16</sup> Bruchstein, H. (2001). Modernisierung der Demokratie durch e-Voting? *Leviathan*, 2, 147 – 155.

<sup>17</sup> „E-Demokratie Das „E“ vor Demokratie steht für *elektronisch* und bedeutet, dass demokratische Prozesse elektronisch unterstützt werden, indem z.B. Mitbestimmung mit Hilfe von Computern stattfinden kann. Die elektronische Wahl (E-Voting) oder E-Partizipation ermöglichen es Menschen, politische Entscheidungen mit dem Internet als Werkzeug zu fällen. All diese elektronischen Beteiligungsmöglichkeiten sind Teil des E-Government. Das digitale Regieren beinhaltet auch die elektronische Verwaltung.“ Zugriff am 05.07.2010 unter <http://www.politik-lexikon.at/demokratie/>

<sup>18</sup> Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (19. August 2009).

*Das Internet wird wahlentscheidend.* Zugriff am 05.06.2010 unter [http://www.bitkom.org/files/documents/BITKOM\\_Presseinfo\\_E-Democracy\\_19\\_08\\_2009\\_final2.pdf](http://www.bitkom.org/files/documents/BITKOM_Presseinfo_E-Democracy_19_08_2009_final2.pdf)

Prozent.“<sup>19</sup> Laut Bitkom, existieren starke Schwankungen zwischen den Anhängern einzelner Parteien. Die Akzeptanz für politische Partizipation per Internet sei bei Anhängern der Grünen beispielsweise mit 58 Prozent weit vor der von Unionsanhängern, 34 Prozent. „Die Ergebnisse der Bitkom-Studie zeigen darüber hinaus eine hohe Akzeptanz von Online-Wahlen. Fast die Hälfte der Bundesbürger (47 Prozent) würde ihre Stimme bei Wahlen elektronisch über das Internet abgeben. Unter den 18- bis 29- Jährigen sind es sogar 57 Prozent.“<sup>20</sup> 36 Prozent der Befragten äußerten Kritik in puncto Sicherheit. „32 Prozent befürchten konkret, dass Wahlergebnisse manipuliert werden könnten. 19 Prozent finden Online-Wahlen zu unpersönlich“.<sup>21</sup>

Im nachstehenden Teil wird näher erläutert, wie die zugrundeliegenden Daten erhoben wurden. Zusätzlich werden die empirischen Verfahren und Methoden näher beleuchtet.

### **3 Methoden und empirisches Vorgehen**

Im Vorfeld der Datenerhebung wurden Experteninterviews mit einem Professor für Informatik, einem Politiker der FDP sowie einem Politiker der SPD geführt. Die Auswahl eben dieser Parteien beruht auf den erheblichen Stimmverlusten der SPD und der hohen Stimmgewinne der FDP bei der Bundestagswahl 2009. Desweiteren wurde davon ausgegangen, dass die FDP aufgrund ihrer Initiativen zur Einführung der Onlinewahl in Hessen, besonders geeignet sein könnte.<sup>22</sup> Die Entscheidung für den Informatikprofessor basiert auf seiner Spezialisierung im Bereich der Kommunikationsdienste, Telekommunikationssysteme und Rechnernetze, welche sowohl zu der Bewertung des Umgangs der Bevölkerung mit dem Medium Internet als auch der Bewertung der technischen Realisierbarkeit einer Onlinewahl von Vorteil ist.

In den Experteninterviews mit den Vertretern der beiden Parteien, ergab sich zunächst, dass beide Personen sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht tiefergehend mit dem Thema der Onlinewahl beschäftigt hatten. Somit konnten Sie nur Vermutungen zu dem Thema äußern.

---

<sup>19</sup> Ebd.

<sup>20</sup> Ebd.

<sup>21</sup> Ebd.

<sup>22</sup> Biermann, K. (03.03.2009). Stimmenfang im Netz. *Zeit Online*. Zugriff am 24.06.2010 unter <http://www.zeit.de/online/2009/06/onlinewahlen-wahlcomputer>

Dem folgenden Forschungsbericht liegen des Weiteren die Daten einer eigens für die Studie durchgeführten Standardbefragung zugrunde. Um Aussagen über große soziale Kollektive treffen zu können, ist es nötig, Stichproben aus einer kleineren Teilgesamtheit zu ziehen. Ganz konkret bedeutet dies, dass für die vorliegende Forschung zur politischen Partizipation in Deutschland, ganz Deutschland von Interesse ist. Da es im Rahmen der angestrebten Untersuchung nicht möglich ist, Umfragen in der ganzen Bundesrepublik durchzuführen, wurde sich auf die Stadt Bamberg in Bayern beschränkt. Die Forschung geht davon aus, dass die in Bamberg ermittelten Ergebnisse Schlüsse auf Gesamt-Deutschland zulassen. Zu diesem Zweck wurde eine standardisierte Zufallsstichprobe durchgeführt. Dies gewährleistet, dass grundsätzlich jede/r BambergerIn, die gleiche Möglichkeit hat, in die Stichprobe zu gelangen und somit an der Befragung teilzunehmen. In der Umsetzung bedeutet dies, dass den Interviewenden per Zufallsprinzip Adressen aus den Daten des Einwohnermeldeamtes zugewiesen wurden. Die somit zufällig ausgewählten Personen wurden von den Interviewenden angeschrieben und über die Befragung informiert. Anschließend wurden die per Brief kontaktierten BürgerInnen um einen Interviewtermin gebeten. Dies geschah so weit möglich per Telefon oder aber auch durch persönliche Besuche der InterviewerInnen. Das Interview selbst wurde bei den Befragten zu Hause oder an einem öffentlichen Ort durchgeführt, je nach Arrangement der Interviewenden und der Befragten. Während der Befragung waren, nach Möglichkeit, keine Dritten anwesend. Die Befragung selbst war eine Standardumfrage. Eine Standardumfrage liegt dann vor, wenn sowohl die Fragen als auch die Reihenfolge in der sie gestellt werden festgelegt ist. In den meisten Fällen waren Antwortvorgaben gegeben, aus denen der Befragte wählen kann, so genannte geschlossene Fragen. In einigen Ausnahmen sind die Fragen offen, was bedeutet, dass die Antwort in keiner Weise vorgegeben ist.

Der Fragebogen bestand aus 81 Fragen, wovon 24 demographische Fragen zur eigenen Person sind.

Die erhobenen Informationen wurden anonymisiert und in einen Datensatz umgewandelt. Somit ist gewährleistet, dass keine persönlichen Daten der Interviewten zweckentfremdet werden können oder in irgendeiner Form öffentlich zugänglich sind. Die erhobene Grundgesamtheit beträgt 940 Personen. Von den 940 Personen haben letztendlich jedoch nur 275 an der Befragung teilgenommen. Dies bedeutet eine Ausschöpfungsrate von 29,3%.

Die häufigsten Gründe nicht an der Studie teilzunehmen, waren unter anderem, „keine Zeit“, „fehlendes Interesse“, „altersbedingte Verweigerung“, „Grundsätzliche Verweigerung“ und „Misstrauen gegenüber Umfragen“ oder zu „schlechte Sprachkenntnisse“.

Bei den erhobenen Daten fällt auf, dass Frauen mit 54,4% etwas überrepräsentiert sind. Allerdings entspricht dieser Unterschied in etwa dem Verhältnis zwischen Männern und Frauen in Deutschland (Abb. 1 u. Abb. 2). Gleiches gilt für das Alter der Befragten. Hier waren ebenfalls ältere Personen etwas stärker vertreten als Jüngere (Abb. 3 u. Abb. 4). Ein Problem hingegen stellt der geringe Anteil von Befragten mit Migrationshintergrund dar.

Um die Repräsentativität der Ergebnisse zu verbessern, ist es möglich, einzelne Fälle zu gewichten. „Mit der Gewichtung einer Stichprobe kann erreicht werden, dass das Stichprobenprofil der Untersuchung einem gewünschten Profil, wie zum Beispiel der zugrundeliegenden Grundgesamtheit, angenähert wird. Um solche Verzerrungen einer Stichprobe auszugleichen wird jeder befragten Person ein Gewichtungsfaktor zugeteilt, mit dem die erhobenen Daten dieser Person multipliziert werden. Der Gewichtungsfaktor bestimmt sich dadurch, dass für jede Ausprägung der betreffenden Variablen ein Verhältnis zwischen "Sollzustand" und "Istzustand" gebildet wird.“<sup>23</sup> Die im Forschungsbericht behandelten Daten sind, soweit nicht anders vermerkt, alle gewichtet.

Die Forschung beschäftigt sich mit dem Mobilisierungspotenzial einer möglichen Onlinewahl, um mit deren Hilfe die Wahlbeteiligung zu steigern. Die Wahlbeteiligung ist in zweierlei Hinsicht von Bedeutung. Zum Einen werden die Nichtwählenden im Zusammenhang mit der Onlinewahl näher betrachtet, um Rückschlüsse auf einen möglichen Mobilisierungseffekt festzustellen und zum Anderen, um den generellen Effekt der Onlinewahl auf die Beteiligung an Wahlen einzuschätzen. Das Alter ist insofern wichtig, als dass ein negativer Zusammenhang zwischen Alter und der Kompetenz in der Internetnutzung unterstellt wird und sich daraus die eventuelle Schlussfolgerung ergibt, dass die Neigung zur Onlinewahl tendenziell mit steigendem Alter abnimmt. Vor dem Hintergrund des Digital-Divide-Phänomens erscheint zudem das Einkommen als Faktor für die Nutzung der Onlinewahl relevant. Untersucht werden weiterhin die Nichtwählenden, auch wenn sie nicht Online wählen würden. Damit lässt sich abschätzen, welche Befürchtungen in Bezug auf die Onlinewahl bestehen und was man ihnen entgegensetzen könnte, um Nichtwählende zu mobilisieren.

---

<sup>23</sup> Erb, P. *Gewichtung von Fällen*. Zugriff am 18.06.2010 unter <http://www.statistik-tutorial.de/tutorials/gewichten-von-faellen.html>

Es gilt in diesem Zusammenhang zu vermerken, dass die aus der Stichprobe hervorgegangene Wahlbeteiligung weit von der wirklichen abweicht. So haben beispielsweise bei der deutschen Bundestagswahl 2009 lediglich 70,8 Prozent<sup>24</sup> der wahlberechtigten Deutschen gewählt. In unserer Stichprobe lag der Wert jedoch bei 87,8%. Allerdings wird diese Differenz durch Gewichtung geringer. Da das Forschungsthema mit der Wahlbeteiligung zusammenhängt, wird die Grundgesamtheit durch die Gewichtung besser abgebildet.

Der folgende Abschnitt befasst sich mit der technischen Realisierbarkeit von Onlinewahlen. Des Weiteren wird auf generelle Sicherheitsaspekte, insbesondere den Datenschutz, eingegangen.

#### **4 Technische Umsetzbarkeit von Onlinewahlen unter Einhaltung der Wahlgrundsätze**

Bezüglich der technischen Realisierbarkeit und Faktoren, welche in diesem Zusammenhang ebenfalls beachtet werden müssen, konnte durch das Experteninterview mit einem Professor für Informatik, insbesondere Kommunikationsdienste, Telekommunikationssysteme und Rechnernetze, ein differenziertes Bild gewonnen werden. Denn zum Einen wird klar, dass eine Onlinewahl insofern möglich ist, als dass sich der/die Wählende mit einem BenutzerInnenamen und Kennwort einloggen kann und die direkte Wahl dann über eine Transaktionsnummer (TAN) gesichert wird. Zum Anderen müssen auch diverse Faktoren, speziell im Zusammenhang mit politischen Wahlen, wie etwa die Wahlgrundsätze in Deutschland, beachtet werden, welche die Legitimität der Wahl aufrecht erhalten und die Technologie so vor eine zunehmend große Herausforderung stellen.

##### **4.1 Wahlgrundsätze der geheimen und der freien Wahl**

In diesem Zusammenhang sieht der Experte den Konflikt zwischen Verifizierbarkeit und Nicht-Rückverfolgbarkeit als die größte Schwierigkeit an. Denn hierbei wird erforderlich, dass die Wählenden sich einerseits selbst davon überzeugen können, ob ihre Stimme im System registriert wurde und somit in das Endergebnis einfließt, andererseits aber auch von

---

<sup>24</sup> Bartsch, K. (2009). *Aktueller Begriff. Entwicklung der Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland*. Zugriff am 05.06.2010 unter [http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2009/entwicklung\\_wahlbeteiligung.pdf](http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2009/entwicklung_wahlbeteiligung.pdf)

den Administratoren des Systems nicht zurückverfolgt werden kann, wer welche Stimme abgegeben hat, da dies den Grundsätzen der freien und geheimen Wahl widerspricht. Die Administratoren wiederum müssen aber eine Überprüfung der abgegebenen Stimmen in gewisser Weise vornehmen können, um zu gewährleisten, dass eine Person nicht zweimal wählen kann. Der Konflikt besteht also darin, dass man seine Identität preisgeben muss, um überhaupt zum Wählen zugelassen zu werden und andererseits die Identität auch geschützt werden soll, um anonym zu bleiben. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass man nicht den Internetzugang allein als Identifikationsmöglichkeit anerkennt, sondern eine personenbezogene Eigenschaft. Dies könnte, laut dem Experten, theoretisch über ein biometrisches Merkmal gewährleistet werden. Allerdings würde die praktische Umsetzung einen so großen Arbeits- und Kostenaufwand erfordern, dass eine Verwirklichung kaum umsetzbar scheint.

#### **4.2 Wahlgrundsatz der gleichen Wahl**

Ein weiterer Wahlgrundsatz, welchem der Experte besondere Beachtung schenkt, ist die Gleichheit. Aus technischer Sicht ist an diesem Punkt vor allem die Gleichheit derer, die zur Wahl stehen und deren Parteien, problematisch. Denn die Bedingungen in der Wahlkabine können nicht identisch auf den privaten Computer übertragen werden. Bei umfangreicheren Wahlen, wie zum Beispiel Kommunal- oder Europawahlen, kann etwa die große Anzahl der KandidatInnen nicht komplett auf dem Bildschirm angezeigt werden und somit müssten die Wählenden die „[Wahl]Listen [am Rechner] durchblättern“<sup>25</sup>, um alle KandidatInnen zu sehen. Dies benachteiligt, laut dem Experten, diejenigen, welche nicht auf den ersten Blick zu sehen sind, gegenüber denen, die ganz vorne bzw. ganz oben stehen. Gründe hierfür können sein, dass die Wählenden entweder gar nicht bemerken, dass es noch mehr KandidatInnen, als die angezeigten gibt bzw. aus reiner Faulheit die Stimmen unter denen vergeben, welche sie auf den ersten Blick sehen können.

Bezüglich der Gleichheit der Parteien, ist es, nach Meinung des Experten, auf jeden Fall wichtig, dass während des Wahlvorgangs keine Werbung, vor allem keine politische, erlaubt ist.

---

<sup>25</sup> Schwab, J. & Maier, A. (Dezember 2009). Interview einem Professor für Informatik. Bamberg. (S.17)

### **4.3 Leistungskraft und Sicherheit der Server**

Bezüglich der technischen Herausforderungen einer starken Nachfrage auf den Servern, welche bei einer Onlinewahl untrüglich aufkommen würde, meint der Experte, dass dabei das bestehende Wahlsystem kopiert werden muss und daher eine Dezentralisierung und Hierarchisierung vorgenommen wird. Dies bedeutet, dass regionale Rechenzentren die Stimmen aus den Wahlbezirken sammeln und sie dann auf Bundesebene weiterleiten. Obwohl eine starke Nachfrage mittlerweile technisch gut realisiert werden kann, wie man bei Google, Facebook u.a. sieht, muss bei einem so sensiblen Vorgang über das Internet so weit wie möglich sichergestellt werden, dass das System nicht abstürzt. Falls dies aber doch passiert, muss ein zweiter Zentralrechner so installiert sein, dass er bei einem Ausfall des ersten Servers übernimmt. Somit wird das physikalische System hoch verfügbar gehalten und kann weder durch einen technischen Fehler, noch durch einen gezielten Angriff außer Gefecht gesetzt werden.

### **4.4 Möglichkeiten der Wahlergebnisfälschung**

Die Verfügbarkeit des physikalischen Systems ist, laut des Experten, einer der wesentlichsten Punkte bei der Umsetzung der Onlinewahl. Da HackerInnen wohl zuerst versuchen würden, die Serverleistung zu stören und das System zu lähmen bzw. abstürzen zu lassen, um durch [oder: um durch... zu erleichtern] technischen Probleme die Möglichkeiten der Wahlmanipulation zu erleichtern. Denn so könnte es zum Beispiel dazu kommen, dass jemand behauptet, er/sie habe bereits gewählt, wäre also schon registriert, seine/ihre Stimme wäre aber, auf Grund von technischen Schwierigkeiten, nicht gezählt worden.

Die weiteren Möglichkeiten der Wahlergebnisfälschung gestalten sich ähnlich wie bei der Briefwahl, da auch hier die Wahlunterlagen entweder entwendet werden oder im Fall, dass der/die Wahlberechtigte nicht mehr vollkommen geistig gesund ist, unbemerkt von anderen Personen ausgefüllt werden können. Dieses Dilemma könnte sich zum Beispiel im Seniorenheim ergeben, wenn eine Pflegekraft den Wahlzettel der PatientInnen ohne deren Wissen und Einverständnis ausfüllt. Dies verweist noch einmal darauf, wie wichtig es hierbei ist, einen starken Zugangsschutz auf individueller Basis einzuführen.<sup>26</sup>

---

<sup>26</sup> Schwab, J. & Maier, A. (Dezember 2009). Interview einem Professor für Informatik. Bamberg. (S.17)

#### 4.5 Bereits umgesetzte Möglichkeiten der Onlinewahl

Entgegen der Meinung des Experten, wurden in Estland, einzelnen Kantonen der Schweiz, in Marburg und in Trier bereits Onlinewahlen durchgeführt. Allerdings konnten im Zuge dieser Forschungsarbeit keine Informationen dazu gefunden werden, inwieweit die oben angesprochenen Probleme dort bewältigt wurden. Es lässt sich aber vermuten, dass aufgrund der kleineren Gebiete, eine Umsetzung erleichtert wurde. Außerdem befinden sich die genannten Projekte derzeit lediglich im Teststadium und stellen noch keine bereits etablierten Wahlsysteme dar.<sup>27;28;29</sup>

Zusammenfassend kann man also erkennen, dass die Onlinewahl die Informationstechnik, vor allem bei der Einhaltung aller Wahlgrundsätze, vor eine große Herausforderung stellen würde. Der Experte geht jedoch nicht davon aus, dass die Wahlbeteiligung durch die Onlinewahl gesteigert werden könnte, da die Kosten bei einer Wahl bereits jetzt auf ein Minimum reduziert seien. Eine technische Lösung, welche die legitime Onlinewahl ermöglichen würde, kann sich der Experte derzeit nicht vorstellen. Allerdings wurden, wie bereits erwähnt, in einzelnen Gebieten Onlinewahlen schon testweise technisch umgesetzt und erfolgreich durchgeführt.<sup>30</sup>

Im Folgenden wird nun der Aspekt des Mobilisierungspotentials der Onlinewahl, unter näherer Betrachtung der Teilgesamtheit der Nichtwählenden in Zusammenhang mit der Affinität zur Onlinewahl, untersucht.

---

<sup>27</sup> Gerlach J. & Gasser, U. (März 2009). *Three Case Studies from Switzerland: E-voting*. Berkman Center for Internet & Society.

<sup>28</sup> Technische Universität Darmstadt (2010). *Overview on Online-Elections in Germany*. Retrieved July 12, 2010, from Fachbereich Informatik: [http://www.cdc.informatik.tu-darmstadt.de/mitarbeiter/volkamer/Electronic\\_Voting\\_Info\\_Page.html](http://www.cdc.informatik.tu-darmstadt.de/mitarbeiter/volkamer/Electronic_Voting_Info_Page.html).

<sup>29</sup> Estonia National Electoral Comitee (2009). *Internet Voting in Estonia*. Retrieved July 13, 2010, from <http://www.vvk.ee/index.php?id=11178>.

<sup>30</sup> Schwab, J. & Maier, A. (Dezember 2009). Interview einem Professor für Informatik. Bamberg. (S.17)

## **5 Mobilisierungspotential der Onlinewahl bei den Nichtwählenden**

### **5.1 Definition der Teilgesamtheit „Nichtwählende“**

Im Fragebogen wurde die Teilnahme an den letzten vier für die BambergerInnen relevanten Wahlen erhoben, die des Stadtrates 2008, des bayrischen Landtags 2008, der Europawahl 2009 sowie der Bundestagswahl 2009. Außerdem wurde dieser Teil des Fragebogens mit einer Einleitung versehen, in welcher angeführt wurde, dass es verschiedene Gründe gibt, nicht zu einer Wahl zu gehen. So sollte der Effekt der sozialen Erwünschtheit möglichst vermieden werden. Von Sozialer Erwünschtheit wird gesprochen, wenn sich die Befragten dazu gezwungen fühlen, eine bestimmte Antwort auf eine Frage zu geben, da sie denken, dass diese Antwort von der Gesellschaft erwartet wird. So gilt etwa „wählen gehen“ oft noch als eine Norm, die zu erfüllen ist, als eine Selbstverständlichkeit oder ‚BürgerInnenpflicht‘. Dieser Effekt könnte hier dazu führen, dass die Wahlbeteiligung in der Stichprobe überschätzt wird, was durch die Einleitung, welche die Möglichkeit des Nicht-Wählens als legitim anführt, verhindert werden sollte.

Bei einer Faktorenanalyse mit den vier Wahl-Items stellt sich heraus, dass sie eine deutliche Dimension abbilden (KMO-Test: 0,804, Signifikanz nach Bartlett 0,000, Abb. 29), welche eine hohe innere Konsistenz besitzt (Cronbachs-Alpha: 0,841 Abb. 29). Die Daten lassen den Schluss zu, dass eine mehrfaktorielle Lösung keine Verbesserung bringt, so dass von einer in sich geschlossenen Dimension ausgegangen wird (Abb. 31).

Es wird dann ein Index gebildet, welcher anzeigt, an wie vielen der Wahlen die Befragten teilgenommen haben. Die nicht Wahlberechtigten werden hierbei natürlich ausgeschlossen.

Mit dieser Skala werden Nichtwählende also im Folgenden als diejenigen Personen definiert, welche an allen vier Wahlen nicht partizipierten, obwohl sie wahlberechtigt waren. Es konnte also nicht von den Befragten selbst angegeben werden, ob sie generell nicht wählen, da das Wahlverhalten im Laufe über Jahrzehnte sehr unterschiedlich sein kann, und damit auch die prinzipielle Einstellung schwer zu erfassen ist. Es wird also gemessen, welche der Personen in den letzten beiden Jahren zu der Gruppe der Nichtwählenden zählt.

Auf Grund der geringen Stichprobengröße und der bereits angesprochenen Selektivität der Stichprobe bezüglich des Wahlverhaltens, ist die Gruppe der Nichtwählenden klein (n=20, ungewichtet). Allgemein stellt sich der Wahlindex als sehr linksschief heraus, was bedeutet, dass ein Großteil der Personen öfter wählen geht, als es in der Wirklichkeit der Fall ist (Abb.

32).<sup>31</sup> Es besteht also ein gewisses Fehlerrisiko beim Schluss von der Teilgesamtheit der Nichtwählenden in der Stichprobe auf die Grundgesamtheit der Nichtwählenden in Bamberg.

## **5.2 Allgemeine Merkmale der Nichtwählenden**

Zunächst sollen einige allgemeine Merkmale der Nichtwählenden beschrieben werden: Das Durchschnittsalter lag mit 45,9 Jahren unter dem der gesamten Stichprobe (49,0 Jahre), 17 von ihnen besitzen die deutsche StaatsbürgerInnenschaft.

Die zwanzig Nichtwählenden setzten sich außerdem aus 14 Frauen und 6 Männern zusammen. Dies ist zu bedenken, da der typische Internetnutzer in der Forschung<sup>32</sup> als männlich angegeben wird, es könnte in Bezug auf die Gruppe der Nichtwählenden also zu einer Unterschätzung der Zustimmung zur Onlinewahl kommen.

## **5.3 Definition der Teilgesamtheiten Onlinewählende und Nicht-Onlinewählende**

Als Nicht-Onlinewählende werden die Personen bezeichnet, die die Frage nach der Nutzung eines möglichen Onlinewählens verneinen (n=153 siehe Abb. 21) und andersherum werden die Personen, welche die Frage bejahen als Onlinewählende bezeichnet (n=108 siehe Abb. 21). Es gilt zu bedenken, dass diese Personen natürlich nicht real ihre Stimme im Internet abgeben, da dies in Deutschland derzeit nicht möglich ist.

# **6 Die Rationale (Nicht-)Wahl**

## **6.1 Politikverdrossenheit als Ursache des Nichtwählens**

Im folgenden Abschnitt soll untersucht werden, inwieweit sich zunächst einmal der Rational-Choice-Ansatz tatsächlich auf Wahlen generell beziehen lässt. Dazu wird die Stichprobe zunächst auf eine mögliche Politik- beziehungsweise Demokratieverdrossenheit untersucht, da dies auch die Ursache für den Rückgang der Wahlbeteiligung darstellen könnte. Das würde den Rational-Choice-Ansatz zwar nicht widerlegen, jedoch könnte dann kausal für die Nichtwahl die Unzufriedenheit angeführt werden.

---

<sup>31</sup> Bartsch, K. (2009). *Aktueller Begriff. Entwicklung der Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland*. Zugriff am 05.06.2010 unter [http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2009/entwicklung\\_wahlbeteiligung.pdf](http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2009/entwicklung_wahlbeteiligung.pdf)

<sup>32</sup> WEMF AG (2000). *Internet-Nutzung im Zeitvergleich. Studie der WEMF AG für Werbemedien-Forschung*. Zugriff am 25.06.2010 unter <http://www.wemf.ch/de/produkte/internet.html>

Um diese These der Politikverdrossenheit als Grund für nicht-wählen zu untersuchen, wurde die Teilgruppe der Nichtwählenden auf ihre Demokratiezufriedenheit untersucht. Diese wurde mit der Frage „Wie beurteilen Sie – alles in allem- die Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“ erfasst. Dabei fällt auf, dass 15 (n=20) der Nichtwählenden auf einer Fünferskala mindestens „teils teils“ angeben. Nur eine Person beurteilt die Demokratie in Deutschland als „sehr schlecht“. Es besteht also Zweifel an der These der Politikverdrossenheit, zumindest kann sie für diese Stichprobe nicht bestätigt werden.

Theoretisch interessant für die Fragestellung sind auch diejenigen Nichtwählenden, welche die Onlinewahl nicht nutzen würden (n=15). Bei ihnen wurden die Gründe erfasst, welche einer Mobilisierung durch die Onlinewahl entgegenstehen. Auf die Frage, warum sie nicht onlinewählen würden, bei welcher Mehrfachantworten möglich waren, antworten dabei nur 5 Personen, dass sie generell nicht wählen. Dies zeigt also, dass die Politikverdrossenheit zwar besteht, allerdings nur bei einer Minderheit der Nichtwählenden. Dieses Argument wird dadurch bestärkt, dass die Antwortmöglichkeiten vorgegeben wurden, also den Befragten das Konzept der Politikverdrossenheit bewusst wurde. Es muss also eine andere Erklärung für die Nichtwahl herangezogen werden, welche im Rational-Choice Ansatz liegen könnte.

Um diese Theorie überprüfen zu können sollen im nächsten Schritt weitere Argumente, die den Rational-Choice-Ansatz nicht bestätigen, abgewogen werden.

## **6.2 Die Tradition der Urnenwahl als Beweis der Irrationalität**

Schon der Experte der SPD nennt den Traditionscharakter der Urnenwahl, und geht davon aus, dass sich dies negativ auf die Zustimmung zur Onlinewahl auswirken dürfte.<sup>33</sup> In der Stichprobe geben immerhin 35% (Abb. 15) der Nicht-Onlinewählenden als Grund zur Nichtnutzung der Onlinewahl an, sie bevorzugen den traditionellen Gang zur Wahlurne.

Bei den Briefwählenden geben lediglich 2% (Abb. 12) der Befragten , „Keinen bestimmten Grund“ für ihre Entscheidung an, hingegen sind es bei den Urnenwählenden 19,7% (Abb. 13). Bei letzteren könnte vermutet werden, dass die Angabe keines bestimmten Grundes auf einen nicht reflektierten traditionellen Wert der Urnenwahl zurückzuführen ist. Explizit wird die Tradition der Urnenwahl von 21,2% (Abb. 14) der Urnenwählenden als Grund zur Nichtnutzung der Briefwahl genannt. Die Zahlen belegen also, dass für einen gewissen Teil der Bevölkerung der Gang zur Wahlurne eine Art Ritus darstellt, der wohl verhindern wird,

---

<sup>33</sup> Schenk & Heimkreitner. (Dezember 2009). Interview einem SPD Politiker. Bamberg

dass dieser Teil die Onlinewahl nutzen wird. Diese Befunde mögen auf den ersten Blick dem Rational-Choice-Ansatz widersprechen, da Wählende offensichtlich nicht rational denken, sondern aus Tradition wählen gehen. Für die vorliegende Fragestellung der Mobilisierung der Nichtwählenden spielt diese Tradition aber offensichtlich keine Rolle, da diejenigen Menschen, die nicht wählen gehen, höchst wahrscheinlich auch keine Tradition mit dem Gang zur Wahlurne verbinden.

Jedoch muss der Idee von den rationalen, Kosten abwägenden Wählenden auch noch ein anderer Befund entgegengehalten werden: 24 Befragte befinden, die Onlinewahl würde gegenüber der Wahlkabine mehr Bedenkzeit als Vorteil mit sich bringen. (Abb.24) Auch circa ein Viertel der Briefwählenden (Abb. 9) sieht in der Briefwahl den Vorteil von mehr Bedenkzeit im Vergleich zur Urnenwahl. Dies widerspricht der Reduktion des zeitlichen Aufwandes, wie im Rational-Choice-Ansatz angeführt, eindeutig. Sollte für die Stichprobe also festgestellt werden, dass die Theorie des Rational-Choice-Ansatzes zutrifft, so muss dies durch den eben angeführten Befund eingeschränkt werden.

Allerdings gilt es vor allem zu bemerken, dass auf die Frage nach den Gründen für die Nichtnutzung der Onlinewahl Sicherheitsbedenken die größte Rolle spielen (43,9 %, Abb.16). Dies findet sich auch bei den Nichtwählenden, die nicht onlinewählen würden, hier äußern 4 Personen Bedenken in Bezug auf die Sicherheit (n=15). Es scheint also eher so, als wäre bei der Einführung der Onlinewahl eine breite Aufklärung über die Sicherheitsaspekte nötig, um eine Mobilisierung von Nichtwählenden zu ermöglichen. Dies weist darauf hin, dass eine Erklärung des Nichtwählens weiterhin zu suchen ist, da ein Teil der Nichtwählenden nur Bedenken gegenüber der Sicherheit äußert, sich aber prinzipiell vorstellen kann, wählen zu gehen. Dies ist ein weiterer Hinweis darauf, dass andere Gründe für das Phänomen des Nichtwählens herangezogen werden müssen. Um sich dem Rational-Choice-Ansatz weiter anzunähern, wird das bestehende Wahlsystem im Folgenden auf seine Opportunitätskosten untersucht.

### **6.3 Opportunitätskosten im bestehenden System**

Das bestehende System gibt den Wählenden zwei Möglichkeiten, ihre Stimme abzugeben. Einerseits durch die Urnenwahl, andererseits per Briefwahl. Um abschätzen zu können, inwieweit der zeitliche Aufwand im bestehenden System für die Bevölkerung eine Rolle spielt, wurden die Befragten nach ihrer Nutzung der Briefwahl gefragt. Einerseits ist die

Briefwahl hier von Bedeutung, da sie gegenüber der Urnenwahl für viele eine weniger kostspielige Möglichkeit darstellen dürfte, andererseits, weil die Briefwahl in vielerlei Hinsicht mit der Onlinewahl verglichen wird. Aufgrund der gemeinsamen Unterschiede zur herkömmlichen Urnenwahl wurde vermutet, dass die Briefwahl und die Onlinewahl ähnliche Reduktionen der Opportunitätskosten zur Folge haben könnten.

Für die Stichprobe fand sich, dass 43,7% (Abb. 6) der Befragten Personen, welche an mindestens einer der Wahlen teilnahmen, (n=102) haben innerhalb der letzten 2 Jahre bei einer Wahl die Briefwahl genutzt. Der am häufigsten genannte Grund zur Nutzung der Briefwahl ist die Verhinderung am Wahlsonntag (67,3%, Abb. 7). Dies entspricht den Opportunitätskosten, der dritten Art von Kosten die nach dem Rational-Choice-Ansatz auf die Wählenden zukommen. Sowohl rund ein Viertel der Briefwählenden (27,7%, Abb. 10) als auch ein Viertel der Urnenwählenden (25%, Abb. 11) erachtet die von ihnen gewählte Wahlmethode als weniger aufwendig. Dies kann auf eine subjektiv wahrgenommene Senkung der Opportunitätskosten in beiden Gruppen der Wählenden hindeuten und somit die Annahmen des Rational-Choice-Ansatzes stützen. Offensichtlich spielen die Kosten eine Rolle, wenn es darum geht, welche Wahlmethode bevorzugt wird. Es zeigt sich aber auch, dass hier differenzierte Meinungen darüber bestehen, welche Möglichkeit wohl weniger Kosten verursacht.

Als häufigsten Grund für die Nicht-Nutzung der Briefwahl, nannten dagegen 59 der 133 Urnenwählenden die Nähe zum Wahllokal am Wahlsonntag (44,7%, Abb. 8). Dies kann auf die zweite Art von Kosten, die Beteiligungskosten, bezogen werden. Eventuell kann ein Gang zur Wahlurne weniger monetäre Kosten verursachen als ein Gang zum nächsten Briefkasten, zumal die Briefwahl auch beantragt und somit der Briefkasten zweimal aufgesucht werden muss.

Es kann festgehalten werden, dass die Kosten für das Individuum, von welchen der Rational-Choice-Ansatz spricht, für die Befragten eine Rolle spielen. Der zeitliche Aufwand ist bereits für die Menschen, welche wählen gehen relevant und wird mit in die Überlegungen einbezogen. Das deutet darauf hin, dass dies für einen Teil der Bevölkerung von zentraler Bedeutung ist, wenn es darum geht, nicht wählen zu gehen. Der Aspekt des zeitlichen Aufwands wird deshalb näher beleuchtet.

## 6.4 Zeit als entscheidender Faktor

Zunächst soll noch einmal die Bedeutung des Befundes herausgestellt werden: Sollte sich der subjektiv empfundene zeitliche Aufwand als zentral für die Entscheidung zur (Nicht-) Wahl herausstellen, so kann das bedeuten, dass durch die Onlinewahl eine Mobilisierung der Nichtwählenden stattfindet. Der Technik-Experte geht allerdings nicht davon aus, dass die Wahlbeteiligung durch die Onlinewahl gesteigert werden könnte, da die Kosten bei einer Wahl bereits jetzt auf ein Minimum reduziert seien. Er führt an, dass die Onlinewahl, sollte sie als sicher gelten, wiederum eine Registrierung und damit kaum Reduktion von Opportunitätskosten mit sich bringen würde. Die Politiker hingegen sehen den Vorteil der Onlinewahl genau darin, dass sie weniger zeitlichen Aufwand bedingen würde<sup>34</sup>. Damit liegen sie nahe an der Einschätzung der Bevölkerung, bei welcher das Hauptargument der potenziell Onlinewählenden für die Stimmabgabe im Internet (80%, n=108, Abb. 18) potenziell die geringeren Kosten in Form von Zeit sind. Zweitstärkstes Argument ist der Vorteil einer online getätigten Stimmabgabe bei Abwesenheit am Wahltag (46,7%, Abb. 19). Dies stützt die These der vermuteten Reduktion der Opportunitätskosten und somit den Vergleich zwischen Online- und Briefwahl. Dennoch ergibt die Analyse keinen statistischen Zusammenhang zwischen diesen beiden Wählendengruppen (Cramer's V = 0,067, Abb. 20).

Für einen Erfolg der Onlinewahl spricht auch, dass auch 4 der potenziell zu Mobilisierenden (n=5), also derjenigen, die nicht wählen waren, aber Onlinewahl nutzen würden, als Grund für das Nutzen der Onlinewahl angaben, der zeitliche Aufwand sei gegenüber herkömmlichen Wahlmethoden geringer.

Zusammenfassend lässt sich für diese Vielfalt an Informationen sagen, dass der Rational-Choice-Ansatz mit seiner Idee von den zu hohen Opportunitätskosten sich in der Stichprobe bestätigen lässt. Dies gilt vor allem für die Gruppe der Nichtwählenden, aber auch bei den Wählenden zeigt sich, dass die Kosten in Form von Zeit bei der Wahl der Wahlmethode eine Rolle spielen. Dass sich der Rational-Choice-Ansatz bestätigen lässt, führt zu der Annahme, dass die Onlinewahl, sollte sie diese Kosten reduzieren, eine mobilisierende Wirkung haben könnte, da auch die allgemeine Politikverdrossenheit nicht bestätigt wurde, also die Menschen eventuell durchaus wählen würden. Dem Technikexperten, welcher anführte, dass bei der praktischen Durchführung der Onlinewahl keine Kostenreduktion entstände, ist die gefundene subjektiv unterschiedliche Einschätzung von Kosten in der Bevölkerung entgegenzuhalten.

---

<sup>34</sup> Schenk, Heimkreitner & Schareck. (Dezember 2009). Interview einem SPD / FDP Politiker. Bamberg.

Menschen nehmen schon bei Brief- und Urnenwahl den damit verbundenen Aufwand unterschiedlich wahr. Die Onlinewahl, gerade weil das eigene Haus nicht verlassen werden müsste, könnte also bei Nichtwählenden dazu führen, dass sie die Opportunitätskosten als am niedrigsten einschätzen.

## **7 Untersuchung des Digital Divide**

Es wird versucht, Unterschiede zwischen den Onlinewählenden heraus zu arbeiten, um mögliche Effekte der Einführung der Onlinewahl abschätzen zu können. Dadurch soll untersucht werden, welche Gruppen in der Bevölkerung besonders zur Onlinewahl neigen und wie sich die beiden Arten des Digital Divide zeigen.

### **7.1 First level Digital Divide**

Im Folgenden soll zunächst auf den First-Level Digital Divide eingegangen werden, welcher sich um die Thematik des ungleichen Internetzugangs dreht.

Es fällt im Zusammenhang mit dem Internetzugang generell auf, dass offenbar kein Zusammenhang zum Einkommen besteht (Abb. 36). Allerdings gibt es eine sehr starke Korrelation zum Alter (Pearson's R: -0,510, p= 0,000, Abb. 37). Je älter die Menschen sind, desto weniger haben sie Zugriff auf das Internet. Für das First-Level des Digital-Divide lässt sich also feststellen, dass sich diese Ungleichheit im Zugang eher auf das Alter als auf soziale Ungleichheit beziehen lässt. Dies wird dadurch gestützt, dass sich die abhängige Variable „Zustimmung zur Onlinewahl“ im Regressionsmodell am besten durch die Variablen „Nutzung von Onlinebanking“, „Nutzung von ELSTER“ (elektronisches Steuerprogramm) und eben der Möglichkeit des Zugangs zum Internet erklären lassen. (Abb. 33,34,35). Dahingegen scheinen weder Alter, Bildung noch Einkommen eine hohe Erklärungskraft zu besitzen.

So findet sich der First-Level Digital Divide auch beim Wahlgrundsatz der Gleichheit. Hierbei legt der Experte für Telekommunikation<sup>35</sup> den Fokus darauf, dass die Onlinewahl nicht von allen gleich gut genutzt werden kann, dass heißt durch die Onlinewahl werden nicht

---

<sup>35</sup> Schwab & Maier. (Dezember 2009). Interview mit einem Professor für Informatik. Bamberg.

für alle Wahlberechtigten die Kosten gesenkt. Dies sieht er darin begründet, dass das Internet noch nicht in allen Gebieten Deutschlands gleich gut verbreitet ist.

## **7.2 Second level Digital Divide**

In diesem Abschnitt wird auf die Fähigkeiten der Bevölkerung im Umgang mit dem Internet eingegangen und der sogenannte Second-Level Digital Divide betrachtet.

Zunächst lässt sich für die beiden Teilgesamtheiten Onlinewählende und Nicht-Onlinewählende kein Unterschied im Einkommen feststellen. Der Mittelwertvergleich zeigt sehr ähnliche Werte (1710,26 Euro bei Nicht-Onlinewählenden gegenüber 1708,78 bei Onlinewählenden, siehe Abb. 25) zwischen den beiden Gruppen, jedoch gab die Spannweite (8861 und 6417 Euro, siehe Abb. 25) in der Analyse den Ausschlag, einen Vergleich der Mediane vorzuziehen. Hierbei zeigt sich eine deutlichere Differenz, so liegt das Äquivalenzeinkommen bei Onlinewählenden mit 1537,96 Euro deutlich über dem der Nicht-Onlinewählenden (1250,50 Euro, siehe Abb. 25). Es lässt sich insofern eine Verbindung zum Digital-Divide Ansatz herstellen, als dass, unabhängig von der tatsächlichen Möglichkeit auf das Internet zuzugreifen, wohl tendenziell eher Menschen mit höherem Einkommen ihre Stimme online abgeben würden. Sofern Onlinewahl eine mobilisierende Wirkung erzielt, würden also ärmere Menschen in der Wahl eventuell unterrepräsentiert. Dem muss entgegengestellt werden, dass kein Zusammenhang zwischen dem Bildungsabschluss und der Zustimmung zur Onlinewahl gefunden wurde.

Bei den Überlegungen im Vorfeld der Forschung wurde die These aufgestellt, Onlinewahlen würden bei denjenigen Personen eher auf Zuspruch stoßen, welche bereits Onlinedienste in Anspruch nehmen. Dies erfolgte vor allem aus der Überlegung heraus, auf welche auch das Second-Level des Digital-Divide-Ansatzes abzielt. Es gibt Menschen, die eine zu geringe technische Kompetenz aufweisen, als dass sie Dienste im Internet nutzen können. Andere hingegen nutzen bereits viele Dienste. Abgefragt wurde dies über die Nutzung von Onlinebanking, die Nutzung von Elster, einem Steuerprogramm mit dem die Steuererklärung online getätigt werden kann, sowie der Nutzung des Wahl-o-Mat in Bezug auf die Bundestagswahl 2009.

Für alle drei Items finden sich die Erwartungen bestätigt: In der Gruppe derer, die Onlinebanking nutzen, war die Zustimmung zur Onlinewahl höher als bei den Befragten, welche keine Dienste der Bank im Internet nutzen (64,6% zu 38,9%, siehe Abb. 26). Ebenso

ist die Bereitschaft, die Onlinewahl zu nutzen bei den Befragten, welche auch Elster verwenden höher (64,8% zu 45,2%, siehe Abb. 27). Auch für den Wahl-o-Mat hat sich diese These bestätigt (65,7% zu 43,4%, siehe Abb. 28). (einheitlich)

Verstärkt wird diese Hypothese noch durch den Zusammenhang, welcher für den Zugang zum Internet und der Nutzung der Onlinewahl gefunden wurde. Beim Zugang konnten die Befragten angeben, ob sie Zuhause sowie am Arbeitsplatz, nur an einem der beiden Orte oder aber überhaupt keinen Zugriff auf das Internet haben. Anhand der Angaben wurde eine quasi-metrische Variable gebildet, wobei unterstellt wird, dass die Befragten, welche an beiden Orten einen Internetzugang haben, die höchste, Befragte ohne Internetzugang die geringste technische Kompetenz und Vertrautheit im Umgang mit dem Internet aufweisen. Befragte die nur Zuhause einen Zugang besitzen, sollen außerdem gegenüber Befragten, die nur am Arbeitsplatz zugreifen können, die höhere Kompetenz besitzen. Für den Zusammenhang zur Nutzung der Onlinewahl wurde ein Wert für Pearson's R von 0,411 gefunden ( $p= 0,000$   $n=262$ , Abb. 38). Wer also das Internet öfter nutzt, würde auch eher seine/ihre Stimme online abgeben.

So kann der Einfluss des First-Level Digital Divide auf den Second-Level Digital Divide darin erkannt werden, dass der Zugang zum Internet die Kompetenz im Umgang mit diesem stark beeinflusst.

Beide Politikexperten waren sich einig, dass die Möglichkeit einer Onlinewahl eher jüngere Bevölkerungsschichten anspricht<sup>36</sup>. Diese These lässt sich durch die statistische Analyse bestätigen. Es ergibt sich ein signifikanter, mittelstarker, negativer Zusammenhang zwischen Alter und theoretischer Nutzung der Onlinewahl (Abb. 5,  $\text{Gamma} = -,475$   $N=252$ ). D.h. je älter eine Person ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie von der Möglichkeit online zu wählen Gebrauch machen würde. Der Experte für Onlinekommunikation sieht hier das Problem auch darin, dass die ältere Generation im Umgang mit PCs bzw. dem Internet zum Großteil ungeschult ist. Daher müssten seiner Meinung nach die Wählenden für die Onlinewahl geschult werden.<sup>37</sup>

---

<sup>36</sup> Schenk, Heimkreitner & Schareck. (Dezember 2009). Interview einem SPD / FDP Politiker. Bamberg.

<sup>37</sup> Schwab & Maier. (Dezember 2009). Interview mit einem Professor für Informatik. Bamberg

Der Second-Level Digital Divide lässt sich auch durch die Stichprobe verdeutlichen, bei der ein Viertel der Onlinewahl-Nichtnutzenden (26,1%) (Abb. 17) zu geringe Computerkenntnisse als Grund für die Nichtnutzung angibt.

## **8 Zusammenfassung**

Zusammenfassend lassen sich also folgende Schlüsse bezüglich der genannten Hypothesen ziehen. Die erste Annahme, welche, an die Rational - Choice Theorie angelehnt, davon ausgeht, dass die Onlinewahl die Wahlberechtigten insofern mobilisieren würde, dass sie die entstehenden Kosten verringert, teilweise bestätigt. Denn in der bereits zitierten Bitkom-Studie würden circa 50% der Befragten online wählen. Dasselbe Ergebnis kann auch der Standardbefragung in Bamberg entnommen werden. Die Experten von SPD und FDP nehmen ebenfalls an, dass eine nochmalige Verringerung der Kosten für die Wählenden eine erhöhte Partizipation zu Folge habe.

Die zweite Hypothese bezieht sich auf den Digital Divide und dessen Auswirkungen auf das mögliche Mobilisierungspotential der Onlinewahl. Entgegen der Vermutungen des Experten für Technik und Informationssysteme, haben sowohl die politischen Experten von SPD und FDP, als auch die Standardbefragung erkennen lassen, dass die Verbreitung des Internets und die Kompetenz im Umgang mit diesem in dem Erhebungsgebiet mittlerweile weit vorangeschritten sind. Daher hat sowohl der first-level, als auch der second-level Digital Divide nur einen eingeschränkten Einfluss auf das Forschungsinteresse. Es lässt sich aber erkennen, dass für den first-level Digital Divide zunächst kein Zusammenhang zwischen der Möglichkeit des Internetzugangs und dem Einkommen der Befragten erkennbar ist. Stellt man allerdings die Gruppe der potenziell Onlinewählenden den Nicht-Onlinewählenden gegenüber, so ergibt sich ein signifikanter Unterschied im Median des Einkommens. Daraus lässt sich schließen, dass sich für die Stichprobe das erste Level des Digital Divide nicht bestätigt, allerdings in der Wahlpraxis ein Nachteil für Menschen mit geringerem Einkommen entstehen könnte. Dessen Ursprung lässt sich allerdings nicht feststellen.

Zum second-level Digital Divide lässt sich erkennen, dass er (oder er?) mit der Häufigkeit der Internetnutzung korreliert. Man kann also vermuten, dass es durch die Onlinewahl tatsächlich zu einer Reproduktion der Ungleichheiten bezüglich der Kompetenz im Umgang mit dem Internet kommen könnte. Insgesamt muss man aufgrund der hohen Selektivität der

Stichprobe, es wurden überwiegend junge StadtbewohnerInnen befragt, von Verzerrungen ausgehen, die dazu führen, dass der Grad des Digital-Divide unterschätzt wird.

Aufgrund der geringen Fallzahlen, 105 Befragte würden die Onlinewahl nutzen, muss von einer eingeschränkten Repräsentativität gesprochen werden. Außerdem fällt es schwer die Forschungsfrage, ob die Onlinewahl die Wahlbeteiligung erhöhen würde, zu beantworten, da nur fünf der Nichtwählenden die Onlinewahl nutzen würden. Es lassen sich daraus aber Tendenzen erkennen, dass die Möglichkeit einer Onlinewahl in der Bevölkerung tatsächlich angenommen werden würde. Allerdings würde diese wohl eher eine Alternative zur traditionellen Urnenwahl oder Briefwahl bieten und nur in sehr geringem Maße Nichtwählende mobilisieren und somit die Wahlbeteiligung erhöhen. Diese Frage lässt sich aber nicht endgültig klären und könnte Gegenstand zukünftiger Forschung sein.

## 9 Literaturverzeichnis

Bartsch, K. (2009). *Aktueller Begriff. Entwicklung der Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland*. Zugriff am 05.06.2010 unter [http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2009/entwicklung\\_wahlbeteiligung.pdf](http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2009/entwicklung_wahlbeteiligung.pdf)

Biermann, K. (03.03.2009). Stimmenfang im Netz. *Zeit Online*. Zugriff am 24.06.2010 unter <http://www.zeit.de/online/2009/06/onlinewahlen-wahlcomputer>

Brandt, M. & Volkert, B. (2002). *E-Voting im Internet – Formen, Entwicklungsstand und Probleme*. Stuttgart: TA-Akademie: Informationsgesellschaft, Institut: Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg,

Bruchstein, H. (2001). Modernisierung der Demokratie durch e-Voting? *Leviathan*, 2, 147 – 155.

Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (19. August 2009). *Das Internet wird wahlentscheidend*. Zugriff am 05.06.2010 unter [http://www.bitkom.org/files/documents/BITKOM\\_Presseinfo\\_E-Democracy\\_19\\_08\\_2009\\_final2.pdf](http://www.bitkom.org/files/documents/BITKOM_Presseinfo_E-Democracy_19_08_2009_final2.pdf)

Erb, P. *Gewichtung von Fällen*. Zugriff am 18.06.2010 unter <http://www.statistik-tutorial.de/tutorials/gewichten-von-faellen.html>

Estonia National Electoral Comitee (2009). *Internet Voting in Estonia*. Retrieved July 13, 2010, from <http://www.vvk.ee/index.php?id=11178>.

Gerlach J. & Gasser, U. (März 2009). *Three Case Studies from Switzerland: E-voting*. Berkman Center for Internet & Society.

Heimkretner, Schenk & Schareck. (Dezember 2009). Interview einem SPD / FDP Politiker. Bamberg.

Kotsiopoulos, I. (März 2009). *Bringing Together and Accelerating eGovernment*.

*Research in the EU*, 70-71. Zugriff am 05.06.2010 unter [http://ec.europa.eu/information\\_society/activities/egovernment/studies/trendswatch/reports/edemocracy.pdf](http://ec.europa.eu/information_society/activities/egovernment/studies/trendswatch/reports/edemocracy.pdf)

Niedermayer, Oskar (2001). *Bürger und Politik: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Eine Einführung*. Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 182-183.

Riehm, U. & Krings, B.-J. (2006). Abschied vom „Internet für alle“?. Der „blinde Fleck“ in der Diskussion zur digitalen Spaltung. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 54, 77-78.

Schwab, J. & Maier, A. (Dezember 2009). Interview mit einem Professor für Informatik. Bamberg. WEMF AG (2000). *Internet-Nutzung im Zeitvergleich. Studie der WEMF AG für Werbemedien-Forschung*.

Zugriff am 25.06.2010 unter <http://www.wemf.ch/de/produkte/internet.html>



Otto-Friedrich-Universität Bamberg

**Professur für Methoden der empirischen Sozialforschung und Wissenschaftstheorie**

Prof. Dr. Martin Kroh / Dr. Britta Knauer / Dipl.-Soz. Sebastian Wiesnet

Soziologisches Forschungspraktikum 2009/2010

## **Die Macht der gelben Engel**

### **Mitgliedschaft im ADAC – eine Form der konventionellen Partizipation?**

Verfasser: Team 04

Jasmin Döpke, Imke Leßmann, Matthias Sommer, Bettina Staudenmeyer, Elias

Weinacht

## **Abstract**

Die vorliegende Arbeit thematisiert das Partizipationsbewusstsein der Mitglieder in politischen Verbänden. Die Legitimation politischer Einflussnahme von Verbänden entspringt der Repräsentation der Interessen seiner Mitglieder. Am Beispiel einer Bamberger Studie mit Bezug auf den Deutschen Automobilclub (ADAC) mit 16,4 Millionen Mitgliedern bundesweit, wird gezeigt, dass sich die Bevölkerung zwar der politischen Einflussnahme des ADAC bewusst ist, jedoch mit überwiegender Mehrheit nicht am Verband partizipiert um ihre politischen Interessen aktiv oder passiv zu vertreten. Auch den politischen Zielen des ADAC stimmen Mitglieder nicht in stärkeren Maße zu als Nicht-Mitglieder. Gegenteilige Tendenzen zeichnen sich ab. Das Beispiel des ADAC als Verband, welcher eine hohe Reputation bei Politik und Wirtschaft genießt verdeutlicht, dass in Verbänden mit hohen Mitgliederzahlen und heterogenen Interessen, politische Partizipation kaum wahrgenommen wird und politische Lobbyarbeit nicht einer Repräsentation der Interessen eines Mitgliederverbandes entspricht. Da in Deutschland das Verbandssystem einen aktiven Bestandteil der politischen Gestaltung darstellt, regen die Autor\_innen durch die vorliegende Arbeit an, die politische Legitimation von Verbänden in Deutschland im Hinblick auf die Partizipation und die zu überprüfende Repräsentation der politischen Interessen der Mitglieder stärker in das Blickfeld soziologischer Forschung zu stellen. Nur wenn Verbände partikulare Interessen einer abgegrenzten Mitgliederschaft vertreten, ist der politische Einfluss im Sinne eines demokratischen Willensbildungsprozesses zu identifizieren.

# Inhalt

<b>1. Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>2. Muss politische Partizipation bewusst sein? .....</b>	<b>3</b>
<b>3. Verbände in Deutschland .....</b>	<b>4</b>
<b>4. Forschungsfrage: ADAC eine Form der politischen Partizipation? .....</b>	<b>5</b>
<b>5. Der ADAC als Verband: Gründung, Verankerung, Ziele.....</b>	<b>9</b>
<b>5.1 Der ADAC in der Politik.....</b>	<b>11</b>
<b>5.2 Organisations- und Kommunikationsstruktur des ADAC .....</b>	<b>12</b>
<b>6. Die Wahrnehmung des ADAC unter der Bamberger Bevölkerung.....</b>	<b>15</b>
<b>6.2 Bewusstsein über Einflussnahme des ADAC auf die Politik .....</b>	<b>19</b>
<b>6.3 Gründe des Beitritts zum ADAC .....</b>	<b>21</b>
<b>6.4 Übereinstimmung der Mitglieder mit politischen Zielen des ADAC .....</b>	<b>25</b>
<b>Schlusswort .....</b>	<b>29</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>V</b>
<b>Eigenständigkeitserklärung .....</b>	<b>IX</b>

## **Tabellen und Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Mitgliedszahlen der Parteien in Deutschland 2009.....	8
Abbildung 2: Verwendung der ADAC Mitgliedsbeiträge 2008 .....	13
Abbildung 3: Mitgliedschaft im ADAC bei den befragten Personen .....	15
Abbildung 4: Prestige und Einkommen der Befragten .....	16
Abbildung 5: Politische Kompetenz bei den Befragten .....	17
Abbildung 6: Ökologisches Bewusstsein.....	18
Abbildung 7: Verkehrsmittelnutzung unter den Befragten .....	18
Abbildung 8: Einschätzung der Stärke des Einflusses verschiedener Organisationen .....	19
Abbildung 9: Lineare Regression - Einschätzung der Stärke des Einflusses des ADAC auf die Politik .....	20
Abbildung 10: Gründe der Mitgliedschaft im ADAC.....	23
Abbildung 11: Logistische Regression - Einstellungen gegenüber ADAC .....	24
Abbildung 12: Übereinstimmung mit den Zielen des ADAC.....	26
Abbildung 13: Lineare Regression - Zustimmung zu den Zielen des ADAC .....	27

## **1. Einleitung**

*"Mehr Automobil." (Werbespruch Peugeot 2005), "Freude am Fahren." (Werbespruch, BMW), "Aus Liebe zum Automobil." (Werbespruch VW 2003), "Er läuft und läuft und läuft und läuft und läuft ..." (Werbespruch für den „Käfer“, Volkswagen) ...*

Als liebster Spielzeug der Deutschen gilt das Auto. Wenn das Auto in der deutschen Bevölkerung ein Symbol des Erfolgs und des Status ist, beschreibt dies die Bedeutung, welche Autos in der modernen Gesellschaft zugeschrieben wird. „Der Deutsche fährt nicht wie andere Menschen. Er fährt, um Recht zu behalten.“ Man muss Kurt Tucholsky nicht folgen wenn er „den deutschen Autofahrer“ beschreibt. Von Interesse ist allerdings die Rolle des Autofahrens in der Bevölkerung Deutschlands. 639,5 PKW kommen im Kreis Bamberg auf 1.000 Einwohner\_innen. Damit besitzen die Bewohner\_innen des Kreises Bamberg mehr Autos als der\_die deutsche "Otto-Normal-Verbraucher\_in" (bundesdeutscher Durchschnitt: 541 PKW pro 1.000 Einwohner\_in) (Münchener Rundschau 2010).

Zentral ist aber auch die Rolle des Autofahrens für die Gesellschaft und die nachhaltige Entwicklung der Menschheit. Verkehrsberuhigte Zonen machen sich in jeder Gemeinde breit und die enorme Überbelastung der Autobahnen wird spätestens bewusst, wenn Menschen nach Italien in den Urlaub fahren und die Hälfte der Fahrtzeit im Stau verbringen. Auch „der Klimawandel“ ist ein aktuelles Problem, für das der Kraftfahrzeugverkehr mit zur Verantwortung gezogen wird (Kraft und Frater 2003: 48f). Denkt man an die Anfangszeit des Autofahrens zurück, scheinen sich die Probleme gewandelt zu haben: Die Autobahnen waren leer, das Autofahren war ein Ausdruck von Freiheit, denn viele Autos gab es nicht. Umweltschutz, Sicherheit und Autobahn-Maut sind Themen, die erst Mitte der 70 er Jahre in Deutschland aufkamen. In einer Gesellschaft in der Faktoren wie Flexibilität und Mobilität eine immer größere Bedeutung gewinnen, ist die Bedeutung des Autos und des Straßenverkehrsnetzes im Spannungsverhältnis zu Umwelt und Naturschutz in der öffentlichen Diskussion nicht zu unterschätzen. Gefühlt ist aus der Debatte um ein Grundrecht auf Mobilität längst ein Grundrecht auf Auto-Mobilität erwachsen (Steinkohl 1999: 47). Wie bei den meisten kollektiven Problemen tritt der Staat hier regulierend auf und hat dies auch in der Vergangenheit getan. Regulierende Handlungen in Politikbereichen, wie die Umweltpolitik und die Verkehrspolitik, betreffen die Autofahrenden direkt. Und mitten in dieser Diskussion und an vorderster Front hat sich der „Auto-Darf-Alles-Club“ (Spiegel 28/1989) als Sprachrohr der Interessen der deutschen Autofahrenden etabliert. Wie hat er dies seit seiner Gründung 1903 geschafft? Diese Frage scheint zunächst leicht zu beantworten. Als

Dienstleister hat sich der ADAC ein überwiegend positives Image erarbeitet. „Die Gelben Engel“ sind ein Markenbegriff und der ADAC ist schon lange kein reiner Pannenhelfer mehr. Rettungsflyer, Reisen, Auslandsversicherungen und Sicherheitschecks für das deutsche Auto haben den ADAC zu einem modernen Dienstleister mit einer durchweg positiven Reputation gemacht.

Als ein Verband von Menschen und daraus abgeleitetes und selbsternanntes Sprachrohr der Autofahrenden nimmt der ADAC regelmäßig Einfluss auf die Politik. Die Hauptfrage, die sich in dieser Forschungsarbeit stellt, ist theoretischer Natur: Hat der ADAC die theoretische Legitimation, Einfluss auf die Politik zu nehmen? In anderen Worten: Sind die Menschen sich denn bewusst darüber, dass sie mit ihrer Mitgliedschaft tatsächlich partizipieren. Für manche Definitionen von Partizipation ist dies eine wichtige Bedingung. Wie könnte Partizipation definiert werden, wenn der ADAC als Verband mit einem selbst-formulierten politischen Auftrag auftritt, seine Mitglieder aber rein an den Dienstleistungen und nicht an der Willensbildung interessiert sind? Bewusste Einflussnahme als Bedingung für Partizipation steht hier also auf dem Prüfstand. Und somit auch die Legitimation des ADAC auf die Politik Einfluss zu nehmen.

Zu Beginn der Ausarbeitung steht ein allgemeiner Teil der Partizipation. Hier sollen für das Verständnis wichtige Definitionen und Begriffe dargelegt werden. Anschließend werden Verbände und ihre Funktion für die Gesellschaft näher untersucht. Abgeleitet aus diesen theoretischen Aspekten werden Thesen und Fragen in Bezug zum ADAC näher erläutert. Dies geschieht unter anderem vor dem Hintergrund der Frage, ob Partizipation bewusst sein muss, um auch legitim zu sein.

Zunächst wird deshalb auf den ADAC an und für sich eingegangen. Hier sollen auch schon oben angeklungene Fragen beantwortet werden. Hat der ADAC überhaupt eine entsprechende Organisationsstruktur, um die Meinung seiner Mitglieder in der Politik darzustellen? Wie konnte sich der ADAC seine Reputation erarbeiten? Die folgenden Kapitel werden sich dann mit der Auswertung einer repräsentativen Stichprobe in Form einer standardisierten Befragung von ca. 250 Bamberger Bürger\_innen befassen. Warum treten Menschen dem ADAC bei und stimmen die Mitglieder überhaupt mit den Zielen des ADAC überein?

## **2. Muss politische Partizipation bewusst sein?**

Für die zentrale Forschungsfrage, ob der ADAC von seinen Mitgliedern nicht als Form der politischen Partizipation, sondern überwiegend als Dienstleistungsverband wahrgenommen wird, ist es nötig den Begriff der Partizipation zu definieren. Das Wort Partizipation bezeichnet im Allgemeinen die Einbindung von Bürgern in entscheidungsbildende Prozesse. Kaase definiert unter Partizipation jenes Handeln, welches motivational (im Sinne von zweckrational) bewusst mit der Erreichung eines politischen Ziels verknüpft ist (Kaase 1997: 160). Den motivationalen Charakter von Partizipation bestätigt auch Milbrath (1977: 6), der bei einer partizipierenden Person immer Wahl zwischen Handeln und Nicht-Handeln sieht. Es wird also angenommen, dass ein Individuum bewusst an dem politischen Geschehen mitwirken muss, mit dem Ziel etwas zu verändern, um als politisch partizipierend definiert zu werden.

Wenn das Prinzip des individuellen Handelns die Selbstbestimmung des Einzelnen ist, dann ist das politische Handeln ganz und gar auf Mitbestimmung gegründet. Gerhard definiert Mitbestimmung als die spezifische Bedingung einer jeden politischen Organisation (Gerhardt 2007: 24). Hobbes definiert in seinem Standardwerk Leviathan, dass gesellschaftliches Handeln der mentalen Vorstellung, der szenischen Präsentation vor anderen, sowie der aktiven Stellvertretung von Personen bedarf. Partizipation, wie zuvor definiert, wird demnach durch Repräsentation ausgedrückt, welche er als ausdrückliche Leistung charakterisiert, die allen politischen Vorgängen zugrunde liegt. Gerhard beschreibt daher, dass Handeln für und im Namen anderer den zentralen Vorgang in einem politischen Geschehen darstellt. Folglich ist Partizipation auf das Engste mit der Repräsentation verbunden (Gerhardt 2007: 25).

Theoretisch stellt sich daher die Frage, ob alleine die Mitgliedschaft in einem Interessenverband als Form der politischen Partizipation angesehen werden kann. Dies kann nur dann in Betracht gezogen werden, wenn sich ein Mitglied bewusst dafür entscheidet einem politischen Verband beizutreten. Der/die Einzelne, beschreibt Gerhard, muss sich bewusst als Teil begreifen, der sich zum jeweiligen Ganzen verhält (Ebd.). Nur dann kann von politischer Partizipation gesprochen werden, da von einem legitimen Auftrag der Interessenvertretung ausgegangen werden kann.

Im Folgenden geht es darum Verbände zu definieren um den ADAC einer Organisationsform zuzuordnen.

### 3. Verbände in Deutschland

Für die Forschungsfrage ist es notwendig, den ADAC einer Organisationsform zuzuordnen. Luhmann betont in seiner Definition von Organisationen den Charakter der Ausdifferenzierung und Grenzerhaltung. Von Organisationen soll dann gesprochen werden, „wenn Systeme sich selbst über die Unterscheidung von Mitgliedern und Nichtmitgliedern ausdifferenzieren und entsprechende Mitgliedschaft selektiv konditionieren“ (Luhmann 1990: 673 f.).

In Bezugnahme auf die Frage der Differenzierung zwischen Dienstleistungs- bzw. Interessenorganisation bietet sich die Unterscheidung zwischen Unternehmen und Verband an. Ein Unternehmen wird in der Betriebswirtschaftslehre als

„eine wirtschaftliche, technische, soziale und rechtliche Einheit verstanden, deren Aufgabe die Erstellung des Absatzes von marktfähigen Gütern und/oder Dienstleistungen ist. Alle hierfür erforderlichen Entscheidungen werden von der Unternehmensführung getroffen. Sie trägt die Verantwortung für die gesamte Geschäftstätigkeit und deren Ergebnis“ (Vahs 2007: 6).

Im Gegensatz zur Definition eines Unternehmens definiert Weber einen Verband folgendermaßen:

„Verband soll eine nach Außen regulierend beschränkte oder geschlossene soziale Beziehung dann heißen, wenn die Innehaltung ihrer Ordnung garantiert wird durch das eigens auf deren Durchführung eingestellte Verhalten bestimmter Menschen: eines Leiters und, eventuell, eines Verwaltungsstabes, der gegebenenfalls normalerweise zugleich Vertretungsgewalt hat“ (Weber 2008).

Auch wenn für den ADAC unternehmensspezifische Interessen von großer Bedeutung sind (Interview ADAC: 10), wird für die folgenden Untersuchungen in Anlehnung an Weber der ADAC als politischer Interessensverband definiert. Dieser muss demokratisch organisiert sein, eine administrative Leitung besitzen und durch Statuten, Regeln bzw. Regulierungen unterworfen sein. Ziel eines solchen Vereines ist es, die individuellen Interessen kollektiv zu teilen und gebündelt nach außen zu vertreten. Desweiteren wird für die folgende Analyse die Definition von Albrecht herangezogen, welche Interessensverbände als „organisatorische Zusammenschlüsse, die auf freier Initiative der Interessenten beruhen und die den verschiedenen ideellen und materiellen Gruppeninteressen Einfluss auf die staatliche Entscheidungen, am Markt oder in sonstigen ökonomischen, sozialen oder kulturellen

Prozessen verschaffen sollen, ohne dass sie bereit sind, sich unmittelbar durch Übernahme von Regierungsverantwortung am politischen Prozess zu beteiligen“ definiert (Albrecht 1993).

Im kommenden Abschnitt wird die zentrale Forschungsfrage dargestellt, also die Frage, ob der ADAC nicht als Form der politischen Partizipation wahrgenommen wird. Daraus abgeleitet wird auf wichtige Hypothesen und Konzepte eingegangen, welche mit der Forschungsfrage in Verbindung stehen.

#### **4.Forschungsfrage: ADAC eine Form der politischen Partizipation?**

Abgesehen davon, wie sich der ADAC nach außen hin präsentiert und wie die strukturellen Möglichkeiten zur Partizipation im Verband tatsächlich aussehen, stellt sich die entscheidende Frage nach der Wahrnehmung der Mitglieder. Sehen diese im ADAC primär einen Anbieter von Sicherheitsleistungen oder nehmen sie eine politische Dimension des ADAC wahr? Die Tatsache, dass beispielsweise der BUND in seinem Mitgliedermagazin für einen Wechsel des Automobilclubs seiner Mitglieder plädiert und die Verschleierung der politischen Interessen des ADAC kritisiert (Reh 2009: B20), zeigt, dass Doppelmitgliedschaften in Verbänden mit konträren Interessen keine Seltenheit sind. Unser Forschungsinteresse basiert deshalb hauptsächlich auf der Grundthese, dass der ADAC Einfluss auf die Politik nimmt und somit ein politischer Verband ist und der These, dass die Mitglieder des ADAC diese politische Seite des Automobilclubs nicht wahrnehmen. Genau hier schließt sich nämlich die grundlegende Frage nach der Definition von politischer Partizipation an: Muss politische Beteiligung bewusst sein? Kann die Mitgliedschaft im ADAC als Partizipation verstanden werden, wenn die politische Rolle des ADAC nicht bewusst ist? Vielleicht ist diese Form von unbewusster Einflussnahme auf das politische Geschehen aber auch ein bisher wenig beachtetes Phänomen, welches zwar unter der Kategorie der politischen Beteiligung untersucht, nicht aber in sie hineinpassen muss.

Sollte sich unsere These bestätigen, so ist davon auszugehen, dass ADAC-Mitglieder den verkehrspolitischen Zielen nicht stärker zustimmen als andere Autofahrende. Mit unserer Hypothese wird implizit der Annahme von Triesch und Ockenfels widersprochen, welche den ADAC als Beispiel für eine große Organisation ansehen, welche homogene Interessen vereint (Trisch und Ockenfels 1995: 64). Um unsere Hypothese zu überprüfen, soll die Wahrnehmung des ADAC von Mitgliedern und Nichtmitgliedern per Standardbefragung untersucht werden.

Desweiteren ist von Interesse, welche Faktoren die Wahrnehmung des ADAC beeinflussen. Drei Thesen sind in diesem Zusammenhang zu nennen, auf die im empirischen Teil der Arbeit eingegangen wird:

**Hypothese 1: Menschen mit höherem sozio-ökonomischen Status nehmen den ADAC eher als Form der politischen Beteiligung wahr**

Menschen mit großen ökonomischen und sozialen Ressourcen haben in der Regel ein größeres kulturelles Kapital in Form von Bildung und eine höhere Beteiligungsrate an politischer Partizipation (Brady et al.: 1995). Sie haben eher die nötigen Kenntnisse, um am politischen Geschehen erfolgreich teilnehmen zu können und die relativ niedrigeren Opportunitätskosten der Partizipation. In einer solchen eher politisch aktiven Gesellschaftsgruppe lässt sich vermuten, dass auch die Mitgliedschaft im ADAC häufiger als Partizipationsform wahrgenommen wird. Möglich wäre deshalb jedoch auch, dass unabhängig von den Ressourcen, Personen mit hoher allgemeiner politischer Kompetenz den ADAC eher als Partizipationsform wahrnehmen. Desweiteren könnte ein Wahrnehmungsunterschied auch daraus hervorgehen, dass Menschen mit höherem sozio-ökonomischen Status eher Autos nutzen und somit die Interessen der Autofahrenden stärker wahrnehmen.

**Hypothese 2: Die Wahrnehmung des ADAC ist abhängig von der allgemeinen politischen Kompetenz der Personen**

Je informierter eine Person über politische Zusammenhänge ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie die Einflussfaktoren auf die Politik kennt und sich auch über verschiedene Partizipationsformen im Klaren ist. Bei politisch kompetenten Personen könnte sich folglich die Einschätzung des ADAC als Einflussfaktor auf die Politik und das Wissen um die Ziele des ADAC häufen.

**Hypothese 3: Die Wahrnehmung hängt ebenfalls von der Verkehrsmittelnutzung und vom ökologischen Bewusstsein ab**

Das Wissen um den ADAC als verkehrspolitische Lobby wird vermutlich vermehrt dort auftreten, wo ein ökologisches Bewusstsein an sich existiert. Dies könnte auf umweltschützende Menschen ebenso zutreffen wie auf Personen, welche die Freiheitsrechte des Menschen bewusst über den Umweltschutz stellen. Ein Indikator dafür könnte die Nutzung von Fahrrad und öffentlichem Nahverkehr auf der einen Seite und Nutzung von PKW und Motorrad auf der anderen Seite sein.

Bevor zum empirischen Teil der Forschungsarbeit übergegangen wird, werden Fragen formuliert, welche den ADAC als Organisation betreffen und Grundvoraussetzungen für

unser Forschungsinteresse sind. Diese müssen analysiert werden, um die Forschungsfrage beantworten zu können.

### **Frage 1: Nimmt der ADAC gezielt Einfluss auf die Politik?**

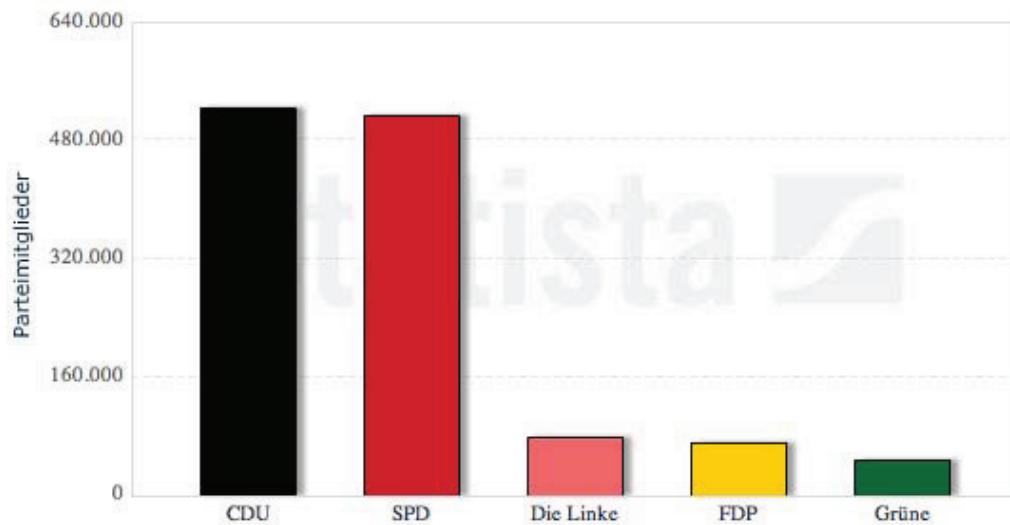
Für die vorliegende Arbeit ist grundlegend zu klären, ob die Annahme korrekt ist, dass der ADAC die Politik wirksam beeinflusst. Ist der Einfluss des ADAC beispielsweise tatsächlich maßgeblich dafür, dass in Deutschland kein Tempolimit besteht? Der gemeinsame Einfluss von ADAC und VDA, dem Verband der Automobilindustrie, wird in der Literatur als so groß erachtet, dass es der Regierung nicht möglich sei ohne Zustimmung aus deren Reihen zu handeln, da hinter diesen Lobby-Gruppen eine viel zu bedeutende Wirtschaftskraft steckt (Käppeler 2010). Nur wenn sich diese Grundannahme bestätigt, kann weiter untersucht werden, inwiefern die Mitglieder durch den ADAC politisch Einfluss nehmen. Wenn diese Frage zu bejahen ist muss auf folgende Anschlussfrage eingegangen werden:

### **Frage 2: Tragen hohe Mitgliederzahlen und die Mitgliedsbeiträge der Mitglieder dazu bei, dass der ADAC starken Einfluss nehmen kann?**

Der ADAC ist einer der größten Verbände Deutschlands und gewinnt vermutlich daraus zumindest einen Teil seiner Einflussstärke. Emundts bestätigt diese These. Die Mitgliederzahl des ADAC sei die Begründung für den starken Einfluss des ADAC, da sich aus 16,4 Mio. Mitglieder der Anspruch ableiten lasse, der ADAC repräsentiere die Wünsche und Interessen des durchschnittlichen deutschen Autofahrenden (Emundts 2006: 254).

Im Zahlenvergleich der ADAC-Mitglieder mit den Parteimitgliedern, der im Bundestag vertretenen Parteien wird deutlich, dass der ADAC und seine verkehrspolitische Meinung, sofern davon ausgegangen wird, dass diese bewusst durch die Mitglieder wahrgenommen wird, so viele Sympathisierende und Unterstützende hat, wie die deutschen Parteien nicht einmal in der Gesamtsumme aufweisen könnten. In Zahlen steht der ADAC hier mit 16,4 Millionen gegen weniger als insgesamt 2,5 Millionen Parteimitglieder (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Mitgliedszahlen der Parteien in Deutschland 2009



Quelle: Statista 2010

Wenn sich diese zweite Grundannahme bestätigt, wäre klar, dass sich Mitgliedschaft einerseits und Lobby-Arbeit andererseits nicht trennen lassen, sondern dass jedes Mitglied, und sei es unbewusst, seinen Teil zur politischen Macht des ADAC beiträgt und somit die verkehrspolitischen Ziele des ADAC auf Bundesebene unterstützt.

Für die zentrale Hypothese, dass der ADAC überwiegend als Dienstleistungsverband wahrgenommen wird, ist es wichtig, ob sich der ADAC seinen Mitgliedern überhaupt als Interessenvertreter und Auto-Lobby präsentiert oder bei der Anwerbung von neuen Mitgliedern als reiner Dienstleister auftritt.

**Frage 3: Präsentiert sich der ADAC bei der Mitgliederwerbung /den Mitgliedern gegenüber als reiner Dienstleister?**

Es scheint, dass der ADAC in der Bevölkerung vor allem als „gelber Engel“ bekannt ist und somit vor allem für die Pannen- und Notfallhilfe steht. Davon abgesehen bietet der ADAC zahlreiche weitere Dienstleistungen an, hierzu zählt zum Beispiel der Versicherungsservice. Beachtlich ist an dieser Stelle, dass der ADAC, obwohl er für diesen Bereich nicht sonderlich bekannt ist, mit 4 Millionen Verträgen den deutschen Markt der Auslandskrankenversicherungen anführt. Weitere Zusatzleistungen des ADAC sind unter anderem Vergünstigungen für über 600 Angebote wie Musicals, Freizeitparks und Restaurants in 16 Ländern (Weßling 2006: 104-106) oder auch die Finanzierungshilfe bei einem Autokauf (Langenscheidt 2006: 16). Über das umfassende Leistungs- und Serviceangebot informiert der ADAC seine Mitglieder und nutzt dieses auch zur Mitgliedergewinnung. Informationen zu Veranstaltungen, die den Prozess der politischen Willensbildung im ADAC betreffen, sind auf

der Website des ADAC hingegen nicht auffindbar.

Unabhängig davon, ob sich die These bestätigen wird, dass der ADAC sich den Mitgliedern insbesondere bei der Anwerbung als reiner Dienstleistungsverband präsentiert, soll geklärt werden ob der ADAC über eine Struktur verfügt, die es den Mitgliedern theoretisch ermöglichen würde am Meinungsbildungsprozess des Verbandes teilzuhaben.

**Frage 4: Besitzt der ADAC eine demokratische Organisationsstruktur, sodass jedes Mitglied die Möglichkeit hat inhaltlich auf verkehrspolitische Positionen des ADAC Einfluss zu nehmen?**

Die dreigliedrig hierarchische Struktur des ADAC in Ortszusammenschlüsse, Gau- und Bundesebene (Sebaldt und Straßner 2004: 121) muss hierauf untersucht werden. Aus unserem Verständnis von politischer Partizipation geht hervor, dass diese Entscheidungsstruktur nur von partizipatorischer Bedeutung sein kann, wenn sie eine demokratische Struktur aufweist und somit die Interessen der Mitglieder in der Lobbyarbeit des Verbandes widergespiegelt werden.

Im kommenden Abschnitt werden die aufgeworfenen Fragen nun mittels einer innerstrukturellen Analyse des ADAC und den empirischen Daten aus der Bamberger Studie zum Thema politische Partizipation überprüft und die Forschungsfrage beantwortet. Für die innerstrukturelle Analyse werden zwei Expertinneninterviews genutzt. Bei den Expertinnen handelt es sich um eine Sprecherin eines ADAC-Regionalverbandes und eine Sprecherin eines BUND-Ortsverbandes.

**5. Der ADAC als Verband: Gründung, Verankerung, Ziele**

Der ADAC e.V. ist ein Zusammenschluss von ursprünglich unabhängigen Motorsport-Ortsclubs, der 1903 in Stuttgart zustande kam (Satzung ADAC 2008: 1). Bis heute schlägt sich die Entstehung des ADAC in der komplexen Organisationsstruktur des Vereins nieder. Zum Regionalclub Nordbayern gehören beispielsweise 171 Ortsclubs (Interview ADAC: 1). Die Regionalclubs unterstehen wiederum dem Bundesverband.

Der Grundgedanke zur Gründung der meisten Ortsclubs war laut Expertin des ADAC das gegenseitige Hilfeleisten von Autofahrenden zu Zeiten, als noch sehr wenige Autos auf den Straßen unterwegs waren. Man schloss sich zusammen, um sich gegenseitig aus dem Straßengraben zu helfen (Interview ADAC: 17), die Idee der Pannenhilfe war geboren. Heute ist der ADAC einer der größten Verbände Deutschlands. Der ADAC Nordbayern hatte Ende 2009 etwa 870.000 Mitglieder (Interview ADAC: 1). Insgesamt hat der ADAC e.V.

bundesweit 16,4 Mio. Mitglieder (ADAC 2008).

Aufgrund seines über 100-jährigen Bestehens und seiner hohen Mitgliedszahl hat der ADAC einen großen Rückhalt in der Bevölkerung. Dazu kommt die sehr positive Darstellung des ADAC in der Presse: Die Vormachtstellung in Sachen Pannenhilfe bleibt weitestgehend unkritisiert und die „Gelben Engel“ sind zu einem Markennamen geworden. Die Lobbyarbeit des ADAC ist unter anderem auch deshalb so erfolgreich, weil der ADAC in der Presselandschaft sehr hohe Abdruckquoten hat (Interview ADAC: 5). Diese führt die Expertin auf den „guten Namen“ des ADAC zurück, auf die hohe Glaubwürdigkeit, die der ADAC inne habe, da er objektiv und unabhängig von Parteien oder Konzernen arbeite (Interview ADAC: 13). Beispielsweise aufgrund der Tunnel- und Autotests des ADAC werde der Verein als Verbraucherschützer wahrgenommen, denn diese Leistungen kommen nicht nur den ADAC-Mitgliedern, sondern allen Autofahrenden zu Gute (Interview ADAC: 19f.) und erklären die starke Verankerung des Automobilclubs in der Bevölkerung Deutschlands. Der ADAC versteht sich selbst als demokratisch und föderal aufgebaut (ADAC). Ziel des Verbandes ist die Vertretung der Verbraucherinteressen von Verkehrsteilnehmenden. Konkret sind dies die Interessen des Kraftfahrwesens, des Motorsports und des Tourismus. Um diese Ziele effizient verfolgen zu können, steht der ADAC laut Satzung „in ständigem Austausch von Erfahrungen mit seinen Mitgliedern“ (Satzung ADAC 2008: §2.3). Die Dienstleistungen sind insofern in den Zielen verankert, als dass die private und berufliche Mobilität der Mitglieder gewährleistet werden soll (Satzung ADAC 2008: §2.2).

Die Expertin bezeichnet den ADAC als wirtschaftliches Unternehmen und als Dienstleistungsverein (Interview ADAC: 11). Bezüglich der Einbeziehung der Mitglieder in den Meinungsbildungsprozess spricht sie von einem Bewältigungsproblem. Einerseits sollen die Mitglieder einbezogen und informiert werden, andererseits würde die Partizipationsbereitschaft der Mitglieder auf ein strukturelles Problem im ADAC stoßen (Interview ADAC: 21). In Rückbezug auf die der Arbeit zugrundeliegende Definition von Verband und Partizipation wird also das Spannungsverhältnis zwischen Dienstleistungsorientierung und dem Anspruch der Definition eines politischen Verbandes bestätigt. Auch das Problem, die These, dass ein strukturelles Problem bei der Partizipation der Mitglieder besteht, untermauert den Widerspruch zwischen der Darstellung des ADAC als politischen Verband und dem antizipativen Verhalten der Mitglieder.

Im folgenden Abschnitt soll die Frage 1 geklärt werden, also ob der ADAC gezielt Einfluss auf die Politik nimmt und die daran anschließende Frage 2, ob die Mitgliederzahlen dazu beitragen.

## 5.1 Der ADAC in der Politik

Ziel des ADAC ist der Einfluss auf die Verkehrspolitik (Satzung des ADAC 2008: §2). Als Verkehrsexperte ist der ADAC ein gefragter Berater für die Politik, agiert als Ratgeber für Gefahrenstellen auf deutschen Autobahnen sowie der gesamten Verkehrslage und entlastet somit die Ministerien, die eigentlich für die Überwachung des Verkehrsnetzes zuständig sind (Emundts 2006: 256). Vom BUND wird der ADAC als starker Konkurrent in der Lobbyarbeit wahrgenommen. Als Beispiel für den Einfluss des ADAC auf die Realpolitik wird das Verhindern eines Tempolimits auf deutschen Autobahnen seit über 30 Jahren genannt (Interview BUND: 30). Auch die parteipolitische Unabhängigkeit, welche vom ADAC in den Richtlinien betont wird, wird von Wissenschaftler\_innen in Frage gestellt. Eine Richtlinie, die gerade im Anschluss an die Ölkrise des Jahres 1973 und die folgenden Maßnahmen der Bundesregierung zur Geschwindigkeitsbegrenzung unterminiert wurde, da sich der Slogan des ADAC „Freie Bürger fordern freie Fahrt!“ zu offensichtlich mit den parteipolitischen Standpunkten von Union und FDP deckte. Ein weiteres Beispiel ist der Aufruf 1984 sechs Monate keine Pkw ohne Katalysator zu kaufen. Am selben Abend des Aufrufs verschwand diese Empfehlung, die starke Beachtung in der Öffentlichkeit gefunden hatte, in aller Stille, weil die Automobilherstellenden darin eine unternehmensschädliche Äußerung sahen (Kruppa 1986: 26f.). Die große Einflussstärke des ADAC ist laut BUND-Expertin auf die engen Verflechtungen mit der Automobilindustrie und die sehr hohe Mitgliederzahl zurückzuführen. Gerade im Vergleich zum BUND mit rund 480.000 Mitgliedern (BUND Interview: 6), erscheint der ADAC mit 16,4 Mio. geradezu übermächtig. Auch Sebald und Straßner heben die Bedeutung der Einflussnahme des ADAC auf die Verkehrspolitik hervor und zählen das Einwirken auf Behörden, Presse und Öffentlichkeit, Förderung von Maßnahmen zur Verbilligung von Kraftfahrzeughaltung und die Beratung der Mitglieder bei Kauf und Verkauf von Kraftfahrzeugen zu den zentralen Aufgaben (Sebald und Straßner 2004: 122).

Zur Beantwortung der ersten beiden Fragen ist daher zu bestätigen, dass der ADAC gezielt Einfluss auf die Politik ausübt und dass die hohe Mitgliederanzahl zur Einflussstärke des ADAC beiträgt. Die Mitgliedschaft im ADAC ist somit mit der Lobby-Arbeit des ADAC verwoben und jedes Mitglied trägt zumindest indirekt zur politischen Macht des ADAC bei.

Im folgenden Abschnitt wird die Frage nach der demokratischen Organisationsstruktur des ADAC geklärt.

## **5.2 Organisations- und Kommunikationsstruktur des ADAC**

Auf unterster Ebene in der Organisationsstruktur des ADAC stehen die Ortsclubs, in denen in der Regel bis heute Motorsport betrieben wird. Diese sind in den Regionalclubs zusammengeschlossen (Gau-Ebene). Im Regionalclub Nordbayern sind es beispielsweise 171 Ortsclubs. Über den Regionalclubs steht wiederum der ADAC e.V. Jede Person, die im ADAC Mitglied wird, ist somit faktisch in zwei Vereinen Mitglied, einmal im ADAC e.V. selbst und einmal im jeweiligen Regionalclub. Die Regionalclubs verfügen selbstständig über ihr Vermögen und können in regionalen Belangen selbstständig Entscheidungen treffen (Satzung ADAC 2008: §8).

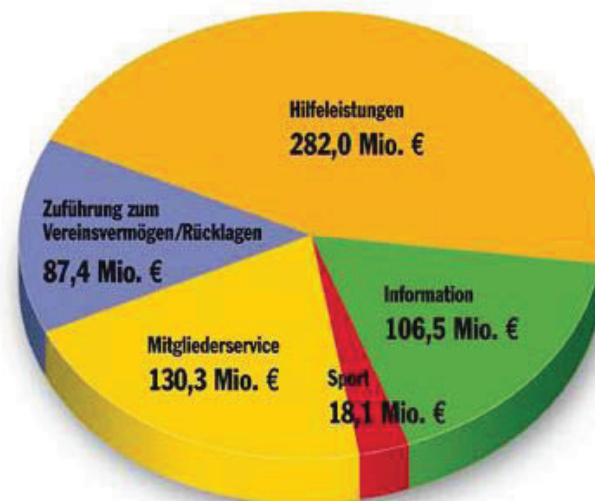
Einmal im Jahr gibt es eine Mitgliederversammlung jedes Regionalclubs. Jedes Mitglied hat das Recht die Versammlung zu besuchen und sich damit in den Entscheidungsprozess einzubringen. Stimmberechtigt sind jedoch nur Mitglieder, denen von 50 weiteren Mitgliedern ein Stimmrecht übertragen wurde und die somit Delegierte sind. Diese Delegierten wählen den Vorstand des Regionalclubs. Dieser Vorstand ist das oberste Gremium des Regionalclubs und wird ehrenamtlich betrieben, die hauptberufliche Geschäftsführung ist dem untergeordnet. Über dem Regionalvorstand steht der ADAC e.V. Dessen höchstes Gremium ist das Präsidium, welches in München sitzt und aus den Mitgliedern der Regionalvorstände gewählt wird. Das Präsidium sitzt der Geschäftsführung des ADAC e.V. vor und beruft diese. Außerdem arbeitet das Präsidium eng mit dem Lobby-Büro in Berlin zusammen (Interview ADAC: 6).

Die Themensetzung für die Lobby-Arbeit wird durch das Präsidium bestimmt (Interview ADAC: 3) und vom Lobby-Büro in Berlin umgesetzt. Alle inhaltlichen Entscheidungen müssen über das Präsidium laufen. Da die Regionalclubs in München vertreten sind, kommt ihnen ein gewisses Mitspracherecht beim Entwickeln von verkehrspolitischen Positionen zu (Interview ADAC: 21). Doch da das Präsidium die letzte Entscheidungsmacht hat, kommt es zum Teil zu Entscheidungen, die von den Regionalclubs als nicht sinnvoll erachtet werden und von ihnen dennoch umgesetzt werden müssen. Da keine Spenden von Parteien oder Konzernen angenommen werden, ist der ADAC grundsätzlich an keine andere politische Organisation gebunden. Allerdings steht der ADAC häufig im Spannungsverhältnis zwischen Unabhängigkeit bewahren und Kooperationen eingehen, um bestimmte Ziele zu erreichen (Interview ADAC: 3).

Die Finanzierung des ADAC ergibt sich überwiegend aus den Beiträgen seiner 16,4 Mio. Mitglieder. 2008 lagen die Beitragseinnahmen bei 624,3 Mio. Euro (ADAC 2008). Im Rückbezug auf unsere zweite Frage kann daher festgestellt werden, dass die Mittel der

Mitgliedsbeiträge eine hohe Bedeutung für den ADAC haben und die große Mitgliederanzahl den Einfluss des ADAC in der Politik stärkt. Einen weiteren Anteil machen die Einnahmen aus Service-Produkten aus, die der ADAC anbietet (Interview ADAC: 9). Eine Übersicht zur Verwendung der finanziellen Mittel veröffentlicht der ADAC auf seiner Website (siehe Abbildung 2). Hieraus wird ersichtlich, dass 282 der 624,3 Millionen Euro für Hilfeleistungen ausgegeben werden sowie zusätzliche 130,2 Millionen Euro für den Mitgliederservice. Somit sind es aber immer noch 212 Millionen Euro die der ADAC nicht für seine Mitglieder, sondern für andere Zwecke ausgibt. Die finanziellen Mittel die nicht direkt den Mitgliedern zu Gute kommen, verwendet der ADAC für seine eigenen Interessen. Hiermit kann er unter anderem Motorsportevents und Fachveranstaltungen organisieren, wobei bei Letzterem das Zusammentreffen mit der Politik im Vordergrund steht.

**Abbildung 2: Verwendung der ADAC Mitgliedsbeiträge 2008**



Quelle: ADAC 2008

Es zeigt sich, dass der ADAC eine grundsätzlich demokratische Struktur aufweist, die jedoch relativ komplex und stark hierarchisch ausdifferenziert ist. Es ist fraglich, ob die Struktur auf aktive Mitbestimmung ausgerichtet ist.

Wie hoch ist also die tatsächliche Einflusskraft der Mitglieder in dieser komplexen Verbandsstruktur? Laut Expertin des ADAC sind die Mitglieder maßgeblich für die politische Richtung des ADAC (Interview ADAC: 4). Aus der Tatsache, in erster Linie ein Verein zu sein, leitet sich ab, dass der ADAC von anderen Einflüssen unabhängig bleiben müsse, um den Mitgliedern gerecht werden zu können. Andererseits seien Möglichkeiten zur aktiven

Beteiligung der Mitglieder kaum gegeben. Ein Feedbacksystem für die Mitglieder gibt es nicht, stattdessen wird auf die Resonanz der Presse Wert gelegt (Interview ADAC: 5).

Auf das Recht jedes Mitgliedes an der Mitgliederversammlung des entsprechenden Regionalclubs teilzunehmen, wird in der Vereinszeitung in einem 12x7 Zentimeter großen Kasten hingewiesen (Interview ADAC: 5). Faktisch nehmen laut ADAC-Expertin jedoch fast ausschließlich Mitglieder aus den Ortsclubs an den Versammlungen teil. Die ADAC-Mitglieder sind folglich kaum an der Willensbildung und an Personalentscheidungen auf Regionalebene beteiligt. Dazu kommt, dass die Regionalebene sich faktisch dem politischen Willen des ADAC e.V. beugen muss. Von regionalen Belangen abgesehen, wäre die einzige Veto-Möglichkeit eines Regionalclubs der Austritt aus dem Bundesverein. Ein solcher Austritt würde jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit das finanzielle Aus des Regionalclubs mit sich bringen (Interview ADAC: 7). Die Regionalclubs sind vom ADAC e.V. abhängig und diese Tatsache schwächt die Position der Regionalclubs im Meinungsbildungsprozess.

Zusammenfassend kann daher postuliert werden, dass die Funktion eines Verbandes „als kommunizierende Röhren zwischen Gesetzgeber, Verwaltung und den von den staatlichen Maßnahmen betroffenen Bürgern“ (Sebald und Straßner 2004: 69) zu wirken, nur unzureichend erfüllt wird. Die grundsätzlich demokratische Struktur wird von Mitgliedern kaum genutzt und erfüllt somit keine partizipatorische Funktion.

Unsere Forschungsfrage nach dem ADAC als Partizipationsform soll im Folgenden anhand der Wahrnehmung von Mitgliedern, aber auch Nicht-Mitgliedern erhoben werden. Die folgenden empirischen Auswertungen basieren auf einer Standardbefragung, welche 2010 im Rahmen einer repräsentativen Stichprobe der Bamberger Bevölkerung durchgeführt wurde.

## 6. Die Wahrnehmung des ADAC unter der Bamberger Bevölkerung

Die folgenden Analysen beziehen sich auf eine standardisierte Befragung unter Bamberger Bürger\_innen, die überwiegend *face-to-face* durchgeführt wurde. Die Bruttostichprobe umfasste 940 Personen, die aus dem Melderegister gezogen wurden. Insgesamt nahmen 271 Personen an der Befragung teil. Die ausgewerteten Ergebnisse beziehen sich auf Mitglieder des ADAC und werden mit den Nicht-Mitgliedern verglichen. Dadurch soll der Einfluss der Mitgliedschaft auf die Wahrnehmung des Verbands überprüft werden.

Abbildung 3: Mitgliedschaft im ADAC bei den befragten Personen

	Häufigkeit	Prozente
<b>Nicht Mitglied</b>	174	64,2
<b>Mitglied</b>	97	35,8
	271	100,0

Dieses Kapitel wird sich mit der Grundlegenden Frage der Wahrnehmung des ADAC unter der Bamberger Bevölkerung beschäftigen. Zunächst wird auf die in Kapitel 4 erwähnten Hypothesen eingegangen. Wie können diese mit den erhobenen Daten umgesetzt werden? Hierzu müssen die angesprochenen Konzepte operationalisiert werden. Im Anschluss werden gezielt eingangs formulierte Fragen beantwortet.

### 6.1 Operationalisierung der Hypothesen

Hypothese eins besagt, dass Menschen mit höherem sozio-ökonomischen Status den ADAC eher als Form der politischen Beteiligung wahrnehmen. Die Umsetzung dieser Annahme wurde mithilfe dreier, den sozioökonomischen Status der Befragten abbildenden Variablen realisiert. Zum einen mithilfe der von Bernd Wegener auf Basis der 'Internationalen Standardklassifikation der Berufe' (ISCO) entwickelten 'Magnitude-Prestigeskala' (MPS). Diese ist eine Berufsprestigeskala, die national bei der Untersuchung einer Vielzahl sozialwissenschaftlicher Fragestellungen zur Anwendung kommt. Weiterhin wurde das Einkommen in der Standardbefragung abgefragt. Die Ergebnisse finden sich in Tabelle vier. Weiterhin wurde die formale Bildung der Befragten als Indikator der sozialen Lage von Personen eingebracht. Bezogen auf das Prestige und das Einkommen ist ein höherer Mittelwert bei den Mitgliedern im Vergleich zu den Nicht-Mitgliedern festzustellen. Weiterhin scheinen Mitgliedern auch über mehr finanzielle Ressourcen zu verfügen: Der die Verteilung in jeweils gleiche Hälften teilende Einkommenswert liegt bei Mitgliedern deutlich höher.

**Abbildung 4: Prestige und Einkommen der Befragten**

		Prestige	Einkommen
<b>Gesamt</b>	N	121	210
	Mittelwert	76,0	1734,1
	Median	62,3	1354,4
	Modus	62,3	1251
	Minimum	31,7	119
	Maximum	216,0	9000
<b>Nicht-Mitglied</b>	N	71	129
	Mittelwert	71,8	1625,7
	Median	62,3	1250,5
	Modus	62,3	1251
	Minimum	35,1	119
	Maximum	191,3	9000
<b>Mitglied</b>	N	47	78
	Mittelwert	79,2	1904,0
	Median	78,0	1500,3
	Modus	120,0	1834
	Minimum	31,7	139
	Maximum	191,3	9000

In Hypothese zwei wird angenommen, dass die Wahrnehmung des ADAC abhängig von der allgemeinen politischen Kompetenz der Personen ist. Anzunehmen ist, dass politisch kompetentere Personen die Stärke des Einflusses des ADAC auf die Politik größer wahrnehmen und den Zielen des ADAC eher zustimmen. Zur Operationalisierung des Konzepts Politische Kompetenz wurde eine Skala gebildet. Die für diese Arbeit wichtige Skala Politische Kompetenz ist eine Additive Skala, die aus vier Variablen gebildet wurde. Im Fragebogen wurde dementsprechend nach der Selbsteinschätzung hinsichtlich der Kompetenz als Gesprächspartner in politischen Themen, der Überzeugungsstärke einer Person, der Akzeptanz der eigenen Meinung in Gesprächen und der Einflusstärke auf das persönliche Umfeld gefragt. Zusammengenommen ergeben diese Variablen eine Dimension (Cronbachs Alpha = 0,741) welche die Kompetenz der Befragten Person in politischen Gesprächen abbildet. Die Annahme dahinter ist, dass, je akzeptierter die Meinung einer Person, je kompetenter sie sich fühlt, je mehr sie überzeugen kann und je einflussstärker sie ist, desto eher sollte sie auch tatsächlich in der Lage sein kompetent über Politik zu sprechen, da beispielsweise die Meinung eines kompetenten Gesprächspartners eher akzeptiert wird und sich dies in der Selbsteinschätzung niederschlägt. Die Skala ist in Abbildung vier dargestellt. Mitglieder und Nicht-Mitglieder unterscheiden sich nur minimal bei der Selbsteinschätzung hinsichtlich der Politischen Kompetenz. Die Mittelwerte weichen lediglich um 0,6 Prozentpunkte voneinander ab. Für die gesamte Stichprobe lässt sich sagen, dass sich im Schnitt die Befragten weder als kompetent noch als inkompetent einschätzen.

**Abbildung 5: Politische Kompetenz bei den Befragten**

	Gesamt	Nicht-Mitglied	Mitglied
<b>1 nicht kompetent</b>	1,6%	1,9%	1,1%
<b>1,25</b>	1,2%	1,9%	
<b>1,5</b>	1,2%	1,3%	1,1%
<b>1,75</b>	4,0%	3,8%	4,3%
<b>2</b>	2,4%	1,9%	3,3%
<b>2,25</b>	7,5%	8,9%	5,4%
<b>2,5</b>	13,5%	12,1%	15,2%
<b>2,75</b>	10,7%	10,8%	10,9%
<b>3</b>	11,5%	10,8%	13,0%
<b>3,25</b>	15,5%	17,8%	10,9%
<b>3,5</b>	11,9%	8,9%	17,4%
<b>3,75</b>	7,5%	9,6%	4,3%
<b>4</b>	6,3%	5,1%	7,6%
<b>4,25</b>	3,6%	3,2%	4,3%
<b>4,5</b>	0,4%	0,6%	-
<b>4,75</b>	0,8%	0,6%	1,1%
<b>5 kompetent</b>	0,4%	0,6%	-
<b>N</b>	252	157	92
<b>Mittelwert</b>	3,00	2,97	3,03
<b>Median</b>	3,00	3,00	3,00
<b>Modus</b>	3,25	3,25	3,50

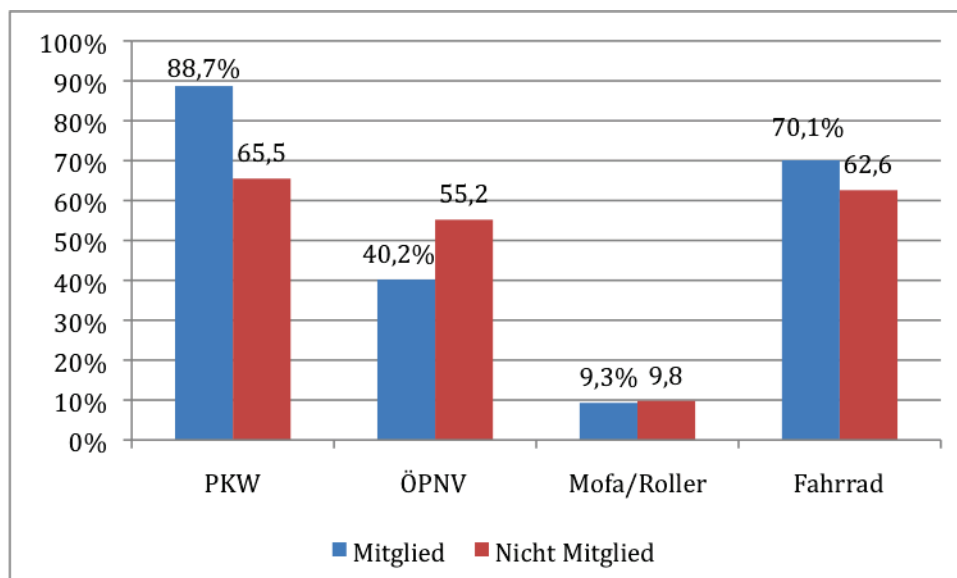
Hypothese drei besagt, dass die Wahrnehmung des ADAC ebenfalls von der Verkehrsmittelnutzung und vom ökologischen Bewusstsein abhängt. Menschen mit ökologischen Einstellungen sind sensibler für den ADAC, lehnen möglicherweise seine Ziele eher ab oder wissen eher um seine Einflussnahme auf die Politik. Abbildung sechs zeigt die Verteilung der gebildeten Skala Ökologisches Bewusstsein. Die Skala ist eine additive Skala die auf Grundlage von vier umweltbezogenen Variablen gebildet wurde. Aufgenommen wurden die Wichtigkeit der Produktions- und Handelsbeziehungen und des Tierschutzes beim Lebensmitteleinkauf für die Befragten, der Wunsch nach Veränderungen in der Umwelt- und Tierschutzpolitik und ob jemand Mitglied in einer Umwelt- und Tierschutzorganisation ist. Die daraus entstandene Dimension (Cronachs Alpha = 0,763) gibt die Einstellungen zu Umwelt wieder und basiert auf der Überlegung, dass Menschen die ökologische Lebensmittel einkaufen, generell dem Umweltschutz näher stehen. Es zeigt sich, dass die Mitglieder des ADAC ein höheres Ökologisches Bewusstsein haben als die Nicht-Mitglieder. Dies ist bezogen auf unsere These ein interessantes Ergebnis.

**Abbildung 6: Ökologisches Bewusstsein**

	Gesamt	Nicht-Mitglied	Mitglied
1,00 niedriges	1,2%	1,2%	1,1%
1,33	1,2%	1,2%	1,1%
1,67	5,4%	6,2%	4,3%
2,00	7,8%	6,8%	8,7%
2,33	7,0%	7,4%	6,5%
2,67	12,8%	12,3%	13,0%
3,00	21,3%	22,2%	20,7%
3,33	15,1%	17,9%	10,9%
3,67	14,3%	13,0%	15,2%
4,00	10,1%	9,9%	10,9%
4,33	1,9%	-	5,4%
4,67 hohes	1,9%	1,9%	2,2%
N	258	162	92
Mittelwert	3,02	2,99	3,08
Median	3,00	3,00	3,00
Modus	3,00	3,00	3,00

Weitere Indikatoren können hier möglicherweise die verschiedenen benutzten Verkehrsmittel unter den Befragten sein. Abbildung sieben zeigt die Verkehrsmittelnutzung getrennt nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern (Mehrfachantworten waren möglich). Das von den Mitgliedern als auch Nicht-Mitgliedern am häufigsten genutzte Verkehrsmittel ist das Auto, gefolgt vom Fahrrad. Mitglieder nutzen deutlich häufiger das Auto im Alltag als Nicht-Mitglieder dies tun. Dies deutet auf unsere These hin, dass der ADAC eher als Form der Partizipation wahrgenommen wird. Interessanterweise wird aber auch das Fahrrad von den Mitgliedern häufiger genutzt. Die Ergebnisse zeichnen soweit ein ambivalentes Bild. Generell scheinen Menschen, die nicht Mitglied im ADAC sind, Verkehrsmittel im Allgemeinen nicht so häufig zu nutzen wie Mitglieder.

**Abbildung 7: Verkehrsmittelnutzung unter den Befragten**



## 6.2 Bewusstsein über Einflussnahme des ADAC auf die Politik

Es wird untersucht, inwieweit die Einschätzung der Stärke des Einflusses des ADAC auf die Politik von der Mitgliedschaft bestimmt wird. Gibt es alternativ Erklärungsfaktoren für die Einschätzung der Stärke? Abbildung acht zeigt zunächst die Einschätzung der Stärke verschiedener Organisationen und des ADAC.

Abbildung 8: Einschätzung der Stärke des Einflusses verschiedener Organisationen

		Amnesty International	ADAC	Bund für Umwelt und Naturschutz	Katholische Kirche
<b>Nicht-Mitglied</b>	N	149	166	167	162
	Mittelwert	3,13	2,83	3,13	2,99
	Median	3,00	3,00	3,00	3,00
	Modus	3	2	3	3
<b>Mitglied</b>	N	87	96	93	94
	Mittelwert	3,22	3,42	3,35	3,09
	Median	3,00	4,00	3,00	3,00
	Modus	3	4	3	3
<b>Gesamt</b>	N	240	266	264	260
	Mittelwert	3,15	3,05	3,22	3,02
	Median	3,00	3,00	3,00	3,00
	Modus	3	4	3	3

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Mitglieder wie auch Nicht-Mitglieder des ADAC den Einfluss des ADAC auf die Politik, im Vergleich zu den anderen Organisationen, die in der Befragung zur Auswahl standen, als eher stark einschätzen (siehe Abbildung 8). Wenn man Mitglied im ADAC ist, fällt diese Einschätzung noch stärker aus. Während Nicht-Mitglieder den Einfluss des ADAC öfter als schwach einschätzen (Mittelwert 2,83) als Mitglieder, schätzen die Mitglieder diesen dann auch allgemein als stärker ein (Mittelwert 3,42). Dass der ADAC in Deutschland eine politische Rolle spielt, ist den Befragten also in der Regel bewusst bzw. sie könnten es sich zumindest vorstellen. Dies gilt insbesondere für Mitglieder des ADAC.

Mit einer linearen Regression sollen nun Veränderungen bei der abhängigen Variable durch unabhängige Variablen erklärt werden. Als abhängige Variable wird dabei die Einschätzung der Befragten bezüglich der Stärke des Einflusses des ADAC auf die Politik (1=sehr schwach, 5=sehr stark) in die Regression eingeführt.

**Abbildung 9: Lineare Regression - Einschätzung der Stärke des Einflusses des ADAC auf die Politik**

	#1	#2	#3	#4	#5	#6
Konstante	2,833 ***	2,713 ***	2,144 *	1,791 *	1,328 *	1,032 **
ADAC Mitgliedschaft	0,255 ***	0,26 ***	0,222 *	0,220 *	0,208 *	0,204 *
	<b>0,065</b>					
genutztes Verkehrsmittel: PKW		-0,089	-0,089	-0,082	-0,089	-0,091
genutztes Verkehrsmittel: Öffentliche		-0,014	-0,06	-0,065	-0,036	-0,047
genutztes Verkehrsmittel: Motorrad, Mofa,...		-0,047	-0,07	-0,069	-0,067	-0,069
genutztes Verkehrsmittel: Fahrrad		0,207 ***	0,234 *	0,229 *	0,222 *	0,209 *
		<b>0,102</b>				
formale Bildung			-0,02	-0,002	-0,026	-0,021
Magnitude-Prestige-Skala			0,285 *	0,266 *	0,236 '	0,231 '
Haushaltseinkommen			-0,024	-0,034	-0,029	-0,017
			<b>0,116</b>			
Politische Kompetenz				0,088	0,058	0,053
				<b>0,113</b>		
Einfluss auf Politik durch Mitgliedschaft in Verbänden					0,263 *	0,244 *
					<b>0,174</b>	
Umweltpolitische Einstellungen						0,088
						<b>0,172</b>

^/\*/\*\*/\*\*\*\*=Signifikanzniveau<sup>1</sup>; In Fett R<sup>2</sup>

Zunächst wird die zentrale abhängige Variable Mitgliedschaft im ADAC in die Regression eingebracht (Modell eins). Diese hat einen mittelstarken und hochsignifikanten Einfluss (0,255) auf die Einschätzung des Einflusses des ADAC auf die Politik. Mit der Mitgliedschaft schätzt man die Stärke des Einflusses des ADAC umso höher ein. In einem nächsten Schritt wird die Verkehrsmittelnutzung in die Regression eingebracht (Modell zwei). Es stellt sich heraus, dass die Variable Fahrradfahren einen mittelstarken hochsignifikanten Einfluss (0,207) auf die Einschätzung der Einflussstärke hat. Der Einfluss der Mitgliedschaft bleibt unverändert. Das Varianzaufklärungspotential verdoppelt sich nahezu auf immer noch niedrige 10%. In einem weiteren Schritt wird die Wirkung der sozialen Lage untersucht (Modell drei). Das Berufsprestige (MPS) hat einen signifikanten mittelstarken Einfluss (0,285) auf die Einschätzung des Einflusses. Die Signifikanzen der Mitgliedschaft und der Fahrradnutzung werden abgeschwächt, was auf einen Einfluss der MPS auf diese Variablen hinweist. Dies wird auch durch die leichten Veränderungen in der Stärke des Einflusses deutlich. Die MPS wirkt also sowohl auf die beiden als erstes eingebrachten Konzepte, als auch direkt auf die Einschätzung des Einflusses des ADAC auf die Politik. Die Politische Kompetenz hat keinen Einfluss auf die abhängige Variable und führt auch zu keiner Veränderung der unabhängigen Variablen (Modell vier). Erst die Einführung der Einschätzung der Einflussstärke von Verbänden im Allgemeinen bringt Veränderungen

<sup>1</sup> Die Signifikanzniveaus folgen immer dem gleichem Muster. Folgende Zeichen werden verwendet: ^=90%, \*=95%, \*\*=99%, \*\*\*=99,9%

hervor: Zunächst wird ein mittelstarker und signifikanter Einfluss dieser auf die abhängige Variable deutlich (0,263). Weiterhin verschwindet die Signifikanz der MPS fast. Die Stärke der Mitgliedschaft als Faktor lässt schließlich nach. Die Einstellungen zur Umwelt (Modell sechs) bringt keine relevanten Änderungen mit sich. Das Varianzaufklärungspotential liegt hier bei niedrigen 17,2%.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Mitgliedschaft im ADAC einen mittelstarken Einfluss auf die Einschätzung der Einflussstärke des ADAC hat. Durch die Einführung der sozialen Lage als Konzept stellt sich aber heraus, dass diese ebenso auf die Einschätzung wirkt und den Einfluss der Einschätzung abschwächt. Als dritte zentrale Variable kann die generelle Einschätzung des Einflusses von Verbänden auf die Politik gesehen werden. Es scheint, dass Menschen die diesen hoch einschätzen auch den Einfluss des ADAC hoch einschätzen. Für unsere Forschungsfrage lässt sich festhalten, dass sowohl die soziale Lage als auch die Mitgliedschaft einen mittelstarken Einfluss auf die Einschätzung der Stärke des Einflusses des ADAC in der Politik haben. Analytisch kann daher bestätigt werden, dass ein Zusammenhang zwischen Verbandsmitgliedschaft und der Überzeugung besteht, dass diese Verbände auch aktiv auf die Politik einwirken können.

In Bezug auf die zentrale Forschungsfrage und die anfangs gewonnen Erkenntnisse kann demnach festgestellt werden, dass der ADAC durchaus als politischer Verband wahrgenommen wird, der auf die Politik Einfluss ausübt. Die Frage ob der ADAC Einfluss auf die Politik nimmt, kann daher nicht nur theoretisch sondern auch durch die Daten der quantitativen Befragung der Bamberger Bevölkerung gefestigt werden.

Im Folgenden soll dargestellt werden, ob eine Mitgliedschaft im ADAC auch aus den oben beschriebenen politischen Gründen geschieht. Selbst wenn der ADAC von der Bamberger Bevölkerung als politischer Verband wahrgenommen wird, bleibt für die Forschungsfrage zu klären, ob eine Mitgliedschaft aus politischen Motiven eingegangen wird, oder hier der Dienstleistungscharakter im Vordergrund steht.

### **6.3 Gründe des Beitritts zum ADAC**

Die Motivation, dem ADAC beizutreten, hat laut ADAC-Expertin zwei verschiedene Ursprünge. Zum einen kommen viele Mitglieder aus den Ortsclubs, das heißt durch den Motorsport zum ADAC. Hier nennt sie die soziale Komponente eines Sportvereins als zentralen Grund für die Mitgliedschaft (Interview ADAC: 1). Diese Gruppe von Mitgliedern sei eine relativ aktive Gruppe des ADAC. In den Ortsclubs werden in der Regel

Verkehrsreferierende gewählt, die sich dann den verkehrspolitischen Belangen vor Ort annehmen (Interview ADAC: 2). Diese Mitglieder kommunizieren das Thema Verkehr und versuchen zumindest im kommunalen Bereich bewusst Veränderungen zu erzielen und partizipieren somit politisch.

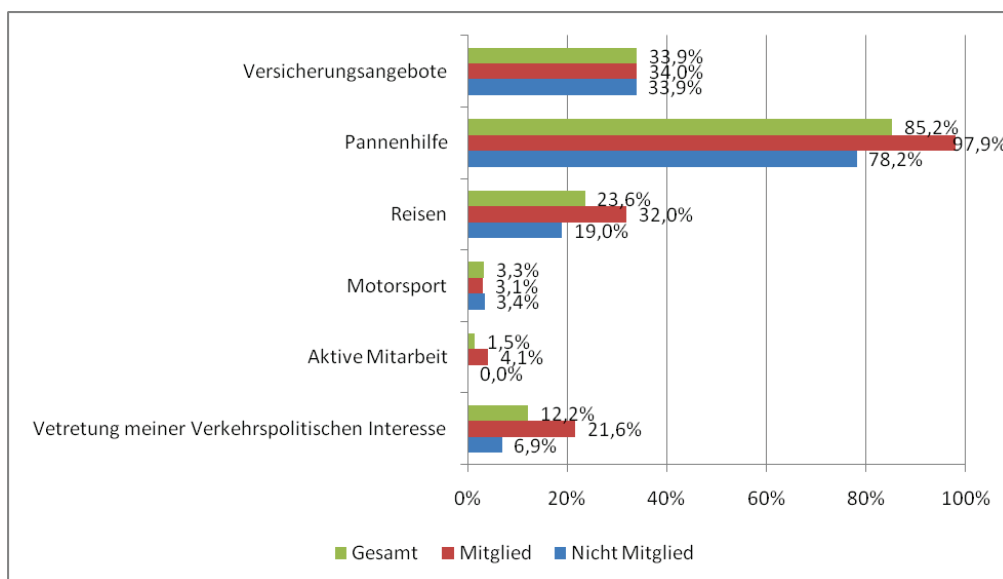
Der Großteil der Mitglieder ist laut ADAC-Expertin jedoch hauptsächlich aufgrund der Pannenhilfe dem Verein beigetreten (Interview ADAC: 1). Der ADAC werde deshalb von den meisten Mitgliedern als Dienstleister betrachtet (Interview ADAC: 5). Das über die Pannenhilfe hinausgehende Serviceangebot des ADAC spiele dabei keine so große Rolle. Die einhundert Leistungen, die beispielsweise in der ADAC-Plus-Mitgliedschaft enthalten sind, werden von den Mitgliedern kaum wahrgenommen, geschweige denn eingefordert (Interview ADAC: 6). Ausschlaggebend für den Beitritt sei lediglich die Pannenhilfe, nur zum Teil werde noch der Reisebereich, wie Reiseliteratur, Kartenmaterial, Vignetten und Auslandsversicherung in Anspruch genommen (Interview ADAC: 6). Auch die BUND-Expertin teilt die Einschätzung, dass der Beitritt hauptsächlich aufgrund der Pannenhilfe erfolgt (BUND Interview: 29). Sie unterstellt dem ADAC hierbei, dass dieser sich bewusst lediglich als Serviceanbieter darstellt und die Mitglieder über die politische Komponente des Automobilclubs im Dunkeln lässt (BUND Interview: 29). Dieses fehlende Bewusstsein führt zu dem konkreten Paradoxon der Doppelmitgliedschaft in ADAC und BUND, auf welches der Bund Naturschutz Bayern in seiner Mitgliederzeitschrift aufmerksam macht. Die Mitglieder des BUND werden aufgefordert zu alternativen Automobilclubs zu wechseln, welche nicht konträr zu den Interessen des BUND stehen (Reh 2009: B20).

Die dienstleistungsorientierte Mitgliedergruppe, von der die ADAC-Expertin spricht, ist deutlich inaktiver als die Mitglieder, die durch den Motorsport zum ADAC gekommen sind, aber auch von ihr gehe der Anspruch aus, der ADAC solle als ihr verkehrspolitischer Anwalt fungieren. Hierbei dreht es sich hauptsächlich um Individualbeschwerden, wie zum Beispiel wegen unsicherer Bushaltestellen, problematischer Straßenschilder oder persönlicher Betroffenheit durch eine neue Autobahnstrecke (Interview ADAC: 2). Das Bewusstsein, zum Teil schon jahrzehntelang Mitglied in diesem Automobilclub zu sein und ihn somit durch Geld und Treue unterstützt zu haben, spiele hierbei durchaus eine Rolle. Die politische Einflussstärke wird in solchen Fällen doch wahrgenommen und in Anspruch genommen.

Langfristiges Engagement für überkommunale verkehrspolitische Ziele sieht die Expertin bei den Mitgliedern des ADAC jedoch nicht (Interview ADAC: 16). Die Mitglieder nehmen den ADAC – von temporärer persönlicher Betroffenheit abgesehen – offenbar nicht als politisches Partizipationsinstrument wahr.

Diese Annahme soll im Folgenden getestet werden. Abbildung 10 zeigt die Beantwortung der Frage, aus welchen Gründen man Mitglied im ADAC ist oder werden würde (Mehrfachantworten waren möglich). Die Gründe Mitglied des ADAC zu sein, sind klar erkennbar. Beinahe 98% der befragten Mitglieder nennen den Grund der Pannenhilfe, 34% die Versicherungsangebote und 32% die Dienstleistungen rund ums Verreisen. Gründe wie „Vertretung meiner verkehrspolitischen Interessen (21%)“, „aktive Mitarbeit“ (4%) und auch „Motorsport“ (3%) wurden dagegen weniger genannt. Wodurch auch klar wird, dass der Motorsport, welcher ja große finanzielle Ressourcen beansprucht, dazu beiträgt, dass eine bestimmte Mitgliedergruppe bevorzugt behandelt wird. Aus diesen Ergebnissen wird deutlich, dass der ADAC vor allem, aber nicht nur, als Dienstleister wahrgenommen wird. Unter denjenigen, die den ADAC als Partizipationsmöglichkeit wahrnehmen, dominiert die Gruppe derjenigen die den ADAC eher als Interessensvertretung wahrnehmen und nicht selbst im Verband aktiv werden wollen.

**Abbildung 10: Gründe der Mitgliedschaft im ADAC**



Die zentrale Frage, die sich stellt, ist, ob die Mitgliedschaft im ADAC die Einstellungen zum ADAC beeinflusst. Auch sollen alternative bestimmende Faktoren geprüft werden. Die Analyse wird mithilfe der logistischen Regression durchgeführt. Anschließend an die Annahme unserer ADAC Expertin wird als abhängige Variable ein binär codiertes Item, basierend auf den oben vorgestellten Variablen, eingeführt, mit den Ausprägungen 1 (Einstellungen zum ADAC: Partizipation) und 0 (Einstellung zum ADAC: Dienstleister). Hierbei wurde jeder Person die Ausprägung „Partizipation“ zugewiesen, die mindestens einen politischen Beitrittsgrund – „Aktive Mitarbeit“ oder „Vertretung meiner verkehrspolitischen

Interessen“ – genannt hat.

**Abbildung 11: Logistische Regression - Einstellungen gegenüber ADAC**

**(Abhängige Variable: Partizipationsform-Dienstleister)**

	Beta	Exp(B)
Konstante	-4,934 ***	0,007
ADAC Mitgliedschaft	0,962'	2,617
Einfluss auf Politik: Mitglied in einem Verband/Verein	0,604*	1,829
genutztes Verkehrsmittel: PKW	0,050	1,051
genutztes Verkehrsmittel: Fahrrad	-0,095	0,909
geschätztes Haushaltseinkommen	0,0	1
Skala Ökologie	0,294	1,342

\*/\*\*/\*\*=Signifikanzniveaus

In die Regression werden alle sechs Variablen gemeinsam eingeführt. Das Varianzaufklärungspotential liegt bei geringen 16,9% (Nagelkerkes R-Quadrat) und es werden 69,6% aller 191 Fälle durch die Regression richtig zugeordnet. Die Einflüsse aller Variablen auf die Bestimmung der abhängigen sind positiv, bis auf die des Fahrradfahrens. Als die stärksten Einflüsse stellen sich die Mitgliedschaft und die Einschätzung des Einflusses auf die Politik heraus (als drittgrößtes die Umweltpolitischen Einstellungen). Beide sind auch die einzig signifikanten Ergebnisse. Es kann festgehalten werden, dass ein den ADAC als Form der Partizipation empfindender Mensch eher ein Mitglied des ADAC ist (fast 2,5 mal höhere Wahrscheinlichkeit als bei nicht Mitgliedern) und die Einflussstärke von Verbänden eher hoch einschätzt (mit jedem Schritt auf der Skala der Einschätzung nach oben, vergrößert sich die Wahrscheinlichkeit um über 80%).

Es scheint, dass mit der Mitgliedschaft im ADAC ein gewisses Bewusstsein für diesen als Form der Partizipation geschaffen wird. Dieses Bewusstsein hängt aber unabhängig davon auch davon ab, ob die Person Verbände generell als Einflussreiche Form der Partizipation wahrnimmt. Unsere These, dass die Mitglieder den ADAC als Dienstleister wahrnehmen ist somit bestätigt. Die soziale Lage hingegen hat keinen erkennbaren Einfluss auf die Einstellungen zum ADAC. Somit kann die dazu formulierte These nicht bestätigt werden. Wenn der ADAC überwiegend als Dienstleister wahrgenommen bzw. genutzt wird, soll nun gezeigt werden, ob ADAC-Mitglieder eine höhere Übereinstimmung mit den politischen

Zielen des ADAC besitzen, als Nicht-Mitglieder. Da ein politischer Verein immer auch zur Abgrenzung fungiert, sollte wie im theoretischen Teil beschrieben, davon ausgegangen werden, dass Unterschiede zwischen In- und Outgroup bestehen.

#### **6.4 Übereinstimmung der Mitglieder mit politischen Zielen des ADAC**

Die BUND-Expertin erklärt die Doppelmitgliedschaften in BUND und ADAC dadurch, dass den Mitgliedern des ADAC die politische Dimension des Automobilclubs nicht bewusst ist. Da man dem BUND in der Regel nur beitrifft, wenn man die politischen Ziele des Vereins unterstützen möchte und diese Ziele denen des ADAC widersprechen, geht sie davon aus, dass viele ADAC-Mitglieder nicht mit dessen verkehrspolitischen Zielen übereinstimmen (Interview BUND: 29). Desweiteren geht sie davon aus, dass weniger Menschen dem ADAC beitreten würden, wenn die politischen Ziele des ADAC bei der Anwerbung stärker im Fokus stünden (Interview BUND: 33).

Als abhängige Variable für die folgende Regression wurde ein Index aus vier verschiedenen Variablen gebildet. Diese Variablen bilden die folgenden klar identifizierbare Ziele des ADAC ab: Kein Tempolimit auf deutschen Straßen, Ausbau des Straßenverkehrsnetzes, keine Umweltzonen in allen deutschen Städten und keine PKW-Maut in Deutschland (1=volle Übereinstimmung, 5=klare Ablehnung der Ziele). Abbildung 12 zeigt die Verteilung der Variable. Beide Gruppen stehen den Zielen des ADAC im Schnitt eher ablehnend gegenüber. Mitglieder lehnen die Ziele des ADAC mehr ab, als dies alle anderen Gruppen tun (siehe Mittelwerte).

Abbildung 12: Übereinstimmung mit den Zielen des ADAC

	Gesamt	Nicht-Mitglied	Mitglied
<b>1,00 Zustimmung</b>	0,8%	0,6%	1,1%
<b>1,25</b>	0,8%	0,6%	1,1%
<b>1,50</b>	2,0%	2,6%	1,1%
<b>1,75</b>	2,8%	1,9%	3,2%
<b>2,00</b>	5,5%	6,5%	4,2%
<b>2,25</b>	8,7%	8,4%	9,5%
<b>2,50</b>	7,9%	7,8%	7,4%
<b>2,75</b>	11,9%	14,3%	8,4%
<b>3,00</b>	11,5%	10,4%	12,6%
<b>3,25</b>	8,7%	6,5%	12,6%
<b>3,50</b>	6,3%	5,8%	7,4%
<b>3,75</b>	11,5%	13,0%	9,5%
<b>4,00</b>	8,7%	9,1%	8,4%
<b>4,25</b>	5,9%	5,8%	5,3%
<b>4,50</b>	3,6%	3,2%	4,2%
<b>4,75</b>	0,8%	1,3%	0,0%
<b>5,00 Ablehnung</b>	2,8%	1,9%	4,2%
<b>Mittelwert</b>	3,14	3,13	3,17
<b>Modus</b>	2,75	2,75	3
<b>Median</b>	3	3	3,25
<b>N</b>	253	154	95

Der Einschätzung der ADAC Expertin folgend, stellt sich die Frage, ob die Zustimmung zu den Zielen des ADAC von der Mitgliedschaft im ADAC abhängt. Unserer These folgend, dass Mitglieder den ADAC nicht als Partizipationsform wahrnehmen, ist davon auszugehen, dass Mitglieder den Zielen des ADAC nicht stärker zustimmen, als andere Befragte auch. Dies bestätigt sich zunächst in der Verteilung der abhängigen Variable. Gibt es aber möglicherweise andere Faktoren als die Mitgliedschaft, die diese Zustimmung oder Ablehnung beeinflussen? Mithilfe der linearen Regression soll dies festgestellt werden. Veränderungen bei den unabhängigen Variablen sollten zu Veränderungen bei der abhängigen Variable führen.

**Abbildung 13: Lineare Regression - Zustimmung zu den Zielen des ADAC**

(Abhängige Variable: Index der Zustimmung)

	#1	#2	#3	#4	#5
Konstante	3,123	2,912 ***	2,281 *	1,233***	1,358 ***
ADAC Mitgliedschaft	0,25	0,07	0,049	0,029	0,029
	<b>0,001</b>				
genutztes Verkehrsmittel: PKW		-0,171*	-0,179'	-0,186'	-0,190'
genutztes Verkehrsmittel: Öffentliche		0,136 *	0,146	0,112	0,112
genutztes Verkehrsmittel: Motorrad, Mofa,...		0,067	0,056	0,049	0,049
genutztes Verkehrsmittel: Fahrrad		0,249 ***	0,233 *	0,181'	0,183
		<b>0,114</b>			
formale Bildung			0,198	0,208'	0,207'
Magnitude-Prestige-Skala			0,086	0,051	0,060
Haushaltseinkommen			-0,032	0,011	0,019
			<b>0,114</b>		
Umweltpolitische Einstellungen				0,335***	0,338***
				<b>0,221</b>	
Politische Kompetenz					-0,044
					<b>0,213</b>

^/\*/\*\*/\*\*\*\*=Signifikanzniveaus; In Fett R<sup>2</sup>

Zunächst wird überprüft, ob die Mitgliedschaft einen Einfluss auf die Zustimmung zu den Zielen hat (Modell eins). Dies ist nicht der Fall. Menschen die Mitglied im ADAC sind unterscheiden sich in der Zustimmung zu den Zielen nicht signifikant zu Menschen, die nicht Mitglied im ADAC sind. In das Modell wurde nun die Verkehrsmittelnutzung aufgenommen. Möglicherweise sind es die Autofahrenden, die mit den Zielen übereinstimmen – nicht ohne Grund ist der ADAC ein Verband der Autofahrenden. Tatsächlich hat die Nutzung von PKW im Alltag einen leichten und signifikanten Einfluss (-0,171) auf die Zustimmung zu den Zielen. Je eher man das Auto im Alltag benutzt, desto eher stimmt man den Zielen des ADAC zu. Umgekehrt gilt dies für die Fahrradfahrenden. Der Einfluss auf die Zustimmung zu den Zielen des ADAC ist fast doppelt so stark und hochsignifikant, wie der des Autofahrens (0,249). Je eher man Fahrrad fährt, desto eher lehnt man die Ziele des ADAC ab. Die soziale Lage hat auf die Zustimmung zu den Zielen keinen Einfluss (Modell drei). Nur die Signifikanzen des Einflusses der Verkehrsmittelnutzung werden geringer, was auch hier auf den intervenierenden Effekt der sozialen Lage hinweist. Die Verkehrsmittelnutzung scheint von dieser abzuhängen, aber nicht die Einstellungen zum ADAC. In Modell vier bringen wir Ökologische Einstellungen mit in die Regression. Diese haben einen starken und hochsignifikanten Einfluss auf die Zustimmung zu den Zielen. Je wichtiger der Umweltschutz für eine Person, desto eher lehnt sie die Ziele des ADAC ab. Der Einfluss des Fahrradfahrens verschwindet fast ganz (Abnahme der Signifikanz), was darauf hinweist, dass nicht das Konzept der Verkehrsmittelnutzung, sondern die Ökologischen Einstellungen die Übereinstimmung mit den Zielen des ADAC beeinflusst. Ebenso verändert sich die

Signifikanz des Autofahrens, was die eben genannte Vermutung unterstützt. Überraschenderweise ist ein nun schwach signifikanter und mittelstarker (0,208) Einfluss der formalen Bildung zu sehen. Mit höherer Bildung sinkt die Zustimmung zu den Zielen des ADAC. Das Modell hat ein Varianzaufklärungspotential von 22,1%. Modell fünf bringt mit der Einführung der politischen Kompetenz der Befragten keine für unsere Forschungsfrage wesentlichen Veränderungen bezüglich erklärender Faktoren.

Zusammenfassend kann ein starker Effekt der umweltpolitischen Einstellungen festgehalten werden. Die Mitgliedschaft im ADAC hat keinen Einfluss auf die Zustimmung zu den Zielen des ADAC. Weiterhin sind ein leichter Einfluss der Verkehrsmittelnutzung (Fahrrad und PKW) und der formalen Bildung zu erkennen. Fest steht, dass Menschen mit Ökologischen Interessen den Zielen des ADAC eher ablehnend gegenüber stehen. Gleiches gilt (abgeschwächt und nicht so klar) auch für Menschen mit höherer Bildung. Dies kann aber nicht mit der politischen Kompetenz erklärt werden.

Was lässt sich daraus für unsere Forschungsfrage ableiten? Zunächst kann man festhalten, dass Mitglieder sich nicht signifikant von nicht Mitgliedern unterscheiden, wenn es um die Übereinstimmung mit den ADAC- Zielen geht. Dies bedeutet implizit, dass Mitglieder kein (bzw. nicht mehr als Nicht-Mitglieder) Wissen über die Ziele des Verbandes haben, in dem sie Mitglied sind: dem ADAC. Dies weist darauf hin, dass die ADAC-Mitglieder nicht ausreichend über die Ziele des ADAC informiert sein können, wenn sie Mitglied sind, obwohl sie komplett andere Einstellungen vertreten. Zumindest ist es höchst fraglich, ob diese Mitglieder Kenntnis darüber besitzen, dass sie dem ADAC ihre Stimme für sein Wirken zur Verfügung stellen. Die Ergebnisse sprechen klar dafür, dass hier keine Wahrnehmung der politischen Partizipation vorliegt.

## **Schlusswort**

"Freie Fahrt für freie Bürger." - *ADAC, 1973*

Der öffentliche, politische Kampf des ADAC ist in den letzten Jahrzehnten leiser geworden. Parteinaher Slogans wie der oben genannte, schreibt sich der ADAC heute nicht mehr auf die Fahne. Während der Spiegel noch vom „Auto-Darf-Alles-Club“ titelte (Spiegel 28/1989), stehen heute die „Gelben Engel“ im Vordergrund und der ADAC bemüht sich immer stärker um ein politisch neutrales Auftreten. Wie in den Expertinneninterviews deutlich wurde, spielt die hohe Zahl der Mitglieder für den ADAC sowohl politisch als auch finanziell eine große Rolle. Nicht nur der Blick in den Rückspiegel aus Autoperspektive, gerade der Blick nach links und rechts spielt für den ADAC eine zunehmend stärkere Rolle. Auch wenn der ADAC keine Volkspartei ist, so ist er doch ein Verband bei dessen Mitgliedern von einem Querschnitt der Gesellschaft ausgegangen werden kann. Dieses Abbild der Gesellschaft kann und will der ADAC nicht gefährden.

Die vorliegende Studie liefert relevante Ergebnisse für die Verbandsforschung. Die Hypothese, dass der ADAC von den Menschen grundsätzlich nicht als politischer Verband wahrgenommen wird, musste verworfen werden. Menschen, sowohl Mitglieder als auch Nicht-Mitglieder, sind sich der politischen Gestaltungsmacht des ADAC durchaus bewusst. Die Lobby-Arbeit des ADAC wird also wahrgenommen. Interessanterweise ist diese politische Dimension des ADAC jedoch für die meisten Menschen kein Grund dem Verband beizutreten. Entscheidend für den Beitritt sind fast ausschließlich die Dienstleistungen des ADAC, wobei die Pannenhilfe zentral ist. Die repräsentative Vertretung der eigenen (verkehrs-)politischen Interessen ist nur in ganz seltenen Fällen ein Beitrittsgrund.

Hiernach erscheint es logisch, dass der ADAC sich seinen Mitgliedern in erster Linie als Dienstleister präsentiert. Und auch wenn der ADAC politisch Einfluss nimmt, so deuten unsere Ergebnisse daraufhin, dass der ADAC unpopuläre Entscheidungen bzw. eine zu eingegrenzte Klientelpolitik meiden sollte, wenn er nicht einen Verlust seiner Mitglieder riskieren möchte.

In Bezug auf die Partizipationsforschung und unsere Forschungsfrage, nach dem ADAC als konventionelle Partizipationsform lassen sich folgende Ergebnisse festhalten:

Der ADAC nimmt über das Lobby-Büro in Berlin Einfluss auf die Politik und hat in der Vergangenheit bereits auf verkehrspolitische Belange entscheidend eingewirkt, wie zum

Beispiel auf das unbeschränkte Tempo auf deutschen Autobahnen. Die extrem hohen Mitgliederzahlen von 16,4 Millionen tragen zur Einflussstärke des ADAC bei und gelten als Legitimation seiner Macht. Nach der Bundestagswahl 2005 stellt der ADAC explizit im Namen seiner Mitglieder Forderungen an die neue Bundesregierung mit den Worten: „Wir alle, die Solidargemeinschaft deutscher Autofahrer“ (Motorwelt August 2005). Diese Legitimation über die Mitgliederzahl ist aber in höchstem Maße fraglich, da der ADAC zwar über eine demokratische Struktur verfügt, diese aber nicht auf einen partizipatorischen Meinungsbildungsprozess ausgelegt ist und deshalb faktisch von den Mitgliedern nicht genutzt wird.

Desweiteren wird die Mitgliedschaft im ADAC von der Mehrheit der Mitglieder nicht als politische Partizipation wahrgenommen. Besonders deutlich wird dies anhand der Übereinstimmungsquote mit grundlegenden Zielen des ADAC. Diese ist bei Mitgliedern etwa genauso hoch wie bei Nicht-Mitgliedern und beweist damit, dass hinter der Entscheidung Mitglied zu werden keine politische Ideologie steckt und somit auch keine politisch-partizipatorische Motivation. Die Zustimmung zu den Zielen hängt nicht von der Mitgliedschaft, sondern von Faktoren wie Ökologischem Bewusstsein und sozialer Lage ab. Auch anhand der Beitrittsgründe zeigt sich, dass lediglich 25,7% der ADAC-Mitglieder unter anderem aus politischen Gründen Mitglied geworden sind.

An der Legitimation des ADAC für seine Mitglieder zu sprechen muss somit aufgrund der heterogenen Mitgliederstruktur stark gezweifelt werden. Will der ADAC nicht nur seine Position als Verband mit möglichst vielen Mitgliedern und Geldern, sondern auch seine Legitimation stärken, so müsste er eine tatsächliche Einbeziehung der Mitglieder und einen Meinungsbildungsprozess von innen heraus anstreben.

Den medialen Einfluss hierfür hätte der ADAC bereits. Das Vereinsmagazin Motorwelt erreicht 19,3 Millionen Leser\_innen (Speth: 254). Eine Auflage, die nicht einmal von der Bildzeitung als auflagenstärkstes Print-Medium erreicht wird. Von der Möglichkeit seine Mitglieder in einen politischen Diskurs zu verwickeln oder an politischen Zielen mit gestalten zu lassen wird trotzdem kein Gebrauch gemacht.

Zieht man das bewusste, mit Erreichung eines Zieles verknüpfte Handeln nach Kaase (1997: 160) zu Rate, so muss festgehalten werden, dass wie erwartet nur ein kleiner Teil der ADAC-Mitglieder politisch partizipiert. Die Repräsentation von Interessen wird von der Mehrheit nicht bewusst an den ADAC übergeben. Faktisch findet diese Machtübertragung dennoch

statt und hat konkrete Auswirkungen auf die politische Realität, was zu weiteren Forschungen, über die Bamberger Stichprobe hinaus, anregt.

## Literaturverzeichnis

**ADAC (2008):** Mitgliedszahlen. Online verfügbar unter [http://www1.adac.de/wir\\_ueber\\_uns/Mitgliedsbeitraege/default.asp?ComponentID=251865&SourcePageID=7384](http://www1.adac.de/wir_ueber_uns/Mitgliedsbeitraege/default.asp?ComponentID=251865&SourcePageID=7384), zuletzt geprüft am 05.06.2010.

**Albrecht, Alfred (1993):** Verbände. In: Staatslexikon, 8. Band, 6. Auflage, Freiburg: Herder Verlag.

**Bandelow, Nils C (2007):** Unwissen als Problem politischer Steuerung in der Verkehrspolitik. In: Einzelinteressen und kollektives Handeln in modernen Demokratien. Festschrift für Ulrich Widmaier. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 139–162.

**Brady, Henry E.; Sidney Verba; Kay L. Schlozmann (1995):** Beyond SES: A Ressource Modell of Political Participation. In: American Political Science Review, H. 89, S. 271–294.

**Burdewick, Ingrid (2003):** Jugend - Politik - Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger. Zugl.: Hannover, Univ., Diss., 2003 u.d.T.: Burdewick, Ingrid: Politische Partizipation Jugendlicher als Streben nach sozialer Anerkennung. Bonn: Bundeszentrale für polit. Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 430).

**Emundts, Corinna (2006):** Der zahnlose Riese. In: Leif, Thomas (Hg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl.für Sozialwiss. .

**Euler, Mark (2006):** Soziales Kapital. Ein Brückenschlag zwischen Individuum und Gesellschaft. Univ., Diss--Oldenburg. Online verfügbar unter <http://d-nb.info/987159135/00>.

**Gurr, Ted Robert (1970):** Why men rebel. Princeton, N.J.: Princeton Univ. Press.

**Held, David (2006):** Models of democracy. 3. ed. Cambridge: Polity Press.

**Käppeler, Christoph (2010):** Wie die Autolobby die Politik beeinflusst. Online verfügbar unter <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/lobby102.html>, zuletzt geprüft am 05.06.2010.

**Klingemann, Hans-Dieter (1985):** Formen, Bestimmungsgründe und Konsequenzen politischer Beteiligung. Ein Forschungsbericht. Berlin: Presse- und Informationsstelle der Freien Univ. (Informationen aus Lehre und Forschung / Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, 6).

**Kraft und Frater (2003):** Wetter und Klima. 1. Aufl. Berlin: Springer.

**Langenscheidt, Florian; Becher, Bea (2004):** Deutsche Standards. Marken des Jahrhunderts ; die Königsklasse deutscher Produkte und Dienstleistungen in Wort und Bild ; von Aspirin bis Zeiss. 14., neubearb. Aufl. Wiesbaden: Gabler.

**Leif, Thomas (Hg.) (2006):** Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl.für Sozialwiss.

**Mayntz, Renate (1963):** Soziologie der Organisation. [1. - 15. Tsd.]. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt (rowohlts deutsche enzyklopädie, 166).

**Michael K. Le Roy (1995):** Participation, Size, and Democracy: Bridging the Gap between Citizens and the Swedish State. In: Comparative Politics, Jg. 27, H. 3, S. 297–316. Online verfügbar unter <http://www.jstor.org/stable/422060>, zuletzt geprüft am 07.06.2010.

**Milbrath, Lester W. (1977):** Political participation. How and why do people get involved in politics? 2. ed. Chicago: Rand McNally.

**Münchener Rundschau (2010):** Wissenswertes. Online verfügbar unter <http://www.muenchener-rundschau.de/category/wissenswertes/page/3/>, zuletzt geprüft am 10.07.2010.

**Reh, Werner (2009):** Umstrittener Automobilclub. Politik und Pannenhilfe. In: Bund und Naturschutz e.V.: Natur + Umwelt, H. 4.

**Sebaldt, Martin (2004):** Verbände in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. 1. Aufl. Unter Mitarbeit von Alexander Straßner. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.

**Statista (2010):** Mitgliedszahlen der deutschen Parteien (Ende 2009). Online verfügbar unter <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/1339/umfrage/mitgliederzahlen-der-politischen-parteien-deutschlands/>, zuletzt geprüft am 05.06.2010.

**Steinkohl, Franz (Hg.) (1999):** Auto-Mobilität als gesellschaftliche Herausforderung Eine Gesprächsreihe der BMW AG, des Instituts Technik-Theologie-Naturwissenschaften und des Instituts für Mobilitätsforschung. 1. Aufl. Herbert Utz Verlag

Festschrift für **Ulrich Widmaier (2007):** Einzelinteressen und kollektives Handeln in modernen Demokratien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.

**Vahs, Dietmar (2007):** Organisation. Einführung in die Organisationstheorie und -praxis. Literaturverz. S. 551 - 574. 6., überarb. und erw. Aufl. Stuttgart: Schäffer-Poeschel.

**Weßling, Stefan (2006):** Der Vorteil für das Mitglied ist entscheidend! In: Witt, Dieter (Hg.): Herausforderung Verbändemanagement. Handlungsfelder und Strategien. 1. Aufl. Wiesbaden: Gabler .

**Witt, Dieter (Hg.) (2006):** Herausforderung Verbändemanagement. Handlungsfelder und Strategien. 1. Aufl. Wiesbaden: Gabler.



Otto-Friedrich-Universität Bamberg

**Professur für Methoden der empirischen Sozialforschung und Wissenschaftstheorie**

Prof. Dr. Martin Kroh / Dr. Britta Knauer / Dipl.-Soz. Sebastian Wiesnet

Soziologisches Forschungspraktikum 2009/2010

## **Der Mitgliederschwund in SPD und CDU/CSU**

### **Parteiliche und gesellschaftliche Gründe**

Verfasser: Team 05

Eva Bruns, Simon Büdenbender, Nina Fiedler, Saskia Nehling, Michael Sack

## **Aufbau der Arbeit:**

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>3</b>
<b>2. Definition von Mitgliederschwund</b> .....	<b>4</b>
<b>3. Entwicklung der Mitgliederzahlen im historischen Kontext</b> .....	<b>4</b>
3.1. Entwicklung in der CDU .....	5
3.2. Entwicklung in der CSU .....	6
3.3. Entwicklung in der SPD .....	6
<b>4. Theorien zur Begründung zum Mitgliederschwund</b> .....	<b>7</b>
4.1. Gruppengröße und Gruppenbindung .....	7
4.2. Gesellschaftlicher Wandel .....	8
<b>5. Theorien zur Begründung von Parteimitgliedschaft</b> .....	<b>9</b>
5.1. Mitgliedschaft als Bedürfnisbefriedigung .....	9
5.2. Nutzen von Parteimitgliedschaft und Parteibindungsmotive .....	11
5.3. Politische Prägung durch das Elternhaus .....	12
<b>6. Methodisches Vorgehen und methodische Schwierigkeiten</b> .....	<b>13</b>
<b>7. Gründe für den Mitgliederschwund</b> .....	<b>14</b>
7.1. Interne Gründe .....	15
7.2. Externe Gründe .....	17
<b>8. Gründe für parteipolitische Aktivität</b> .....	<b>18</b>
8.1. Parteipolitisch aktive und nicht aktive Personen im Vergleich .....	19
8.2. Politische Sozialisation und politisches Interesse .....	20
<b>9. Parteiliche Reaktionen auf den Mitgliederschwund</b> .....	<b>22</b>
<b>10. Fazit und Ausblick</b> .....	<b>23</b>

## **Anhang**

## 1. Einleitung

Die folgende Arbeit wurde im Rahmen des Forschungspraktikums der Otto-Friedrich-Universität Bamberg erstellt, welches sich mit dem Themenbereich der politischen Partizipation beschäftigt. Hierbei wurden teamspezifisch einzelne Schwerpunkte beleuchtet, wobei sich die vorliegende Ausarbeitung speziell mit den Aspekten der konventionellen politischen Beteiligung und der Mitgliedschaft in Parteien auseinandersetzt.

In Anlehnung an Klingemann (1985, S.8) wird unter konventioneller politischer Partizipation eine legitimierte, legalisierte und institutionalisierte Art der politischen Beteiligung verstanden. Innerhalb dieser Form der Beteiligung liegt das Forschungsinteresse darin, sich mit dem immer bedeutender werdenden Thema des Mitgliederschwunds in Parteien zu befassen. Hierbei wird das Augenmerk auf die SPD und die CDU/CSU gelegt, da es sich bei diesen Parteien um die einstmaligen Volksparteien handelt, welche folglich einen Großteil der deutschen Bevölkerung politisch vertreten konnten. Ob und warum diese Vertretung heute nicht mehr in diesem Maße funktioniert, soll in dieser Arbeit einen weiteren Forschungsgegenstand darstellen. Dass Parteien in der heutigen Gesellschaft nach wie vor eine wichtige Rolle spielen, liegt in der Tatsache begründet, dass sie für einen Großteil der politischen Meinungs- und Willensbildung verantwortlich sind (Zimmermann 2002). Da eine Stellvertreterdemokratie ohne bürgerliche Beteiligung am parteipolitischen Geschehen nicht mehr denkbar wäre, scheint es wichtig sich mit der Frage zu beschäftigen, warum die Parteien in den letzten Jahren zunehmend ihre Mitglieder verlieren und keine starken Zuwächse mehr erfahren. Im Zuge dieser Arbeit sollen daher maßgebliche Ursachen für den Mitgliederschwund erörtert werden.

Der Bericht gliedert sich in einen theoretischen Teil, der grundlegende Annahmen und Thesen zur Forschungsfrage beschreibt und einen empirischen Teil, in dem Analysen der im Forschungspraktikum erhobenen Daten Gründe für die parteipolitische Aktivität und den Mitgliederschwund liefern. Dem theoretischen Teil sind zudem eine Darstellung der Entwicklung der Mitgliederzahlen im historischen Kontext und eine Definition des Mitgliederschwundes vorgelagert.

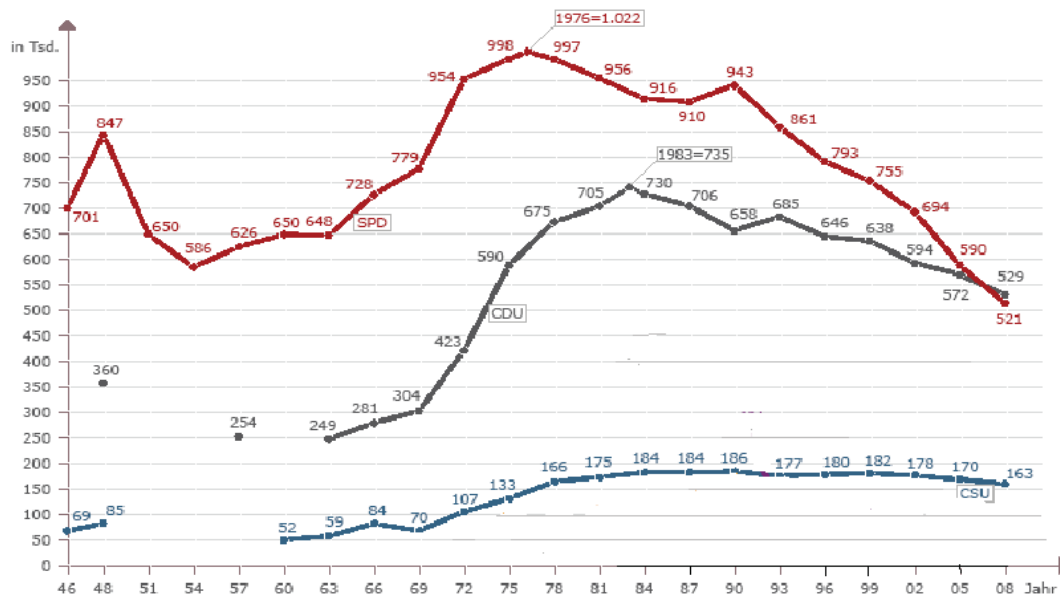
## **2. Definition von Mitgliederschwund**

Innerhalb des Forschungsinteresses wird unter Mitgliederschwund die Tatsache verstanden, dass die Parteien starke Mitgliederverluste verkraften müssen. Mitgliederschwund bedeutet nicht nur, dass Mitglieder die Partei verlassen, sondern auch, dass ältere Mitglieder sterben und jüngere Personen aus den unterschiedlichsten Gründen nicht mehr in die Parteien eintreten. Dies ist ein Grund dafür, dass die Parteien ihre Mitgliederzahlen nicht konstant halten können, sondern, dass diese stetig abfallen. Mitgliederschwund heißt demnach nicht nur Mitgliederverluste, sondern eben auch keine Neuzugänge für die Parteien. Deshalb wird in dieser Arbeit nicht nur konkret versucht die Frage zu klären, warum Personen aus der Partei austreten, sondern auch warum Personen nicht in eine Partei eintreten, beziehungsweise sich nicht parteipolitisch engagieren.

## **3. Entwicklung der Mitgliederzahlen im historischen Kontext**

Betrachtet man die Mitgliedschaftszahlen der CDU/CSU und der SPD, lassen sich bestimmte parteiübergreifende Tendenzen zu einigen Zeitpunkten feststellen. So etwa in der Periode der unmittelbaren Nachkriegszeit, einer allgemeinen politischen Mobilisierungsphase zum Ende der Sechzigerjahre hin und außerdem die Zeit der deutschen Wiedervereinigung. Um Richtungstendenzen und parteiliche Unterschiede nachvollziehbarer darzustellen, sollen die Mitgliederzahlen der Parteien getrennt voneinander beschrieben werden. Da es sich bei der CSU um die Schwesterpartei der CDU handelt und diese in Bayern als Interessenvertretung der Union fungiert, werden die Zahlen bezüglich beider Parteien untersucht, wobei in späteren Analysen aufgrund des Befragungsortes Bamberg stellvertretend auf die CSU eingegangen wird.

Abb.1: Mitgliederzahlen der Bundestagsparteien SPD, CDU und CSU in Tausend gerundet, 1946-2008



Frei nach: 1946-1969: Recker / Tenfelde (2005); 1970-1989: Jesse (1997); 1990-2008: Niedermayer (2009); Angaben der Parteien Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de Bundeszentrale für politische Bildung, 2009, www.bpb.de

### 3.1. Entwicklung in der CDU

Nachdem die in der Nachkriegszeit neu gegründete CDU während der Anfänge des parteipolitischen Systems einen starken Zuwachs zu verzeichnen hatte, verminderte sich die Zahl der Mitglieder zwischen 1948 und 1954 von 360.000 auf 254.000 Mitglieder, was einerseits auf die Währungsreform, andererseits auf die traditionelle Parteienaversion bürgerlicher Schichten sowie die geringen innerparteilichen Partizipationsmöglichkeiten und die Abschottungstendenzen lokaler Milieuparteiorganisationen zurückzuführen ist (Niedermayer et al 2002, S.276ff).

Ab Ende der Sechzigerjahre konnte die CDU ihre Mitgliederzahlen bis 1975 wiederum beinahe verdoppeln (auf 590.000). Allgemeine Zuwächse waren bis in die Achtzigerjahre hinein zu verzeichnen (1980 waren es 735.000 Mitglieder), danach wurden die Zahlen erneut rückläufig. Insgesamt sank schließlich die Zahl der Mitglieder bis zur deutschen Wiedervereinigung in der Bundesrepublik bis auf 658.000 Mitglieder.

Nach der Wiedervereinigung verlor die CDU in den östlichen Bundesländern etwa die Hälfte ihrer Mitglieder, was auf eine relative Konfessionslosigkeit der ehemaligen DDR-Bürger und der Unterrepräsentation von Selbstständigen, Beamten und Freiberuflern, die das traditionelle Mitgliederklientel darstellen, zurückzuführen ist. Zudem schafften innerparteiliche Auseinandersetzungen in CDU und FDP ein hinderliches Klima für Neurekrutierungen (Niedermayer et al 2002, S.276ff). Zwischen 1990 und 2008 verzeichnete die CDU einen

Mitgliederschwund von erneuten 129.000 Mitgliedern, sodass sie Ende 2008 etwa 529.000 Mitglieder zählte.

### **3.2. Entwicklung in der CSU**

Wie auch bei der CDU lässt sich bei ihrer bayerischen Schwesternpartei CSU in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine deutliche Steigerung der Mitgliederzahlen erkennen. Nachdem sich 1946 rund 69.000 Personen als Mitglied der CSU bezeichneten, waren es 1948 bereits 85.000. Durch eine Parteikrise in den Vierziger- und Fünfzigerjahren durch einen Konflikt mit der traditionalistischen Bayernpartei verlor sie jedoch zwischen 1948 und 1960 rund 33.000 Mitglieder. Nach einem Mitgliederzuwachs zwischen Ende 1972 (107.000) und Ende 1978 (166.000) stiegen die Zahlen nur noch geringfügig an. Nachdem das Hoch der Mitgliederzahlen 1990 bei 186.000 Mitgliedern feststellbar ist, fielen die Zahlen bis 2008 wieder auf 163.000 ab (Niedermayer et al 2002, S.276ff).

Zwar ist der Mitgliederschwund also bei der CSU geringer als bei den anderen betrachteten Parteien, da es sich hierbei um die Schwesterpartei der CDU handelt, die die Union in Bayern vertritt, ist die Betrachtung der CSU jedoch trotzdem von großer Bedeutung zur Beantwortung der Forschungsfrage.

### **3.3. Entwicklung in der SPD**

Betrachtet man die Entwicklungsgeschichte der SPD nach dem zweiten Weltkrieg, so zeigt sich, dass die durch den Vorsitzenden Kurt Schumacher geforderte soziale und mentale Öffnung eine vorläufige Erhöhung der Mitgliederzahlen zur Folge hatte (Niedermayer et al 2002, S.276ff). So zählten sich 1946 711.000 Menschen zu den Mitgliedern der SPD.

In der Zeit zwischen 1948 und 1954 allerdings verzeichnet die SPD einen Mitgliederschwund von 847.000 auf 586.000 Mitglieder, was von Niedermayer wie bei der CDU einerseits auf die Währungsreform, andererseits jedoch auch durch die nun durchgesetzte Zulassung von Vertriebenenparteien zurückgeführt wird (Niedermayer et al 2002, S.276ff).

Ende 1969 bis Ende 1976 erfuhr die SPD einen etwa 40%igen Zuwachs ihrer Mitglieder, von 779.000 auf 1.022.000 Mitglieder, was ihr den Durchbruch zur Volkspartei ermöglichte. Die „Krisenmanagement“-Politik des Bundeskanzlers Helmut Schmidt (1974-1982) führte zu einer Entfremdung einiger der SPD-Mitglieder von der Parteispitze und folglich zu einem erneuten Mitgliederschwund (Niedermayer et al 2002, S.276ff). Von 1946 bis zur deutschen

Wiedervereinigung hatte die SPD einen Mitgliederzuwachs von insgesamt etwa 242.000 Mitgliedern zu verzeichnen.

Die Wende jedoch brachte Organisationsaufbau- und Rekrutierungsprobleme mit sich, da die Arbeiterschaft in den neuen Bundesländern nicht klar abgrenzbar war und Vorbehalte gegen neue Mitglieder als abschreckender moralischer Rigorismus Mobilisierung schwieriger machten (Niedermayer et al 2002, S.276ff).

Ab 1990 war dementsprechend nur noch ein Mitgliederschwund zu beobachten, der die Partei bis 2008 422.000 Mitglieder kostete. Ende 2009 zählt die SPD nur noch etwa 512.000 Mitglieder, was gegenüber 1946 einen Verlust von 179.000 Personen, die sich als Mitglieder Partei bezeichnen, bedeutet (Nach E-Mailauskunft von Naßhan).

#### **4. Theorien zur Begründung von Mitgliederschwund**

Um sich dem Sachverhalt des Mitgliederschwundes theoretisch zu nähern ist es sinnvoll, vorerst einige Thesen vorzustellen, die Erklärungsansätze bieten, um das Phänomen des Mitgliederschwunds besser zu beleuchten. Hierbei werden die mangelnde Gruppenbindung und der gesellschaftliche Wandel dafür verantwortlich gemacht, dass Personen aus Parteien austreten.

##### **4.1. Gruppengröße und Gruppenbindung**

Eine theoretische Annahme zum Mitgliederverlust innerhalb der Parteien lässt sich aus Simmels Beitrag zur Erforschung der Gruppengröße und den damit verbundenen Auswirkungen ableiten.

Einer der Grundgedanken, die er hier aufwirft, ist der Aspekt, dass die Handlungsfähigkeit, der Idealismus und allgemein das Funktionieren einer Gruppe stark durch die Gruppengröße beeinflusst werden. Demnach wird es umso schwerer, die Interessen und die Ideale einzelner Mitglieder auf Gruppenebene adäquat umzusetzen, je größer die Gruppe wird, da eine größere Gruppe in der Regel auch ein höheres Maß an Heterogenität und damit unterschiedlichen Meinungen impliziert (Simmel 1908).

Übertragen auf unser Forschungsthema würde dies bedeuten, dass große Parteien es schwerer haben als kleine Parteien, die Interessen und Ansichten ihrer Mitglieder in einem befriedigenden Maße zu vertreten. Dieser Aspekt könnte dazu führen, dass sich einzelne Mitglieder durch die großen Parteien enttäuscht und nicht ausreichend vertreten fühlen und

diese somit verlassen.

## **4.2 Gesellschaftlicher Wandel**

Dass Parteien in immer stärkerem Ausmaß ihre Mitglieder verlieren, kann nach Klingemann et al (1995) darauf zurückgeführt werden, dass sich der gesellschaftliche Modernisierungsprozess auf das politische Verhalten der Bürger auswirkt. Grund für die starken Mitgliederverluste ist laut der These unter anderem die abnehmende Parteibindung, die durch die Modernisierung impliziert wird. Gesellschaftliche Modernisierung bedeutet eine Erhöhung der kognitiven Fähigkeiten der Individuen. Je höher diese kognitiven Fähigkeiten sind, desto besser finden sich Bürger in der komplexen politischen Welt zurecht, ohne dabei Bezug zu Parteien herstellen zu müssen. Je mehr die Modernisierung Einfluss auf kognitive Mobilität der Bürger nimmt, desto geringer fällt dann auch die Parteibindung aus, was einen Rückgang der Parteimitglieder mit sich bringt. Personen mit erhöhten kognitiven Fähigkeiten weisen schlussendlich eine immer geringer werdende Parteibindung auf, was wiederum mit einem Austritt aus der Partei einhergeht, und erhöhen die Nachfrage nach nicht konventionellen Partizipationsformen, was allerdings nicht mit einer Verringerung von politischem Interesse verwechselt werden darf. Außerdem nehmen sie bei der politischen Informationsbeschaffung immer weniger auf Parteien Bezug, was zunehmend die Bedeutung von Parteien schwächt und sie schlichtweg für die Bürger nicht mehr so zentral erscheinen lässt, was letztendlich auch einen Austritt aus der Partei bedeuten kann (Klingemann et al 1995).

Ein weiterer Grund für den Mitgliederschwund in den Parteien liegt in der Tatsache, dass Modernisierung und damit einhergehender Wertewandel dazu führen, dass neue Themenbereiche in Politik und Gesellschaft aufkommen, die es zu bedienen gilt. Viele Parteien können auf einen Wandel nicht so schnell und adäquat reagieren und müssen so Verluste in den eigenen Reihen hinnehmen, da sich Mitglieder dann nicht mehr ausreichend von der Partei repräsentiert fühlen und diese schließlich verlassen (Klingemann et al 1995).

Weitere Thesen für den Mitgliederschwund weisen darauf hin, dass sich das politische Leben in den letzten Jahren stark verändert hat. Gerade nach der Wende und der Zusammenführung einiger Parteien ging diesen viel Vertrauen von Seiten der Bürger und der eigenen Mitglieder verloren. Mit dem Verlust der Glaubwürdigkeit und der fehlenden Parteibindung kommt hinzu, dass sich Personen immer weiter von konventionellen Partizipationsformen und somit auch der Mitgliedschaft in einer Partei entfernen und auf unkonventionelle Formen der

politischen Partizipation zurückgreifen (Klingemann et al 1995).

Dadurch, dass Parteien im Allgemeinen eine hohe Zahl an älteren Mitgliedern aufweisen und Jüngere immer weniger nachrücken, darf aber auch der Aspekt der Überalterung der Parteien nicht als Grund für den Mitgliederschwund außer Acht gelassen werden. Denn auch das Sterben älterer Mitglieder macht den Parteien zu schaffen und ist auch Grund für die stetig sinkenden Mitgliederzahlen, gerade in großen Parteien (Kiesling 2001).

## **5. Theorien zur Begründung von Parteimitgliedschaft**

Um sich der Frage zu nähern, aus welchen Gründen die zunehmenden Austritte von Parteimitgliedern nicht durch neue Eintritte ausgeglichen werden können, ist es von Interesse, sich mit den Motivationen von Individuen auseinanderzusetzen, die zu Parteimitgliedschaft führen. Da zudem annehmbar ist, dass diese Motive weitestgehend mit denjenigen übereinstimmen, die eine Person animieren, sich in weiterem Sinne parteipolitisch aktiv zu verhalten, wird eine Unterscheidung dahingehend hinfällig. Im Folgenden sollen die Gründe und Voraussetzungen für parteipolitische Aktivität herausgearbeitet werden.

### **5.1. Mitgliedschaft als Bedürfnisbefriedigung**

Eine erste These, die im Zusammenhang mit der Begründung von Parteimitgliedschaft erläutert werden soll, ist die *Mangelhypothese* von Ronald Inglehart (Gerlach 2003).

Sie basiert auf einem Modell von Abraham Maslow, der die Bedürfnisse der Menschen aus Mängeln heraus erklärt und sie auf unterschiedlichen Ebenen ansiedelt. So sind auf der unteren Stufe die Grundbedürfnisse zu finden, wie beispielsweise die körperlichen Bedürfnisse. Auf den nächsten Stufen kommen dann die Sicherheit, das Sozialbedürfnis, die Anerkennung und Wertschätzung und auf der obersten Stufe steht schließlich die Selbstverwirklichung.

Grundsätzlich ist die gesellschaftliche Mitbestimmung, wie es beispielsweise die parteipolitische Aktivität ist, ein Bedürfnis, das eher auf den höheren Stufen der Maslow'schen Bedürfnispyramide einzuordnen ist. Der Mensch muss somit ein gewisses Maß an Kapital, zumeist ökonomisches, besitzen, damit er sich nicht mit seiner Sicherheit und seinem Stuserhalt auseinanderzusetzen hat, sondern eben jenes Sozialbedürfnis ausprägt und

geneigt ist, sich mit übergeordneten Werten auseinanderzusetzen. Von einer Person, bei der diese Bedingung nicht erfüllt ist, ist nicht zu erwarten, dass sie politisch partizipiert. Im Bezug auf parteipolitische Partizipation dient die Mangelhypothese als Erklärung für die Grundvoraussetzungen, die gegeben sein müssen, damit bei einem Mensch überhaupt das Bedürfnis nach gesellschaftlicher Anteilnahme vorliegen kann.

Eine weitere Theorie, die auf der Mangelhypothese aufbaut, ist die *Motivationstheorie*. Sie bezieht sich auf individuelles Handeln, welches auf motivgesteuertem Verhalten beruht. Häufig bilden diese individuellen Einstellungen auch eine Motivationsbasis für eine nachgelagerte politische Partizipation. Das Grundmodell im Motivationsprozess lässt sich durch vier Kernaspekte beschreiben. Zunächst stellt sich beim Individuum ein gewisses Mangelempfinden ein, dadurch wird ein bestimmtes Bedürfnis geweckt, wie bereits in der Mangelhypothese genauer erläutert wurde. Durch dieses Bedürfnis wird die individuelle Handlungsbereitschaft angesprochen. Das gerichtete Mangelempfinden und die Bereitschaft dieses zu beseitigen führen ein konkretes Motiv herbei. Wird dieses Motiv von situativen Randbedingungen und Anreizen durch die Umwelt aktiviert, so wird ein Verhalten hervorgerufen, welches sich an der Befriedigung der Bedürfnisse orientiert (Scherer). Allgemein ist also zu sagen, Menschen haben Gründe für ihr Handeln und ihre Verhaltensweisen, da diese auf die Befriedigung ihrer Bedürfnisse zurückzuführen sind.

Ein Beispiel für einen solchen Zusammenhang wäre eine Person, die sich in ihrer Einstellung für Politik und das öffentliche Leben interessiert, jedoch nicht die Zeit besitzt, sich umfangreich mit sämtlichen Themen dieser Bereiche zu beschäftigen. Diese Person wird jedoch von der Motivation getrieben, sich dennoch über die wichtigsten Punkte dieser Themengebiete zu informieren und wird aufgrund des Zeitmangels zu einer rationalen Handlung gezwungen. In diesem Falle wäre das Lesen oder Überfliegen der interessanten Aspekte in einer Tageszeitung eine Möglichkeit diese Motivation zu befriedigen. Ein weiteres Beispiel, mit welchem sich demzufolge die Motivation für eine Parteimitgliedschaft erklären ließe, wären politisch interessierte Personen, die sich und ihre politischen Ansichten in der Politik kaum widerfinden können, dies als Mangelbedürfnis empfinden und bereit sind, diesen Mangel zu beheben. Wird dieses Motiv durch bestimmte Anreize, wie etwa die gezielte Werbung einer bestimmten Partei, aktiviert, so orientiert sich das Verhalten der Personen an der Befriedigung dieses Bedürfnisses. Durch die Mitgliedschaft in Parteien, wird den Personen die Möglichkeit gegeben Probleme zu thematisieren, die ihrer Meinung nach sonst zu wenig Beachtung fänden. Dadurch stellt sich die Befriedigung des Bedürfnisses ein.

## 5.2. Nutzen von Parteimitgliedschaft und Parteibindungsmotive

Zunächst erscheint es an dieser Stelle sinnvoll, den Nutzen einer Parteimitgliedschaft für Individuen genauer zu erläutern. Es gibt verschiedene Motivationen, warum Personen in eine Partei eintreten.

Zum einen handeln Personen nach Zimmermann (2002) auf Grund von normativen Beweggründen. Menschen sehen in der gesellschaftlichen Partizipation eine Art Hilfeleistung für Andere. Sie fühlen sich der Gemeinschaft gegenüber verpflichtet sich gesellschaftlich zu engagieren. Bei der gesellschaftlichen Beteiligung handelt es sich allerdings nicht nur alleine um eine Hilfeleistung für die Gemeinschaft, sondern auch um die Integration in die Gemeinschaft. Demzufolge handeln Menschen also auch auf Grund von affektiven Beweggründen, wodurch sie ihre individuellen Motive in den Vordergrund stellen. Motive wie Selbstentfaltung, Zufriedenheit und die Bildung von sozialen Beziehungen spielen also auch eine wichtige Rolle. Zusätzlich treten Personen einer Partei auch aus materiellen beziehungsweise rationalen Anreizen bei. Man kann also sagen, dass je unzufriedener eine Person mit den vorherrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen ist und je mehr sie der Ansicht ist, dass sie durch ihre politische Partizipation etwas bewirken kann, desto eher engagiert sie sich auch dementsprechend. Allerdings dürfen bei diesem Modell die Kosten die man aufbringen muss um den angestrebten Nutzen zu erreichen diesen nicht übersteigen (Zimmermann 2002). Ist also beispielsweise der Zeitaufwand, den ein Parteimitglied hat größer als der individuelle Nutzen, der daraus gezogen wird, so ist es naheliegend, dass diese Person die Partei verlässt.

Niedermayer beschäftigt sich ebenfalls eingehend mit Parteibindungsmotiven und unterscheidet in Anlehnung an Max Webers Differenzierung von Handlungsmotiven<sup>1</sup> zwischen expressiven und instrumentellen Bindungsmotiven. Unter expressiven Beweggründen versteht er die Parteimitgliedschaft als Eigenwert, der ihr aus drei verschiedenen Motivationen zugeschrieben wird. Einerseits geschieht dies aus emotional-affektiven Gründen wie nach seinem Beispiel der „Bewunderung für einen „charismatischen Führer“<sup>2</sup> oder [dem Wunsch nach] soziale[r] Integration in die Gemeinschaft“ (Niedermayer 2001, S.302), andererseits aus normativen Gründen, die wiederum aus zwei Beweggründen

---

<sup>1</sup> Max Weber unterscheidet zwischen affektiven, also emotionalen und spontanen Handlungen, Traditionalen Handlungen, Wertrationalen Handlungen, die rational auf einer Wertvorstellung basieren und Zweckrationalen Handlungen, die einem rationalen Ziel folgen. Siehe Hierzu: Weber 1922

<sup>2</sup> Wieder in Anlehnung an Max Weber, für den der Handelnde entweder an charismatische Autorität, an traditionale oder an bürokratische Autorität gebunden ist. Vgl. Weber 1922

bestehen können:

Zum einen nennt er hier „internalisierte gesellschaftliche oder gruppenspezifische Normen und Werte“ (Niedermayer 2001, S.302) und zum anderen wertrationale Verbindungen, die aus milieu- und sozialisationsspezifischen Zusammenhängen erwachsen und eine Parteimitgliedschaft als wert- oder sinnvoll erscheinen lassen (Niedermayer 2001, S.303).

Die instrumentellen Bindungsmotive wiederum bezeichnet er durch ihren Mittelcharakter als Instrument zur Erreichung individueller Zwecke, die politischer oder materieller Natur seien.

Andreas Hallermann (2003) fügt hinzu, dass außerdem „[b]edeutsam für aktive Partizipation [...] die Einschätzung der eigenen politischen Kompetenz“ sei, die wiederum abhängig von formaler Bildung und anderen an Organisationen gebundenen Tätigkeiten sei. Zudem geht er im Zuge dessen davon aus, dass die betreffende Person im Sinne des Rational-Choice-Ansatzes handelt, sofern sie zwischen eigenen Kosten und kollektivem sowie individuellem Nutzen ihres Engagements abwägt.

In einer Studie von 2001 stellte Niedermayer zudem heraus, dass ein Grund für die absinkenden Mitgliederzahlen unter anderem von SPD und CSU in der „Erosion der traditionellen [...] Milieus“ (Niedermayer et al 1997, S.280) läge, die dazu führe, dass die politische Sozialisation im Elternhaus abnehme und somit ein geringerer Druck fürs Individuum bestünde, sich in einer bestimmten Art und Weise zu verhalten oder zu beteiligen.

### **5.3. Politische Prägung durch das Elternhaus**

Ein wichtiger Punkt unserer Untersuchung wird der Zusammenhang zwischen politischer Sozialisation der Befragten im Elternhaus und einer (potentiellen) konventionellen Beteiligung der Umfrageteilnehmer am politischen Geschehen sein. Bei dieser Betrachtung flossen hauptsächlich Ingleharts Sozialisationshypothese und Bourdieus Habitus- und Kapitaltheorie als vorgelagerte theoretische Grundsätze in unsere spätere Annahme ein.

Ronald Inglehart geht in seiner Sozialisationshypothese davon aus, dass die essentiellen Norm- und Wertvorstellungen eines Individuums in erster Linie die Bedingungen reflektieren, die während der „formativen Phase“ (Sozialisierung in der Kindheit, bzw. in der Jugendzeit) vorherrschten. (Inglehard 1982) Dies würde in Bezug auf unsere Forschungsfrage bedeuten, dass eine Person, die beispielsweise Parteimitglied der CSU ist und dementsprechend christlich-soziale Werte vertritt, diese Werte mit hoher Wahrscheinlichkeit bereits während der (frühen) Sozialisationsphase entweder durch das Elternhaus (katholisch geprägt oder Eltern waren bereits Mitglied der CSU) oder durch externe Institutionen (wie Kirche, Schule, etc.)

vermittelt bekommen hat. Diese Annahme ließe sich auch entsprechend auf andere Parteien und damit verbundene Wertvorstellungen übertragen.

Weiterhin beeinflusste uns Pierre Bourdieus Habitus- und Kapitaltheorie bei der Erstellung unserer Forschungsannahmen. Bourdieu versteht unter dem Habitus ein klassenspezifisches System von dauerhaften und übertragbaren strukturierten und strukturierenden Dispositionen die soziale Praxis und die damit verbundene Wahrnehmung generieren und orientieren. Dies bedeutet, dass ein einzelnes Individuum kein vollkommen (handlungs-)freies Subjekt darstellt, sondern als gesellschaftlich geprägter Akteur verstanden wird. (Bourdieu 1982) Der Habitus entwickelt sich über die Sozialisationsphase hinweg, was bedeutet, dass auch die Sozialisation im Elternhaus eine erhebliche Einflussgröße auf den Habitus darstellt. Aus dieser Annahme heraus lässt sich wiederum vermuten, dass ein politisch prägender Einfluss durch das Elternhaus sich auch tendenziell positiv auf eine spätere (potentielle) politische Beteiligung der Befragten auswirkt, da über die elterliche Vermittlung von (politischen) Ansichten der Habitus des Kindes beeinflusst und somit eventuell bereits disponiert wird.

Aus diesen Theoriekonstrukten erschließt sich für unsere Forschungsfrage schließlich die Hypothese, dass eine individuelle politische Prägung durch das Elternhaus sich tendenziell positiv auf eine potentielle konventionelle Beteiligung am politischen Prozess einer Person auswirkt und zudem die eingeschlagene politische Richtung stark von der Sozialisation im Elternhaus und der sozialen Herkunft abhängt. So wird ein konservativ-christlich erzogener Jugendlicher in seinem späteren Leben eher in Erwägung ziehen der CSU beizutreten als beispielsweise der Linken.

Mithilfe dieser Annahmen und den folgenden durchgeführten empirischen Analysen wird der Versuch unternommen, die Motivationen, die Menschen dazu bewegen, sich parteipolitisch zu engagieren oder auch nicht, herauszuarbeiten und in Zusammenhang zum Mitgliederschwund von SPD und CSU zu stellen.

## **6. Methodisches Vorgehen und methodische Schwierigkeiten**

Eine wichtige Komponente des Forschungsdesigns stellen zwei narrative Interviews mit ausgewählten Experten der Parteien CSU und SPD dar. (Vgl. Anhang: Transkription Interview SPD, Transkription Interview CSU)

Da der Mitgliederschwund, vor allem in den Volksparteien CDU/CSU und SPD eine wichtige

Rolle spielt, sollten dementsprechend auch Vertreter dieser Parteien als Informationsträger herangezogen werden. Hierbei wurde entschieden, die jeweiligen Parteivorsitzenden des Ortsvereins Bamberg zu interviewen, da es wahrscheinlich ist, dass diese Führungspersönlichkeiten über das notwendige fundierte Wissen verfügen, um bei der Beantwortung der Forschungsfrage zu helfen. Zudem wurde bei der Auswahl der Experten nicht nur auf deren innerparteilichen Status geachtet, sondern ebenfalls auf ihre Dauer der Parteizugehörigkeit, da sich die Forschungsfrage mit der Entwicklung der Parteimitgliederzahlen beschäftigt und somit einen Blick in die Historie der Parteien erfordert, was ein Parteimitglied, das erst seit kurzem innerparteilich aktiv ist nicht beantworten könnte. Im Interview mit den beiden Parteivorsitzenden wurden zuerst Informationen über deren persönlichen Werdegang und ihren Motiven für den Parteieintritt, sowie Informationen über die Entwicklung der Mitgliederzahlen der jeweiligen Parteien abgefragt. Danach wurden die Experten bezüglich der entscheidenden Faktoren des Mitgliederschwundes befragt und dazu, wie ihre Parteien auf dieses Phänomen reagieren. Die Frage nach den individuellen Zukunftsaussichten für die Partei schloss die Befragung ab. (Vgl. Anhang: Interviewleitfaden) Zusätzlich wurde eine standardisierte Umfrage mittels einer Zufallsstichprobe mit Informationen aus dem Bamberger Melderegister durchgeführt. Die Stichprobengröße umfasst 940 Interviews, von denen 275 realisiert werden konnten und zu weiteren Forschungszwecken zur Verfügung stehen. (vgl. Anhang Tab.1) Gründe wie mangelndes Interesse und zu wenig Zeit sind seitens der Personen dafür verantwortlich, dass die Anzahl der durchgeführten Interviews so gering ausfällt.

Im Rahmen der quantitativen Erhebung ist es nicht möglich, unmittelbar nach Gründen für den Mitgliederschwund zu fragen, da der Begriff Mitgliederschwund die Veränderung über Zeit impliziert und deshalb anhand von Querschnittsdaten nicht erhoben werden kann. Daher wurden Variablen operationalisiert, mit deren Hilfe die parteipolitische Aktivität der Bürger gemessen werden kann. Dadurch ergibt sich die Möglichkeit Gründe für den Nichteintritt in eine Partei ersichtlich zu machen. Das Ziel dieser Datenerhebung ist folglich das parteipolitische Partizipationsverhalten der Bamberger Bürger zu untersuchen.

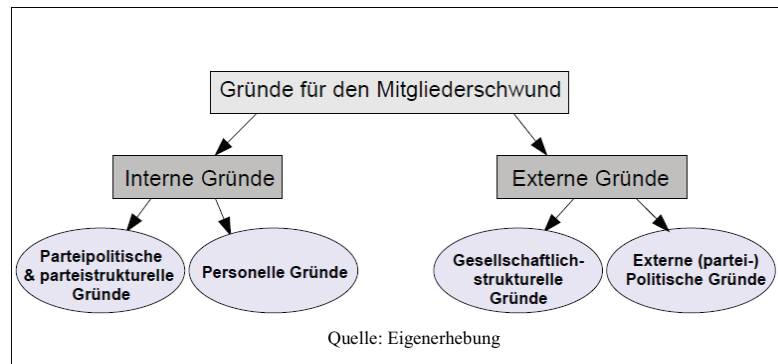
## **7. Gründe für den Mitgliederschwund**

Das Erkenntnisinteresse lag bei der Durchführung der Interviews mit den Parteivorsitzenden der CSU und SPD in erster Linie bei den Aspekten der Wahrnehmung des Mitgliederschwunds, sowie den Gründen für diesen Rückgang. Darüber hinaus interessierten

etwaige Gegenmaßnahmen, bzw. Reaktionen auf den Mitgliederschwund.

Bei den angegebenen und subjektiv empfundenen Gründen der Experten für den stetigen Rückgang der Mitgliederzahlen lassen sich zum einen Parallelen, jedoch auch Unterschiede zwischen den aufgezeigten Antworten finden. So lassen sich aus den Expertengesprächen für beide Parteien sowohl *interne* als auch *externe* Faktoren für den Mitgliederverlust ableiten, die graphisch folgendermaßen dargestellt werden können:

Abb.2: Gründe des Mitgliederschwunds



Die nachstehenden Erläuterungen der internen Gründe beruhen auf den im Interview erlangten Aussagen der Parteivorsitzenden. Unterstützt werden einige Argumente durch erste Ergebnisse aus der Standardbefragung.

### 7.1. Interne Gründe

Bei den *internen* Gründen lassen sich wiederum Unterschiede zwischen *parteilpolitischen*, *strukturellen* und *personellen* Aspekten, die zum Mitgliederschwund führten, ausmachen.

Während bei der CSU als *personeller Grund* hauptsächlich das zu füllende Machtvakuum, welches nach der Amtsniederlegung des Ministerpräsidenten Edmund Stoibers, der von 1993 bis 2007 im Amt verweilte, entstand, beläuft sich das Problem innerhalb der SPD aus personeller Sicht in erster Linie auf die personenbezogenen Politik der sozialdemokratischen Führungsriege wie unter dem ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder und den letztjährigen Parteivorständen. (Vgl. Anhang: Transkription CSU S.1f, Transkription SPD S.3)

Aus *struktureller Sicht* leidet die CSU vor allem unter der zunehmenden Vergreisung der Partei, die daraus resultiert, dass ältere Mitglieder sterben oder austreten und weniger jüngere Mitglieder nachrücken. Ein Überalterungseffekt mit weitreichenden Folgen konnte von dem Experten der SPD in diesem Maße nicht als Grund für den Mitgliederschwund festgestellt werden. Dieser Effekt ist jedoch unabhängig von der Aussage des SPD-Parteivorsitzenden Bambergers vorhanden und wird in den verschiedensten Literaturquellen, wie auch in 4.2.

bereits aufgeführt, als Grund für den Mitgliederschwund herangezogen. (Kiesling 2001) (Vgl. Anhang: Transkription CSU S.1, Transkription SPD S.18)

Jedoch lassen sich in beiden Parteien intern eher *parteilpolitische* als personelle oder strukturelle Gründe für den Mitgliederschwund ausmachen. So spielen laut dem Experten innerhalb der SPD hauptsächlich Programmverabschiedungen, wie die Rente mit 67, die Hartz-Gesetze oder allgemein die Agenda 2010 eine tragende Rolle, dass Mitglieder der Partei den Rücken kehren. Auch innerhalb der CSU wurden programmatische Gründe für den Verlust der Mitglieder genannt. Als Beispiel nennt er die Verabschiedung des Nichtrauchergesetzes und die Einführung des 8-stufigen Gymnasiums, welche die Meinungen innerhalb der Partei spalten. (Vgl. Anhang: Transkription CSU S.3, Transkription SPD S.6)

Eine zusätzliche Parallele zwischen den beiden untersuchten Parteien ist, dass beide Funktionäre ihrer Partei einen gewissen Verlust der jeweiligen Glaubwürdigkeit zuschreiben. Innerhalb der SPD werden die Gründe hierfür zum einen an den Führungspersönlichkeiten festgemacht, zum anderen aber auch an der Diskrepanz zwischen Parteiführung und Parteibasis, sowie an der mangelnden Durchsetzungsfähigkeit der Sozialdemokraten innerhalb der letzten Regierungsbeteiligung. Auch innerhalb der CSU wird ein allgemeiner Rückgang der Glaubwürdigkeit wahrgenommen. Hier wird dieser Aspekt auf interne Ereignisse und Parteistrukturen zurückgeführt, wobei jedoch nicht Unstimmigkeiten innerhalb der Partei, sondern viel eher das gemeinsame, parteiübergreifende, starre und konservative Festhalten an überalterten Werte- und Normenstrukturen dafür verantwortlich gemacht werden. (Vgl. Anhang: Transkription CSU S.3, Transkription SPD S.13f)

Im Allgemeinen reagiert die CSU laut ihrem Experten zu unflexibel auf gesellschaftliche und politische Veränderungen. In Bezug auf das Problem der Glaubwürdigkeit beider Parteien ist somit zu erkennen, dass die Ursachen hierfür unterschiedlicher Natur sind. (Vgl. Anhang: Transkription CSU S.5) Dass es sich hierbei um ein existentes Problem handelt, bestätigt auch die Standarderhebung, bei der lediglich 14,3% der Befragten bezüglich der CSU und 12,7% bezüglich der SPD angaben, der jeweiligen Partei (sehr) zu vertrauen. (vgl. Anhang Tab.9 und Tab.3). Darüber hinaus sind nur 11,4% der Befragten der Ansicht, dass sich die SPD über die Jahre hinweg (sehr) treu geblieben ist (vgl. Anhang Tab.5). Bei der CSU liegt dieser Wert bei 40,7% (vgl. Anhang Tab.11).

Mittels einer Faktorenanalyse ergab sich aus der Kombination der Variablen „Die [Partei] ist sich über die Jahre hinweg treu geblieben“, „Ich finde, dass sich die [Partei] ideologisch von anderen Parteien abgrenzt“ und „Die [Partei] stellt ihre politischen Ziele klar und verständlich dar“ eine Variable zur „Parteiauthentizität“ (vgl. Anhang Tab. 28).

Die Analyse dieser Variable ergab, dass nur etwa 22% der Befragten die SPD als eine authentische Partei erachten (vgl. Anhang Tab.29). Die CSU hingegen wird von 47,3% als eine authentische Partei betrachtet (vgl. Anhang Tab.30). Klingemann und Fuchs gehen zudem davon aus, dass der Verlust der Glaubwürdigkeit der Parteien durch die Wende nochmals verstärkt wurde. (Klingemann et al 1995)

Diese Ergebnisse stützen Simmels Theorie, die besagt, dass eine größere Gruppe kaum die Interessen der einzelnen Mitglieder adäquat umsetzen kann.

## 7.2. Externe Gründe

Wie bereits erwähnt, wird in der Untersuchung zwischen internen, also selbst herbeigeführten Aspekten, und externen, nicht durch die Partei bewirkten, Phänomenen, die ebenfalls Einfluss auf die momentane Mitgliedersituation haben, unterschieden. Hierbei stützen sich die getroffenen Aussagen neben den Auswertungen der Expertengespräche auch auf die standardisierte Bevölkerungsumfrage in Bamberg.

So kann man auf externer Seite die Unterscheidung zwischen *gesellschaftlich-strukturellen* und *externen (partei-)politischen* Gründen treffen. So macht der Experte innerhalb der CSU beispielsweise die zunehmende Heterogenität innerhalb der Gesellschaft mit dafür verantwortlich, dass die Partei an Mitgliedern verliert. Dieser Aspekt führe zu einer Aufgliederung der Gesellschaft in dutzende kleinerer Milieus, die in ihrer Interessenstruktur so unterschiedlich und facettenreich sind, dass eine große Partei in der heutigen Zeit kaum noch die Interessen der Mehrheit bedienen kann. Diesen Aspekt greift auch der Experte der SPD auf, da das Arbeitermilieu, wie es in der Zeit kurz nach dem zweiten Weltkrieg entstand, heutzutage kaum noch existiere. (Vgl. Anhang: Transkription CSU S.3, Transkription SPD S.15)

Das Ergebnis des geringen Interessenvertretungspotentials der Parteien bestätigt auch die Auswertung der Fragebögen, aus welchen ersichtlich wird, dass 87% der befragten Personen angegeben haben, dass sie sich nicht oder nur zum Teil in ihren Interessen durch die SPD vertreten fühlen (vgl. Anhang Tab.7). Bei der CSU lag dieser Wert ebenfalls auf einem hohen Niveau, bei 81% (vgl. Anhang Tab.13).

Zudem kommt nach dem SPD-Experten hier der Faktor, dass sich immer weniger Menschen für Politik interessieren. Dieses mangelnde Interesse lässt sich zu einem gewissen Anteil auf eine sensitive Reizüberflutung, welche durch die Medien ausgelöst wurde, zurückführen. Jugendliche können dieser Aussage zufolge in der zugänglichen Informationsflut kaum noch

(politisch) relevante Informationen von irrelevanten Informationen unterscheiden und verlieren dadurch zunehmend den Überblick und damit den Zugang zur Politik. Dass politisches Interesse eine wichtige Voraussetzung für eine Parteimitgliedschaft, beziehungsweise parteipolitische Aktivität darstellt, kann durch das Ergebnis durchgeführter Regressionsanalysen nicht widerlegt oder bestätigt werden (vgl. Anhang Tab.20). (Vgl. Anhang: Transkription SPD S.8 )

Berücksichtigt man allerdings die oben erwähnten Aussagen von Klingemann und Fuchs, so kann von geringer werdenden Mitgliederzahlen nicht auf ein schwindendes politisches Interesse geschlossen werden, vielmehr seien es die erhöhten kognitiven Fähigkeiten von Personen, die dazu führen, dass sich Individuen auch ohne Parteien in der komplexen politischen Landschaft zurechtfinden. Demzufolge entfernen diese Personen sich von Parteien und greifen eher auf andere unkonventionelle Partizipationsformen zurück.

Anders als bei der CSU, deren Experte sich in seiner Begründung lediglich an gesellschaftlich-strukturellen Begebenheiten orientiert, lassen sich bei der SPD zudem externe politische Gegebenheiten ausmachen, die sich ebenfalls negativ auf die Mitgliederzahlen der Partei auswirkten. So spielen hierbei sowohl die Gründung der Linkspartei eine tragende Rolle, als auch das Zusammenrücken der großen Parteien in Richtung der politischen Mitte, was ein deutlich abgrenzbares Profil der SPD zunehmend erschwere und somit eine Unzufriedenheit bei Wählern und Mitgliedern bewirke. (Vgl. Anhang: Transkription SPD S.15) Auch hier konnte die Standardbefragung das Ergebnis stützen, da lediglich 33% der befragten Personen angaben, dass sich die SPD ideologisch (stark) von anderen Parteien abgrenzt (vgl. Anhang Tab.6). Bei der CSU lag dieser Wert bei 43% (vgl. Anhang Tab.12).

## **8. Gründe für parteipolitische Aktivität**

Der Annahme folgend, dass die interviewten Experten exemplarisch für Personen mit parteipolitischem Engagement betrachtet werden können, wurden diese zu ihren Gründen für einen Parteieintritt befragt. Es wurden in diesem Rahmen verschiedene Motivationen der Parteimitglieder deutlich, die anschließend in der Standardbefragung für parteipolitisch aktive und nicht aktive Personen überprüft wurden, um herauszufinden, inwiefern diese Motive als übergreifend auf die (Bamberger) Bevölkerung angesehen werden können.

## 8.1. Parteipolitisch aktive und nicht aktive Personen im Vergleich

Da sich das Forschungsinteresse, wie bereits erwähnt, auf die Parteimitgliedschaft bezieht, die Daten, die bezüglich dieser Mitgliedschaft allein erhoben wurden jedoch aufgrund einer geringen Stichprobengröße nicht sinnvoll für die Beantwortung der Forschungsfrage interpretiert werden können, wurde mittels einer eindimensionalen Faktorenanalyse versucht geeignete Variablen, wie „Mitgliedschaft in einer Partei“ (wobei hier aufgrund des Fallzahlenproblems Mitglieder aller Parteien betrachtet werden und nicht ausschließlich jene aus SPD und CDU/CSU), „Beteiligung an politischen Wahlkämpfen oder politischen Kampagnen“ sowie „Mitarbeit in einer Partei“ zu finden und zu überprüfen, ob sie die Dimension ‚parteilpolitische Aktivität‘ messen könnten. Hierbei bestätigte sich wie anfangs vermutet, dass alle der drei genannten Variablen geeignet sind, um zu beschreiben, inwiefern sich Personen parteipolitisch aktiv verhalten und tendenziell Mitglied in einer Partei sind oder werden (vgl. Anhang Tab.24). Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass Personen, die sich weder an politischen Kampagnen oder Wahlkämpfen beteiligen, noch Mitglied in einer Partei sind und auch nicht in einer mitarbeiten, keine parteipolitische Aktivität zugeschrieben werden kann. Daraus kann geschlossen werden, dass diese Personen zukünftig keiner politischen Partei beitreten werden und sie somit innerhalb der Arbeit den Personenkreis der Nichtmitglieder darstellen. Aus der Befragung ging hervor, dass 227 Personen sich nicht parteipolitisch aktiv verhalten während 40 Personen parteipolitische Aktivität aufweisen (vgl. Anhang Tab.14).

Weiterhin gilt es einen Überblick zu schaffen, worin sich parteipolitisch aktive und –nicht aktive Personen zusätzlich unterscheiden. Zunächst ist zu erkennen, dass es sich bei parteipolitisch aktiven Personen eher um Männer handelt und Frauen sich tendenziell weniger am parteipolitischen Geschehen beteiligen (vgl. Anhang Tab.39). Eine weitere Aussage, die bezüglich der Unterscheidung dieser Personengruppen getroffen werden kann, ist, dass parteiaktive Personen eher weniger Migrationshintergrund aufweisen, was allerdings nicht zwangsläufig zu bedeuten hat, dass alle parteipolitisch nicht aktiven Personen einen Migrationshintergrund haben (vgl. Anhang Tab.34). Auffällig ist auch, dass bei Individuen, bei denen mindestens ein Elternteil während der Jugendzeit Mitglied in einer politischen Partei oder Organisation war, die Neigung zur parteipolitischen Aktivität steigt (vgl. Anhang Tab.35 und Tab. 36). Versucht man eine Unterscheidung bezüglich der Erwerbstätigkeit zu treffen, so lässt sich erkennen, dass erwerbstätige Menschen in der Befragung keine größere Neigung zur parteipolitischen Aktivität haben, als nicht erwerbstätige (vgl. Anhang Tab.37).

Es lässt sich außerdem die Tendenz erkennen, dass sich parteipolitisch aktive und nicht aktive Personen hinsichtlich ihres Bildungsniveaus unterscheiden. Daraus lässt sich ableiten, dass Personen mit mindestens Mittlerer Reife sich im höheren Maße parteipolitisch beteiligen als Personen mit höchstens Hauptschulabschluss (vgl. Anhang Tab.38). Dies lässt sich durch die Regression zwar nicht konkret bestätigen, da diese keinen Einfluss von Bildung auf Parteiaktivität prognostiziert, was aber auch daran liegen kann, dass Bildung keinen direkten Einfluss auf Parteiaktivität, sondern über andere Variablen ausübt (vgl. Anhang Tab.20)

## **8.2. Politische Sozialisation und politisches Interesse**

Bei den Gründen für die politische Aktivität zeichnen sich deutliche Parallelen zwischen den befragten Experten ab. Beide gaben als entscheidendes Merkmal für ihr politisches Interesse externe Faktoren, wie bestimmte politische Ereignisse, an. Zudem gaben beide Experten als Einflussgrößen für ihre später eingeschlagene politische Richtung ihre Sozialisation und ihre familiäre Milieuzugehörigkeit zu Protokoll. Während der Parteivorsitzende der CSU nach eigener Aussage in einem typisch katholischen Elternhaus aufwuchs und auch in seiner Jugendzeit privat mit der katholischen Kirche zu tun hatte, war der Parteivorsitzende der SPD in einer Arbeiterfamilie herangewachsen, in welcher der Vater Gewerkschaftsmitglied war und das Haushaltseinkommen relativ gering ausfiel. (Vgl. Anhang: Transkription CSU S.7, Transkription SPD S.2) Somit lässt sich anhand dieser beiden Interviews bereits die Annahme stützen, dass das Elternhaus, sowie die Ereignisse in der Jugendzeit entscheidende Sozialisationsfaktoren sind, die sowohl die Überlegung in eine Partei einzutreten, als auch die Wahl der politischen Richtung und somit der Partei an sich, in einem gewissen Maße steuern und beeinflussen. Dieser Zusammenhang wurde auch innerhalb der Standardbefragung wie folgt gemessen und bestätigt.

Die Variable „politische Sozialisation durch die Eltern“ konnte durch die Beurteilung der Wichtigkeit von Politik im Elternhaus und der politischen Prägung durch die Eltern bestimmt werden, wobei als politisch sozialisiert ein Proband gilt, der angegeben hat, Politik sei in seinem Elternhaus sehr oder eher wichtig gewesen und gleichzeitig, dass seine Eltern eine sehr wichtige oder wichtige Sozialisationsinstanz gewesen seien. Dadurch ergibt sich eine Schwierigkeit in der eindeutigen Interpretation aufgrund einer retrospektiven Einschätzung von Sozialisationsinflüssen, die den Probanden teilweise jedoch unbewusst sein müssten. Um die Untersuchung auf einen weiteren, ergänzenden Aspekt auszuweiten, wurden zur

politischen Sozialisation im Elternhaus zusätzlich die Aspekte der politischen Prägung durch das Umfeld der Befragten betrachtet.

Die Variable „politisch aktives Umfeld“ ergab sich daraus, wie viele Personen im Bekannten- und Freundes- und Familienkreis politisches Engagement aufweisen. Hier wird derjenigen Person ein politisch aktives Umfeld zugeschrieben, bei der sich sowohl in der Familie, als auch im Freundes- und Bekanntenkreis viele oder fast alle Personen politisch engagieren.

Die Variable „politisches Interesse“ ergibt sich aus einer Indexbildung aus Variablen, die Auskunft über die Art und Häufigkeit der politischen Informationsbeschaffung geben.

Die Informationen, die durch lineare sowie logistische Regressionsanalysen ersichtlich wurden, sind, dass das politische Umfeld den größten Einfluss auf die Parteiaktivität ausübt. Personen mit politisch aktivem Umfeld haben hiernach eine beinahe fünfmal so hohe Chance, sich parteipolitisch aktiv zu verhalten als Personen ohne ein solches Umfeld ( $\text{ExpB} = 4,864$  vgl. Anhang Tab.23). Dies jedoch könnte nicht zuletzt daran liegen, dass sich parteipolitisch aktive Menschen automatisch in einem politisch aktiveren Umfeld bewegen und erst durch ihre Parteiaktivität in dieses Umfeld gelangt sind, nicht jedoch ihr Umfeld der Auslöser für ihre parteipolitische Aktivität ist.

Weiterhin scheint die „Beurteilung der Effektivität von Parteimitgliedschaft“, wenn auch mit einem eher niedrigem Beta-Wert ( $\text{Beta} = 0,103$ , vgl. Anhang Tab.20), Einfluss auf die Parteiaktivität zu nehmen. Das heißt je höher man den Einfluss einer Mitgliedschaft in einer Partei auf die Politik einschätzt, desto größer ist die Tendenz, sich parteipolitisch zu engagieren und dadurch eventuell wiederum Mitglied in einer Partei zu werden. Je schlechter eine Person die Wirksamkeit einer Parteimitgliedschaft einschätzt, um Mitsprache in der Politik zu erlangen, desto weniger wird sie wahrscheinlich auch in eine Partei eintreten. Diese Aussage wird zusätzlich durch die oben beschriebene Motivationstheorie gestützt, die ebenfalls davon ausgeht, dass das Bewusstsein über die Wirksamkeit verschiedener Partizipationsformen auf die Politik mitunter ausschlaggebend für den Grad an politischer Beteiligung ist. Bezogen auf den Mitgliederschwund könnte das wiederum bedeuten, dass Parteimitglieder, die zu einem gewissen Zeitpunkt ihren Einfluss auf die Politik durch ihre Mitgliedschaft als immer geringer werdend betrachten, diejenigen sein werden oder gewesen sind, die aus der Partei austreten oder bereits ausgetreten sind.

Sehr schlechte Signifikanz-Werte in diesem Modell, vor allem bei niedrigen Beta-Werten, deuten auf eine hohe Fehlerwahrscheinlichkeit bei der Beurteilung dieser Kausalitäten hin (vgl. Anhang Tab.20).

Wendet man dies zum Beispiel auf den Fall des sehr niedrigen Beta Wertes ( $\text{Beta} = -0,001$ )

bezüglich der politischen Sozialisation durch die Eltern an, fällt auf, dass gerade hier kaum Signifikanz vorliegt (Sig. =0,993, vgl. Anhang Tab.20). Die Aussage, die politische Sozialisation durch die Eltern habe kaum Einfluss auf die parteipolitische Aktivität, scheint daher eine sehr hohe Fehlerwahrscheinlichkeit aufzuweisen. Dies und die weiter oben genannte Sozialisationshypothese, die besagt, dass eine individuelle politische Prägung durch das Elternhaus sich tendenziell positiv auf eine potentielle konventionelle Beteiligung auswirkt, sind der Grund dafür, dass über eine Kausalitätsbeziehung keine sichere Aussage gemacht werden kann.

Auf die politische Sozialisation scheint außerdem die Bildung einen erheblichen Einfluss zu haben. Einer logistischen Regression zufolge hat eine Person, die mindestens einen Realschulabschluss hat, eine fast dreimal so hohe Chance ( $\text{ExpB} = 2,880$ ), politisch sozialisiert zu sein, wie eine Person, die höchstens einen Hauptschulabschluss hat (vgl. Anhang Tab.22).

## **9. Parteiliche Reaktionen auf den Mitgliederschwund**

Zusätzlich interessiert die zukünftige Entwicklung des Mitgliederschwundes innerhalb der großen Parteien, weswegen die Experten hinsichtlich ihrer Wahrnehmung und Meinung befragt wurden, ob es innerhalb ihrer Partei bereits Reaktionen und Tendenzen gibt, die der Situation entgegen wirken. Hierbei zeichnet sich die deutliche Parallele ab, dass beide Experten die eingeleiteten Maßnahmen ihrer Partei als zu gering bis nicht existent betrachten. Die SPD verweist hierbei auf die fehlenden finanziellen Mittel der Partei und geht davon aus, dass mit einer höheren Liquidität auch eine entsprechende Gegenmaßnahme wie mehr Öffentlichkeitsarbeit eingeleitet werden würde. Während sich die CSU/CDU ebenfalls über Spendengelder aus der Wirtschaft finanziert, ist die SPD in erster Linie von der Finanzierung durch ihre Mitglieder abhängig, was bedeutet, dass sich eine Reaktion auf den Mitgliederverlust mit sinkender Mitgliederzahl zunehmend schwierig gestaltet.

Bei der CSU ist hier jedoch zu bezweifeln, ob die Partei den Mitgliederschwund in seinem Gesamtspektrum überhaupt als seriöses Problem betrachtet, denn es lassen sich nach dem Experten keinerlei Reaktionstendenzen innerhalb der Unionspartei erkennen. Jedoch gibt es innerhalb der CSU Hoffnung, dass eine allgemeine Verjüngung der Partei durch einen zukünftigen Führungswechsel herbeigeführt wird, was bedeuten würde, dass jüngere Führungspersonen die höheren Ämter der Partei bekleiden und somit auch wieder jüngere

Menschen von der Partei angesprochen werden. Somit vermutet der Bamberger Parteivorsitzende, dass sich innerhalb der CDU/CSU einige Probleme des Mitgliedermangels von selbst lösen werden. (Vgl. Anhang: Transkription CSU S.4ff, Transkription SPD S.10f)

## **10. Fazit und Ausblick**

Diese Studie liefert eine Vielzahl von ineinandergreifenden, parteibezogenen und gesellschaftlichen Gründen, die zur Erklärung des Phänomens des Mitgliederschwunds herangezogen werden müssen.

Ein Grund liegt im gesellschaftlichen Wertewandel, der, einhergehend mit einer steigenden Zahl von alternativen Beteiligungsmöglichkeiten, eine Parteimitgliedschaft für einzelne Personen nicht mehr als effektivste Beteiligungsform erscheinen lässt.

Dieser Wandel äußert sich außerdem in der Auflösung traditioneller Milieus, die die Sozialisation einer Person in eine bestimmte politische Richtung unwahrscheinlicher macht, weshalb diese keine persönliche Parteibindung entwickelt, die ihr die Motivation zum Parteieintritt verleiht.

Für die Parteien besteht darum die Notwendigkeit, programmatisch eine zunehmende interessenbezogene Heterogenität sowohl in der Partei als auch in der Gesellschaft bedienen zu müssen, ohne dabei an Glaubwürdigkeit und Vertrauen von beiden Seiten zu verlieren.

Die Studie zeigt auf, dass die untersuchten Parteien diese Schwierigkeiten nicht bewältigen können, da es ihnen zum Teil nicht gelingt, mit dem beschriebenen Wandel Schritt zu halten, was auch auf das Fehlen richtungsweisender Führungspersönlichkeiten sowie die vorherrschende Überalterung innerhalb der Parteien zurückgeführt werden kann, da den Parteien so das mögliche Innovationspotenzial jüngerer Mitglieder fehlt.

Die Gründe für den Mitgliederschwund werden wohl auch in der Zukunft in der dargestellten Form vorliegen und sollten die Parteien weiterhin darauf verzichten entschiedene Gegenmaßnahmen einzuleiten, dann gibt es keinen Grund zur Annahme, dass der Rückgang der Mitgliederzahlen in nächster Zeit ein Ende finden wird. Auch wenn die Parteien auf externe gesellschaftlich-strukturelle Ursachen keinen Einfluss haben, so sollten sie doch im Sinne der Stellvertreterdemokratie dafür Sorge tragen, dass Lösungen für interne Probleme gefunden werden, damit sich letztlich wieder mehr Menschen von ihnen vertreten fühlen. Ein Umdenken und aktives Handeln scheint dringend erforderlich, schließlich könnte der

Mitgliederschwund auch ein Vorbote dafür sein, dass die großen Parteien zum Auslaufmodell werden. Vielleicht hat der kürzlich gewählte Bundespräsident Wulff zum richtigen Zeitpunkt einen Anstoß gegeben, als er in seiner Antrittsrede verkündete, dass es ein Ziel seiner Amtszeit sei, Menschen wieder mehr für die Beteiligung an Politik und Parteiarbeit zu begeistern.

## 1. Literaturverzeichnis

### 1.1. Literaturquellen

- Bourdieu, Pierre. 1982. „Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft.“ Frankfurt. Suhrkamp Verlag.
- Hallermann, Andreas. 2003. „Partizipation in politischen Parteien. Vergleich von fünf Parteien in Thüringen“. Jenaer Beiträge zur Politikwissenschaft, Band 8. Hrsg. Prof. Dr. Carl Deichmann. Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft.
- Inglehard, Ronald. 1982. „Die stille Revolution. Vom Wandel der Werte“. Bodenheim. Athenaeum-Verlag.
- Klingemann, Hans-Dieter. 1985. Formen, Bestimmungsgründe und Konsequenzen politischer Beteiligung. Freie Universität Berlin: Informationen aus Lehre und Forschung 6.
- Klingemann, Hans-Dieter und Fuchs, Dieter (Hg.) (1995): *Citizens and the State*. Oxford. Oxford University Press.
- Niedermayer, Oskar und Gabriel, Oscar W. 1997. „Parteimitgliedschaften: Entwicklung und Sozialstruktur“ in: Parteiendemokratie in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn; Auflage: 2. aktualisierte A. 2001.
- Niedermayer, Oskar. 2001. S. 302 Aus: Martin Florack, Timo Grunden und Karl-Rudolf Korte in: „Zwischen Anarchie und Strategie: der Erfolg von Parteiorganisationen“ von Udo Zolleis. Vs-Verlag.
- Niedermayer, Oskar sowie Gabriel, Oscar W. 2002. „Parteimitgliedschaften: Entwicklung und Sozialstruktur“ in: Oscar W. Gabriel / Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. Wiesbaden. Westdeutscher Verlag.

- Simmel, Georg 1908: Die Kreuzung sozialer Kreise, in: ders., Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Gesamtausgabe Band 11, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1908/1992.
- Weber, Max. 1922. „Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie.“ Hrsg. von Johannes Winckelmann, 5. rev. Aufl., Tübingen 1980.

## 1.2. Internetquellen

- Gerlach, Irene. „Wertewandel“. Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik, Bundeszentrale für politische Bildung,  
In:<http://www.bpb.de/wissen/00355013482403858800806860073338,0,0,Wertewandel.html> (zugegriffen am 06.06.2010).
- Kiesling, Andreas. 2001. „Politische Kultur und Parteien in Deutschland - Sind die Parteien reformierbar?“ In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B.10/2010. Bundeszentrale für politische Bildung  
[http://www.bpb.de/publikationen/OLASXE,1,0,Politische\\_Kultur\\_und\\_Parteien\\_in\\_Deutschland\\_Sind\\_die\\_Parteien\\_reformierbar.html](http://www.bpb.de/publikationen/OLASXE,1,0,Politische_Kultur_und_Parteien_in_Deutschland_Sind_die_Parteien_reformierbar.html) (zugegriffen am 25.06.2010).
- Recker / Tenfelde (2005); Jesse (1997); Niedermayer (2009); Angaben der Parteien  
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de Bundeszentrale für politische Bildung, 2009, [www.bpb.de](http://www.bpb.de)
- Prof. Dr. Scherer, Andreas. Professur für BWL der öff. Verwaltung/ Managementlehre, Universität Konstanz  
In:[www.uni-konstanz.de/FuF/Verwiss/scherer/downloads/SS01/F%FChrung/Vorl6F%FChrung.PDF](http://www.uni-konstanz.de/FuF/Verwiss/scherer/downloads/SS01/F%FChrung/Vorl6F%FChrung.PDF) (zugegriffen am 07.06.2010).
- Zimmermann, Patricia. 2002. „Mitgliederschwund in den politischen Parteien? Soziostrukturelle Determinanten abnehmender Mitgliederzahlen in politischen Parteien“

Hrsg. Soziologisches Institut der Universität Zürich. Zürich. 2002. In:  
[http://socio.ch/movpar/t\\_pzimmermann.htm](http://socio.ch/movpar/t_pzimmermann.htm) (zugegriffen am 07.06.2010).

### **1.3. Emailkontakte**

- Emailauskunft von Frau Annegret Naßhan, Pressestelle des SPD-Parteivorstandes (erteilt am 07.07.2010).



Otto-Friedrich-Universität Bamberg

**Professur für Methoden der empirischen Sozialforschung und Wissenschaftstheorie**

Prof. Dr. Martin Kroh / Dr. Britta Knauer / Dipl.-Soz. Sebastian Wiesnet

Soziologisches Forschungspraktikum 2009/2010

## **Die Piratenpartei**

**Entwicklung, Probleme, Selbstverständnis und**

**Mobilisierungspotenzial einer Partei**

Verfasser: Team 06

Tobias Hepp, Pia Marquart, Sebastian Müller, Christoph Schlee, Magdalena  
Wiesler

## INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung – die Piraten als Partei von Kinderschändern?	3
2. Forschungsvorgehen	5
3. Entwicklung	7
4. Sozialstruktur	9
5. Probleme	10
6. Selbstverständnis	14
7. Mobilisierungspotenzial	19
8. Fazit	25
Danksagung	26
Literaturverzeichnis	27
Anhang	29

## 1. Einleitung

„Ihr seid doch nur eine Partei von Kinderschändern!“<sup>1</sup>

Mit solchen und ähnlichen Vorwürfen musste sich die Piratenpartei in den letzten ca. einundhalb Jahren herumschlagen.

Dieses Image handelten sie sich ein, als die damalige Familienministerin Ursula von der Leyen im April 2009 plante das Zugangserschwerungsgesetz (eigentlich Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu kinderpornographischen Inhalten in Kommunikationsnetzen) einzuführen.

Dieses Gesetz zielt darauf ab, Internetseiten mit kinderpornografischem Inhalt, die in absehbarer Zeit nicht gelöscht werden können, zu sperren. Diese Sperrung soll über eine vom BKA geführte Liste erfolgen, auf der Domainnamen, IP-Adressen und URLs von eben genannten Seiten vermerkt sind. Internetprovider mit mehr als 10.000 Kunden sind dazu verpflichtet den Zugriff auf diese Seiten auf ein Stoppschild umzuleiten. Die Sperrliste soll vierteljährlich von einem Expertengremium stichprobenartig kontrolliert werden<sup>2</sup>.

Die Piraten waren unter anderen einer der schärfsten Kritiker dieses Gesetzes. Folgende Argumente wurden vorgebracht:

1. Es sei wichtiger Seiten mit kinderpornografischem Inhalt zu löschen als sie nur zu sperren.
2. Die Sperrungen seien wirkungslos, da sie ohne große Probleme zu umgehen seien.
3. Das Gesetz und die darin verankerte Sperrliste seien ein wirksames Instrument zur Zensur von Internetseiten.

Diese oppositionelle Haltung gegenüber dem Gesetz führte nicht nur zu einem teilweise schlechten Image, sondern auch zu einem immensen Mitgliederzuwachs, wie die folgende Grafik zeigt:

---

<sup>1</sup> Vgl. Stöcker 2009

<sup>2</sup> Vgl. Bundestag 2009

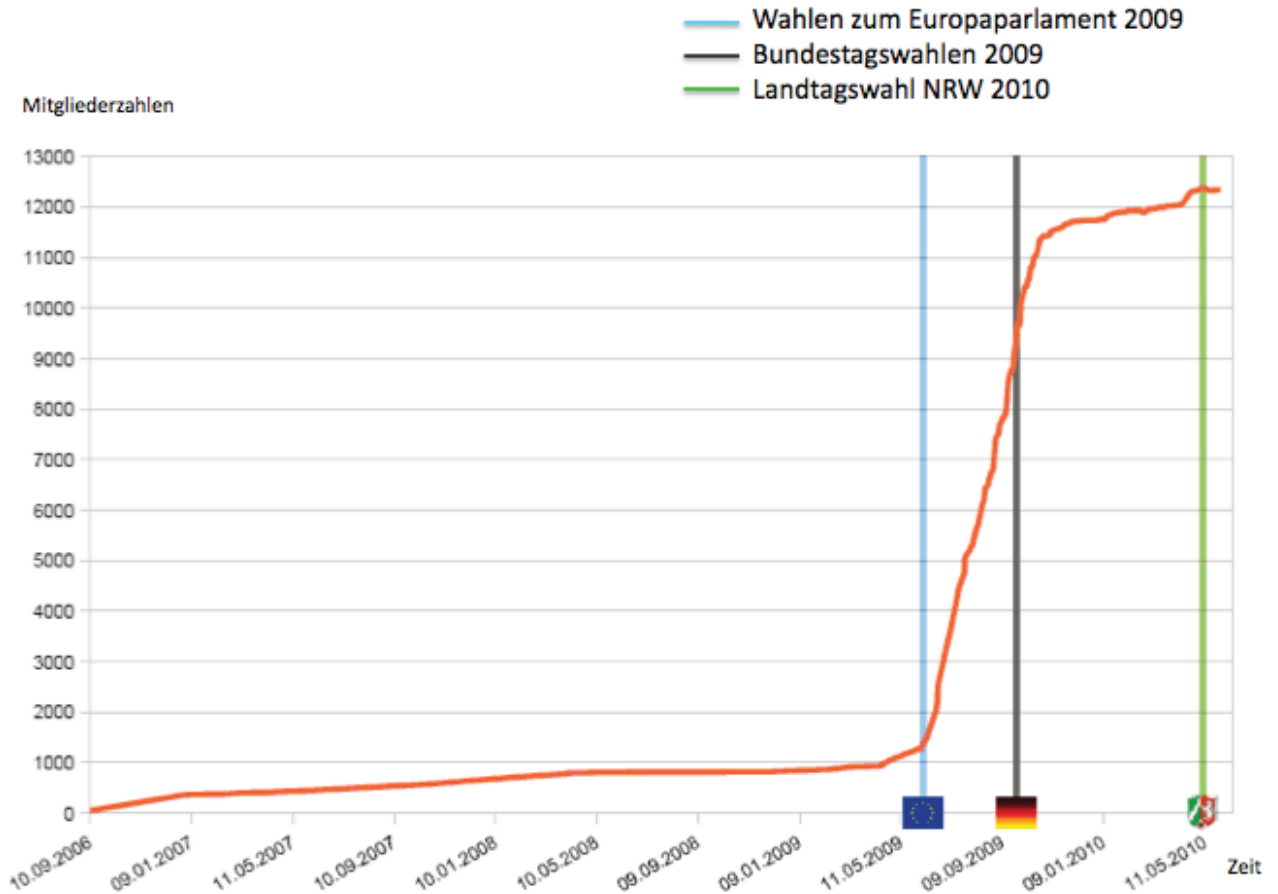


Abb. 1: Mitgliederentwicklung seit Gründung der Piratenpartei<sup>3</sup>

Wie man an der Grafik erkennen kann, steigen die Mitgliederzahlen im Mai 2009 stark an. Dies ist begründet durch das große Medieninteresse, das zum einen durch die Diskussionen über das Zugangserschwerungsgesetz ausgelöst wurde und zum anderen durch den Wahlerfolg der schwedischen Piratenpartei bei der Europawahl 2009 noch verstärkt wurde. Dieses Medieninteresse blieb bis zur Bundestagswahl im September 2009 konstant hoch und hatte natürlich einen großen Einfluss auf den Anstieg des Bekanntheitsgrades der Partei. Nach der Bundestagswahl steigt die Kurve zwar weiter, flacht jedoch stark ab. Am 25.03.2010 verkündeten die Piraten, dass sie die 12.000-Mitglieder-Marke geknackt hätten<sup>4</sup>.

Trotz dieser doch beachtlichen Werte ist die Piratenpartei ein kaum erforschtes Phänomen. Als die bisher bekannteste Arbeit über die Piratenpartei ist die Studie „Partei der „digital natives“? – Eine Analyse der Genese und Etablierungschancen der Piratenpartei“ von Fabian Blumberg zu nennen, die von der Konrad Adenauer Stiftung heraus gegeben wurde. Diese

<sup>3</sup> Piratenpartei 2010

<sup>4</sup> Vgl. Piratenstatistiken 2010

Studie beruft sich auf Pressemitteilungen und Aggregatdaten und kommt zu dem Schluss, dass sich die Piraten in den nächsten Jahren kaum zu einer „parlamentarischen Partei insbesondere auf der Bundesebene“<sup>5</sup> entwickeln werden, „die etablierten Parteien [jedoch Gefahr laufen], eine Zielgruppe zu verlieren“<sup>6</sup>.

Daneben ist noch das Buch „Die Piratenpartei – Entstehung, Forderungen und Perspektiven der Bewegung“ von Henning Bartels zu erwähnen, auf das sich in der Arbeit bezogen wird.

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich ausführlich mit der Piratenpartei, mit ihrer Entwicklung, ihren Problemen, ihrem Selbstverständnis und ihrem Mobilisierungspotenzial. Darauf aufbauend soll besonders die Frage behandelt werden, welche Zukunftsaussichten die Partei hat.

Zu Beginn soll auf die Methodik dieser Arbeit eingegangen werden. Danach wird ein Überblick über die bisherige Entwicklung der Piratenpartei gegeben. In den darauf folgenden Kapiteln werden die Probleme und das Selbstverständnis der Partei thematisiert. Im letzten Teil wird näher auf das Mobilisierungspotenzial der Partei eingegangen.

## 2. Forschungsvorgehen

Der vorliegenden Arbeit liegen Daten aus einer Standardbefragung der Bamberger Bevölkerung, qualitativen Experteninterviews und einer standardisierten Online-Befragung bei Mitgliedern der Piratenpartei zugrunde. Des Weiteren wurde ein interner Datensatz der Piratenpartei zur Mitgliederbefragung des Landesverbands Bayern benutzt. Dieser wurde vom 15. bis 31. Januar 2010 erhoben. Die Beteiligungsrate lag mit 1346 Teilnehmern bei 52%<sup>7</sup>.

Die Experteninterviews wurden zum einem mit Benjamin Stöcker, der zum damaligen Zeitpunkt Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberfranken war und seit Mai 2010 Beisitzer im Bundesvorstand der Piratenpartei ist, und zum anderen mit Prof. Dr. Martin Haase, der sowohl in Bamberg wie auch in Berlin bei der Piratenpartei aktiv ist, geführt.

Für die Standardbefragung der Bamberger Bevölkerung wurde eine Stichprobe aus dem Bamberger Melderegister gezogen. In einem vorangegangenen Pretest wurde der Fragebogen

---

<sup>5</sup> Blumberg 2010, S. 33

<sup>6</sup> Blumberg 2010, S. 31

<sup>7</sup> Vgl. Piratenpartei 2010

anhand der erhaltenen Ergebnisse optimiert. Die Erhebung der Standardbefragung fand vom 10.02.2010 bis 19.04.2010 in Form von persönlichen Interviews statt. Insgesamt wurden 275 Interviews realisiert.

Die standardisierte Online-Befragung fand von 01.03.2010 bis 07.04.2010 statt. Die einzige, realisierbare Möglichkeit war eine Selbstrekrutierung der Teilnehmer/innen<sup>8</sup>, die über Weblogs, Mikroblogs (wie zum Beispiel Twitter) und Foren der Piratenpartei angehalten wurden, an der Befragung teilzunehmen.

Die hier untersuchte Grundgesamtheit sind alle momentanen oder ehemaligen Mitglieder der Piratenpartei, die sich aktiv oder passiv an der Entstehung oder Mitwirkung innerhalb der Partei beteiligt haben oder sich beteiligen.

Mit der gewählten Methode gingen einige grundsätzliche Probleme einher. Durch die Eigenrekrutierung der Befragten wurden wahrscheinlich die Ergebnisse der Umfrage verzerrt. Es ist anzunehmen, dass diejenigen teilnahmen, die das Thema interessant fanden und Zeit hatten. Des Weiteren konnten keine Kontrollen durchgeführt werden, ob Personen mehrfach teilnahmen oder nicht. Auch die Verbreitung dieser Umfrage über Blogs und Webpräsenzen ist verzerrend, da die Verbreitung auf das soziale Netzwerk der Piratenpartei angewiesen ist und somit tendenziell eher diejenigen eine geringere Chance auf Teilnahme hatten, die schlecht eingebunden oder in wenige Themen und Netzwerke involviert sind. Dies könnte demnach zu einem overcoverage von den Personen geführt haben, die 1. in viele Netzwerke innerhalb der Partei eingegliedert sind und 2. innerhalb einzelner Netzwerke viele Kontakte aufweisen. Weitere Probleme mit der Auswertung der Daten sind durch die Unbekanntheit der Grundgesamtheit bedingt.

Aus diesem Grund können nur Angaben über die Erhebungsgesamtheit gemacht werden, sodass die Aussagekraft der Ergebnisse sehr eingeschränkt sein könnte. Gleichzeitig kann aufgrund der fehlenden Informationen über die Grundgesamt keine Ausschöpfungsquote bestimmt und keine Gewichtung vorgenommen werden.

Mit der Verwendung mehrerer Datenquellen sollte ein multiperspektivischer Blick auf die Piratenpartei ermöglicht werden: die Standardumfrage der Bamberger Bevölkerung ergibt eine „Außenansicht“ der Partei, während die Experteninterviews, die Onlineumfrage und die

---

<sup>8</sup> Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird im Folgenden auf die weibliche Form verzichtet. Diese wird jedoch in sämtliche Aussagen explizit mit eingeschlossen.

Mitgliederbefragung des Landesverbandes Bayern einen Einblick in die internen Strukturen widerspiegeln.

### 3. Entwicklung

Am 10. September 2006 wurde die Piratenpartei Deutschland gegründet. Sie geht zurück auf die schwedische „Piratpartiet“, die bereits seit dem 1. Januar 2006 existiert. Diese entstand aus einer Internetbewegung, die sich besonders für die Freiheit im Netz einsetzte. Rund um den Globus gibt es mittlerweile 33 Piratenparteien, die sich alle unter dem Dachverband Pirate Party International (PPI) organisieren<sup>9</sup>.

Bis 2009 fristeten die Piraten in Deutschland eher ein Schattendasein. Bis dato zählte die Partei ca. 1.000 Mitglieder. Aus dem Onlinedatensatz ergab sich eine ähnliche Entwicklungsstruktur der Parteieintritte wie sie oben in Abb. 1 schon gezeigt wurde.

---

<sup>9</sup> Vgl. Bartels, S. 117

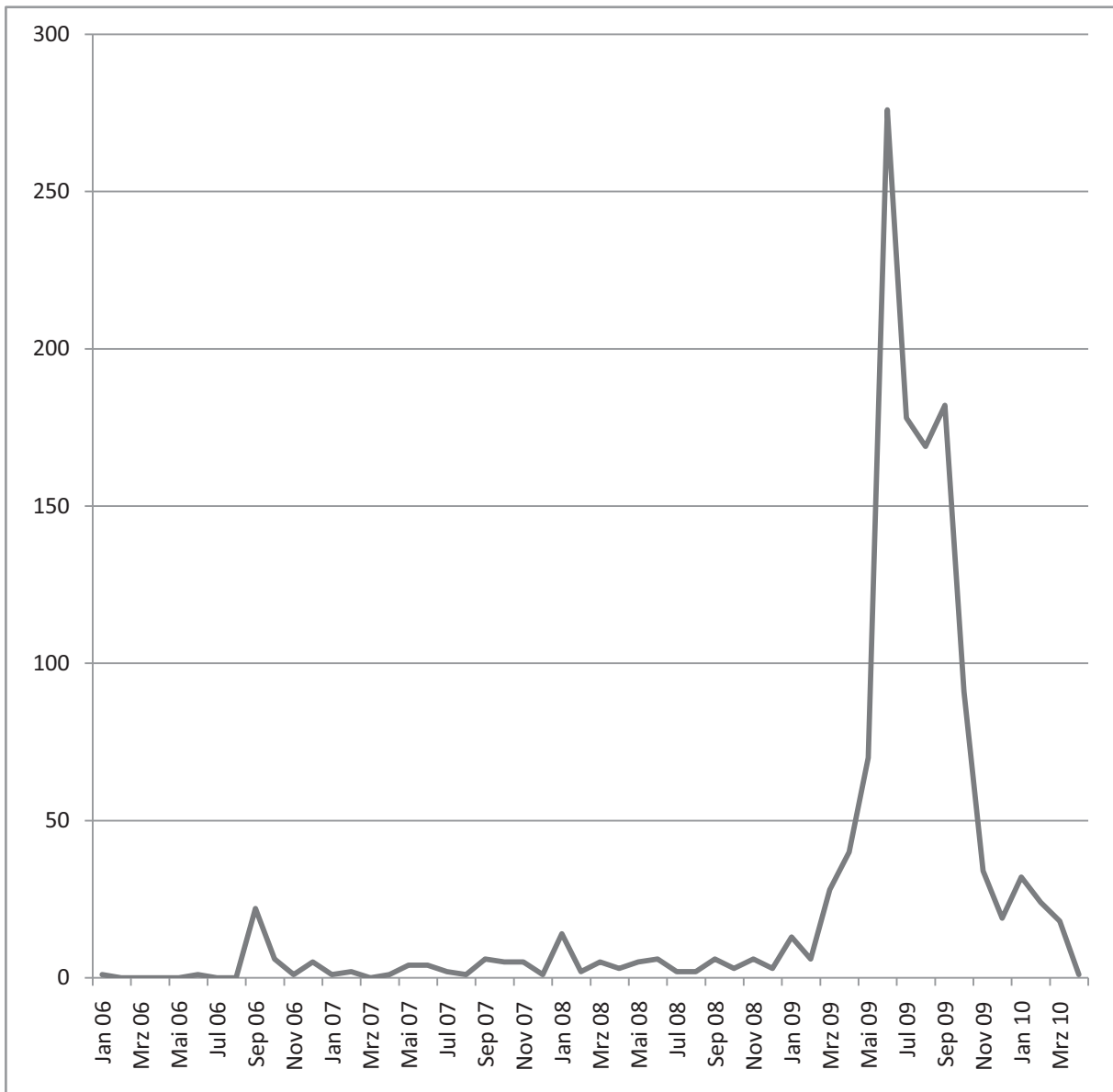


Abb. 2: Zeitpunkt des Parteieintritts der Teilnehmer der Onlineumfrage

Auch hier zeigt sich der starke Mitgliederanstieg im Mai 2009 und das Abflachen der Kurve nach der Bundestagswahl.

Bei Wahlen konnten die Piraten (z.B. hessische Landtagswahlen, Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft) einen Stimmenanteil von 0,23% bis 0,25% auf sich vereinigen<sup>10</sup>.

Wie Abb. 1 schon zeigte, änderte sich die Situation der Piraten im Juni 2009 grundlegend. Bei den europäischen Parlamentswahlen gelang es ihnen auf einen Stimmanteil von bundesweit 0,9% zu kommen. Mit 7,4% der Stimmen schaffte die schwedische Piratenpartei sogar den Sprung ins Parlament<sup>11</sup>.

<sup>10</sup> Vgl. Bartels, S. 118

<sup>11</sup> Vgl. Das Journal 2009

Bei den Bundestagswahlen 2009 kamen die Piraten auf einen Prozentsatz von 2,0% im Bundesdurchschnitt mit Spitzenwerten von 6,2% in dem Berliner Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg<sup>12</sup>.

Bei den Landtagswahlen in Nordrheinwestfalen im Mai 2010 erhielten sie 1,54%<sup>13</sup> der Stimmen, was etwas unter dem Ergebnis der Bundestagswahl von 2009 liegt.

Ein interessanter Aspekt der Auswertung des Onlinefragebogens war die Tatsache, dass nur 23,4% der Teilnehmer angegeben hatten, vor Eintritt bzw. vor Beginn der Mitarbeit politisch aktiv gewesen zu sein. Die am häufigsten genannten Partizipationsformen waren Teilnahme an Demonstrationen, Streiks oder Protesten und das Unterzeichnen von Unterschriftenaktionen und Petitionen.

Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass die Piratenpartei mit ihren Themengebieten eine Bevölkerungsgruppe anspricht, deren Interessen vorher nicht in der Politik vertreten wurden. Zwischen dem Eintrittszeitpunkt und dem Grund des Beitritts ergab sich ein schwacher Zusammenhang (Cramers V: 0,225).

Die Kernthemen der Partei sind die Urheberrechtsproblematik, Bildung, Bürgerrechte und vor allem die Netzpolitik. Aufgrund dieses relativ eingeschränkten Themenbereichs wird der Partei oft vorgeworfen, eine „One-issue“-Partei zu sein. Im Moment gibt es in der Piratenpartei eine große Diskussion um die Frage, ob das Themengebiet erweitert werden sollte, oder ob man lieber bei den Kernthemen bleiben sollte. Auf diesen Punkt wird im Kapitel Selbstverständnis näher eingegangen.

#### 4. Sozialstruktur

Im folgenden Teil wird genauer auf die Sozialstruktur der Piratenpartei eingegangen, soweit dies auf Grundlage der Onlineumfrage möglich ist.

Für die Analysen wurden alle Nichtmitglieder herausgefiltert, jedoch ist, wie bereits im Kapitel Forschungsvorgehen erwähnt wurde, diese Umfrage unter keinen Umständen für die Piratenpartei repräsentativ. Insgesamt befinden sich 2275 Fälle im Datensatz. Von diesen geben 1429 an, Mitglied der Partei zu sein.

---

<sup>12</sup> Vgl. Piratenpartei 2010

<sup>13</sup> Vgl. Piratenstatistiken 2010

Bei den Mitgliedern errechnet sich ein Frauenanteil von 9,8% im Gegensatz zu 90,2% Männern. 10,4% haben die Frage nach dem Geschlecht nicht beantwortet. Dieser relativ hohe Prozentsatz lässt sich vielleicht dadurch erklären, dass die Piraten grundsätzlich nicht zwischen Mann und Frau unterscheiden.

Im Vergleich zu anderen Parteien<sup>14</sup> ist der Frauenanteil von ca. 10 Prozent gering. Jedoch ist er im Gegensatz zur landläufigen Meinung, die Piraten seien eine reine „Männerpartei“, als gar nicht so gering anzusehen.

Eine zweite weit verbreitete Vermutung ist, dass die Piraten eine relativ junge Partei sind. Nach Ausschluss einiger unplausibler Werte ergibt sich in unserer Umfrage ein Mittelwert von 31,7 Jahren, was die zuvor formulierte These unterstützt. Auffällig ist auch, dass die Gruppe der 19-30 Jährigen bei einer Spannweite von 14 bis 70 Jahren im Gegensatz zu anderen Altersgruppen sehr stark vertreten ist.

Die Analyse des höchsten Bildungsabschlusses ergab, dass sich in der Stichprobe eher hoch als niedrig Gebildete befinden. Nur 2,4% haben die Schule ohne Abschluss beendet oder die Hauptschule abgeschlossen. 16,6% können einen Realschulabschluss vorweisen und 77,8% haben mindestens das Fachabitur. 3,3% waren zum Erhebungszeitpunkt noch Schüler und 9,1% haben die Frage nicht beantwortet.

Bei der Analyse der Gemeindegröße zeigt sich, dass der Großteil der Parteimitglieder in Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern lebt. Nur ca. 17% gaben an in einer Gemeinde mit weniger als 10.000 Menschen zu leben. Dies könnte eine Erklärung dafür sein, weshalb der auf die Piratenpartei entfallende Stimmenanteil bei Wahlen in Städten höher ist als in ländlichen Gebieten.

## 5. Probleme

Die vorgegebenen Problemkategorien (siehe Abb. 3) sind aus Antworten der qualitativen Experteninterviews, die vor der Umfrage stattfanden, generiert worden. Bei der Bewertung der Aussagen konnten die Umfrageteilnehmer sich auf einer Ratingskala mit sechs Ausprägungen, von „trifft voll und ganz zu“ bis „trifft überhaupt nicht zu“, einordnen. Zur besseren Auswertung und Darstellung wurden jeweils drei Ausprägungen in „eher Zustimmung“ und „eher Ablehnung“ codiert. Reihenfolgeeffekte sind auszuschließen, da die Aussagen aufgrund der technischen Gegebenheiten randomisiert abgefragt werden konnten.

---

<sup>14</sup> Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2009

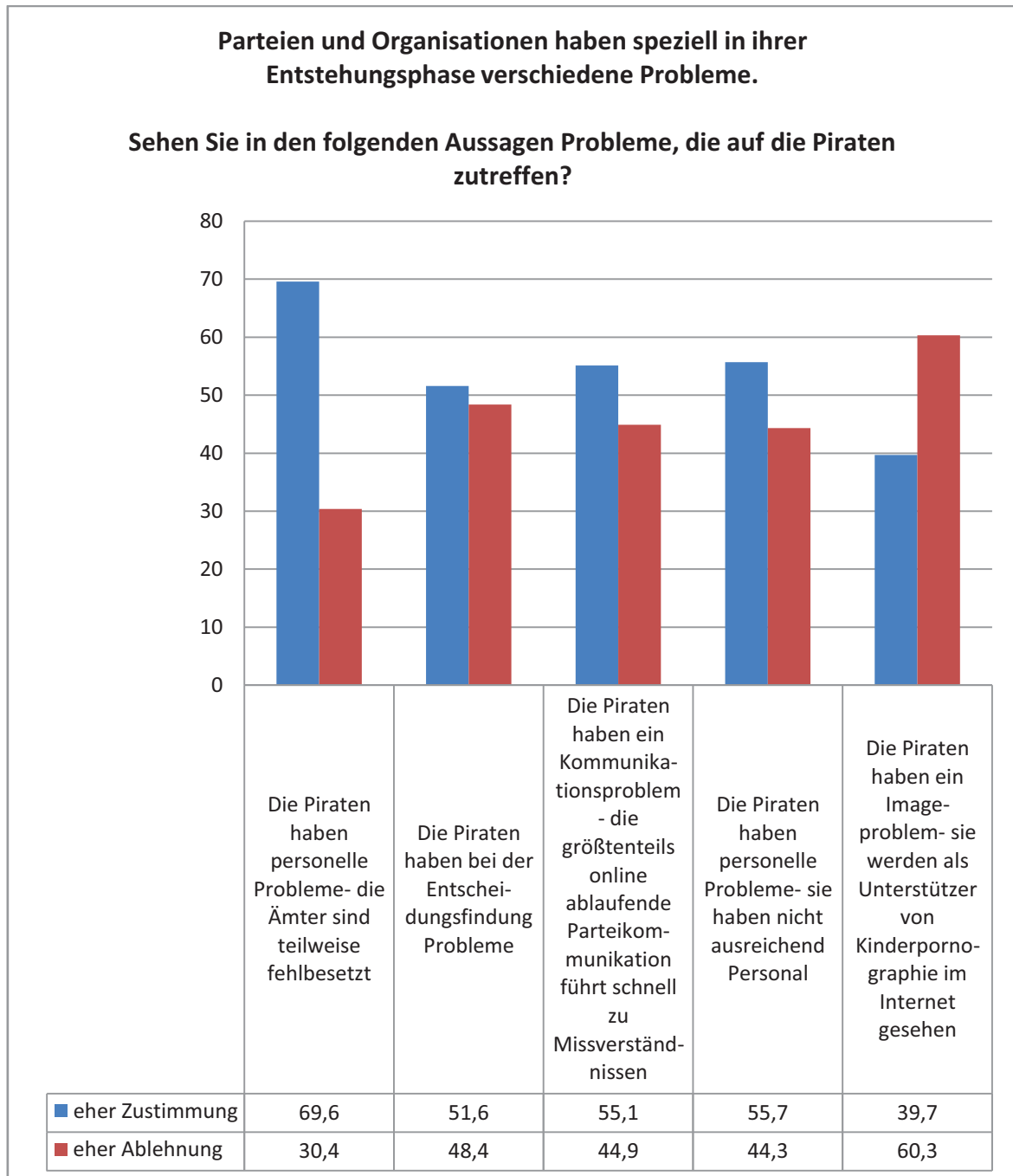


Abb. 3: Itembatterie Probleme

Die hohe Zustimmung zu der Aussage „Die Piraten haben personelle Probleme - die Ämter sind teilweise fehlbesetzt“ lässt sich möglicherweise darauf zurückführen, dass einerseits, wie von Prof. Dr. Haase<sup>15</sup> angesprochen, politisch unerfahrene Mitglieder zu einem Zeitpunkt als die Piratenpartei noch weniger Mitglieder hatte (siehe Abb. 1) in Ämter gewählt wurden. Andererseits gab es zu dem Zeitpunkt der Durchführung der Umfrage eine starke Kontroverse

<sup>15</sup> Vgl. Haase 2009

innerhalb der Partei, die sich auf islamkritische Aussagen des damaligen Mitglieds des Bundesvorstands Stefan „Aaron“ König bezog<sup>16</sup>.

Bei den Kategorien „die Piraten haben bei der Entscheidungsfindung Probleme“, „die Piraten haben ein Kommunikationsproblem- die größtenteils online ablaufende Parteikommunikation führt schnell zu Missverständnissen“ und „die Piraten haben personelle Probleme- sie haben nicht ausreichend Personal“ zeigt sich eine relativ ausgeglichene Verteilung von Zustimmung und Ablehnung.

Die gegensätzliche Meinung zu dem Item „die Piraten haben bei der Entscheidungsfindung Probleme“ lässt sich eventuell auf die basisdemokratische Organisation, und die sich daraus ergebende divergierenden Ansichten zur Effektivität eines Abstimmungsverfahrens, das eigentlich keine Stimmendelegation zulässt, zurückführen. Dieser Punkt wird im Kapitel Selbstverständnis noch einmal aufgegriffen.

Die Aussage „die Piraten haben ein Imageproblem – sie werden als Unterstützer von Kinderpornographie im Internet gesehen“ findet mit 60,3 % Ablehnung.

Bei getrennter Analyse nach Geschlecht gab es bis auf Kategorie „die Piraten haben ein Imageproblem – sie werden als Unterstützer von Kinderpornographie im Internet gesehen“ keine nennenswerten Unterschiede im Antwortverhalten. Hier gab es 61,1% männliche und 50,6% weibliche Teilnehmer, die diese Aussage eher ablehnten. Dieser Unterschied könnte auf eine verstärkte Ablehnungshaltung der männlichen Teilnehmer, die sich bei dem Thema „Kinderschänder“ eher angegriffen fühlen als weibliche Mitglieder, hinweisen. Allerdings ist zu erwähnen, dass nur 9,8% der Befragten weibliche Teilnehmer waren.

Zwischen Mitgliedern in Landes- und Bundesvorständen und anderen Mitgliedern der Partei gibt es vor allem nennenswerte Unterschiede bei der Bewertung des Kommunikationsproblems, das sich auf die online ablaufende Kommunikation bezieht. Mitglieder von Landes- und Bundesvorstand stimmten mit 75% der Aussage eher zu, während nur 58,4% der anderen Mitglieder dies als Problem einstufen. Der Unterschied ist vielleicht auf die Einbindung in die Partei zurückzuführen. Man könnte annehmen, je eingebundener die einzelnen Mitglieder sind, desto stärker wird die Onlinekommunikation mit ihren eingeschränkten verbalen und nonverbalen Mitteln, eher als Problem angesehen.

Des Weiteren kann man Unterschiede zwischen den Hierarchieebenen bezüglich ihrer Einschätzung des quantitativen Personalproblems erkennen. Die Zustimmung beträgt auf der Bundes- bzw. Landesebene 68,1%, während auf der Ebene der Parteibasis nur 56,1%

---

<sup>16</sup> Vgl. Neumann 2010

zustimmen. Auch hier ist der Unterschied wahrscheinlich auf die stärkere Einbindung in die Partei zurückzuführen.

Es besteht zwischen der Mitgliedschaft in der Partei und der Einschätzung des Kommunikationsproblems ein signifikanter, schwacher Zusammenhang (Cramers V 0,139). Deskriptiv betrachtet stimmten 59,3% der Mitglieder und nur 43,6% der Nicht-Mitglieder der Aussage zum Problem der Onlinekommunikation zu.

Bei Überprüfung eines möglichen Zusammenhangs der Wahrnehmung der Probleme mit der Bildung der Befragten wurde nichts festgestellt. Die Kontrolle der Wahrnehmung der Probleme auf ein mögliches Nord-Süd-Gefälle sowie zwischen neuen und alten Bundesländern lieferte die gleichen Ergebnisse.

Es gab auch die Möglichkeit in einer offenen Frage sonstige Probleme anzugeben. Von 2275 Umfrageteilnehmern nutzten 286 diese Option. Davon bezogen sich 119 auf strukturelle und organisatorische Probleme. Gemeint ist vor allem die institutionelle Struktur, die durch den starken Mitgliederzuwachs und durch eine nicht ausreichende Anzahl an fest angestelltem Verwaltungspersonal überfordert wird. Ein weiteres mehrfach angegebenes Problem zeigt sich hinsichtlich fehlender sozialer und politischer Kompetenzen der Mitglieder. Zudem wurden bei der offenen Frage finanzielle Probleme, Imageprobleme die sich auf den Umgang der Medien mit der Partei oder der öffentlichen Wahrnehmung bezogen und fehlende Themen bzw. fehlende Parteiidentität genannt.

Nach einer Aussage von Benjamin Stöcker besteht ein Problem, „wenn man mit Techniken, mit einem Wiki und einem Forum und Email nicht richtig umgehen kann“<sup>17</sup>. Diese Problematik wurde auch von einer Journalistin, die den Bundesparteitag 2010 der Partei besuchte, erkannt. In ihrem Blog stellt sie die Frage ob durch diese technische Hürde politische Diskurse einer Partei, die als Themenpunkt die Transparenz des Staatswesens hat, privatisiert werden<sup>18</sup>. Somit zeigt sich ein sog. Second-Level-Digital-Divide, der einerseits dazu führt, dass es nicht jedem möglich ist sich in der Partei zu engagieren und andererseits die Partei damit auch ein Teil der Bürger von ihren Diskursen fernhält. Zusammenfassend zeigt sich, dass die Forderung nach der Transparenz der „Organisation“ Staatswesen bereits in ihrer „Organisation“ Partei nicht verwirklicht ist.

---

<sup>17</sup> Vgl. Stöcker 2009

<sup>18</sup> Vgl. Seeliger 2010

## 6. Selbstverständnis

Im Moment befindet sich die Piratenpartei immer noch in ihrer Entstehungsphase und versucht sich selbst zu definieren. In dieser Phase einer solchen Organisation, die vor allem über ein relativ neues Medium kommuniziert, ist es schwer gemeinsame Positionen zu finden bzw. sich über die Wege zu einigen, wie man zu gemeinsamen Positionen kommen kann. Ein Beispiel zeigt die Diskussion über ein mögliches Delegiertensystem<sup>19</sup>. Dazu ist anzumerken, dass die Piratenpartei sich selbst als basisdemokratisch bezeichnet. Der Idee der Basisdemokratie fehlt jedoch ein theoretisches Konzept im herkömmlichen Sinn. Das Konstrukt geht aus mehreren Ursprüngen hervor. Dazu ist vor allem Rousseaus Idee der direkten Demokratie zu nennen<sup>20</sup>.

Hier soll anhand des bis zum Zeitpunkt der Entstehung dieses Berichts beschlossenen Parteiprogramms, Ergebnisse einer internen Mitgliederbefragung im bayerischen Landesverband und der Daten aus der Onlinebefragung versucht werden das Selbstverständnis der Piraten darzustellen. Als im September 2009 die ersten Recherchen zum Phänomen Piratenpartei begannen, zeigten sich durchaus divergierende Ansichten zu einigen Themen und zu Fragen was die Zukunft der Partei betrifft.

---

<sup>19</sup> Vgl. Stöcker 2010

<sup>20</sup> Vgl. Heinrich 1993

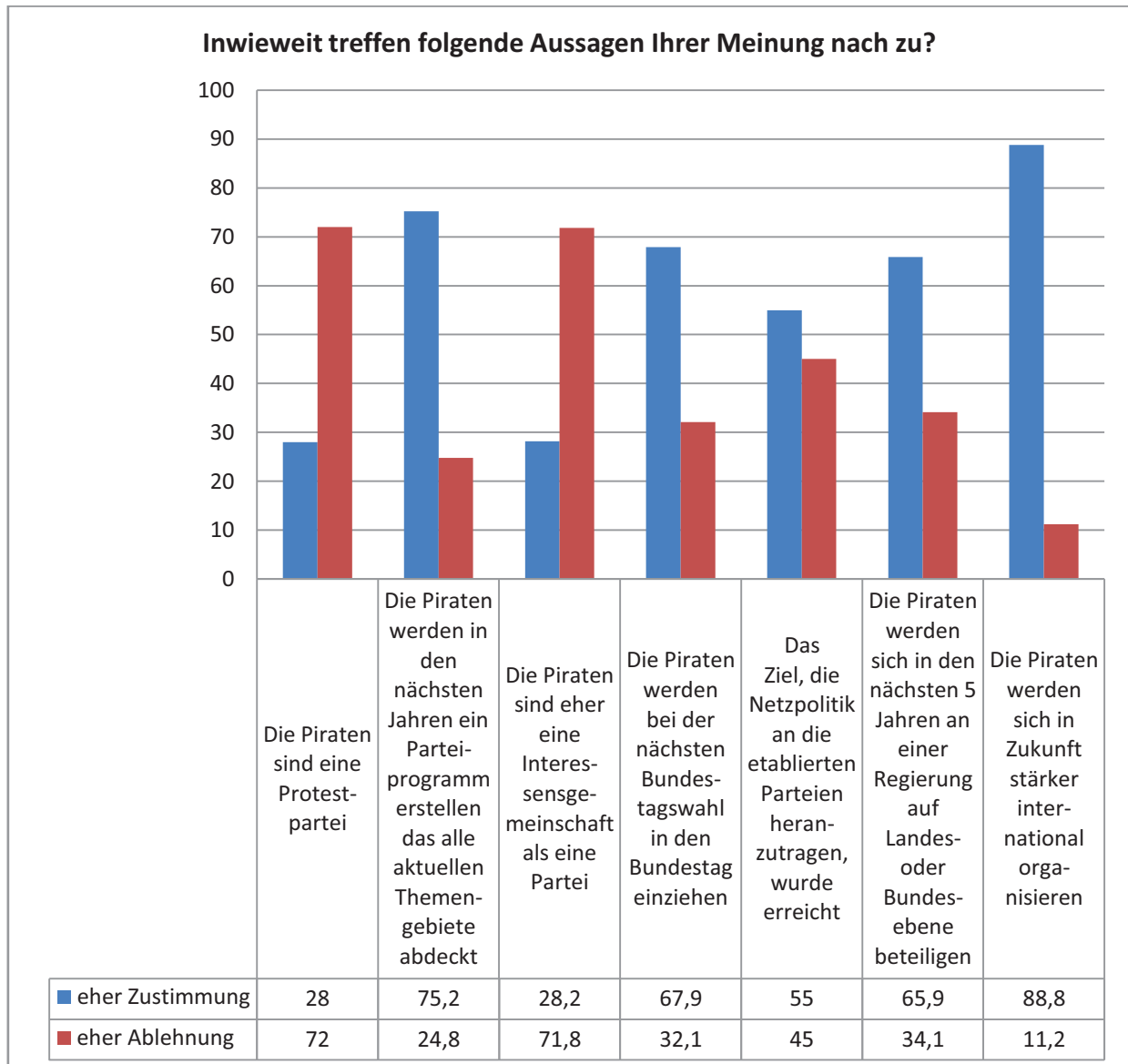


Abb. 4: Itembatterie Selbstverständnis

Auch bei dieser Itembatterie wurden die vorgegebenen Aussagen aus Antworten der qualitativen Experteninterviews, die vor der Umfrage stattfanden, durch eigene Gedanken und Recherchen in den etablierten Medien gebildet. Bei der Bewertung der Aussagen konnten die Umfrageteilnehmer sich auch auf einer Ratingskala mit sechs Ausprägungen, von „trifft voll und ganz zu“ bis „trifft überhaupt nicht zu“, einordnen. Zur besseren Auswertung und Darstellung wurden jeweils drei Ausprägungen in „eher Zustimmung“ und „eher Ablehnung“ codiert. Reihenfolgeeffekte sind auch hier aus den oben genannten Gründen auszuschließen. Bei getrennter Analyse nach Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern der Items mit einer negativen Ausrichtung „Die Piraten sind eine Protestpartei“ und „Die Piraten sind eher eine Interessensgemeinschaft als eine Partei“ ist besonders auffällig, dass die Ablehnung bei den Mitgliedern stärker ist, als bei den Nicht-Mitgliedern. Hingegen ist bei den fünf positiv

ausgerichteten Aussagen der Itematterie die Zustimmung der Mitglieder durchgehend größer als bei den Nicht-Mitgliedern. Diese Unterschiede sind vermutlich auf eine vorhandene Kohäsion der Piratenpartei zurückzuführen.

Bei differenzierter Betrachtung nach alten und neuen Bundesländern, Geschlecht und Mitgliedern in Landes- bzw. Bundesvorständen und der Parteibasis lassen sich keine nennenswerten Unterschiede erkennen. Auch wenn man ein mögliches Nord-Süd-Gefälle kontrolliert, findet sich kein erwähnenswerter Unterschied. Somit zeigt sich, dass die Partei wesentlich homogener hinsichtlich ihres Selbstverständnisses ist, als aufgrund der Recherchen erwartet. Auch die Ergebnisse der Problemanalysen (siehe oben) zeigen ein ähnliches Bild. Nur bei der Zustimmung zu der Aussage „Das Ziel, die Netzpolitik an die etablierten Parteien heranzutragen, wurde erreicht“ gibt es zwischen den Hierarchieebenen einen Unterschied von 13 Prozentpunkten. Die höhere Zustimmung von Mitgliedern in Bundes- bzw. Landesverbänden lässt sich vermutlich auf eine höhere politische Informiertheit hinsichtlich der Bundespolitik zurückführen.

Bei Betrachtung der Aussagen „Die Piraten werden bei der nächsten Bundestagswahl in den Bundestag einziehen“ und „Die Piraten werden sich in den nächsten fünf Jahren an einer Regierung auf Landes- oder Bundesebene beteiligen“ lässt sich möglicherweise durch die Zustimmung von jeweils über 65% bzw. 88,8% bei „Die Piraten werden sich in Zukunft stärker international organisieren“ ein optimistischer Blick der Partei in die Zukunft ableiten.

Auf die Frage „Wie zufrieden sind Sie mit dem Wahlergebnis der Piraten bei der Bundestagswahl 2009?“ verteilen sich 83,9% der Teilnehmer, die die Frage beantwortet haben, auf die Kategorien „eher zufrieden“, „zufrieden“ und „sehr zufrieden“.

Die Themen, die die Partei in ihrem einheitlichen bundesweiten Parteiprogramm festgelegt hat, sind Urheberrecht und nicht-kommerzielle Vervielfältigung, Privatsphäre und Datenschutz, Patentwesen, Transparenz des Staatswesens, Open Access, Infrastrukturmonopole, Bildung und „Mehr Demokratie wagen“. Weitere Informationen sind auf der Webseite der Piratenpartei zu finden<sup>21</sup>.

In der Mitgliederbefragung Bayern wurde gefragt welche Themen die Parteimitglieder besonders an dem existierenden Parteiprogramm interessieren. Anhand einer siebenstufigen Skala (-3 bis +3) wurde die Stärke des Interesses am jeweiligen Thema gemessen. Zur besseren Auswertung wurden die Skalen jeweils in drei Kategorien (-3 und -2 in 1; -1, 0 und

---

<sup>21</sup> Vgl. Piratenpartei 2010

+1 in 2; +2 und +3 in 3) umcodiert. In der Onlineumfrage wurde nach den Gründen des Beitritts gefragt. Hier kam eine Nominalskala mit den Ausprägungen „genannt“ und „nicht genannt“ zum Einsatz. Insgesamt wurden zwölf Beitrittsgründe zur Auswahl gestellt. Drei Gründe stimmen inhaltlich mit zwei Themen des Parteiprogramms überein.

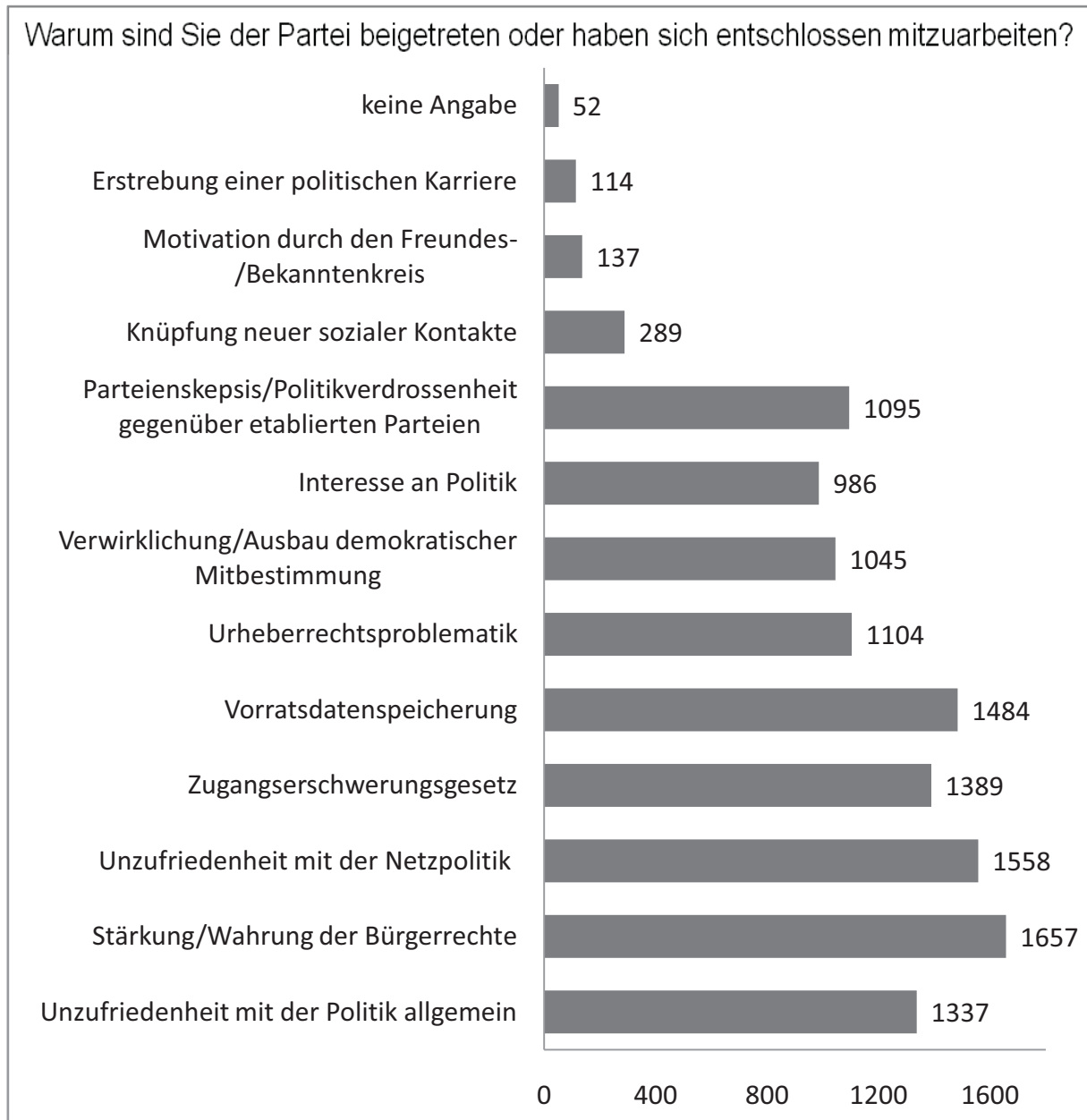


Abb. 5: Beitrittsgründe, Mehrfachantworten möglich

Das Thema Privatsphäre und Datenschutz wurde in der Mitgliederbefragung Bayern als interessantestes Thema, mit 96,1% in der stärksten Ausprägung, von den Mitgliedern bewertet. In der Onlineumfrage gab es die Kategorien „Stärkung/Wahrung der Bürgerrechte“ und „Vorratsdatenspeicherung“ die inhaltlich mit dem Thema Privatsphäre und Datenschutz übereinstimmen. Diese beiden Beitrittsgründe wurden von allen Gründen mit 72,8%

(Stärkung /Wahrung der Bürgerrechte) an erster Stelle und mit 65,2% an dritter Stelle gewählt.

Im Gegensatz dazu scheint das Thema „Urheberrecht und nicht-kommerzielle Vervielfältigung“ für bayerische Piratenparteimitglieder mit 74,8% in der stärksten Ausprägung nur von mittlerem Interesse zu sein. Bei den Beitrittsgründen wurde die „Urheberrechtsproblematik“ mit 48,5% auch nur an Stelle sechs von zwölf gewählt. Das ist vor allem in dem Kontext der Gründung der schwedischen Piratenpartei und der Namensgebung die eine Reaktion auf den Vorwurf der Internetpiraterie durch sog. Filesharer interessant<sup>22</sup>.

In der Mitgliederbefragung Bayern wurde auch die Frage gestellt inwieweit die Mitglieder „generell betrachtet [...] mit dem existierenden Programm(en) der Piratenpartei Deutschland überein“ stimmen. Hier wurde eine fünfstufige Skala von „absolut ja“ bis „absolut nein“ vorgegeben. 27,9% der Teilnehmer die geantwortet haben, das sind 80,8% der Gesamtteilnehmer, haben „Absolut ja“ gewählt. 63,8% antworteten mit „in großen Teilen“. Auf die restlichen Antwortmöglichkeiten verteilen sich 8,3% der Teilnehmer.

Innerhalb der Partei gab bzw. gibt es im Zuge des Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen 2010 eine Kontroverse, ob man als ganze Partei bei den Kernthemen bleiben oder ob die bestehenden Themen mit weiteren ergänzt werden sollten<sup>23</sup>. Eine ziemlich ausgeglichene Verteilung der Antworten „neue Themen suchen“ oder „bei Kernkompetenzen bleiben“ gab es auf die Frage „Sollen die Piraten bei ihren Kernkompetenzen bleiben oder sich neue Themen suchen?“. Allerdings haben diese Frage nur 61,44% der Teilnehmer beantwortet. Wenn man aber davon ausgeht, dass die Aussage der Onlineumfrage „Die Piraten werden in den nächsten Jahren ein Parteiprogramm erstellen das alle aktuellen Themengebiete abdeckt“ impliziert, dass die Kernthemen erweitert werden und dazu die Zustimmung von 75,2% zu dieser Aussage betrachtet, ergibt sich möglicherweise ein anderes Stimmungsbild zu dieser Kontroverse.

---

<sup>22</sup> vgl. Bartels, S. 10 ff.

<sup>23</sup> vgl. Bartmann 2010

## 7. Mobilisierungspotenzial

Die Fähigkeit einer Partei neue Wählergruppen zu erschließen, die bei der nächsten Wahl bereit sind, ihre Stimme für die Partei abzugeben, wird als Mobilisierung definiert. Die Differenz zwischen dem Anteil der Bevölkerung der sich vorstellen könnte die Partei zu wählen und dem tatsächlichen Ergebnis der Wahl bezeichnet das Mobilisierungspotenzial.

Die für die folgenden Ergebnisse herangezogenen Daten stammen ausnahmslos aus der Umfrage in der Bamberger Bevölkerung.

Von besonderem Interesse für so eine junge Partei ist vor allem die Zusammensetzung der Menschen bei denen diese bekannt ist. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass die Piraten den meisten Menschen in Bamberg durch Medien wie Zeitungen, Nachrichten und Blogs bekannt wurden. Ein kleinerer Teil ist durch Hinweise oder Gespräche mit Bekannten auf die Partei aufmerksam geworden. Weniger wichtig für das Kennenlernen der Partei in Bamberg erscheinen parteieigene Infostände und soziale Netzwerke im Internet.

Insgesamt ist die Partei 60,7% der befragten Personen bekannt.

Mit Hilfe einer logistischen Regressionsanalyse lässt sich genauer identifizieren, welche Variablen für die Bekanntheit der Partei besonders ausschlaggebend sind.

Die beste Erklärungskraft für die abhängige Variable der Bekanntheit bietet ein Modell mit den unabhängigen Variablen Schulabschluss, Alter und Geschlecht<sup>24</sup>.

Betrachtet man den Einfluss des Schulabschlusses, zeigt sich deutlich, dass die Wahrscheinlichkeit die Piratenpartei zu kennen wesentlich höher ist wenn auch das Bildungsniveau der Person höher ist. Mit dem Hauptschulabschluss als Referenzkategorie verdreifachen sich die Chancen für Bamberger mit Realschulabschluss in etwa, bei Fachhochschulreife und allgemeiner Hochschulreife liegen die Chancen sogar neunmal bzw. siebenmal so hoch. Als mögliche Drittvariable könnte hier allerdings auch politische Interessiertheit ausschlaggebend sein, wenn man voraussetzt, dass Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen tendenziell politikinteressierter sind. Tab.1 zeigt die konkrete prozentuale Verteilung aus der Stichprobe.

---

<sup>24</sup> Vgl. Anhang Tabelle 1

	Volks- bzw. Hauptschule	Realschule	FOS	Gymnasium	<b>Gesamt</b>
Piratenpartei bekannt	26,3%	51,7%	80,0%	80,2%	<b>61,3%</b>
Piratenpartei nicht bekannt	73,7%	48,3%	20,0%	19,8%	<b>38,7%</b>
<b>Gesamt</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	

Tab. 1: Kreuztabelle Bekanntheit Piratenpartei und Schulabschluss

Beim Alter stellt sich ein wenig überraschender Effekt ein: die Wahrscheinlichkeit, die Partei zu kennen, nimmt mit zunehmendem Alter stetig ab. Tab. 2 veranschaulicht den Effekt mit klassierten Altersgruppen.

		18-25 Jahre	26-35 Jahre	36-50 Jahre	51-65 Jahre	66+ Jahre	<b>Gesamt</b>
Wahl der Piratenpartei (hypothetisch)	Ja	31,8%	25,8%	10,9%	9,1%	5,3%	<b>16,4%</b>
	Nein	68,2%	74,2%	89,1%	90,9%	94,7%	<b>83,6%</b>
<b>Gesamt</b>		<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	<b>100%</b>	

Tab. 2: Kreuztabelle Hypothetische Wahl der Piratenpartei und klassiertes Alter

Einen weiteren Zusammenhang findet man zwischen Geschlecht und Bekanntheit der Piratenpartei. Im Modell liegen die Chancen eines männlichen Befragten gut zweieinhalbmal höher als die einer Frau.

Es gibt aber auch andere Variablen, die im logistischen Regressionsmodell keine Erklärungskraft für die Bekanntheit der Partei geben konnten obwohl ein theoretischer Effekt vermutet wurde. Eher unerwartet zeigt sich z.B., dass es keinen signifikanten Zusammenhang zwischen der Verfügbarkeit eines Internetanschlusses und der Bekanntheit der Partei gibt, obwohl eben zentrale Themen der Partei die Netzpolitik betreffen und über das Internet mobilisiert wurde. Bei der Nutzungshäufigkeit kann jedoch ein schwacher Effekt unterstellt werden: nimmt man nämlich die Variable Alter aus dem Modell heraus, erhöht sich für jede Stunde täglich, die man länger im Netz verbringt, die Chance um ca. 30%<sup>25</sup>. Dieser Effekt sollte allerdings auch nicht überbewertet werden, da sich häufige Internetnutzung und wie

<sup>25</sup> Vgl. Anhang Tabelle 2

oben gezeigt auch höhere Bekanntheit der Partei durch ein jüngeres Alter erklären lassen und somit Überschneidungen bestehen<sup>26</sup>.

Ähnlich verhält es sich mit dem Einfluss des Elternstatus auf die Bekanntheit: hier zeigt das Regressionsmodell zunächst eine schwache Signifikanz. Eliminiert man wiederum die Variable Alter wird der Zusammenhang signifikant, somit lässt sich unter denselben Vorbehalten wie auch bei der Internetnutzung eine höhere Chance auf Kenntnis der Piratenpartei unterstellen, wenn der Befragte keine Kinder hat<sup>27</sup>.

Allein der Bekanntheitsgrad der Partei reicht allerdings noch nicht aus, um das am Anfang beschriebene Mobilisierungspotenzial zu untersuchen.

Um das eigentliche Mobilisierungspotenzial der Piratenpartei anhand von Zahlen messbar zu machen, muss man sich zuerst am bereits mobilisierten Teil der Wähler orientieren. Zu diesem Zweck dient das Wahlergebnis der Partei in Bamberg zur Bundestagswahl am 27. September 2009 bei der ein Stimmenanteil von 2,4% erreicht werden konnte<sup>28</sup>.

Im nächsten Schritt gilt es nun den Anteil der potenziellen Wähler der Piraten herauszufinden, in der Umfrage der Bamberger Bevölkerung wurde deshalb die Frage gestellt, ob man sich vorstellen könnte die Piratenpartei zu wählen; die Gründe warum sich jemand zuletzt dagegen entschieden hat, bleiben unberücksichtigt. In der Stichprobe aus der Bamberger Bevölkerung - der Teil der Befragten, der die Piratenpartei nicht kannte und dem die Frage nach der hypothetischen Wahl der Piraten demnach gar nicht gestellt wurde, eingeschlossen - ergab sich ein Anteil von 9,1% der die Frage bejahte. Der Natur der Frage gemäß schließt dieser Anteil auch die tatsächlichen Wähler mit ein. Die Differenz lässt also wie oben erklärt die potenziellen Wähler erkennen, die durch die Piratenpartei noch mobilisiert werden können um bei der nächsten Wahl mehr Prozentpunkte für sich erzielen zu können.

Um herauszufinden welche Faktoren die Wahl der Piratenpartei begünstigen wurde eine weitere logistische Regressionsanalyse mit der Variable der theoretischen Wahl als abhängige Variable durchgeführt, jedoch ist die konkrete Aussagekraft in Frage zu stellen, da die Fallzahlen die zur Berechnung verwendet wurden durch den Ausschluss der Befragten ohne Kenntnis der Partei sehr gering sind. Des Weiteren mussten die meisten Variablen einzeln in die Regression aufgenommen werden, da sonst die Signifikanzwerte der einzelnen Variablen schnell „abrutschten“. Die Ursache dieses Problems mag zum Teil auf Zusammenhänge zwischen den unabhängigen Variablen zurückzuführen sein, eventuell sind aber auch die

---

<sup>26</sup> Vgl. Anhang Tabelle 3

<sup>27</sup> Vgl. Anhang Tabelle 4

<sup>28</sup> Vgl. Piratenpartei 2009

geringen Fallzahlen für eine schlechte Berechnung verantwortlich. Deshalb soll auf eine konkrete Interpretation der Koeffizienten verzichtet werden und nur die Tendenzen vorgestellt werden.

Gleich zu Beginn die wohl überraschendste Erkenntnis: während bei der Bekanntheit definitiv ein Unterschied der Chancen zwischen Männern und Frauen festgestellt werden konnte, spielt das Geschlecht bei der Frage nach der theoretischen Wahl keine signifikante Rolle. Anhand der Tab. 3 zeigt sich die Verteilung der Antworten, die unter Voraussetzung der Bekanntheit der Partei von den verschiedenen Geschlechtern gegeben wurden. Auch die Bildung verliert komplett an Erklärungskraft<sup>29</sup>.

		Weiblich	Männlich	Gesamt
Wahl der Piratenpartei (hypothetisch)	Ja	15,5%	18,4%	<b>17,0%</b>
	Nein	84,5%	81,6%	<b>83,0%</b>
<b>Gesamt</b>		<b>100%</b>	<b>100%</b>	

Tab. 3: Kreuztabelle Hypothetische Wahl der Piratenpartei und Geschlecht

Beim Alter jedoch ändert sich der Einfluss nicht, auch hier gilt: je jünger der Befragte, desto höher die Chance, dass er sich auch vorstellen könnte die Piraten zu wählen<sup>30</sup>.

Wie bei der Bekanntheit nimmt auch hier das Alter eine zentrale Rolle bei der Erklärungskraft ein. Dies zeigt sich vor allem wenn man das Vorhandensein eines Internetanschlusses betrachtet. Ein vorhandener Internetanschluss erhöht zwar auch hier die Chancen für die abhängige Variable, im gemeinsamen Modell mit dem Alter ist dieser Zusammenhang jedoch nicht mehr signifikant. Dasselbe gilt wieder für den Effekt, der sich zeigt, wenn der Befragte Kinder hat oder nicht. Nur ist der Effekt durch den Einbezug des Alters bei der Frage nach der theoretischen Wahl der Piratenpartei noch stärker, weshalb noch größere Vorsicht bei der Interpretation dieses Ergebnisses geboten ist<sup>31</sup>.

Betrachtet man die von den Befragten ausgeführten politischen Aktivitäten und zieht diese als erklärende Variablen heran, zeigt sich, dass bestimmte politische Tätigkeiten die Chancen auf eine theoretische Wahl der Piraten tendenziell erhöhen<sup>32</sup>. Dies ist z. B. bei Personen der Fall,

<sup>29</sup> Vgl. Anhang Tabellen 5 und 6

<sup>30</sup> Vgl. Anhang Tabelle 7

<sup>31</sup> Vgl. Anhang Tabellen 8 und 9

<sup>32</sup> Vgl. Anhang Tabelle 10

die bereits in einer Partei mitgearbeitet haben, sich an Unterschriftensammlungen beteiligt haben, bewusst versuchen ihre Freunde und Bekannte von der eigenen politischen Meinung zu überzeugen und ihre politische Meinung durch Aufnäher/Aufkleber und Ähnliches nach außen tragen. Bei Personen, die schon einmal einen Politiker kontaktiert haben, verringern sich die Chancen. Hieraus könnte man schließen, dass die Piratenpartei bisher Personen sympathisch erscheint, die zwar das konventionelle Parteiensystem befürworten, aber auch durch „sanfte“ unkonventionelle Methoden Einfluss zu nehmen versuchen. Die negative Auswirkung durch den Kontakt mit einem Politiker könnte zwar durch mangelndes Vertrauen in die aktuelle Parteizusammensetzung erklärt werden, plausibler ist aber vermutlich die Annahme, dass aus logischen Gründen der Effektivität nur Politiker in öffentlichen Ämtern kontaktiert werden, in welchen die Piraten noch kaum vertreten sind.

Prüft man die Erklärungskraft der politischen Bereiche, in denen sich Befragte Veränderungen wünschen, lassen sich aus der Bamberger Stichprobe leider keine einzelnen Bereiche identifizieren, in denen der Wunsch nach Veränderung eine theoretische Wahl der Partei begünstigen würde.

Welche Erkenntnisse lassen sich nun durch diese Berechnungen über das Mobilisierungspotenzial der Piraten festhalten? Der Bekanntheitsgrad zeigt auf, in welchen Bevölkerungsgruppen noch auf sich aufmerksam gemacht werden sollte. Bei der theoretischen Wahl der Partei ging es darum zu versuchen bestimmte Merkmale zu identifizieren, welche auf Personengruppen hinweisen, die der Wahl der Partei im schlechtesten Fall neutral gegenüberstehen und somit am „leichtesten“ zur tatsächlichen Stimmabgabe bewegt werden könnten. Im direkten Vergleich der beiden abhängigen Variablen zeigt sich des Weiteren, dass in der gesamten Stichprobe „nur“ die oben erwähnten 9,1% zu den potenziellen Wählern gehören. Betrachtet man allerdings nur den Teil der Stichprobe, welcher die Piratenpartei auch tatsächlich kennt, erhöht sich der Anteil der potenziellen Wähler auf 17,0% (Veranschaulichung Abb.6, siehe unten). Die Piratenpartei scheint also möglicherweise allein durch die Verbesserung ihres Bekanntheitsgrades möglicherweise noch ein paar Wähler hinzugewinnen zu können.

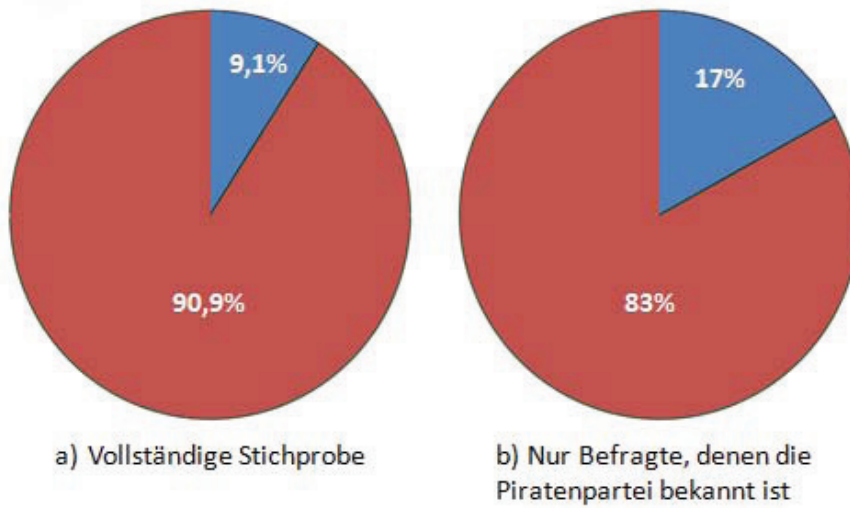


Abb. 6: Vergleich Anteil der theoretisch zur Wahl der Partei bereiten Befragten

## 8. Fazit

Im Gegensatz zu der Studie von Fabian Blumberg kommt diese Arbeit zu dem Schluss, dass die Piratenpartei aus soziologischer Sicht durchaus gute Zukunftsaussichten hat. Dies begründet sich durch eine vermutlich vorhandene Kohäsion und eine stärkere Homogenität als zuvor angenommen. Auch das geringe Durchschnittsalter und das eher hohe Bildungsniveau der Mitglieder sprechen für diese Vermutung.

Die zu erwartende weitere Verbreitung des Internets und die damit einhergehende Veränderung vieler Bereiche des sozialen und wirtschaftlichen Lebens könnte das Interesse an den Themenfeldern der Piratenpartei, insbesondere der Bereich der Netzpolitik, erhöhen. Voraussetzung für eine weitere Entwicklung ist ein steigender Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung und eine effektivere Parteiorganisation.

Danksagung:

Hiermit danken die Autoren folgenden Personen und Einrichtungen:

- Professur für Methoden der empirischen Sozialforschung an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, insbesondere Dipl.- Soz. Sebastian Wiesnet und Prof. Dr. Martin Kroh
- Oliver Wieczorek für die Unterstützung bei der Erstellung des Online-Fragebogens
- Piratenpartei Oberfranken, insbesondere Benjamin Stöcker und Prof. Dr. Martin Haase
- Christian Eehalt
- Dipl.-Kfm. Jan Skopek für die technische Unterstützung
- Teilnehmer des soziologischen Forschungspraktikums 2009/2010

Literaturverzeichnis:

Bartels 2009: Die Piratenpartei. Entstehung, Forderungen und Perspektiven der Bewegung. Reihe Netzbürger. Contumax Verlag

Bartmann 2010: Piraten streiten über ihren Kurs.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/programm-der-piratenpartei-piraten-streiten-ueber-ihren-kurs-1.79470> , aufgerufen am 24.06.2010

Blumberg 2010: Partei der „digital natives“? Eine Analyse der Genese und Etablierungschancen der Piratenpartei. Als Download erhältlich unter

<http://www.kas.de/wf/de/33.18785/>, aufgerufen am 13.07.2010

[http://www.bpb.de/themen/YX2B5Z,0,0,Parteien\\_in\\_Deutschland.html](http://www.bpb.de/themen/YX2B5Z,0,0,Parteien_in_Deutschland.html), aufgerufen am 25.06.2010

Bundestag 2009: Als Download erhältlich unter <http://www.zugerschwg.com/2009/06/pdf-zugerschwg-zugangerschwerungsgeset.html>, aufgerufen am 06.07.2010

<http://www.dasjournal.net/news/285/ARTICLE/21778/2009-06-07.html>, aufgerufen am 01.06.2010

Neumann 2010: Interview mit Aaron Koenig aus dem Bundesvorstand der Piratenpartei auf der „re:publica“ 2010. <http://cne.fr33bas3.net/2010/04/interview-aaron-koenig-bundesvorstand-piratenpartei-republica-2010/>, aufgerufen am 22.06.2010

Heinrich 1993: „Basisdemokratie (Regelungen und Revisionen)“, in Joachim Raschke (ed.). Die Grünen: Wie sie wurden, was sie sind. Köln: Bund Verlag, 488-549.

Piratenpartei:

<http://wiki.piratenpartei.de/images/d/df/Mitgliederentwicklung.png>, aufgerufen am 24.06.2010

[http://wiki.piratenpartei.de/BY:Mitgliederbefragung\\_2010.1/Auswertung](http://wiki.piratenpartei.de/BY:Mitgliederbefragung_2010.1/Auswertung), aufgerufen am 25.06.2010

[http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl\\_2009/Wahlkampfauswertung#Berlin\\_.28Wahlkreise\\_76.E2.80.9387.29](http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2009/Wahlkampfauswertung#Berlin_.28Wahlkreise_76.E2.80.9387.29), aufgerufen am 01.06.2010

<http://wiki.piratenpartei.de/Parteiprogramm>, aufgerufen am 25.06.2010

[http://wiki.piratenpartei.de/bundestagswahl\\_2009/wahlkampfauswertung#bayern\\_.28Wahlkreise\\_213.E2.80.93257.29](http://wiki.piratenpartei.de/bundestagswahl_2009/wahlkampfauswertung#bayern_.28Wahlkreise_213.E2.80.93257.29), aufgerufen am 25.06.2010

Piratenstatistiken:

<http://www.piratenstatistiken.de/2010/03/piratenpartei-knackt-12-000-mitglieder-marke/>,  
aufgerufen am 24.06.2010

<http://www.piratenstatistiken.de/2010/05/wahlergebnisse-der-landtagswahl-in-nrw/>,  
aufgerufen am 19.06.2010

Seeliger 2010: Die Partei des unendlichen Reichtums. <http://julia-seeliger.de/partei-des-unendlichen-reichtums/>, aufgerufen am 24.06.2010

Stöcker 2010: Ein Vertretersystem (Delegiertensystem) für die Piratenpartei - LV Bayern.  
<http://blog.benjamin-stoecker.de/index.php/2010/01/10/vertretersystem-piraten-delegierten>,  
aufgerufen am 24.06.2010

Anhang:

Anmerkungen:

-Geschlecht: (0) weiblich, (1) männlich)

-Elternstatus: (0) Befragter hat Kinder, (1) Befragter hat keine Kinder

-Internetanschluss: (0) Kein Anschluss, (1) Anschluss vorhanden

**Regressionsanalyse mit der Variable „Piratenpartei bekannt?“****Tabelle 1**

	Regressionskoeffizient	Exp (B)	Signifikanz
<b>Hauptschulabschluss</b>			0,000
<b>Realschulabschluss</b>	1,094	2,987	0,012
<b>Fachoberschulreife</b>	2.239	9,380	0,003
<b>Abitur</b>	1,999	7,379	0,000
<b>Geschlecht</b>	1,008	2,739	0,002
<b>Alter</b>	-0,37	0,964	0,000
<b>Konstante</b>	0,589	1,802	0,383

Fallzahl: 244 Befragte

**Tabelle 2**

	Regressionskoeffizient	Exp (B)	Signifikanz
<b>Hauptschulabschluss</b>			0,000
<b>Realschulabschluss</b>	1,161	3,194	0,006
<b>Fachoberschulreife</b>	2,555	12,875	0,001
<b>Abitur</b>	2,294	9,913	0,000
<b>Geschlecht</b>	0,819	2,268	0,009
<b>Dauer der Internetnutzung</b>	0,268	1,307	0,016
<b>Konstante</b>	-1,648	0,192	0,000

Fallzahl: 253 Befragte

**Tabelle 3**

	Regressionskoeffizient	Exp (B)	Signifikanz
<b>Hauptschulabschluss</b>			0,000
<b>Realschulabschluss</b>	1,087	2,966	0,013
<b>Fachoberschulreife</b>	2,243	9,424	0,003
<b>Abitur</b>	1,964	7,125	0,000
<b>Geschlecht</b>	0,999	2,716	0,003
<b>Alter</b>	-0,033	0,968	0,003
<b>Dauer der Internetnutzung</b>	0,117	1,124	0,325
<b>Konstante</b>	0,279	1,322	0,708

Fallzahl: 244 Befragte

**Tabelle 4**

	Regressionskoeffizient	Exp (B)	Signifikanz
<b>Hauptschulabschluss</b>			0,000
<b>Realschulabschluss</b>	1,141	3,131	0,008
<b>Fachoberschulreife</b>	2,497	12,149	0,001
<b>Abitur</b>	2,073	7,945	0,000
<b>Geschlecht</b>	0,926	2,525	0,005
<b>Dauer der Internetnutzung</b>	0,232	1,261	0,044
<b>Elternstatus</b>	0,807	2,242	0,025
<b>Konstante</b>	-1,769	0,170	0,000

Fallzahl: 248 Befragte

**Regressionsanalyse mit der Variable „Hypothetische Wahl der Piratenpartei?“****Tabelle 5**

	Regressionskoeffizient	Exp (B)	Signifikanz
<b>Geschlecht</b>	0,208	1,232	0,637
<b>Konstante</b>	-1,696	0,183	0,000

Fallzahl: 147 Befragte

**Tabelle 6**

	Regressionskoeffizient	Exp (B)	Signifikanz
<b>Hauptschulabschluss</b>			0,893
<b>Realschulabschluss</b>	-0,041	0,960	0,965
<b>Fachhochschulreife</b>	-19,411	0,000	0,999
<b>Abitur</b>	0,376	1,457	0,642
<b>Konstante</b>	-1,792	0,167	0,019

Fallzahl: 141 Befragte

**Tabelle 7**

	Regressionskoeffizient	Exp (B)	Signifikanz
<b>Alter</b>	-0,049	0,952	0,006
<b>Konstante</b>	0,319	1,375	0,640

Fallzahl: 140 Befragte

**Tabelle 8**

	Regressionskoeffizient	Exp (B)	Signifikanz
<b>Vorhandensein eines Internetanschlusses</b>	0,478	1,612	0,544
<b>Konstante</b>	-2,492	0,083	0,102

Fallzahl: 147 Befragte

**Tabelle 9**

	<b>Regressionskoeffizient</b>	<b>Exp (B)</b>	<b>Signifikanz</b>
<b>Alter</b>	-0,050	0,951	0,037
<b>Elternstatus</b>	0,258	1,294	0,680
<b>Vorhandensein eines Internetanschlusses</b>	-0,831	0,436	0,387
<b>Konstante</b>	1,776	5,905	0,487

Fallzahl: 139 Befragte

**Tabelle 10**

	<b>Regressionskoeffizient</b>	<b>Exp (B)</b>	<b>Signifikanz</b>
<b>Mitarbeit in Partei</b>	1,195	3,305	0,103
<b>Kontaktieren eines Politikers</b>	-1,538	0,215	0,042
<b>Unterschriftenaktionen/ Petitionen</b>	0,976	2,653	0,115
<b>Bewusste Überzeugungsversuche</b>	0,910	2,484	0,089
<b>Öffentlicher Ausdruck politischer Meinung</b>	0,735	2,085	0,191
<b>Konstante</b>	-2,786	0,062	0,000

Fallzahl: 138 Befragte



Otto-Friedrich-Universität Bamberg

**Professur für Methoden der empirischen Sozialforschung und Wissenschaftstheorie**

Prof. Dr. Martin Kroh / Dr. Britta Knauer / Dipl.-Soz. Sebastian Wiesnet

Soziologisches Forschungspraktikum 2009/2010

**Partizipieren Jugendliche anders als Erwachsene  
und wenn ja, warum?**

Verfasser: Team 07

Sarah Brändlein, Melanie Egger, Bettina Schuck, Oliver Wieczorek

## Inhaltsverzeichnis

---

<b>Inhaltsverzeichnis</b> .....	<b>II</b>
<b>1. Fragestellung und Relevanz</b> .....	<b>1</b>
1.1. Definition zentraler Begriffe .....	2
<b>2. Theoretische Erklärungsansätze</b> .....	<b>2</b>
2.1. Theorie des Wertewandels.....	3
2.2. Ansätze politischer Sozialisation.....	3
2.3. Psychologisch-Pädagogischer Partizipationsansatz .....	5
2.4. Deprivationsansatz.....	5
2.5. Rational Choice Ansatz .....	6
<b>3. Forschungsstand</b> .....	<b>7</b>
<b>4. Hypothesen</b> .....	<b>10</b>
<b>5. Empirische Untersuchung zur Beantwortung der Forschungsfrage</b> .....	<b>11</b>
5.1. Experteninterviews .....	11
5.1.2. Bildung und Beruf als Einflussgrößen .....	11
5.1.3. Die Sozialisation: Politische Prägung .....	12
5.1.4. Auslebung postmaterialistischer Wertorientierungen.....	13
<b>6. Die Standardbefragung</b> .....	<b>14</b>
6.1. Grundgesamtheit und Stichprobe .....	14
6.2. Ausfallanalysen .....	14
6.3. Die wichtigsten Erkenntnisse der deskriptiven Analyse .....	15
6.3.1. Postmaterialismus .....	16
6.3.2. Einfluss der elterlichen Förderung.....	17

6.3.3. Effizienz .....	18
<b>7. Weiterführende Analysen.....</b>	<b>18</b>
7.1. Relevante Konzepte .....	20
7.2. Wichtigste Erkenntnisse aus dem Regressionsmodell.....	22
<b>8. Diskussion und Ausblick.....</b>	<b>25</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>IV</b>

## 1. Fragestellung und Relevanz

---

Immer wieder werden Stimmen aus Politik und Medien laut, die Deutschland eine unpolitische Jugend attestieren.<sup>1</sup> Der Bildungsstreik von Studenten und Jugendlichen 2009, der an die 1968er Proteste erinnert, macht deutlich, dass diese Phrase der unpolitischen Jugend nicht zutreffen kann. Wenn sie aber nicht zutrifft, warum nimmt die Wahlbeteiligung ab? Warum erreichen Parteien gerade Jugendliche nicht mehr? Oder verstehen Jugendliche unter politischer Teilhabe etwas anderes als Ältere? Kann also von einer Krise der Demokratie gesprochen werden oder wird nicht vielmehr das politische Repertoire durch außerparlamentarische Formen der Beteiligung erweitert? Oder sieht man daran gar eine gewisse strukturelle Unsicherheit?

Die junge Generation muss sich schließlich in geeigneter Weise den Herausforderungen der heutigen Zeit stellen: Arbeitsmarktflexibilisierung, Veränderungen des Sozialstaats und demographischer Wandel. Dazu baut die Demokratie auf eben deren Mitwirkung, welche von politikverdrossenen Jugendlichen eher weniger zu erwarten wäre. Würde sich jedoch herausstellen, dass die vielbeschworene Krise der Demokratie in Wahrheit eine Verschiebung der Partizipationsmöglichkeiten hin zu unkonventionellen Formen darstellt, wüssten Politiker und Parteien um die Chance, bei den Beweggründen für eben diese Entwicklung anzusetzen, um die Partizipationsbereitschaft der jungen Generation im Sinne einer umsetzungskräftigen politischen Teilhabe zu nutzen.

Die zentrale Frage, der sich diese Forschungsarbeit widmet, ist die, ob sich Jugendliche politisch anders engagieren als Ältere. Damit soll ein Licht auf die so oft vermutete Spaltung zwischen Politik und Jugend geworfen werden, die sich angeblich durch ganz Deutschland zieht.

Wir vermuten, dass sich der Wille zur Partizipation von den Parteien hin zu kurzfristigen, nicht institutionalisierten Formen verschoben hat. In dieser Forschungsarbeit soll geklärt werden, aus welchen Beweggründen Bürger, vor allem aber Jugendliche, anders partizipieren und welche Voraussetzungen für diese Entwicklung gegeben sein müssen.

---

<sup>1</sup> Putnam 2000.

## 1.1. Definition zentraler Begriffe

---

Zur Beantwortung unserer Forschungsfrage sind einige Begriffe von zentraler Bedeutung. Diese umfassen die *Jugend*, *politische Partizipation* im Allgemeinen, und die Unterscheidung von *konventioneller* und *unkonventioneller Partizipation*. Sie werden im Folgenden so verwendet, wie sie an dieser Stelle definiert werden.

Unter *Jugend* wird generell die formative Lebensphase verstanden, in der entscheidende Weichenstellungen für den eigenständigen gesellschaftlichen Allokationsprozess gestellt werden. Dabei umfasst der Begriff Jugend den Zeitraum vom Eintreten der Pubertät bis zur Familiengründung. Aufgrund der Bildungsexpansion verschiebt sich letzteres immer weiter in spätere Lebensjahre, sodass die für die Forschungsfrage interessante Gruppe in diesem Falle das 18. bis 29. Lebensjahr umfasst.

*Politische Partizipation* bezeichnet diejenigen Verhaltensweisen, mit denen sich der Einzelne direkt oder indirekt am politischen Entscheidungsprozess beteiligen kann. Diese Partizipation kann sowohl individuell als auch kollektiv stattfinden. Im Folgenden wird politische Partizipation in zwei Dimensionen aufgeteilt: konventionelle und unkonventionelle Partizipation.

*Konventionelle Partizipation* orientiert sich am parteipolitischen Tagesablauf und umfasst die Bereiche des Wählens, den Besuch einer Wahlveranstaltung, das Arbeiten in oder für eine Partei nicht nur während des Wahlkampfes und die Kandidatur für ein öffentliches Amt.

*Unkonventionelle politische Partizipation* bezeichnet diejenigen politischen Aktivitäten, die wenig oder nicht institutionalisiert sind und wenig Bindung an feste politische Strukturen voraussetzt. Darunter wird die Mitarbeit in Bürgerinitiativen, Teilnahme an Petitionen, Boykotts, wilden und genehmigten Streiks wie auch politisch motivierter Einkauf und das Zurschautragen der eigenen Meinung durch Buttons/Sticker verstanden.

## 2. Theoretische Erklärungsansätze

---

Im folgenden Abschnitt werden einige Theorien erläutert, die eine Erklärungsbasis für das politische Verhalten und die politische Partizipation Jugendlicher und Erwachsener bieten. Im Einzelnen sind dies Ingleharts Theorie des Wertewandels, Ansätze politischer Sozialisation, pädagogisch-psychologische Ansätze, der Deprivationsansatz und der Rational-Choice-Ansatz.

## **2.1. Theorie des Wertewandels**

---

In den vergangenen vierzig Jahren haben sich Werte und Normen gewandelt. Mit einer Änderung von Werten und Normen gehen immer veränderte Sichtweisen auf Politik und bürgerliche Partizipation einher.

Inglehart geht davon aus, dass sich Wertmuster gesellschaftlicher Akteure im Verlauf des 20. Jahrhunderts zwischen Kohorten aufgrund wachsenden Wohlstandes gewandelt haben.<sup>2</sup> In diesem Sinne werden laut Inglehart Ansprüche an den Staat gestellt, die materialistisch oder postmaterialistisch sein können. Dabei werden die Werte und Forderungen als wichtig eingestuft, an denen es den Akteuren mangelt. Wenn jemand beispielsweise in unsicheren Zeiten aufwächst, so wird sein Bedürfnis nach Sicherheit dementsprechend hoch sein, wenn jemand in gesicherten Verhältnissen aufwächst, wird er Selbstentfaltung als hohes Gut einschätzen. Es kann angenommen werden, dass v.a. dort, wo die materiellen Bedürfnisse gesichert sind und konventionelle politische Instanzen zu wenig Raum für individuelle politische Beteiligung bieten, unkonventionelle Partizipation vorherrscht.<sup>3</sup>

## **2.2. Ansätze politischer Sozialisation**

---

Politische Prägung kann zu verschiedenen Zeiten erfolgen. Im frühen Kindesalter, in der Pubertät, aber auch andauernd im Erwachsenenalter. Es muss sich gefragt werden, wann genau diese Prägung stattfindet und welche Mechanismen wirken, damit politisches Partizipationsverhalten erklärt werden kann.

Die Wichtigkeit dieser Ansätze für die Forschungsfrage leitet sich hier aus der Frage nach der Prägung des politischen Einflusses ab. Von der Prägung hängen politischen Werte ab, die ihrerseits wiederum einen Einfluss auf Partizipationsformen haben.

Ansätze politischer Sozialisation fragen nach der Entwicklung und Veränderung politischer Identität im Lebensverlauf. Unter politischer Sozialisation wird dabei die Vermittlung von Kenntnissen, Werte, Normen, Einstellungen und Meinungen von Sozialisationsinstanzen an den

---

<sup>2</sup> Inglehart 1977.

Sozialisanden verstanden.<sup>4</sup> Unter Sozialisationsinstanzen sind dabei neben der Familie, den Peers und den Massenmedien die Bildungseinrichtungen (Kindergarten, Schule, Universität) zu verstehen.<sup>5</sup> Die Einflüsse solcher Instanzen sind explizit oder implizit, gezielt oder beiläufig:

<b>Übersicht: Inhalte politischer Sozialisation (mit Beispielen)</b>		
	<b>Expliziter politischer Inhalt</b>	<b>Impliziter politischer Inhalt</b>
<b>Gezielte Erziehung</b>	Politische Bildung in der Schule	Förderung von toleranten Haltungen von Kindern
<b>Beiläufiges Lernen</b>	Übernahme von Parteipräferenzen der Eltern	Konsum von Filmen, die Gewalt verharmlosen

*Quelle: Eigene Darstellung; in Anlehnung an Hopf/Hopf 1997, S.12.*

Drei Ansätze sind hierbei zu unterscheiden: Das Primacy-Modell, das Intermediate-Modell und das Recency-Modell.<sup>6</sup> Das Erste Modell ist psychoanalytisch geprägt und geht vom Erwerb politischer Einstellungen im (früh-) kindlichen Alter aus. Hier wäre die Familie zentral für die Bildung von Werten und Einstellungen.

Das Intermediate-Modell nimmt an, dass politische Prägungen v.a. während der Adoleszenz erworben werden. Hier wären dementsprechend die Schule, Peers und Medien von besonderer Bedeutung. Unter Peers werden Personen aus der Gruppe Gleichaltriger verstanden.

Das Recency-Modell wiederum sagt aus, dass politische Einstellungen im Verlauf des gesamten Lebens erworben und wieder verändert werden. Dabei haben alle oben genannten Instanzen Einfluss. Jede der Sozialisationsinstanzen hat zu einem bestimmten Zeitpunkt allerdings einen vorherrschenden Einfluss.

---

<sup>4</sup> Rattinger 2009, S.129-155.

<sup>5</sup> Rippl 2008, S. 448-453.

<sup>6</sup> Reinders 2003; Becker und May 2003.

### **2.3. Psychologisch-Pädagogischer Partizipationsansatz**

---

Diese Theorie liefert Gründe dafür, warum Jugendliche vor langfristigem institutionalisiertem Engagement zurückschrecken und eher auf punktuelle, unkonventionelle Teilhabe zurückgreifen.

Wenn davon ausgegangen wird, dass bestimmte Verhaltensformen in der Jugend oder im Kindergartenalter erworben werden, muss nach den psychischen Hintergründen gefragt werden, die politische Beteiligung hervorrufen.

Eine theoretische Basis hierfür findet sich im psychologisch-pädagogischen Partizipationsansatz. Der Ansatz beruft sich auf Ingleharts Wertewandelstheorie einerseits, auf Ullrich Becks These der Pluralisierung der Lebensformen andererseits. Politische Partizipation ist dabei Teil der individuellen Entwicklung Jugendlicher während der Findung einer eigenen, adoleszenten Identität.<sup>7</sup> Diese Identität entsteht aus einer Menge an Sinneseindrücken, die geordnet werden müssen und sich ihrerseits auf die politische Partizipation auswirken.

Veränderungen in der Partizipation Jugendlicher erklären sich aus dem erhöhten Druck, sich individuell in einen gesellschaftlichen Kontext einzubetten. Aufgabe dabei ist es, ein kohärentes Selbstbild zu erzeugen.<sup>8</sup>

Punktuelles, kurzfristiges Engagement ist, folgt man dieser Argumentation, aufgrund der individuellen Sozialisation eine Reaktion auf zu starre und langfristig bindende Institutionen.

### **2.4. Deprivationsansatz**

---

Die nächsten Ansätze beschäftigen sich mit dem Anreiz politischer Beteiligung. Die Fragen, die hinter diesen Ansätzen stehen sind, wann und unter welchen Umständen welche Form von politischer Partizipation am wahrscheinlichsten wird.

Beim Deprivationsansatz wird angenommen, dass gesellschaftliche Akteure zu einem bestimmten Verhalten tendieren, welches die Dissonanz empfundener Ungerechtigkeit reduzieren soll.<sup>9</sup> Dabei ist zwischen absoluter und relativer Deprivation zu unterscheiden. Wichtig für unsere

---

<sup>7</sup> Moser 2010, S.88ff.

<sup>8</sup> Keupp 2006.

<sup>9</sup> Kognitive Dissonanz bezeichnet Eindrücke oder Reize, die nicht in ein kategoriales Wahrnehmungsschema der gesellschaftlichen Welt und Umgebung hineinpasst. Vgl.: Festinger 1978.

Fragestellung ist v.a. relative Deprivation: Hier wird davon ausgegangen, dass sich Akteure mit anderen vergleichen. Die Zufriedenheit hängt damit zusammen, für wie gerecht die einzelnen Akteure ihre Situation erachten.

Gurr nimmt an, dass Unzufriedenheit zu unkonventioneller politischer Beteiligung führt.<sup>10</sup> Hierbei sind drei Referenzgruppen zu unterscheiden. Die Mitglieds-Referenzgruppe (Gruppe, der jemand faktisch angehört), die Komparative Referenzgruppe (Gruppe, die ähnliche Merkmale aufweist) und die Normative Referenzgruppe (Gruppe, die in der Gesellschaft den Maßstab angibt).<sup>11</sup> Dabei sind diese Deprivationsformen der individuellen und kollektiven Ebene zuzuordnen:

		Zufriedenheit mit dem Status der Referenzgruppe im Vergleich mit anderen Gruppen der Gesellschaft (kollektive Ebene)	
		<b>niedrig</b>	<b>hoch</b>
Zufriedenheit mit dem Status innerhalb der eigenen Gruppe (individuelle Ebene)	<b>niedrig</b>	Doppelt Deprivierte	Egoistisch Deprivierte
	<b>hoch</b>	Fraternal Deprivierte	Doppelt Zufriedene

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Runciman 1966.

Der Theorie folgend wird im Bericht angenommen, dass Deprivation zu Frustration führt, die wiederum Auslöser für unkonventionelle Beteiligungsformen ist.

## 2.5. Rational Choice Ansatz

Menschen stehen immer wieder vor der Entscheidung verschiedene Alternativen gegeneinander abzuwägen. Es ist anzunehmen, dass es sich mit der politischen Partizipation genauso verhält. Warum sollte sich ein Bürger auch einbringen, wenn keine persönlicher Nutzen, aber Kosten entstehen? Eine Antwort auf diese Frage versucht der Rational Choice Ansatz zu geben.

<sup>10</sup> Gurr 1970.

<sup>11</sup> Runciman 1966.

Bei diesem Ansatz wird angekommen, dass Entscheidungen zwischen mehreren Handlungsalternativen grundsätzlich von einer Abwägung der jeweils damit verbundenen Kosten und Nutzen bestimmt werden. Rational handelnde Akteure werden sich demnach immer für diejenige Alternative entscheiden, die den maximalen (Netto-) Nutzen verspricht. Hierbei bezieht sich die Definition von „rational“ allerdings nur auf Handlungsprozesse und nicht auf deren Ziele oder gar deren Erfolg.<sup>12</sup>

Die Abwägung von Kosten und Nutzen einer Wahlbeteiligung im speziellen, oder der politischen Teilhabe im Allgemeinen, kann auch als Erklärung für die Nutzung unkonventioneller Partizipationsformen herangezogen werden. Da Jugendlichen oft eine verstärkte Ergebnisorientierung zugesprochen wird, könnte deren Nutzenkomponente bei der Abwägung der Teilnahme an einer unkonventionellen Partizipationsform im Vergleich mit Erwachsenen höher ausfallen und damit zu unterschiedlichen Entscheidungen von Jugendlichen und Erwachsenen führen. Ist dies der Fall, müsste die Einschätzung von Jugendlichen und Erwachsenen bezüglich des Einflusses und Effektivität einzelner Partizipationsformen, sowohl im konventionellen als auch unkonventionellen Bereich, in der Analyse der erhobenen Daten nachweisbar sein.

### **3. Forschungsstand**

---

In den letzten Jahren wurden einige Forschungsreihen zum Thema Jugendpartizipation durchgeführt. Da die Ergebnisse dieser empirischen Analysen Grundlage unserer Hypothesenbildung darstellen, werden die einzelnen Forschungsarbeiten mit den entsprechenden Ergebnissen an dieser Stelle kurz vorgestellt:

*Gaiser* und *de Rijke* haben sich in diversen empirischen Analysen der gesellschaftlichen Beteiligung Jugendlicher bzw. junger Erwachsener gewidmet und dabei Handlungsfelder, Entwicklungstendenzen und Hintergründe jugendlicher Teilhabe, auch im unkonventionellen Bereich, beleuchtet.<sup>13</sup> Die wichtigste Grundlage ihrer Analyse stellt dabei der *DJI-Jugendsurvey* mit seinen einzelnen Erhebungswellen in den Jahren 1992, 1997 und 2003 dar. Als weitere wichtige Datenquelle zogen die o.g. Autoren für ihre Analysen die Daten des Projekts

---

<sup>12</sup> Downs 1968.

<sup>13</sup> Siehe dazu u.a. Gaiser/ de Rijke 2001; ebd. 2007; de Rijke 2009.

*EUYOUPART* heran, welche schwerpunktmäßig die Partizipation und politischen Orientierungen Jugendlicher abbilden.

Ihre Analysen zeigten u.a., dass die Mitgliedschaft von 16-29-jährigen in mindestens einer traditionellen Organisation, einem Verein oder einem Verband über die Erhebungen 1992, 1997 und 2003 nahezu gleich geblieben (58% - 49% - 57%) ist. Die Mitgliedschaft in Parteien sei zwar insgesamt gering und eher rückläufig, aber vor allem in der jungen Generation sei eine Abnahme der Mitgliederzahlen erfolgt. Eine Erklärung dessen wird darin gesehen, dass „die neueren, unkonventionellen Formen politischer Partizipation vor allem eine Domäne der Jüngeren sind, die mit der überkommenen Organisationskultur der traditionellen Parteien zunehmend weniger anfangen können.“<sup>14</sup>

Auch das Ausmaß der Beteiligung in informellen Gruppierungen wurde analysiert. Etwa ein Fünftel der Jugendlichen engagiert sich in einer solchen. Die offensichtliche Attraktivität dieser Gruppen für Jugendliche wird dabei in der Flexibilität der Beteiligungsform, ihrer Projektorientierung und der Unmittelbarkeit der sozialen Beziehungen zwischen ihren Mitgliedern begründet. Die Jugendlichen sympathisieren vor allen mit den Gruppen, welche sich mit ökologischen, humanitären und gesellschaftlichen Themen beschäftigen. Die drei DIJ-Jugendsurveys zeigen, dass Jugendliche punktuellen Partizipationsformen gegenüber institutionalisierten Beteiligungsformen oder informellen Gruppierungen deutlich den Vorrang geben. Stabil hoch sind beispielsweise die Beteiligung an Unterschriftensammlungen als unkonventionelle Partizipationsform, aber auch die klassische Wahlbeteiligung als Form der konventionellen Beteiligung.<sup>15</sup> Allerdings wird auch explizit darauf hingewiesen, dass Jugendliche in den punktuellen Partizipationsmöglichkeiten des unkonventionellen Spektrums „nicht durchgängig stärker vertreten“ sind.<sup>16</sup> „In den alten Bundesländern ist die Generationendifferenz bei Bürgerinitiativen und Boykott gering, allerdings deutlich bei Unterschriftensammlungen (...) und bei genehmigten politischen Demonstrationen (...)“.<sup>17</sup>

De Rijke stellt fest, dass die Teilnahme an einer genehmigten Demonstration am stärksten von Motivation und dem politischen Interesse, einer postmaterialistischen Wertorientierung sowie am

---

<sup>14</sup> Niedermayer 2000.

<sup>15</sup> Gaiser/ de Rijke 2007.

<sup>16</sup> Gaiser/ de Rijke 2001,2000.

<sup>17</sup> Ebd.

geringsten von Vertrauensverlust in politische Institutionen abhängt. Zudem wird für soziale Netzwerke ein stark positiver Zusammenhang für konventionelle und unkonventionelle Teilhabeformen festgestellt.

De Rijke/Gaiser geben damit einen Hinweis auf die fehlende Identifikation Jugendlicher mit Parteien einerseits, und die Gründe der Attraktivität unkonventioneller Partizipationsformen andererseits. Flexibilität, Projektorientierung und die Unmittelbarkeit der sozialen Beziehungen werden als die Hauptgründe angeführt.

*Böhm-Kasper* bezieht sich in seiner Analyse der unkonventionellen Partizipation Jugendlicher auf Daten der *Shell-Jugendstudie* von 1991 und 2002, wie auch auf *Daten des Statistischen Bundesamtes* von 2004.<sup>18</sup> Er unterscheidet, Schneider folgend, politische Partizipationsdimensionen in institutionalisierte, nicht verfasste legale, illegale, politische Gewalt und zivilen Ungehorsam. Bei seiner Untersuchung, welche Einflüsse zu unkonventioneller Partizipation Jugendlicher führen, fokussiert er seine Untersuchung auf globale soziodemographische Einflussfaktoren wie Geschlecht, Bildungsniveau der Eltern, besuchte Schulform, Kommunikation über Politik in der Familie, im Freundeskreis oder der Schule.<sup>19</sup>

Anfangen bei der Schulform stellt er fest, dass v.a. Jugendliche höherer Schulformen generell eher bereit sind, politisch zu partizipieren. Gleichzeitig werden in allen Schulformen Beteiligungsformen präferiert, die kein dauerhaftes Engagement und wenig Einarbeitungszeit erfordern. Dabei wirkt die Schule als Informationsquelle für politisches Engagement Jugendlicher aus. Gleichzeitig ist, laut Böhm und Kasper, hohe Bildung ein Garant für Partizipation.

Einflüsse von Gleichaltrigen als Orientierungsgruppe und Angleichungsgruppe für politische Themen und Meinungen sind zentral für ein bleibendes, politisches Interesse Jugendlicher.

*Hadjar und Becker* untersuchen die Veränderung unkonventioneller politischer Partizipation im Zeitvergleich.<sup>20</sup> Sie nehmen dabei an, dass sich unkonventionelle Partizipationsformen im Zuge der Bildungsreformen der 60er Jahre durchgesetzt haben. Die Aufteilung der Partizipationsformen ist dabei analog derer, die in Abschnitt 1.1. vorgestellt wurde.

---

<sup>18</sup> Böhm-Kasper 2006.

<sup>19</sup> Ebd. S.62.

<sup>20</sup> Hadjar;Becker 2007.

Sie vermuten zudem, dass Bildung, wie auch die Effizienzeinschätzung politischer Partizipationsformen einen positiven Effekt auf unkonventionelle politische Partizipation hat. Die dabei entstehenden höheren kognitiven Ressourcen und der verbesserte Zugang zu Informationen sollten hierbei die tragende Rolle spielen. Beide gehen zudem von einem Periodeneffekt aus, der v.a. die Politikausübung Jüngerer betrifft.

Hadjar und Becker kommen zu dem Ergebnis, dass Jüngere aufgrund der Bildungsexpansion tendenziell mehr Möglichkeiten haben, mit unkonventionellen Beteiligungsformen und dem entsprechenden Wissen darüber in Kontakt zu kommen. Dabei ist neben Bildung ein hoher sozialer Status in der Familie wichtig, während die Schule eher einen postmaterialistischen Wertkontext vermittelt. Die Annahmen, die sich hieraus ableiten, sind, dass postmaterialistische Werteinstellungen, hoher sozioökonomischer Status der Familie und hohe Bildungsabschlüsse zur unkonventionellen Partizipation anregen.

#### **4. Hypothesen**

---

Auf Basis der theoretischen Erklärungsansätze, der vorliegenden Forschungsergebnisse und der getroffenen Annahmen lassen sich mehrere Hypothesen aufstellen, auf die sich der Datenanalyseteil im weiteren Verlauf beziehen wird.

**H1:** Jugend hat einen positiven Effekt auf unkonventionelle, politische Partizipation.

**H2:** Jugendliche haben eine tendenziell postmaterialistischere Einstellung als Erwachsene.

**H3:** Postmaterialisten partizipieren eher unkonventionell.

**H4:** Sozialisationsinstanzen wirken sich positiv auf die politische Beteiligung von Jugendlichen aus.

**H5:** Je mehr politische Veränderungen sich Personen wünschen, desto eher partizipieren sie unkonventionell.

**H6:** Je unzufriedener die Befragten mit der Demokratie sind, desto wahrscheinlicher ist unkonventionelle politische Partizipation.

## **5. Empirische Untersuchung zur Beantwortung der Forschungsfrage**

---

Auf Basis der theoretischen Erklärungsansätze aus der Literatur, werden im Folgenden die Datenerhebung und Datenauswertung bzw. Analyse behandelt. Empirische Erklärungen konnten durch Experteninterviews, quantitative Studien mit Hilfe einer Standardbefragung sowie einer Regressionsanalyse gefunden werden. Die bereits erläuterten Theorien aus der Literatur, sowie die aufgestellten Hypothesen werden im Folgenden belegt bzw. widerlegt.

### **5.1. Experteninterviews**

---

Durch die Experteninterviews erlangten wir erste Erkenntnisse und Eindrücke für die Erstellung des Standardfragebogens und damit zur Beantwortung der Forschungsfrage. Diese widmet sich, wie bereits erläutert, der unkonventionellen politischen Partizipation im Vergleich von Erwachsenen und Jugendlichen. Es wurden zwei Experten für unkonventionelle Partizipation befragt. Die Experten arbeiteten zum einen für die Umweltorganisation „Greenpeace“ mit Sitz in Schweinfurt (im Folgenden GP), sowie zum anderen für die Organisation für Menschenrechte „Amnesty International“ mit Sitz in Bamberg (im Folgenden A.I.). Die ca. 45-minütigen Interviews wurden jeweils von einem Interviewer und zwei Protokollführern durchgeführt und durch ein Diktiergerät festgehalten. Die Fragen orientierten sich an einem zuvor erarbeiteten Leitfaden (siehe Anhang) und wurden offen gestellt und beantwortet.

Durch die Interviews wurden Erkenntnisse bzgl. Einflussgrößen auf die unkonventionelle Partizipation erlangt. Die im Folgenden beschriebenen Einflüsse beziehen sich auf die Bildung und Beruf, die Sozialisation sowie die Einstellung einer Person.

#### **5.1.2. Bildung und Beruf als Einflussgrößen**

---

Bezüglich der Hintergrundvariablen lässt sich festhalten, dass beide Experten eine Ausbildung (Selbständiger Handwerker, gelernte Kauffrau) sowie im Falle von GP einen Hauptschulabschluss absolviert haben. Dies steht im Gegensatz zu unserer ursprünglichen These, Akademiker verfügten über mehr Ressourcen, sich zu engagieren und seien deshalb aktiver als Nicht-Akademiker. Beide Experten engagieren sich nur in der eigenen Organisation und nicht etwa noch in einer Partei. Die Gespräche mit den Experten ließen zumindest vermuten, dass sie sich auf eine Form der politischen Partizipation festgelegt haben und ihren Einsatz darauf konzentrieren.

### 5.1.3. Die Sozialisation: Politische Prägung

---

Im Bereich der Sozialisation sind für unsere Forschungsfrage zum einen das Elternhaus, also die Aktivität und die Erziehung durch die Eltern, und auch die damit verbundenen Werte und Normen, sowie der Freundeskreis und die Schule von Bedeutung. Bei beiden Experten übernahmen die Eltern ein Ehrenamt (Sportverein und Betreuung von Jugendzeltlager). Dadurch lässt sich eine Vorbildfunktion der Eltern, sich freiwillig zu engagieren, erkennen, auch wenn dieses Engagement nicht unbedingt im politischen Bereich stattgefunden hat. Somit wurde die Grundlage für die Bereitschaft, sich politisch zu beteiligen, bereits in der Kindheit/Jugend gelegt. Der Experte meint hierzu: „Mein Vater, der hat viel Jugendarbeit gemacht (...) und da bin ich halt in die Jugendarbeit reingewachsen“.<sup>21</sup> Es wird also deutlich, dass das Primacy-Modell hier seine Anwendung findet.

Der Einfluss von Normen und Werten steht ebenfalls im Zusammenhang mit der Aktivität und der Erziehung durch das Elternhaus. Dies wurde zwar von den Experten nicht explizit genannt, jedoch vermuten wir, dass durch das ehrenamtliche Engagement der Eltern vermittelt wurde, dass nicht nur Arbeit und Beruf im Leben zählen, sondern auch uneigennützig, soziale Tätigkeiten einen gewissen Wert haben und in der Gesellschaft eine Rolle spielen.

Beide Experten sind nicht über ihren Freundeskreis in die jeweilige Organisation gekommen. Dies widerspricht dem Intermediate-Modell der politischen Prägung während der Adoleszenz für die Bildung von Werten und Einstellungen durch die Peers, so dass sich die Partizipationsaktivität der Freunde bzw. Peers positiv auf die eigene Partizipationsbereitschaft auswirken müsste. Da die Experten erst im Erwachsenenalter den Organisationen beitraten, kann dieser Erklärungsansatz nicht betätigt werden.

Im Bereich der Schule waren beide Experten der Meinung, dass sie durch die Schule nur wenig beeinflusst wurden und diese bei der Entscheidung sich politisch zu engagieren nur ein geringes Gewicht hatte. Damit bestätigte sich unsere intuitive Erwartung, da wir schon zuvor vermuteten, dass die Schule eher eine untergeordnete Rolle im politischen Entscheidungsprozess spielt. Das

---

<sup>21</sup> Auszug aus dem Transkript des GP-Interviews, S. IX.

Intermediate-Modell greift also nur insofern, als dass die Schule eine weniger prägende, als vielmehr informierende Funktion trägt.

#### **5.1.4. Auslebung postmaterialistischer Wertorientierungen**

---

Ein, wie sich später herausstellen wird, entscheidendes Motiv für die unkonventionelle Beteiligung ist die Auslebung postmaterialistischer Wertorientierungen nach der Theorie des Wertewandels von Inglehart bzw. Pyramide von Maslow. Postmaterialisten können sich durch die Arbeit in einer Organisation selbst verwirklichen, da diese eine Plattform zur Umsetzung der eigenen Ziele bietet. Die eigene Persönlichkeit kann nach außen transportiert und gelebt werden. Gerade Jugendliche schätzen die Flexibilität, die beispielsweise in einer Organisation herrscht. Man kann form- und zwanglos beitreten, ist dann aber nicht gebunden, sondern kann jederzeit wieder aussteigen. Wie der Greenpeaceexperte anschaulich erläutert: „Und wenn man keine Lust mehr hat oder nicht mehr kann, dann ist man einfach nicht mehr da.“<sup>22</sup>, bringt eine Teilnahme an der unkonventionellen Partizipationsform einer Organisation weniger Verpflichtungen mit sich, denn man muss sich nicht festlegen. Der Beitritt kann auch so erfolgen, dass man einfach Freunde mitbringt und diese einmal hineinschnuppern können.

Die große Freiheit und Flexibilität kommt gerade den Jugendlichen unserer heutigen Generation sehr entgegen. Durch unkonventionelle Beteiligungsformen wird nicht nur ein punktuelles Engagement möglich, sondern die Mitglieder genießen auch völlige Spontaneität. Planungsphasen werden eher kurz gehalten, denn der Fokus liegt eher bei der schnellen und kurzfristigen Umsetzung durch beispielsweise Aktionen. Jüngere Menschen sind in der Regel, durch ihr Alter und geringere Lebenserfahrung, spontaner als Ältere und begrüßen somit die unkonventionellen Beteiligungsformen, in denen sie ihre Spontaneität ausleben können, denn wie der Experte erklärt, sind Jugendliche „(...) mehr spontan, (...) sind bunter, da werden ganz wild Plakate gemalt und hingestellt (...) was jetzt ein älterer Mensch, vielleicht nicht so machen würde“.<sup>23</sup>

Die Mitwirkung in einer Organisation besticht durch ihre Konkretheit und Greifbarkeit. Es herrscht ein überschaubares Spektrum an Zielen, da man sich immer nur auf eine Sache

---

<sup>22</sup> Auszug aus dem Transkript des Greenpeaceinterviews, S. IV.

<sup>23</sup> Auszug aus dem Transkript des Greenpeaceinterviews, S. V.

konzentriert. Diese betrifft einen dann meist direkt. Im Falle von A.I. beispielsweise geht es nur und ausschließlich um die Menschenrechte. Es gibt Schwerpunktthemen, auf die man sich konzentriert, hier wird nicht nur stundenlang geredet, sondern es soll tatsächlich etwas in Taten, in kurzer Zeit umgesetzt werden. Der psychologisch-pädagogische Ansatz greift hier, Jugendliche versuchen durch (unkonventionelle) politische Partizipation ihre eigene Identität zu finden und reagieren gegen die scheinbar starren und langfristig bindenden Institutionen. Die Theorie des psychologisch-pädagogischen Ansatzes bestätigt sich hier.

## **6. Die Standardbefragung**

---

Nachdem die Ergebnisse der Experteninterviews erläutert wurden, beziehen sich die folgenden Ausführungen auf die quantitative Datenerhebung und deren Analyse. Es handelt sich um eine Standardbefragung, die von den Interviewern in einer Face-to-Face Befragung (Pencil-and-Paper-Interview), in Ausnahmefällen auch durch eine telefonische Befragung durchgeführt wurde. Im Schnitt dauerte das Interview zwischen 30 und 45 Minuten.

### **6.1. Grundgesamtheit und Stichprobe**

---

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurden die Einwohner der Stadt Bamberg, die das 18.Lebensjahr erreicht und ihren Erstwohnsitz in Bamberg gemeldet haben, als relevante Grundgesamtheit gewählt. Aus der Grundgesamtheit wurde zunächst eine Zufallsstichprobe gezogen. Dazu wurden die Daten für die Stichprobe aus dem Adressregister des Einwohnermeldeamts Bambergs im Zufallsverfahren gezogen. Die Gesamtzahl der gezogenen Adressen betrug 1000 Stück. Diese Ziehung enthielt 940 gültige Adressen, die übrigen waren aufgrund von Unauffindbarkeit oder Umzug ungültig. Schlussendlich konnten 275 Befragungen realisiert werden. Auf diese geringe Fallzahl wird in der folgenden Ausfallanalyse noch genauer eingegangen werden.

### **6.2. Ausfallanalysen**

---

Eine Analyse der Ausfälle ergab, dass die häufigsten Gründe für eine Nichtteilnahme an der Standardbefragung eine Verweigerung aufgrund von mangelndem Interesse oder fehlender Zeit waren. Zudem kam es auch wiederholt vor, dass die Befragungspersonen nicht anzutreffen waren. Diesen eben genannten Ausfällen könnte man eventuell vorbeugen, indem man den Befragungszeitraum so verschiebt, dass dieser nicht in die Zeit der Schul- und Semesterferien

fällt, da sich hier vermehrt Leute im Urlaub befinden. Außerdem könnte man so Schüler und Studenten, die eine wichtige Gruppe für die Beantwortung der Forschungsfrage darstellen, eher antreffen. Zudem kommt hinzu, dass vermutlich viele Studenten ihren Erstwohnsitz nicht in Bamberg, sondern in ihrer Heimatstadt gemeldet haben, so dass sie keine Möglichkeit hatten, in die Stichprobe zu gelangen.

Da die ältere Bevölkerung der Stadt Bamberg zahlenmäßig höher vertreten ist, war für diese Gruppe die Chance größer in die Stichprobe zu gelangen, weshalb sie bei der Standardbefragung überrepräsentiert sind. Durch die daraus resultierende geringe Fallzahl von Jugendlichen gestaltet es sich schwierig valide Ergebnisse zu der gegenwärtigen Partizipation von Jugendlichen zu bekommen.

### **6.3. Die wichtigsten Erkenntnisse der deskriptiven Analyse**

---

Wie in der Ausfallanalyse eben schon angedeutet, sind die Jugendlichen in der Erhebung deutlich unterrepräsentiert. Dennoch kann die deskriptive Analyse erste Hinweise zur Beantwortung der Fragestellung nach der Partizipation von Jugendlichen liefern.

**Jugendliche/Erwachsene**

	Häufigkeit	Prozente
Erwachsene	<b>209</b>	<b>79,2</b>
Jugendliche	<b>55</b>	<b>20,8</b>
Gesamt	<b>264</b>	<b>100,0</b>

Im Folgenden testen wir die Hypothese H<sub>1</sub>: Jugend hat einen positiven Effekt auf unkonventionelle, politische Partizipation. Dazu beschäftigten wir uns mit der Frage, wie viele Beteiligungsformen Jugendliche allgemein im Vergleich zu Erwachsenen nutzen.

Die deskriptive Analyse ergab, dass der Großteil der Jugendlichen zwischen einer und vier Beteiligungsformen nutzt (Anhang S. XLV). Es gibt jedoch auch einige, die sieben Formen der Beteiligung nutzen (16,4%). Nur 3,6% der befragten Jugendlichen gaben an, keine der genannten Beteiligungsformen zu nutzen, bei den Erwachsenen waren es hier hingegen 20,6%. Anhand

dieser Auszählung lässt sich erkennen, dass Jugendliche tendenziell etwas aktiver sind als Erwachsene und sich auch über das bloße Wählen hinaus beteiligen.

Betrachtet man nun einige Partizipationsformen genauer, so fällt auf, dass 63,3 % aller befragten Jugendlichen, im Gegensatz zu 28,4% bei den Erwachsenen, schon einmal an einer friedlichen Demonstration oder einem Streik teilgenommen haben. Ebenso ist ein markanter Unterschied zwischen Jugendlichen und Erwachsenen bei der Teilnahme an Unterschriftenaktionen oder Petitionen zu finden (Erwachsene: 55,6%; Jugendliche: 73,3 %). Da die Unterschiede in den anderen Beteiligungsformen vernachlässigbar klein sind, treten die beiden genannten Beteiligungsformen besonders hervor und bestätigen die These H<sub>1</sub>, dass Jugendliche eher unkonventionelle Formen der Beteiligung wählen, als Erwachsene.

### 6.3.1. Postmaterialismus

An dieser Stelle testen wir unsere These H<sub>2</sub>: “Jugendliche haben eine tendenziell postmaterialistischere Einstellung als Erwachsene“, durch eine bivariate Analyse.

Wie in der folgenden Tabelle zu erkennen ist, lassen sich 86,8% der Jugendlichen zu den zwei postmaterialistischen Typen (28,3% + 58,5%) zählen, bei den Erwachsenen hingegen sind dies nur 63,6% (28,6% + 35%). Der Grund dafür könnte darin liegen, dass für Jugendliche Werte wie Individualität, Selbstverwirklichung und Spontaneität (vgl. Theorie des Wertewandels) eine größere Rolle spielen als für Erwachsene. Somit lässt sich unsere Hypothese H<sub>2</sub>, dass Jugendliche tendenziell eine postmaterialistischere Einstellung haben, bestätigen.

**Postmaterialismus-Index**

	Materialisten	Materialistischer Mischtyp	Postmaterialistischer Mischtyp	Postmaterialisten	Gesamt
Erwachsene	<b>8,9%</b>	<b>27,6%</b>	<b>28,6%</b>	<b>35,0%</b>	<b>100,0%</b>
Jugendliche	<b>0,0%</b>	<b>13,2%</b>	<b>28,3%</b>	<b>58,5%</b>	<b>100,0%</b>
Gesamt	<b>7,0%</b>	<b>24,6%</b>	<b>28,5%</b>	<b>39,8%</b>	<b>100,0%</b>

### 6.3.2. Einfluss der elterlichen Förderung

Weiterhin nahmen wir an, dass bezogen auf die Ansätze der politischen Sozialisation, die elterliche Förderung einen positiven Einfluss auf die Partizipation von Jugendlichen hat. So sollten sich Werte und Normen, die Kinder von ihren Eltern vermittelt bekommen, positiv auf die Beteiligungsbereitschaft auswirken.

Die deskriptive Analyse zeigt, dass 74,5% der Jugendlichen eine elterliche Förderung bei der Teilnahme an Wahlen angaben. Hingegen gaben Befragte, die an keiner Wahl teilnahmen, zu 75% keine elterliche Förderung an. Bei der unkonventionellen Form der Beteiligung, insbesondere bei der Teilnahme an Demonstrationen hat die elterliche Förderung anscheinend einen weniger großen Einfluss. Hier gaben nur 36,7% der Jugendlichen, die an einer Demonstration mitgewirkt haben an, dass sie durch die Eltern gefördert wurden. Nichtteilnehmer wurden zu 100 % nicht durch die Eltern unterstützt.

#### Elterliche Förderung bzgl. Demonstrationen

		Politische Partizipation: Teilnahme an friedlichen Demonstrationen oder Streiks		
	Elterliche Förderung	habe ich genutzt	würde ich nutzen	nein, habe und würde ich nicht nutzen
Erwachsene	genannt	90,9%	98,6%	100%
	nicht genannt	9,1%	1,4%	
	Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%
Jugendliche	genannt	63,3%	88,9%	100%
	nicht genannt	36,7%	11,1%	
	Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%

### 6.3.3. Effizienz

---

Bezogen auf den Rational Choice Ansatz analysieren wir an dieser Stelle nun die Einschätzung der befragten Personen bezüglich des Einflusses von Beteiligungsformen.

Betrachtet man zunächst den Einfluss von Wahlen, so lässt sich erkennen, dass 66,2% (44% + 22,2%) der Erwachsenen und 79,6% (57,4% + 22,2%) der Jugendlichen Wahlen für geeignet halten, um Einfluss auf die Politik auszuüben. Den Einfluss von Demonstrationen oder Streiks auf die Politik schätzen die Jugendlichen und Erwachsenen im Vergleich dazu mit 57,4% (37,0% + 20,4%) und 44,8% (17,7% + 27,1%) als geeignet ein. Dies zeigt zum einen, dass sowohl die Mehrheit Erwachsener als auch Jugendlicher die Partizipationsform Wählen als effizient ansieht hinsichtlich ihrer Beeinflussung der Politik. Zum anderen zeigt es aber auch, dass Jugendliche das Wählen als effizienter ansehen als Erwachsene.

Für den unkonventionellen Bereich kann festgestellt werden, dass Jugendliche zwar Demonstrationen und Streiks eher effizient erachten als Erwachsene. Doch der Vergleich mit der Effizienzeinschätzung von Wahlen geben einen Hinweis darauf, dass Wählen doch einflussreicher als die besagten unkonventionellen Partizipationsformen eingeschätzt wird. Dies ist ein klarer Widerspruch zu vorliegenden Forschungsergebnissen, welche die Effizienzeinschätzung als einen wichtigen Grund für die Hinwendung Jugendlicher weg von konventionellen hin zu unkonventioneller Beteiligungsformen ansehen.

## 7. Weiterführende Analysen

---

Um die Daten noch genauer zu analysieren, wurde eine Regressionsanalyse durchgeführt. Als Vorarbeit dafür wurden die bisherigen Erkenntnisse aus den Experteninterviews und der deskriptiven Analyse der Standardbefragung in theoretische Konzepte untergliedert. Wir entwickelten die folgenden Konzepte (unabhängige Variablen): *Einstellungen, Demokratieunzufriedenheit, Wunsch nach Veränderungen, Sozialisationsinstanzen* sowie *Jugend*, da diese für uns zur Beantwortung der Forschungsfrage am relevantesten sind. Wie später in der Regressionsanalyse zu sehen sein wird, darf aber auch der Einfluss von vorgelagerten Variablen, wie der Bildung, nicht vernachlässigt werden.

Die neu gebildete Variable „unkonventionelle Partizipation“ setzt sich als Summenscore aus den neun unkonventionellen Partizipationsformen zusammen (siehe Fragenbogen/Frage 23, Anhang S. LVIII). Bezug nehmend zur Fragestellung wird diese nun zur abhängigen Variable im Regressionsmodell.

23	Es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich für politische Veränderungen einzusetzen. Ich lese Ihnen nun einige dieser Möglichkeiten vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder, ob Sie diese im Verlauf der letzten 2 Jahre genutzt haben. Wenn Sie diese Möglichkeiten nicht genutzt haben, sagen Sie mir bitte, ob Sie bereit wären, sie zu nutzen. (jeweils nur eine Antwort möglich)						
	<b>L12</b>	Habe ich genutzt	Würde ich nutzen	Nein, habe und würde ich nicht nutzen	k.A.	w.n.	
	Besuch von Wahlveranstaltungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	PV03
	Aktive Beteiligung am Wahlkampf oder an politischen Kampagnen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	PV04
	Mitarbeit in einer Partei	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	PV05
	Kontaktieren eines Politikers oder einer politischen Organisation	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	PV06
	Kandidatur für ein öffentliches Amt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	PV07
	Verfassen von Leserbriefen, Arbeit an politischen Webseiten bzw. Blogs oder Teilnahme an politischen Foren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	PV08
	Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	PV09
	Teilnahme an Unterschriftenaktion oder Petition	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	PV10
	Boycott von Produkten aus politischen, moralischen oder Umweltgründen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	PV11
	Bewusste Entscheidung für den Kauf bestimmter Produkte (z.B. fair trade) aus politischen, moralischen oder Umweltgründen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	PV12
	Bewusster Versuch, Freunde oder Bekannte für Ihre politischen Ansichten zu gewinnen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	PV13
	Öffentlicher Ausdruck Ihrer politischen Meinung durch Aufkleber, Sticker oder Buttons (z.B. auf der Kleidung oder dem Auto)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	PV14
	Teilnahme an friedlichen Demonstrationen oder Streiks	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	PV15
	Teilnahme an Demonstrationen oder Streiks, bei denen mit Gewalt zu rechnen war/ist	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	PV16



Items zur Bildung des Summenscores „unkonventionelle Partizipation“

Forschungsfrage: Beteiligen sich Jugendliche eher unkonventionell als Erwachsene?	
<b>Abhängige Variable</b>	- Unkonventionelle Partizipation
<b>Erklärende Variable</b>	- Jugend
<b>Kontrollvariablen</b>	
- Einstellung	Postmaterialismus
- Demokratieunzufriedenheit	Demokratiebeurteilung
	Einfluss von Wahlen
	Wahlbeteiligung
- Wunsch nach Veränderungen	Beweggründe für Demonstrationen
	Anzahl der gewünschten Veränderungen
- Sozialisationsinstanzen	Familie
	Freunde
	Medien

## 7.1. Relevante Konzepte

In der Regressionsanalyse wird das *Konzept Jugend* zur erklärenden Variable, da wir vermuten, dass hier die größte Erklärungskraft für unkonventionelle Partizipation von Jugendlichen liegt. Die übrigen oben genannten Konzepte fungieren als Kontrollvariablen, um den tatsächlichen Einfluss des Jugendeffekts zu messen. Wir integrieren durch dieses Konzept die Hypothese  $H_1$  „Jugend hat einen positiven Effekt auf unkonventionelle politische Partizipation“ in ein Regressionsmodell.

Das *Konzept der Einstellung* wird durch den Indikator Postmaterialismus operationalisiert. Dieser wird durch die Frage, welche Ziele man in der Politik erreichen kann, erhoben. Die Einstellung ist ein wichtiges Konzept, da hier die These aufgestellt wird, je postmaterialistischer eine Person eingestellt ist, desto eher wird sie unkonventionell partizipieren (vgl.  $H_2$ ).

Das *Konzept Demokratieunzufriedenheit* wird durch die Indikatoren „Demokratiebeurteilung“ und „Einfluss von Wahlen“ und durch die Wahlbeteiligung abgebildet. Durch dieses Konzept soll gemessen werden, wie zufrieden bzw. unzufrieden man mit der derzeitigen Demokratie in Deutschland ist. So wird die Hypothese H<sub>6</sub> getestet, die einen positiven Zusammenhang von Demokratieunzufriedenheit und unkonventioneller Partizipation unterstellt. Damit wird gleichzeitig auch der Deprivationsansatz überprüft.

Das *Konzept Wunsch nach Veränderung* setzt sich aus den Indikatoren „Anzahl der gewünschten Veränderungen“ und „Beweggründe für Demonstrationen“ zusammen. Um den Wunsch nach Veränderung auszudrücken, sollten aus den neun möglichen „Beweggründen für Demonstrationen“ mindestens eine der drei folgenden Antwortmöglichkeiten gewählt werden: „Hoffnung auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen“, „Pflicht, etwas gegen Probleme

24	<p>Menschen gehen aus unterschiedlichen Beweggründen demonstrieren. Welcher Grund oder welches Gefühl ist bzw. könnte für Sie ausschlaggebend sein? Ich nenne Ihnen nun einige Aussagen. Bitte ordnen Sie sich der Aussage zu, die am meisten auf Sie zutrifft. (nur eine Antwort ankreuzen!)</p> <p style="text-align: center;"><b>L13</b></p>	<p><input type="checkbox"/> Hoffnung, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen</p> <p><input type="checkbox"/> Wut über ein Problem zum Ausdruck bringen</p> <p><input type="checkbox"/> Angst um meine Zukunft</p> <p><input type="checkbox"/> Pflicht etwas gegen Probleme zu unternehmen</p> <p><input type="checkbox"/> Öffentliches Interesse an Problemen zu wecken</p> <p><input type="checkbox"/> Auf die eigenen Rechte aufmerksam machen</p> <p><input type="checkbox"/> Sonstiges, und zwar: _____ (bitte eintragen)</p> <p><input type="checkbox"/> Keine Angabe</p> <p><input type="checkbox"/> weiß nicht</p>	<p>PV19</p> <p>PV19ex</p>
----	---	---	---------------------------

zu unternehmen“ und „Öffentliches Interesse an Problemen wecken“. Wir vermuten, dass Personen, die sich viele politische Veränderungen wünschen, eher unkonventionell partizipieren (H<sub>5</sub>). Grund dafür ist vermutlich, dass diese Personen der Auffassung sind, Veränderungen durch unkonventionelle Partizipation effektiver durchsetzen zu können.

Ein weiterer Punkt zur Beantwortung der Frage, ob Jugendliche anders partizipieren als Erwachsene ist das *Konzept der Sozialisationsinstanzen*, also die Prägung in der Jugend für die persönliche Entwicklung. Die einflussreichsten Sozialisationsinstanzen sind hier die Familie, die Freunde sowie Medien. Die Familie vermittelt Werte und Normen, die für die politische Partizipationsbereitschaft prägend sein können. Der Freundeskreis formt das Partizipationsbewusstsein insofern, als dass man ähnliche Beteiligungsformen wählt, die auch die Peergroup nutzt. Durch den Fortschritt der Medien (z.B. Internet) haben Jugendliche heutzutage einen leichteren Zugang zu politischen Informationen, zudem erleichtern die modernen Medien

die Kommunikation untereinander. Da sie immer und überall nutzbar sind, üben sie einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Prägungsphase aus.

## 7.2. Wichtigste Erkenntnisse aus dem Regressionsmodell

Die folgende Grafik zeigt die wichtigsten Werte des Regressionsmodells:

Abhängige V: Unkonventionelle Beteiligung								
Unabhängige Variablen	Indikatoren	Modell 0	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6
Jugend	Trennung: Jugendliche/Erwachsene	0,220***	0,117**	0,208***	0,210***	0,153**	0,045	0,057
Einstellung	Postmaterialismusindex		0,441***				0,376***	0,342***
Demokratieunzufriedenheit	Demokratiebeurteilung			0,061				0,066
	Einfluss von Wahlen			-0,164***				
	Wahlbeteiligung			0,085				
Wunsch nach Veränderungen	Beweggründe für Demonstrationen				0,252***			
	Anzahl gewünschter Veränderungen				0,177**			0,113**
Sozialisationsinstanzen	Familie					0,100*		
	Freunde					0,217***		
	Medien					0,208***		0,077
Vorgelagerte Variablen	(Fach-)Hochschulabschluss						0,313***	0,282***
Gesamterklärungspotential (Korrigiertes R-Quadrat)		0,045	0,226	0,085	0,142	0,151	0,310	0,324
Fallzahlen		250	243	243	233	242	233	228

Insgesamt wurden sieben Regressionsmodelle gerechnet. Da wir dem Konzept Jugend die größte Erklärungskraft zusprechen, ist diese folglich in jedem Modell enthalten. Die übrigen Kontrollvariablen werden in Modell 0 – 4 nacheinander einzeln hinzugefügt, um zu messen, ob sich hierdurch der Einfluss des Jugendeffekts verändert.

Im Modell 0 wurde zunächst nur das Erklärungspotenzial der Jugend getestet. Es wird deutlich, dass Jugend allein als Erklärungsfaktor für unkonventionelle Beteiligung nicht hinreichend ist, da hier das Gesamterklärungspotenzial im Vergleich zu den anderen Modellen am geringsten ist. (0,045).

Bei Modell 1 wurde nun zusätzlich zur Jugend die Variable Einstellungen in das Modell aufgenommen. Dadurch nimmt der Jugendeffekt deutlich ab ( $\beta$ : 0,117). Der Postmaterialismus mit einem  $\beta$  von 0,441 erklärt einen vergleichsweise großen Anteil der unkonventionellen Beteiligung und deutet darauf hin, dass Postmaterialismus den Jugendeffekt abschwächt. Mit einem  $R^2$  von 0,226 besitzt dieses Modell ein relativ hohes Gesamterklärungspotenzial, weshalb wir den Einfluss des Postmaterialismus in Modell 5 durch die vermutlich vorgelagerte Variable Bildung überprüfen.

Betrachtet man nun Modell 2, so erkennt man, dass die  $\beta$ -Werte für die Demokratieunzufriedenheit durchgehend verhältnismäßig niedrig sind, weshalb dieses Modell allein keinen hohen Erklärungsfaktor für die unkonventionelle Beteiligung darstellt. Außerdem sind die Indikatoren Demokratiebeurteilung und Wahlbeteiligung in diesem Modell nicht signifikant. Auch weist  $R^2$  einen sehr geringen Wert auf (0,085).

In Modell 3 steigt zwar der  $\beta$ -Wert des Jugendeffekts im Vergleich zu Modell 2 wieder an (0,210) jedoch ist die Stärke der signifikanten Indikatoren „Beweggründe für Demonstrationen“ ( $\beta$ : 0,252) und „Anzahl gewünschter Veränderungen“ ( $\beta$ : 0,177) ähnlich hoch. Die ähnliche Stärke der Indikatoren lässt vermuten, dass sowohl Jugend, als auch das Konzept „Wunsch nach Veränderungen“ einen Einfluss auf die Beteiligung an unkonventionellen Partizipationsformen ausübt. Durch dieses Modell werden 14,2% der Varianz erklärt.

Modell 4 lässt erkennen, dass von den oben beschriebenen Sozialisationsinstanzen vor allem die Freunde und die Medien einen Anteil des Jugendeffekts erklären. Dieser sinkt von einem  $\beta$ -Wert von 0,220 im Modell 0 auf einen  $\beta$ -Wert von 0,153. Während Freunde und Medien einen mittelgroßen, signifikanten Einfluss auf die Beteiligung an unkonventionellen Partizipationsformen haben, wirkt sich die Familie als eher traditionelle Sozialisationsinstanz eher gering, jedoch signifikant, auf die unkonventionelle Beteiligung aus.

Wie zuvor schon angedeutet, wurden in Modell 5 eine Regression mit Jugend, Einstellung und der vorgelagerten Variable Bildung (Fach(hoch)schulreife: ja/nein) gerechnet. In diesem Modell geht der Jugendeffekt sehr weit zurück, nimmt einen  $\beta$ -Wert von 0,045 an und verliert seine Signifikanz. Im Gegensatz dazu steigen die  $\beta$ -Werte von Postmaterialismus (0,376) und der Bildung (0,313), wodurch man diesen nun ein verhältnismäßig hohes Erklärungspotenzial zusprechen kann. Auch das Gesamterklärungspotenzial ist höher als in den vorhergehenden Modellen ( $R^2$ : 0,310). Dieses Modell deutet klar darauf hin, dass nicht die Jugend, sondern Bildung und Einstellungen zu unkonventioneller Partizipation führen.

Das sechste Regressionsmodell wurde mit jeweils einem Indikator aus allen entwickelten Konzepten gefüllt. Die Auswahl erfolgte theoriegeleitet, so wurde für das *Konzept Demokratieunzufriedenheit* Bezug nehmend auf den Deprivationsansatz, der Indikator Demokratiebeurteilung gewählt, sowie für das *Konzept Wunsch nach Veränderung* die Anzahl der gewünschten Veränderungen. Für die *Sozialisationsinstanzen* wurden die Medien als modernes Kommunikationsmittel dem Regressionsmodell hinzugefügt. Betrachtet man nun hier die  $\beta$ -Werte, so wird deutlich, dass der Postmaterialismus und die Variable Bildung immer noch die höchsten Werte aufweisen (0,342 und 0,282) und der Jugendeffekt sehr niedrig ausfällt ( $\beta$ : 0,057). Mit einem  $R^2$  von 0,324 weist dieses Modell ein vergleichsweise hohes Gesamterklärungspotenzial auf, d.h. es erklärt 32,4 % der gesamten Streuung.

Es deutet damit alles darauf hin, dass Bildung und Einstellung, wie im Modell 5 schon gezeigt, die ausschlaggebenden Faktoren zur Erklärung der Beteiligung an unkonventionellen Partizipationsformen sind. Ein weiterer wichtiger Faktor ist der Wunsch nach politischen Veränderungen, der im Gegensatz zur Bildung und den Einstellungen einen geringeren Einfluss hat. Der vermutete Effekt der Jugend verschwindet fast komplett und ist nicht mehr signifikant (vgl. Modell 5). Selbiges lässt sich auch für den Einfluss der Medien beobachten. Dies lässt vermuten, dass Sozialisation nachrangig ist im Vergleich zu Bildung und Einstellungen, was sich auch schon in den deskriptiven Analysen bezüglich elterlicher Förderung von Partizipation abzeichnete.

## 8. Diskussion und Ausblick

---

Zusammenfassend kann man sagen, dass aufgrund der vorausgehenden Analysen nicht der Jugendeffekt allein die unkonventionelle Partizipation erklären kann. Größere Erklärungskraft haben den Analysen zufolge die Faktoren Einstellung und Bildung. Die Hypothese H<sub>1</sub>, Jugend habe einen positiven Effekt auf unkonventionelle politische Partizipation, kann durch unsere Analysen demnach nicht bestätigt werden.

Tendenziell haben Jugendliche eine postmaterialistischere Einstellung als Erwachsene, welche die unkonventionelle politische Partizipation begünstigt. Diese Ergebnisse bestätigen die Thesen H<sub>2</sub> und H<sub>3</sub>. Zudem sprechen die Befunde für Ingleharts Postmaterialismus Ansatz. Durch den Wertewandel liegt bei den Jugendlichen der Fokus eher auf kurzfristigen und flexiblen Beteiligungsformen, welche sie in einer Partei nur schwer verwirklichen können. Mittels punktuellen Engagement wollen sich die Jugendlichen nicht festlegen oder binden lassen, sondern sich individuell beteiligen und somit auch selbst verwirklichen. Folglich ist die Einstellung (Postmaterialismus) einer Person für die Wahl von unkonventionellen Partizipationsformen von großer Bedeutung. Des Weiteren ist ein positiver Effekt von Bildung auf unkonventionelle Partizipation feststellbar, welcher den der Jugend überwiegt.

Im Regressionsmodell wird ebenfalls erkenntlich, dass auch der Deprivationsansatz zur Beantwortung der Forschungsfrage teilweise herangezogen werden kann. Personen, die mit der Demokratie unzufrieden sind und sich zudem viele Veränderungen in der Politik wünschen, partizipieren generell eher unkonventionell als solche, die zufrieden sind. H<sub>5</sub> und H<sub>6</sub> werden demnach bestätigt. Diese Feststellung bezieht sich zwar nicht ausschließlich auf Jugendliche. Dennoch gilt dieser Faktor vermutlich vorwiegend für Jugendliche, da sie in der heutigen Zeit mit neuen bzw. anderen Herausforderungen zu kämpfen haben (z.B. Arbeitsmarktflexibilität). Der Umgang der Jugendlichen mit neuen Herausforderungen in einer Phase der Identitätsbildung lässt sich mit dem psychologisch-pädagogischen Ansatz verknüpfen. Deshalb tendieren sie vermutlich dazu, die Demokratie als negativ zu betrachten und sich viele politische Veränderungen zu wünschen.

Auch die Sozialisation kann zur Beantwortung der Forschungsfrage herangezogen werden. So werden durch die Familie allgemeine Werte und Normen vermittelt, die die Grundlage für ein generelles Engagement bilden. Werden die Jugendlichen dann noch intensiver von ihren Eltern

gefördert oder haben einen Freundeskreis, der sich eventuell mit dem Thema Politik beschäftigt, neigen sie eher dazu, sich politisch zu engagieren. Die Hypothese H<sub>4</sub> kann bestätigt werden, auch wenn der genaue Einfluss einzelner Sozialisationsinstanzen auf die Befragten nicht gänzlich geklärt werden kann. So können die Ansätze der politischen Sozialisation für den Bereich der unkonventionellen Partizipation nicht bestätigt werden, wie in den deskriptiven Analysen bereits gezeigt wurde, da die Prägung durch die Eltern an dieser Stelle für das Primacy-Modell spricht, während die Prägung durch Medien und Freundeskreis eher als Indiz für das Intermediate-Modell herangezogen werden kann.

Man könnte vermuten, dass ein Zusammenhang zwischen den unabhängigen Variablen besteht. Dadurch würde der Effekt der einzelnen Konzepte auf die Beteiligung an unkonventioneller Partizipation überschätzt. Überprüft man jedoch die Regressionsmodelle auf Multikollinearität mit dem Durbin-Watson-Koeffizienten, so fällt auf, dass eine niedrige Kolinearität vorliegt (1,714). Eine Kritik ist in diesem Fall demnach nicht berechtigt.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor für die Beantwortung unserer Fragestellung liegt in der niedrigen Beteiligung der Bamberger Bürger an der Umfrage. Mit 267 Befragten und einem überdurchschnittlich hohen Alter ließe sich einerseits ein altersbedingter Verzerrungseffekt vermuten. Andererseits muss sich die Frage gestellt werden, inwiefern die jugendspezifischen Items (z.B. nach der politischen Prägung in der Jugend) vor allem von den älteren Befragten korrekt beantwortet werden konnten, da eine längere Referenzperiode ein fehlerhaftes Retrieval bedingt.

Die vorliegende Datenlage bietet einen weiteren Angriffspunkt, da es sich hier um eine Querschnittsanalyse handelt. Wollten wir den Einfluss der Jugend auf die politische Beteiligung in Gänze erfassen, müssten die gleichen Personen, die an dieser Erhebung teilnahmen, über Jahre hinweg beobachtet werden. Dabei müsste sukzessiv nach dem beruflichen, familiären, freundschaftlichen und medialen Kontext kontrolliert werden, um mögliche Drittvariableneinflüsse in diesem Bereich auszuschließen. Des Weiteren müssten mögliche Einstellungsänderungen über die Jahre erfasst werden, um deren Einfluss auszuschließen. So könnten neben der Hypothese, Jugend habe einen Einfluss auf unkonventionelle politische Partizipation, auch Ansätze der politischen Sozialisation, insbesondere das Recency-Modell,

überprüft werden. Unsere Forschungsarbeit könnte so als Basis für eine Längsschnittanalyse herangezogen werden.

Schlussendlich lässt sich die Frage, ob Jugendliche eher unkonventionell partizipieren als Erwachsene, nicht mit letzter Deutlichkeit beantworten. Dennoch kann von einer Grundtendenz der Jugendlichen, sich weg von den traditionellen konventionellen Formen der Beteiligung zu engagieren gesprochen werden, die von der persönlichen Einstellung, der Bildung und dem Wunsch nach Veränderung beeinflusst wird.

## Literaturverzeichnis

---

- *Becker, Rolf; Mays, Anja (2003): Soziale Herkunft, politische Sozialisation und Wählen im Lebensverlauf. In: Politische Vierteljahresschrift. 44. Jg., Heft 1/2003. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S.19-40.*
- *Böhm-Kasper, Oliver: (2006) Politische Partizipation von Jugendlichen. Der Einfluss von Gleichaltrigen, Familie und Schule auf die politische Teilhabe Heranwachsender In: W. Helsper, H.-H. Krüger, S. Fritzsche, S. Sandring, C. Wiezorek, O. Böhm-Kasper & N. Pfaff (Hrsg.), Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik , S. 53-74 . Wiesbaden/Verlag für Sozialwissenschaften.*
- *de Rijke, Johann (2009): Politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener. Altes und Neues. In: Hanna Kaspar u. a. (Hrsg.). Politik - Wissenschaft - Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag: Wiesbaden.*
- *Downs, Anthony (1968): Die ökonomische Theorie der Demokratie. Tübingen: J.C.B. Mohr.*
- *Festinger, Rolf (1978): Theorie der kognitiven Dissonanz. Bern u.a.: Huber.*
- *Gaiser, Wolfgang/ de Rijke, Johann (2000):Partizipation und politisches Engagement. In: Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16-29-Jährigen im vereinigten Deutschland. Opladen: Leske+Buderich, S.267-324 .*
- *Gaiser, Wolfgang/ de Rijke, Johann (2001): Gesellschaftliche Beteiligung der Jugend. Handlungsfelder, Entwicklungstendenzen, Hintergründe. Aus Politik und Zeitgeschichte. B 44/2001. S. 8-16.*
- *Gaiser, Wolfgang/ de Rijke, Johann (2007): Partizipation junger Menschen – Trends in Deutschland und der europäischen Kontext. Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, 2. Jg. 4-2007. S.421-438.*
- *Gurr, Ted (1970): Why Men Rebel? Princeton: Princeton University Press.*

- *Hadjar, Andreas und Rolf Becker, 2007: Unkonventionelle politische Partizipation im Zeitverlauf – Hat die Bildungsexpansion zu einer politischen Mobilisierung beigetragen? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 59, Heft 3. Köln: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 410-439.*
- *Hopf, Christel ;Hopf, Wulf (1997): Familie, Persönlichkeit, Politik. Eine Einführung in die politische Sozialisation. Weinheim u.a.: Juventa-Verlag.*
- *Inglehart, Ronald (1977): The silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics. Princeton: Princeton University Press.*
- *Keupp, Heiner (2006): Identitätskonstruktionen, das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne. Hamburg: Rowohlt.*
- *Moser, Sonja (2010): Beteiligt sein: Partizipation aus der Sicht von Jugendlichen. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.*
- *Niedermayer, Oskar (2000): Parteimitgliedschaften: Zustand und Perspektive. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. 51. S.100.*
- *Putnam, Robert D., 2000: Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York: Simon and Schuster.*
- *Rattinger, Hans (2009): Einführung in die politische Soziologie. München: Oldenbourg.*
- *Reinders, Heinz (2003): Politische Sozialisation in der Adoleszenz. Eine Re-Interpretation quantitativer Längsschnittstudien in Deutschland. In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie. 35. Jg. Heft 2/2003.Göttingen: Hogrefe-Verlag, S.98-110.*
- *Rippl, Susanne (2008): Politische Sozialisation. In: Hurrelmann, Klaus et. al. (Hrsg): Handbuch Sozialisationsforschung. 7.Auflage. Weinheim u.a.: Beltz-Verlag, S 443-457.*
- *Runciman, Walter (1966): Relative Deprivation and social injustice. London: Routledge&Kegan Paul.*



Otto-Friedrich-Universität Bamberg

**Professur für Methoden der empirischen Sozialforschung und Wissenschaftstheorie**

Prof. Dr. Martin Kroh / Dr. Britta Knauer / Dipl.-Soz. Sebastian Wiesnet

Soziologisches Forschungspraktikum 2009/2010

**Welche Gründe führen dazu, dass Personen politisch konsumieren?**

Verfasser: Team 08

Senia Klein, Julia Lenhart, Stephanie Nicole Mohneke, Raffaella Then, Anja

Wüst

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorbemerkung</b> .....	<b>3</b>
<b>I. Politik mit dem Einkaufswagen</b> .....	<b>4</b>
1. Politisierung des Privaten? .....	4
2. Der politische Einkauf als unkonventionelle Partizipationsform.....	5
<b>II. Forschungsstand in der Literatur</b> .....	<b>6</b>
1. Umweltorientiertes Konsumverhalten .....	6
2. Wertesystem und Konsumpraktiken.....	7
<b>III. Theoretische Basis und Hypothesen</b> .....	<b>9</b>
1. Theoretische Annahmen.....	9
2. Drei Ausprägungen des Einkaufsverhaltens: konventionell, alternativ oder politisch.....	9
3. Zusammenhang theoretischer Konzepte.....	11
3.1. <i>Zwei konkurrierende Erklärungen für den politischen Konsum</i> .....	12
3.2. <i>Hypothesenbildung</i> .....	13
<b>IV. Grundlagen der Untersuchung</b> .....	<b>14</b>
1. Datenbasis.....	14
2. Experteninterviews.....	15
3. Hauptuntersuchung.....	15
<b>V. Charakterisierung des politischen Konsumenten – statistische Auswertungen</b> ...	<b>16</b>
1. Dimensionen des Konsums.....	16
2. Erklärende Faktoren für den politischen Einkauf – ein Regressionsmodell....	19
<b>VI. Ergebnisse</b> .....	<b>21</b>
<b>VII. Problematiken und Kritik</b> .....	<b>23</b>
1. Problematiken der Hauptuntersuchung und deren Auswirkungen.....	23
2. Problematik der Fragebogenkonstruktion und deren Auswirkungen.....	24
<b>VIII. Ausblick und Fazit</b> .....	<b>25</b>
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>26</b>
<b>Anhang</b> .....	<b>27</b>

### **Vorbemerkung**

Die vorliegende Arbeit ist als Teilprojekt im Rahmen des Forschungspraktikums 2009/2010 zum Thema Politische Partizipation an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg entstanden.

## **I. Politik mit dem Einkaufswagen**

### **1. Politisierung des Privaten?**

Im Zusammenhang mit den von uns alltäglich konsumierten Produkten gibt es Missstände und viele Menschen sind sich dessen augenscheinlich nicht bewusst. Ein Artikel der „Zeit-Online“ macht deutlich, dass sich Medien zunehmend mit konsumrelevanten Themen auseinandersetzen und hierdurch vermutlich Menschen dazu anregen, den eigenen Konsum zu überdenken.

*„Niemand will Gammelfleisch im Döner oder Genreis im Risotto. Niemand will, dass Textilarbeiterinnen, während sie uns eine Hose nähen, von einstürzenden Fabrikteilen erschlagen werden, wie das im April 2005 in Bangladesch geschehen ist. Niemand will, dass beim Anbau der Baumwolle für unsere Kleider jedes Jahr Zehntausende von Bauern an Pestizidvergiftungen sterben. Auch keine Taschentücher aus Urwaldholz oder Teppiche, die von Achtjährigen geknüpft wurden (246 Millionen Kinder arbeiten weltweit für ihren Lebensunterhalt). Niemand will das alles, und trotzdem werden diese Waren gekauft.“ (Zeit-Online, 2006).*

Kurz zusammengefasst impliziert das Zitat, dass Themen wie Umweltschutz, Tierschutz, faire Produktionsbedingungen und auch Menschenrechte eng mit unserem Konsum verbunden sind. Dass ein Großteil der Menschen dennoch konventionell produzierte Produkte kauft, lässt die Frage aufkommen, auf welcher Basis sich ein solches Konsumverhalten entwickelt und unter welchen Gegebenheiten ein Umdenken möglich wird. Als Grundlage unserer Arbeit dient uns somit der Begriff des „politischen Konsums“. Wir beziehen uns dabei auf Stolle et al., nach denen dieser sich durch „ethisch[e] und politisch[e] Überlegungen bei der Wahl von Herstellern und Produkten durch den Verbraucher“ auszeichnet. Drei Merkmale müssen hierbei vorhanden sein: die tatsächliche Boykott-, bzw. Buykott-Handlung (also ein bewusster Nicht-Kauf bzw. ein bewusster Kauf von Produkten), die Kenntnis des politischen Hintergrundes von Kampagnen und das regelmäßige Praktizieren dieser Handlung (vgl. Stolle/Hooghe/Micheletti 2003: S. 154). Eine weitere Definition nach Micheletti u.a. (Micheletti 2003, Micheletti, Follesdal & Stolle 2004) sieht im Akt des politischen Konsums eine explizit motivierte Kaufentscheidung, die sich durch die Nutzung von exit-, voice- und loyalty- Entscheidungen auf dem Markt, bewusst und absichtsvoll auf eine Politik hinter den Produkten beziehen. Eine solche Kaufentscheidung

beachtet nicht nur private Interessen, sondern es wird auf Ungerechtigkeiten der Ordnungen des globalen Handelns geachtet. Im Vergleich zu anderen Formen der Beteiligung ist der Konsum sporadischer, alltagsnäher, für Akteure kosteneffizienter und überwiegend von Frauen getragen (Lamla, 2006). Um das Vorhandensein des politischen Konsums quantifizierbar zu machen, ist vorerst eine qualitative Differenzierung von Motivkonstellationen der Konsumenten erforderlich (Lorenz, 2006).

Ziel dieser Arbeit ist es den politischen Konsum von anderen Konsumarten abzugrenzen indem herausgearbeitet wird, welche Gründe die Wahl des politischen Konsums als Partizipationsform hat. Auf den Ergebnissen aufbauend können Handlungsansätze für die weitere Verbreitung des politischen Konsums entwickelt werden.

## 2. Der politische Einkauf als unkonventionelle Partizipationsform

Nach einer Definition von Klingemann (1985) unterscheiden sich konventionelle und unkonventionelle Partizipation anhand des Grades ihrer gesellschaftlichen Legitimität. Im Gegensatz zur Definition aus den 1980ern unterscheidet eine Definition Hadjars und Beckers aus dem Jahre 2006 sich nicht mehr anhand der Legalität beziehungsweise Legitimität sondern lediglich anhand einer fehlenden Institutionalisierung und Verfasstheit. Beiden genannten Definitionen liegt als Abgrenzung zur konventionellen Partizipation die fehlende Institutionalisierung zugrunde. Der politische Einkauf zählt zum Bereich der legalen unkonventionellen Partizipation, da er weder illegal noch illegitim ist. Aufgrund seiner geringen „Sichtbarkeit“ wird der politische Konsum aber nicht bei allen Definitionen unkonventioneller Partizipation berücksichtigt.

*Abb. 1: Unterscheidungskriterien konventioneller und unkonventioneller Partizipation*

<b>Konventionelle Partizipation</b>	<b>Unkonventionelle Partizipation</b>
legitim	nur teilweise legitim
legal	legal
institutionalisiert	nicht institutionalisiert

Im Folgenden soll eine kurze Orientierung über den weiteren Verlauf der vorliegenden Arbeit gegeben werden.

Zu Beginn möchten wir den gegenwärtigen Forschungsstand anhand der aktuellen Literatur darstellen, um zu verdeutlichen, dass die vorliegende Studie einen Beitrag im Bereich des

Kenntnisstandes bezüglich des politischen Konsums als unkonventionelle politische Partizipationsform darstellt (II). Anschließend wird zuerst die theoretische (III) und darauf folgend die methodische Basis dargestellt (IV).

Die Ergebnisse der statistischen Analysen (V+VI) zeigen schließlich auf, welche Ursachen die Wahl des politischen Konsums als Partizipationsform hat beziehungsweise anhand welcher Merkmalskombinationen sich alternative und politische Konsumenten beschreiben lassen. Im Abschnitt VII wird auf die Problematiken der Untersuchung eingegangen, welche auch als Anreiz für weitere Untersuchungen zu dem Thema aufgefasst werden sollen. Abschließend wird ein Fazit gezogen und Ausblick in die Zukunft gegeben (VIII).

## **II. Forschungsstand in der Literatur**

Allgemein wurde unser Forschungsgegenstand bisher nur partiell abgedeckt. So wird auch die Frage, anhand welcher Merkmale sich ein politischer Konsument in Abgrenzung zu anderen Konsumententypen auszeichnet und was diese Merkmalskombination entstehen lässt, in der Literatur kaum behandelt.

Es werden lediglich durch überwiegend ökonomische Forschungen zum Einen Aussagen zu einem umweltorientierten Konsumverhalten getroffen und zum Anderen Zusammenhänge zwischen dem sich intergenerational wandelnden Wertesystem und veränderten Konsumpraktiken verdeutlicht.

### **1. Umweltorientiertes Konsumverhalten**

Nach Ell (1992: 54; so gesehen in Schuster, 1992: 55) weisen Ergebnisse aus der ökologieorientierten Konsumentenforschung darauf hin, dass Umwelthandeln dann eher beobachtet werden kann, wenn entsprechende soziale Normen in dem Umfeld, in dem der einzelne integriert ist, herrschen. Diese Beobachtung lässt sich auf das Referenzgruppenmodell übertragen, welches zwei Ansatzpunkte zur Erklärung des ökologieorientierten Konsumentenverhaltens nahe legt. Indem Referenzgruppen dem Konsumenten einen Vergleichsmaßstab für das eigenen Handeln liefern oder normativ (Wertvorstellungen und Meinungen) auf ihn einwirken, können ökologieorientierte Verhaltensweisen ausgelöst werden. Insgesamt ist bei diesem Modell festzuhalten, dass Umwelthandeln und innere Überzeugungen und Einstellungen nicht unabhängig vom sozialen Umfeld gesehen werden können (Schuster, 1992: 57-59).

Neben dem gegenwärtigen sozialen Umfeld ist auch die Sozialisation ein wichtiger Faktor zur Erklärung der Entstehung von Umweltbewusstsein. Hier werden unter anderem

umweltorientierte Werte und Einstellungen vermittelt, aber auch das Wissen über die Umweltsituation beeinflusst.

Auch die persönliche Betroffenheit, durch belastetes Trinkwasser oder Lebensmittel beispielsweise, kann als Erklärungsfaktor für die Entstehung von Umweltbewusstsein, das wiederum zu ökologieorientiertem Konsum führt, heran gezogen werden.

Aber selbst wenn der Konsument sich selbst in der Verantwortung sieht, so wird er erst tätig werden, wenn er Möglichkeiten des umweltorientierten Verhaltens kennt und wenn er glaubt, dass dieses Handeln tatsächlich zur effizienten Lösung des Umweltproblems geeignet ist.

Wahrnehmbar ist das ökologieorientierte Handeln aus Überzeugung durch die Inkaufnahme höherer Preise für umweltverträgliche Produkte oder den Verzicht auf umweltbelastende Produkte. (Schuster, 1992: 76)

Bezüglich der Erklärungskraft soziodemographischer Merkmale eines Konsumenten gibt es Anhaltspunkte in der Literatur, dass die soziodemographische Struktur umweltbewusster Konsumenten kaum ein Erklärungspotential für ihr Einkaufsverhalten liefern kann (Monhemius, 1993: 86). Diese wirkt lediglich implizit im Zusammenhang mit dem Wertesystem auf den Konsum ein.

## **2. Wertesystem und Konsumpraktik**

Als wichtige Ursache für die Wahl des politischen Konsums als Partizipationsform gelten unter anderem die Einstellungen einer Person. Um den Zusammenhang zwischen politischem Einkauf und zugrunde liegenden Einstellungen analysieren zu können, ist zunächst eine Begriffsdefinition und Begriffseingrenzung nötig.

Eine Einstellung wird als Tendenz, auf einen Stimulus auf eine bestimmte Weise zu reagieren, beschrieben und gilt als nicht direkt beobachtbar. Es handelt sich also um Dispositionen. In der von uns recherchierten Literatur assoziieren die Autoren mit Einstellung Werte und Normen, Ideologie und Parteiidentifikation, politisches Interesse und Meinungen und Zufriedenheit oder Vertrauen in ein politisches System. Einige der genannten Punkte beeinflussen sich wechselseitig wie beispielsweise Ideologie und Meinung oder aber auch fehlendes Vertrauen in das politische System und Parteiidentifikation (vgl. Steinbrecher 2009: 59 ff.).

In einem Zug mit Einstellungen wird häufig auch das Wertesystem genannt. Man kann laut Windhorst (1985: 32f.) davon ausgehen, dass Werte die generellen Zielvorstellungen eines Käufers beeinflussen, und Einstellungen bei der konkreten Produktwahl eine Rolle spielen.

Werte lassen sich in verschiedene Systeme gliedern und ihre Entstehung und Veränderung kann in Abhängigkeit verschiedener Faktoren konstruiert werden. Einer der Pioniere auf dem Forschungsfeld „Wertewandel“ ist Ronald Inglehart (19: 68-70). Dieser stellte die These auf, dass es in Folge von Generationswechseln seit dem 2. Weltkrieg zu einem Wertewandel weg von materialistischen und hin zu postmaterialistischen Werten kam. Materialistische Werte definiert Inglehart als Streben nach Leistung, Sicherheit, Aufstieg, Stuserhalt und Prestige sowie Akzeptanz sozialer Ungleichheit. Materialistische Erwartungen an den Staat sind Wirtschaftswachstum und Sicherheit gegen innere und äußere Feinde. Postmaterialistische Werte definiert er als Streben nach Selbstentfaltung, Lebensqualität, Humanität, Mitbestimmung, (ethnischer) Pluralität und Emanzipation. Postmaterialistische Erwartungen an den Staat sind neue Politikschwerpunkte wie Umweltschutz oder Frieden und politisches Mitspracherecht.

Mit diesen Annahmen verknüpft Inglehart die Sozialisationshypothese. Demnach haben Umweltbedingungen während der Sozialisationsphase einen Einfluss auf das angenommene Wertesystem. Diese Werte werden in der formativen Phase erworben und bleiben im Laufe des Lebenszyklus relativ stabil. Das Aufwachsen in materieller Not fördert die Ausbildung eines materialistischen Wertesystems. Somit sorgte der zunehmende Wohlstand seit dem 2. Weltkrieg zu einem sich immer weiter verbreitenden postmaterialistischen Wertesystem. Personen mit einem weitgehend materialistischen Wertesystem pflegen eine eher konservative Einstellung und bevorzugen daher konventionelle Partizipationsformen, während Personen mit einem postmaterialistischen Wertesystem eher dazu neigen auch unkonventionelle Beteiligungsformen zu wählen (Inglehart, 1977: 68-70).

Als weiterer wichtiger Einflussfaktor, der die Form und Stärke der politischen Beteiligung beeinflusst, ist das Sozialkapital zu nennen. Hierunter versteht man eine Summe von Faktoren die das Zusammenleben und somit die gesellschaftliche Entwicklung fördern. Dazu gehören zwischenmenschliches Vertrauen, Werte und Normen der Gemeinschaft und soziale Netzwerke (Steinbrecher, 2005: 59).

Andere Ergebnisse zeigten, dass Personen mit extremistischer Einstellung dazu tendieren, sich unkonventioneller Beteiligungsformen zu bedienen (Krimmel, 2005: 629). Des Weiteren wurde festgestellt, dass Anhänger des tendenziell linken Spektrums eher zu unkonventionellen Partizipationsformen neigen, als Bürgerliche. Zur Erklärung kann hier wieder das Wertesystem herangezogen werden.

Zusätzlich zu den Befunden der Literatur möchten wir im Folgenden unsere eigenen Überlegungen zum Zusammenhang zwischen Konsumentenverhalten und bestimmten Einstellungen und Werten darstellen.

### **III . Theoretische Basis und Hypothesen**

#### **1. Theoretische Annahmen**

Drei Typen des Einkaufsverhaltens lassen sich nach unseren theoretischen Annahmen voneinander unterscheiden: der konventionelle Einkauf, der alternative Einkauf und der politische Einkauf.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass sich unserer Studie auf den Konsum von Lebensmitteln beschränkt. Ein umfassenderer Konsumbegriff hätte unserer Erwartung nach zu anderen Ergebnissen geführt, da der politische Konsum von Lebensmitteln „einfacher“ umzusetzen ist, als derjenige von Kleidung und anderen Alltagsgegenständen wie beispielsweise Mobiltelefonen. Die im weiteren Verlauf folgenden Definitionen und Theorien sind also auf den politischen Konsum von Lebensmitteln spezifiziert.

#### **2. Drei Ausprägungen des Einkaufsverhaltens: konventionell, alternativ oder politisch**

Ein konventioneller Einkäufer ist derjenige, der beim Einkauf nicht auf Probleme wie Umweltschutz, Tierschutz und faire Produktionsbedingungen achtet. Er kann nur insofern bewusst konsumieren, als dass er auf niedrige Preise und Geschmack achtet.

Schwieriger stellt sich die Unterscheidung zwischen dem alternativen und politischen Einkauf dar, da sie sich in ihrem Resultat, also in ihrer Produktwahl, nicht stark voneinander unterscheiden. Der Einkauf erfolgt hier allerdings aus unterschiedlicher Motivation; alternative Konsumenten kaufen vor allem Bio-Produkte und saisonale Produkte. Ihre Motivation ist hierbei das Interesse an Gesundheit und Fitness, sowie Lebensmittelsicherheit und ein besserer Geschmack.

Ein politischer Konsument bezieht ebenso wie der alternative Einkäufer Bio-Produkte und saisonale Produkte. Weiterhin achtet er aber auch stark auf ökologische Nachhaltigkeit, auf Umweltschutz und er unterstützt lokale Unternehmen. Er kauft also, wie oben bereits beschrieben auf Grund von ethischen und politischen Gründen ein. Sein Ziel ist es, Missstände durch einen bewussten Einkauf beziehungsweise Boykott von Produkten zu verändern. (Vgl. Stolle/Hooghe/Micheletti 2003: S. 154)

Ein weiterer zentraler Unterschied zwischen den beiden zuletzt definierten Konsumarten wird durch den Kollektiv-Bezug deutlich; ein wie oben definierter politischer Konsument, wird

erst dann wirklich zu einem politischen Konsumenten, wenn er einen Gemeinschaftswert verinnerlicht und das, was er tut nach außen kommuniziert, auf welche Weise dies auch geschieht.

Egal ob er in der Familie durch sein Handeln Vorbild ist, einen Blog im Internet schreibt, in einer Lebensmittelkooperative Aufklärungsarbeit leistet oder sich mit seinen Freunden über Produktionsbedingungen unterhält – er erschafft eine Verbindung zur Gemeinschaft. Durch diese Verbindung mit anderen Gesellschaftsmitgliedern wird er auch die Effektivität seines Handelns größer einschätzen und an die Verbrauchermacht glauben, welche, wie weiter unten zu sehen sein wird, eine zentrale unabhängige Variable in unserem hypothetischen Zusammenhangsmodell von den politischen Konsum beeinflussenden Variablen darstellt. Weiterhin sind die Kategorien Mobilisierung, Sozialisation und Netzwerke hier wichtig, da über diese Mechanismen ein Kollektiv-Bezug hergestellt wird und der „alternative“ Konsument auch zum politischen Konsumenten wird.

Wer hingegen seine Einstellungen und sein Handeln nicht nach außen kommuniziert und bezüglich dieses Themas keinen Kollektiv-Bezug und kein „Kollektiv-Bewusstsein“ hat, wird eher das Gefühl haben, sein Handeln sei ineffektiv und Verbrauchermacht sei eine Illusion. Das Gefühl, als einzelner Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung zu tragen, kann nicht zustande kommen, wenn die Kommunikation nicht die Brücke zwischen Individuum und Gesellschaft schlägt. Tendenziell lässt sich sagen, dass der politische Konsument diese Brücke begeht.

Abb.2: Die drei Typen des Lebensmitteleinkaufs

	<b>Konventioneller Einkäufer</b>	<b>Alternativer Einkäufer</b>	<b>Politischer Einkäufer</b>
Bewusstsein für Umweltschutz und Produktionsbedingungen	Gar nicht	gering	hoch
Interesse an Gesundheit und Lebensmittelsicherheit	kaum	hoch	hoch
Kauf von Bio- und saisonalen Produkten	nein	ja	ja
Unterstützung lokaler Märkte	nein	nein	ja
Information über Herstellung	nein	ja	ja
Information über Handelsbedingungen	nein	nein	ja
Kommunikation der politischen Kaufhandlung und Aufklärungsarbeit	nein	nein	ja
Einschätzung der Effektivität politischen Konsums	Gar nicht	gering	hoch

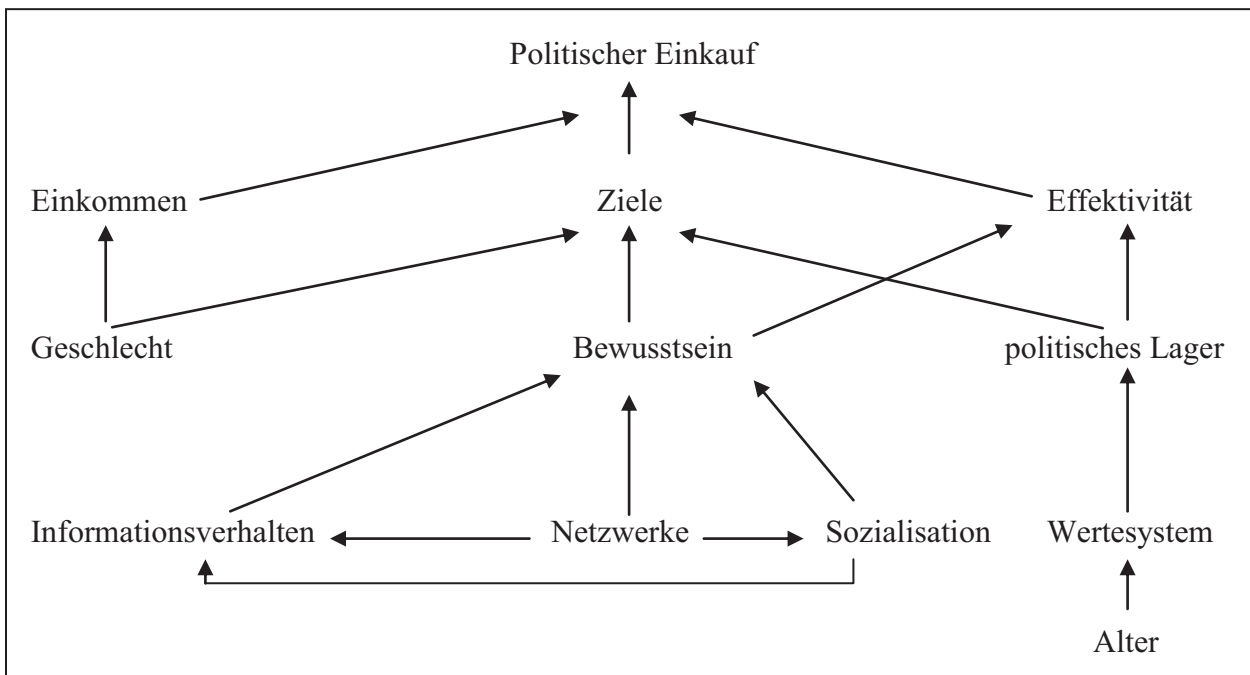
Abbildung 2 verdeutlicht, dass die drei Konsumententypen nicht trennscharf, aber dennoch klar voneinander abgrenzbar sind.

Diese Kategorisierung und die Befunde der Literatur lassen sich zu einem Zusammenhangsmodell verdichten.

### **3. Zusammenhang theoretischer Konzepte**

Wir stellen zunächst ein Modell auf, das die Zusammenhänge zwischen verschiedenen theoretischen Konzepten im Überblick darstellt (vgl. Abb. 1). Das Modell beinhaltet Hypothesen über den Zusammenhang zwischen politischem Konsum, Einstellungen und Werten sowie relevanten Drittvariablen.

Abb. 3: Modell zu Ursachen des politischen Einkaufs



### 3.1. Zwei konkurrierende Erklärungen für den politischen Konsum

Auf die Frage nach den Faktoren, die bestimmen, ob eine Person politisch einkauft oder nicht, gibt es zunächst zwei nahe liegende Erklärungen: Zum einen ist das Bewusstsein der Person über die Problemlage und Handlungsmöglichkeiten entscheidend. Missstände bei der Lebensmittelproduktion so wie deren negative Einflüsse auf Umwelt und Lebenswelt der Menschen müssen dem Konsumenten überhaupt bewusst sein, damit er sich für eine bestimmte Form des Konsums entscheiden kann. Auch muss ein Bewusstsein darüber bestehen, dass der Einkauf eine Form der politischen und gesellschaftlichen Beteiligung ist, also ein unkonventioneller „Gang zum Wahllokal“. Um eine Entscheidung treffen zu können, müssen die Alternativen bekannt sein, d.h. Kenntnisse über die Lebensmittelbranche sind Voraussetzung dafür, eine bewusste Kaufentscheidung treffen zu können.

Diesen Sachverhalt fassen wir im Folgenden unter dem Konzept „Bewusstsein“ zusammen.

Die zweite Erklärung besteht darin, dass politischer Einkauf nur möglich ist, wenn eine Person über die Ressource Geld (und Zeit) verfügt. Bekanntlich sind Fair gehandelte und umweltschonend produzierte Produkte teurer als Massenware, so dass das Einkommen einer Person bei der Wahl der Produkte entscheidend sein kann. Auch die Zeit, die zur Information

aufgewendet wird, spielt sicherlich eine Rolle, die wir bei den nachfolgenden Analysen allerdings vernachlässigen müssen.

In gewisser Weise konkurrieren beide Erklärungsansätze miteinander. Ist bei der Entscheidung zum politischen Kauf das Einkommen oder das Bewusstsein maßgebliche Einflussgröße?

### **3.2. Hypothesenbildung**

H1) Entscheidend für den politischen Einkauf ist das Bewusstsein des Konsumenten, das zu Zielen wie Umweltschutz und fairem Handel führt.

Des Weiteren stellen wir in Anlehnung an das Modell folgende Hypothesen über den Zusammenhang der abhängigen Variable „politischer Einkauf“ mit verschiedenen unabhängigen Variablen (Einstellungen und sozioökonomische Variablen) auf:

H2) In Anlehnung an Inglehart's Konzeption postmaterialistischer Werte gehen wir davon aus, dass Personen, die den Kategorien „Postmaterialist“ oder „Postmaterialistischer Mischtyp“ zugeordnet werden auch eher zum politischen Einkauf neigen.

H3) Da die postmaterialistischen Ziele eher im linken politischen Spektrum vertreten werden, gehen wir davon aus, dass Menschen, die sich diesem politischen Lager zugehörig fühlen eher politisch einkaufen und diese Form der Beteiligung für effektiver halten.

H4) Ein postmaterialistisches oder materialistisches Wertesystem bildet sich über die Sozialisation. Wir gehen also davon aus, dass die Einflüsse des Elternhauses und die Erlebnisse in der Jugendzeit entscheidend dafür sind, ob sich ein Bewusstsein über die Problemlage entwickelt und über damit zusammenhängende Zielvorstellungen der politische Einkauf als Partizipationsform gewählt wird.

H5) Entscheidend für die Entwicklung eines Bewusstseins ist auch die Kommunikation und somit der Grad der Eingebundenheit in Netzwerke sowie das generelle Informationsverhalten.

H6) Sozioökonomische Hintergrundvariablen können als Drittvariablen immer eine konkurrierende Erklärung liefern: Einkommen beeinflusst zwar nicht die Entscheidung für

den politischen Einkauf, aber die Möglichkeit der Umsetzung; das Alter beeinflusst das Vorhandensein eines bestimmten Wertesystems und die Zugehörigkeit zu einem politischen Lager.

H7) Bei der Unterscheidung zwischen alternativem und politischen Konsum gehen wir davon aus, dass das maßgebliche Kriterium die Kommunikation der eigenen Kaufhandlung nach außen ist, sei es über Netzwerke, Sozialisation oder Organisationen.

#### **IV. Grundlagen der Untersuchung**

##### **1. Datenbasis**

Die empirischen Analysen unserer Forschungsfrage basieren sowohl auf qualitativen Daten als auch auf quantitativen Daten.

Die qualitativen Daten wurden in Form von zwei Experteninterviews erhoben. Dazu wurde zum einen eine Mitarbeiterin eines Dritte Welt Ladens und zum anderen ein Mitglied einer Lebensmittelkooperative als Experten herangezogen. Ziel der beiden Befragungen war die Aneignung von differenzierterem Wissen zu dem speziellen Thema des „Politischen Konsums“ und den dazugehörigen Einstellungen.

Die quantitativen Daten wurden hingegen durch eine Querschnittsstudie, in Form von einer standardisierten Befragung der Bamberger Bevölkerung, gewonnen. Der Erhebungszeitraum erstreckte sich dabei vom 10.02.2010 bis zum 19.04.2010. Die Grundgesamtheit bildeten alle Bamberger Bürger, die zu dem Zeitpunkt der Befragung mindestens 18 Jahre alt waren und ihren Erstwohnsitz in Bamberg gemeldet hatten. Die Stichprobenziehung erfolgte auf Basis von Privatadressen durch ein zufälliges Auswahlverfahren. Die Brutto-Stichprobe umfasste einen Umfang von N=1000 Personen. Diese Untersuchungspersonen wurden bereits vor der Befragung durch ein Anschreiben kontaktiert. Nach der telefonischen oder persönlichen Kontaktaufnahme zur Vereinbarung eines Interviewtermins fand die Befragungen in der Regel persönlich (face-to-face) in dem Haushalt der Befragungsperson oder an einem durch die Befragungsperson ausgewählten öffentlichen Ort statt. Nur in Ausnahmefällen fand bei ausdrücklichem Wunsch ein Telefoninterview statt, auf welches der Fragebogen jedoch nicht zugeschnitten war.

##### **2. Experteninterviews**

Ziel der Experteninterviews war es fundiertes Wissen über den politischen Einkauf bzw. den politischen Einkäufer und dessen Einstellungen zu gewinnen. Die beiden geführten

Interviews waren thematisch gleich aufgebaut. Diese Inhalte sollen im Folgenden beschrieben werden.

Zunächst einmal gingen wir der Abgrenzung unterschiedlicher Konsumformen nach. Wir wollten herausfinden, ob sich unsere Theorie der drei Einkaufstypen (konservativ, alternativ, politisch) in der Realität bewahrheitet und ob eine Abgrenzung möglich ist.

Des Weiteren sollten die Ziele von politischen Einkäufern näher beleuchtet werden. In diesem Rahmen versuchten wir außerdem der Frage nachzugehen, durch welche Charakteristiken sich ein politischer Einkäufer auszeichnet. Dabei ging es zum Beispiel um die Einordnung in ein politisches Spektrum und zu einem Wertesystem (Materialist versus Postmaterialist), seine Überzeugungen, seine Einstellungen und ob überhaupt *der typische* politische Einkäufer existiert. Zudem kam zur Sprache, ob der politische Einkäufer im Laufe der Zeit einen Wandel durchlebte.

Neben diesen Charaktereigenschaften von politischen Einkäufern sind jedoch auch Gründe, die Menschen vom politischen Einkauf abhalten, für uns von Interesse. So wollten wir in Erfahrung bringen, beispielsweise die Einschätzung der Effektivität dieser politischen Beteiligung oder das Geld einen Einflussfaktor darstellen und welche Rolle sie insgesamt einnehmen.

Ferner erkundigten wir uns nach weiteren Faktoren, welche die Entscheidung für oder gegen den politischen Einkauf beeinflussen. Der Fokus wurde hier auf die Sozialisation, die (sozialen) Netzwerke, die Mobilisierung, sowie die Bildung gelegt. Zu guter Letzt erhielten wir eine Trendaussicht für die Entwicklung des politischen Einkaufs.

### **3. Hauptuntersuchung**

Als abhängige Variable „politischer/ alternativer Einkauf“ fungierten der Boykott bzw. der bewusste Einkauf von Produkten, welche mit den folgenden beiden Items im Fragebogen erhoben werden:

1. Boykott von Produkten aus politischen, moralischen oder Umweltgründen
2. Bewusste Entscheidung für den Kauf bestimmter Produkte (z.B. fair trade) aus politischen, moralischen oder Umweltgründen

Die beiden Fragen beziehen sich auf die Aktivität der letzten zwei Jahre. Die Antwortkategorien beider Items bestehen aus „Habe ich genutzt“, „Habe ich nicht genutzt, würde ich nutzen“ und „Habe und Würde ich nicht nutzen“.

Die in Abb. 3 (siehe oben) aufgeführten Dimensionen, welche den politischen Einkauf beeinflussen, stellen die unabhängigen Variablen dar. Hinzu kommt die Variable ‚Kommunikation‘, welche in dem Modell nicht direkt aufgeführt wurde. Tabelle 1 enthält die jeweiligen Dimensionen mit den sie messenden Items.

*Tabelle 1: Operationalisierung der theoretischen Konzepte in der Hauptuntersuchung 2010*

<b>Theoretische Konzepte</b>	<b>Items</b>
Ziele	Günstiges Angebot als Auswahlkriterium des Anbieters Umweltschutz als Kriterium beim Einkauf Tierschutz als Kriterium beim Einkauf Produktions- und Handelsbedingungen als Kriterium beim Einkauf Niedriger Preis als Kriterium beim Einkauf Vertrauen in Supermärkte
Effektivität	Einschätzung des Einflusses von Boykott/ bewusstem Einkauf auf die Politik
Politisches Lager	Links-Rechts-Selbsteinstufung
Wertesystem	Materialismus/Postmaterialismus-Index
Bewusstsein	Wichtigkeit polit. Änderungen beim Umweltschutz Parteimitgliedschaft bei den Grünen
Informationsverhalten	Politischen Teil der Zeitung lesen Fernsehnachrichten Radionachrichten Internetrecherche über polit. Themen Gespräche mit Freunden/Bekanntem über Politik
Kommunikationsverhalten	Kommunikation über Umwelt-/Tierschutzpolitik Aktive Mitgliedschaft in einer Umwelt-/ Tierschutzorganisation Aktive Mitgliedschaft in der NGO
Geschlecht	
Alter	
Einkommen	Geschätztes Haushaltseinkommen

## **V. Charakterisierung des politischen Konsumenten – statistische Auswertungen**

### **1. Dimensionen des Konsums**

Um eine empirische Einordnung des Konsumenten in die drei Käufertypen – den konventionellen, den alternativen und den politischen Konsumenten – möglich zu machen, müssen als Nächstes die Dimensionen des Kaufverhaltens betrachtet werden. Ziel ist es, über die Ausprägungen auf den zugehörigen Skalen eine exakte Einordnung in diese Typen zu ermöglichen. Mittels einer Faktorenanalyse untersuchen wir dazu die Items zu der generellen Konsumhaltung, den Auswahlkriterien bei der Lebensmittelanbieterwahl und das Vertrauen in die Lebensmittelanbieter.

Zunächst bietet sich eine Faktorenanalyse mit Eigenwertskriterium an. Diese schlägt eine 5-faktorielle Lösung mit einer gesamten Varianzerklärung von 58,19% vor. Die Kommunalitäten nach der Extraktion erreichen mittlere bis hohe Werte, abgesehen von dem Item „breites Angebot“ mit einem Wert von 0,28, weswegen über dessen Ausschluss aus der gesamten Analyse nachzudenken ist. Die fünf Faktoren lassen sich wie folgt beschreiben:

- 1. Nachhaltigkeit** – Erfolgt der Einkauf nach Kriterien, die dem Käufer nicht unmittelbar zu Gute kommen, zum Beispiel Tier- und Umweltschutz? Im Gegensatz zu „privaten“ Interessen geschieht eine Handlung hier zugunsten Anderer und auch zukünftiger Generationen.
- 2. Sparsamkeit** – Nimmt der Käufer nicht mehr Kosten als nötig auf sich? Von einem sparsamen Einkäufer ist zu erwarten, dass er unabhängig von seinen finanziellen Möglichkeiten immer das möglichst billige Angebot wählt. Da zum Beispiel fair gehandelte und Bio-Produkte oft einen vergleichsweise höheren Preis haben, ist das Merkmal Sparsamkeit typisch für einen konventionellen Einkäufer. Alternative und politische Konsumenten hingegen sind bereit, im Austausch gegen andere Kriterien auch einen höheren Preis zu zahlen.
- 3. Vertrauen** – Spielen persönliche Nähe und Bekanntschaft beim Einkauf eine Rolle? Darin äußert sich ein Gemeinschaftswert, der zu den gesamtgesellschaftlichen Interessen des politischen Konsumenten passt.
- 4. Luxus** – Gönnen sich Konsumenten gerne mehr, als unbedingt notwendig? Eine hohe Ausprägung in dieser Dimension sagt aus, dass der Kauf von Nahrungsmitteln nicht ausschließlich auf den Aspekt der Ernährung reduziert wird, sondern auch zusätzliche Kriterien eine Rolle spielen. Dies können beispielweise Produkte mit besonderen Inhaltsstoffen, mit besonderen Produktionsbedingungen oder anderen Merkmalen sein, die es von der Masse der Produkte abhebt. In diesem Kriterium heben alternative und politische Käufer sich vom sparsamen konventionellen Käufer ab.
- 5. Gesundheit und Qualität** – Spielen Kriterien, die das unmittelbare Wohlbefinden des Konsumenten selbst betreffen, eine Rolle? Im Gegensatz zum Nachhaltigkeits-Aspekt betrifft dies ausschließlich die „privaten“ Interessen und keine externen Personen. Damit wird „Gesundheit und Qualität“ der entscheidende Faktor, der in einer starken Ausprägung eine Distinktion vom politischen Käufer möglich macht.

Auf eine 4-faktorielle Lösung wird verzichtet, da sie trotz relativ deutlicher Faktorladungen nur unzureichend den Käufer abbilden würde. Die Dimension „Gesundheit und Qualität“ aus dem 5-faktoriellen Modell ist demnach dringend notwendig, um den Unterschied zwischen dem politischen und dem alternativen Käufer zu verdeutlichen.

Im Folgenden werden die fünf Dimensionen nacheinander einer Reliabilitätsanalyse unterzogen, um über eine Zuordnung der Mehrfachladungen und gegebenenfalls über Ausschlüsse zu entscheiden. Im ersten Faktor können die Items „Vertrauenswürdigkeit“ und „gesunde Produkte“ aufgrund niedriger Trennschärfekoeffizienten ausgeschlossen werden. Im zweiten und dritten Faktor erreicht Cronbach's Alpha nur mittlere Werte, begründet durch die unzureichende Datenlage. Ein Ausschluss führt aber zu keinen nennenswerten Verbesserungen. Im vierten Faktor weist „breites Angebot“ nur einen Trennschärfekoeffizient von 0,067 auf und ist somit aus der kompletten Faktorenanalyse auszuschließen. Cronbach's Alpha kann im letzten Faktor durch den Ausschluss von „Geld zusammenhalten“ auf 0,559 gehoben.

Zusammenfassend kann nur das Item „breites Angebot“ komplett ausgeschlossen werden. Die verbleibenden Mehrfachladungen über 0,3 konnten mittels Reliabilitätsanalyse eindeutig einzelnen Dimensionen zugeordnet werden, so dass die fünf Faktoren eine ausreichende Differenzierung für die Einordnung der Konsumententypen ermöglichen

Tabelle 2: Übersicht der Kommunalitäten und Reliabilitätsstatistiken

Faktor	Item	Kommunalität nach Extraktion	Trennschärfe-koeffizient	Cronbachs Alpha, wenn weggelassen	Cronbachs Alpha gesamt
1	Wichtig beim Lebensmitteleinkauf: Tierschutz	0,709	0,661	0,748	0,813
	Wichtig beim Lebensmitteleinkauf: Produktions- und Handelsbedingungen (Fair Trade)	0,696	0,662	0,746	
	Wichtig beim Lebensmitteleinkauf: Umweltschutz (Nachhaltigkeit, kurze Transportwege, wenig Verpackungsmüll, ...)	0,737	0,67	0,738	
2	Wichtig beim Lebensmitteleinkauf: Niedriger Preis	0,731	0,474	0,382	0,569
	Auswahlkriterien Lebensmittelanbieter: günstiges Angebot	0,534	0,395	0,523	
	Konsum: Ich kann mir nur das Nötigste leisten.	0,608	0,387	0,47	
	Konsum: Ich will mein Geld zusammenhalten.	0,441	0,255	0,579	
3	Auswahlkriterien Lebensmittelanbieter: räumliche Nähe des Anbieters unwichtig	0,612	0,182	0,449	0,417
	Auswahlkriterien Lebensmittelanbieter: persönlicher Kontakt zu Verkäufern / Anbietern	0,503	0,328	0,209	
	Auswahlkriterien Lebensmittelanbieter: Vertrauenswürdigkeit	0,53	0,258	0,31	
4	Konsum: Man muss sich auch mal was gönnen.	0,644	0,332	-	0,493
	Konsum: Ich kaufe nicht nur, was ich brauche.	0,723	0,332	-	
5	Wichtig beim Lebensmitteleinkauf: Gesunde Produkte	0,611	0,237	-	0,35
	Auswahlkriterien Lebensmittelanbieter: qualitativ hochwertiges Sortiment	0,588	0,237	-	

## 2. Erklärende Faktoren für den politischen Einkauf – ein Regressionsmodell

Basierend auf unserem Zusammenhangsmodell werden die operationalisierten Konzepte in ein multiples Regressionsmodell überführt und so auf ihren Einfluss auf den politischen oder alternativen Kauf überprüft. Die Prädiktoren bestehen zum einen aus einzelnen Items, zum anderem aus den Skalen, die sich aus der Faktorenanalyse ergeben haben. Die untersuchte abhängige Variable besteht aus der realen oder intendierten Nutzung des Boykotts und des Buykotts. Aufgrund der Datenbasis konnten nicht alle Konzepte im Regressionsmodell verwendet werden. Die Parteimitgliedschaft bei den Grünen wurde aufgrund zu geringer Fallzahlen ausgeschlossen. Des Weiteren konnte das Achten auf Vertrauen, Gesundheit & Qualität und Luxus wegen unzureichender Signifikanzwerte nicht berücksichtigt werden. Die verbleibenden Variablen werden simultan und nacheinander in drei Modelle aufgenommen:

*Tabelle 3: Modellzusammenfassung – Einfluss der unabhängigen Variablen auf den politischen/alternativen Konsum*

	Modell 1 (N=245)	Modell 2 (N=223)	Modell 3 - endgültiges Modell (N=176)
Nachhaltigkeit	,212***	,207***	,216***
Sparsamkeit	-,173***	-,134**	-,114*
Effektivitätseinschätzung des Boykotts oder bewussten Einkaufs	,144**	,119**	,135**
Politische Veränderungen: Umwelt- und Tierschutzpolitik	,079	,051	,064
Kommunizierte Themen: Umwelt- und Tierschutzpolitik	,118*	,045	,035
Links-Rechts-Selbsteinstufung		-,126**	-,100
Postmaterialismus-Index		,271***	,240***
Alter			-,092
geschätztes Haushaltseinkommen			,096

standardisierter Beta-Koeffizient

\*\*\*Nullhypothese wird verworfen bei einem Signifikanzniveau von 99%

\*\*Nullhypothese wird verworfen bei einem Signifikanzniveau von 95%

\*Nullhypothese wird verworfen bei einem Signifikanzniveau von 90%

Im endgültigen Modell ergibt sich mit einem korrigierten R-Quadrat von 0,258 eine schwache Varianzaufklärung durch die Varianz der unabhängigen Variablen. Die Durbin-Watson-Statistik liefert mit einem Wert von 1,846 keinen Hinweis auf ein Autokorrelationsproblem. Zusätzlich bewegt sich der Varianzinflationsfaktor bei allen Prädiktoren zwischen 1 und 1,5 und die Toleranz in der Kollinearitätsstatistik um 0,8, so dass keine starke Multikollinearität im Modell 3 anzunehmen ist.

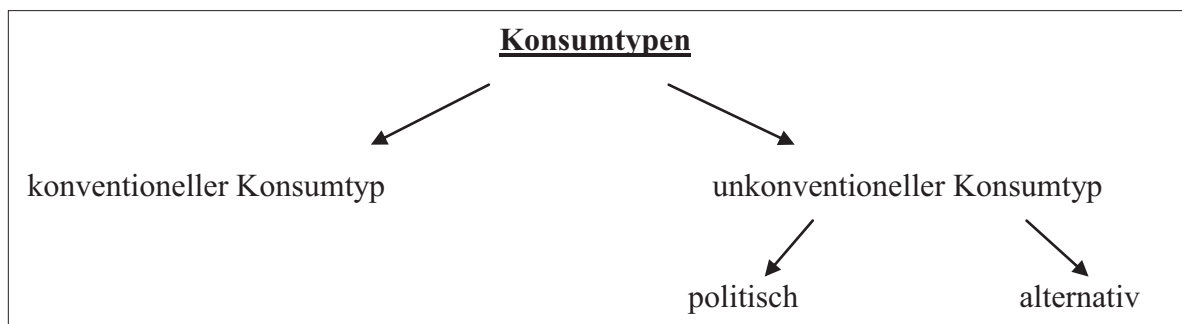
In keinem der Modelle erreichen „Politische Veränderungen: Umwelt- und Tierschutzpolitik“, Alter und das geschätzte Haushaltseinkommen signifikante Werte, was schließlich auf Basis dieser Stichprobe keine Aussage über ihren Einfluss zulässt. „Kommunizierte Themen: Umwelt- und Tierschutzpolitik“ und die Links-Rechts-Selbsteinstufung verlieren nach der Aufnahme weiterer Variablen ebenfalls an Signifikanz. Der stärkste belegbare Einfluss geht somit vom Postmaterialismus und von dem Ziel der Nachhaltigkeit aus, welche beide über hochsignifikante Werte verfügen. Bei einer akzeptierten Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% trägt weiterhin die Effektivitätseinschätzung von Boykott/Buykott, bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 10% auch Sparsamkeit schwach zur Varianzaufklärung bei.

## **VI. Ergebnisse**

Gegenstand dieser Untersuchung ist die Frage nach den Gründen, welche dazu führen, dass verschiedene Akteure politischen Konsum als Form der Partizipation wählen.

Den Experteninterviews galt es, fundiertes Wissen über das Thema „politischer Konsum“ zu gewinnen. So konnte die Vermutung von drei Käufertypen – politischer Käufer, alternativer Käufer sowie konventioneller Käufer – bestätigt werden. Eine derart explizite Kategorisierung dieser Ausprägungen des politischen Konsumverhaltens ist durch die Daten der Standardbefragung nicht möglich. Hier ist, aufgrund der Datenlage, nur eine Unterscheidung zwischen politisch-alternativem Käufer und konventionellem Käufer möglich (siehe Abbildung 4).

Abb. 4: Konsumtypen



Durch die Experteninterviews bestätigt<sup>1</sup>, kann davon ausgegangen werden, dass der alternative Einkäufer mit einem bestimmten Bewusstsein, vor allem für die Gesundheit, konsumiert. Nicht selten handelt es sich hier hauptsächlich um egoistische Ziele beziehungsweise spielt die Verkörperung eines gewissen Images eine Rolle. Der Kauf von beispielsweise Bioprodukten und ein Bewusstsein für gesunde Produkte machen jedoch noch keinen politischen Konsumenten aus. Dieser zeichnet sich vielmehr durch gezielten und problembewussten Einkauf aus, bei der die Intention „etwas Gutes zu tun“ und „etwas (nachhaltig) verändern zu wollen“ im Vordergrund steht.

Die wichtigsten Variablen zur Erklärung des politischen Konsums sind vor allem das Wertesystem (in diesem Fall wäre der Akteur Postmaterialist), ob einer Person Nachhaltigkeit wichtig erscheint und ob die Partizipation durch politischen Einkauf als Effektiv erachtet wird. Weiterhin wird der politische Käufer durch Faktoren wie ein Bewusstsein für die Problematik sowie die Kommunikation darüber charakterisiert. Somit sind auch die Netzwerke in denen das Thema kommuniziert wird entscheidend.

Die erste Hypothese besagte, dass das Bewusstsein eines Konsumenten – das zu Zielen wie Umweltschutz und fairem Handel führt – für den politischen Einkauf entscheidend ist. Diese

<sup>1</sup> Der in die Experteninterviews einfließenden Subjektivität sind wir uns bewusst, jedoch haben wir versucht, die Ergebnisse weitestgehend zu abstrahieren, so dass sie verallgemeinerbar sind.

Hypothese konnte qualitativ bestätigt werden; quantitativ konnte aufgrund der Datenlage keine Aussage über den Grad eines solchen Bewusstseins gemacht werden.

Politische Konsumenten sind, wie die Experteninterviews zeigen, in jedem Milieu zu finden. Ergo lassen sie sich keinem bestimmten Spektrum zuordnen und erfüllen folglich auch keine Stereotypen. Diesbezügliche Vorstellungen bedienen somit lediglich Klischees. Anders als ursprünglich vermutet, sind politische Konsumenten ebenfalls keiner eindeutigen politischen Richtung zuzuordnen; es besteht lediglich eine leichte linke Tendenz. Diese konnte quantitativ jedoch nicht bestätigt werden.

Hypothese H2, bei der in Anlehnung an Inglehart's Konzeption postmaterialistischer Werte, davon ausgegangen wird, dass Personen, die den Kategorien „Postmaterialist“ oder „Postmaterialistischer Mischtyp“ zugeordnet werden, eher zu politischem Einkauf neigen, kann sowohl qualitativ als auch quantitativ bestätigt werden. Da postmaterialistische Ziele meist von linken politischen Lagern vertreten werden, kaufen somit Personen, die sich eher mit der linken politischen Richtung identifizieren eher politisch ein und halten diese Form der Partizipation auch für effektiv. Die dritte Hypothese kann somit durch die qualitativen als auch durch die quantitativen Daten bestätigt werden.

Die vierte Hypothese, dass sich ein postmaterialistisches oder materialistisches Wertesystem über die Sozialisation bildet und man deswegen davon ausgehen kann, dass die Einflüsse des Elternhauses und die Erlebnisse in der Jugend entscheidend dafür sind, ob sich ein Bewusstsein über die Problematik entwickelt und über damit zusammenhängende Zielvorstellungen der politische Einkauf als Form der Beteiligung gewählt wird, kann durch die Standardbefragung nicht bestätigt werden. Ursache dafür ist, dass aufgrund der Datenlage keine Aussagen über die Sozialisation gemacht werden können. Eine Bestätigung ist nur anhand der qualitativen Daten möglich.

Wie bereits weiter oben erwähnt, wird davon ausgegangen, dass den politischen Einkäufer vor allem ein ausgeprägtes Bewusstsein für die Problematik sowie die Kommunikation darüber und ergo die Netzwerke in diesen das Thema kommuniziert wird, auszeichnen. Diese drei Faktoren können allerdings nur durch die qualitativen Interviews bestätigt werden, lassen sich jedoch durch die quantitativen Daten nicht messen. Die fünfte Hypothese, welche besagt, dass unter anderem die Kommunikation und somit der Grad der Eingebundenheit in Netzwerke sowie das generelle Informationsverhalten entscheidend für die Entwicklung eines Bewusstseins ist, wird lediglich durch die qualitativen Daten gestützt.

Die sechste Hypothese, dass sozioökonomische Hintergrundvariablen immer eine konkurrierende Erklärung liefern kann durch die quantitativen Daten nur teilweise bestätigt

werden. Für den Einfluss des Einkommens auf den politischen Einkauf ergeben sich bei der Regressionsanalyse keine signifikanten Werte.

Hypothese sieben – bei der Unterscheidung zwischen alternativen und politischen Konsum wird davon ausgegangen, dass das maßgebliche Kriterium die Kommunikation der eigenen Kaufhandlung nach außen ist; sei es über Netzwerke, Sozialisation oder Organisationen – kann zwar quantitativ bestätigt werden, nicht jedoch durch die qualitativen Daten.

Das oft gehörte Argument „Ich habe keine Geld, ich kann mir das nicht leisten“ ist beim politischen Einkauf nicht allzu wesentlich. Laut den qualitativen Daten – welche in diesem Fall einen starken Widerspruch zur Hypothese sechs darstellt – ist Geld beziehungsweise das Einkommen beim politischen Konsum nicht der entscheidende Faktor. Nichtsdestotrotz kaufen Personen, die weniger Sparsam leben, eher politisch oder alternativ ein.

Eine hingegen wichtige Rolle beim politischen Einkauf spielen Ziele wie Nachhaltigkeit und Umweltschutz, faire Produktionsbedingungen sowie das Preis-Leistungs-Verhältnis und geringer Aufwand (welches jedoch negativ korreliert). Aufgrund möglicher Probleme mit der Datenlage, der Fragestellung oder aber auch der Auswertung kommt folgende zur vorhergehenden Aussage widersprüchliche Erklärung zustande: Wenig Erklärungskraft hat dabei die Wichtigkeit der politischen Veränderung, d.h. ob eine Person Umwelt- und Tierschutzpolitik als wichtig erachtet. Ein Problem, welches bisher nicht geklärt werden konnte.

## **VII. Problematiken und Kritik**

Im Folgenden soll nun auf die Problematiken im Forschungsverlauf eingegangen werden. Wobei zunächst die Probleme der Hauptuntersuchung näher betrachtet werden und anschließend die Problematiken, die durch die Fragebogenkonstruktion entstanden sind.

### **1. Problematiken der Hauptuntersuchung und deren Auswirkungen**

Mit einer Netto-Stichprobe von N=276 Personen war die Hauptproblematik der Befragung eine zu hohe Ausfallquote. Erklärungen hierfür können sich auf verschiedene Argumente stützen. Zunächst einmal sei angemerkt, dass die Bamberger Bevölkerung ein überdurchschnittlich hohes Alter aufweist. Die Wahrscheinlichkeit von Personen im höheren Alter in die Stichprobe zu gelangen ist also überproportional hoch. Diese Tatsache wird durch die Annahme verstärkt, dass viele Bamberger Studenten ihren Erstwohnsitz nicht in Bamberg angemeldet haben. Sie fallen also systematisch aus der Stichprobe heraus. Ein Erklärungsansatz könnte nun also argumentieren, dass unter den älteren Menschen auch

einige dabei sind, die aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters nicht mehr in der Verfassung sind ein Interview zu führen. Ein anderes Argument befasst sich mit der „Umfragesättigung“ der Bürger. Neben diesen beiden Ausfallgründen kann aber auch das Thema der Befragung „Politische Beteiligung“ zur Nicht-Teilnahme führen. Personen, die kein politisches Interesse besitzen oder glauben über zu wenig politisches Wissen zu verfügen verweigerten eventuell im großen Maß die Teilnahme. Des Weiteren konnte die Befragung auch dann nicht stattfinden, wenn die Untersuchungsperson verzogen war und unter der in der Stichprobe gezogenen Adresse (und der womöglich im Telefonbuch stehenden Telefonnummer) nicht mehr anzutreffen war. Auch Personen, an welche das Anschreiben aus anderen Gründen „nicht zustellbar“ war, konnten nicht interviewt werden. Weiterhin wurde die Kontaktaufnahme seitens der Interviewer nach sieben Versuchen, die zu unterschiedlichen Tageszeiten unternommen werden, abgebrochen. Auch diese Personen gelangten also nicht in die Netto-Stichprobe. Zu guter Letzt können als möglicher Ausfallgrund die Osterferien, welche im Erhebungszeitraum lagen, aufgeführt werden. Hierdurch wird einigen Urlaubern, vorwiegend Erwachsenen aus Familien die Möglichkeit zur Befragungsteilnahme genommen. Diese hohe Ausfallquote hat zur Folge, dass die Reliabilität und Aussagekraft der Untersuchung eingeschränkt wird. Es liegen (zum Teil) zu geringe Fallzahlen vor, um eine aussagekräftige und übergreifende Annahme zu formulieren. Zusätzlich werden die Endergebnisse durch systematische Ausfälle verzerrt.

## **2. Problematik der Fragebogenkonstruktion und deren Auswirkungen**

Problematisch für die Auswertung war weiterhin das Fehlen einiger Variablen. Aufgrund der Datenlage können zum Beispiel die drei ursprünglichen Ausprägungen der Käufertypen nur durch die qualitativen Interviews, nicht aber durch die quantitative Erhebung bestätigt werden. Dies hat letztendendes die Unterscheidung hervorgebracht, die in Abbildung 4 zu sehen ist.

Um eine differenziertere Unterscheidung (zwischen politischem und alternativem Einkäufer) vornehmen zu können, fehlen einige dafür wichtige Dimensionen. So können Dimensionen wie Sozialisation, Netzwerke, Sozialkapital und Gemeinschaftswert mit dem verwendeten Fragebogen nicht gemessen werden. Zu der Beziehung zwischen dem politischen Einkauf und den aufgezählten beeinflussenden Variablen können also keine Aussagen getroffen werden. Weiterhin kann die Dimension der Kommunikation durch die im Fragebogen enthaltenden Items leider nur indirekt ermittelt werden. Das eigentliche

Kommunikationsverhalten über konsumpolitische Themen wird also nur schlecht abgebildet. Ein allgemein anerkanntes Problem ist die Messung von Bewusstsein. So stellt dies auch ein Problem in unserer Untersuchung dar. Zum Beispiel erfolgt durch Reihenfolgeeffekte eine unerwünschte Aktivierung beim Befragten. Den Fragen zum Bewusstsein sind Fragen derselben Thematik (Umwelt- und Tierschutz) vorgelagert und rufen so vorher noch unbeachtete Aspekte ins Bewusstsein. Diese Vorwegnahme beeinflusst dann das Abfragen und verzerrt die Ergebnisse. Derselbe Effekt kann ebenfalls durch das Gefühl einer sozialen Erwünschtheit bei den Befragten eintreten. Eine weitere Schwierigkeit stellen Items dar, welche mehrere Konzepte auf einmal messen. Deshalb müssen wir nach dimensionsanalytischen sowie inhaltlichen Kriterien diese Items jeweils nur einem Konzept zuordnen.

### **VIII. Ausblick und Fazit**

Obwohl vor allem die Daten der quantitativen Erhebung nicht ausreichen, um einige Hypothesen zu bestätigen, so lassen sich doch einige Rückschlüsse auf den unkonventionellen Käufer ziehen.

So sind wichtige Faktoren zur Erklärung unserer Fragestellung „Welche Gründe dazu führen, dass Personen politisch konsumieren?“ vor allem ein postmaterialistisches Wertesystem von großer Bedeutung sowie die Effektivitätseinschätzung. Weiterhin kann das Klischee vom politisch-alternativem Einkäufer mit Birkenstock und Ökoleidung widerlegt werden.

Abschließend lässt sich festhalten, dass Konsum im Allgemeinen und der politische Konsum im Besonderen ein sowohl gesellschaftlich als auch wissenschaftlich interessantes Thema darstellt, welches auch in Zukunft, gerade in der Soziologie, noch näher betrachtet werden sollte. Zumal das Thema, nicht zuletzt wegen der in den letzten Jahren immer wieder aufkommenden Lebensmittelskandale sehr aktuell ist. Und letztendlich betrifft es die gesamte Gesellschaft, denn der Lebensmittelmarkt hat eine entscheidende Bedeutung bei der Gestaltung einer lebenswerten Zukunft – und wer von uns will schon Gammelfleisch in seinem Döner (vgl. Zeit-Online, 2006).

## Literaturverzeichnis

- Busse, Tanja (2006). Die Macht des Einkaufswagens. Zeit-Online.  
[http://www.zeit.de/2006/01/Die\\_Macht\\_des\\_Einkaufswagens](http://www.zeit.de/2006/01/Die_Macht_des_Einkaufswagens), 01.Juni 2010.
- Hadjar, A. & Becker, R. (2006). Bildungsexpansion und politisches Engagement. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Inglehart, Ronald (1977). The silent revolution: Changing values and political styles among Western publics. Princeton, NJ: Princeton Univ. Press.
- Krimmel, Iris (2000). Politische Beteiligung in Deutschland- Strukturen und Erklärungsfaktoren. In J. W. Falter, O.W. Gabriel & H. Rattinger (Hrsg.), Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich (S. 611-639). Opladen: Leske+Budrich.
- Lamla, Jörn (2006). Politisierter Konsum – konsumierte Politik. Kritikmuster und Engagementformen im kulturellen Kapitalismus. In J. Lamla & S. Neckel (Hrsg.) Politisierter Konsum - konsumierte Politik (S. 12-14). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften,
- Lorenz, Stephan (2006). Biolebensmittel und die ‚Politik mit dem Einkaufswagen‘. In J. Lamla & S. Neckel (Hrsg.), Politisierter Konsum - konsumierte Politik (S. 95).  
Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Micheletti, M. (2003). Political Virtue and Shopping. Individuals, Consumerism, and Collective Action. New York/Houndmills u.a.: Palgrave Macmillan
- Micheletti, M., Follesdal, A. & Stolle, D. (Hrsg.) (2004). Politics, Products, and Markets. Exploring Political Consumerism Past and Present. New Brunswick/  
London: Transaction Publishers
- Monhemius, Kerstin Ch. (1993). Umweltbewußtes Kaufverhalten von Konsumenten: Ein Beitrag zur Operationalisierung, Erklärung und Typologie des Verhaltens in der Kaufsituation. H. Meffert (Hrsg.), Frankfurt am Main: Peter Lang GmbH.
- Schuster, Raphaela (1992). Ökologieorientiertes Konsumentenverhalten in Europa. Universität Bamberg.
- Steinbrecher, Markus. (2009). Politische Partizipation in Deutschland (S. 56-90). Baden-Baden: Nomos.
- Stolle, D., Hooghe, M. & Micheletti, M. (2003). Zwischen Markt und Zivilgesellschaft: politischer Konsum als bürgerliches Engagement. In D. Gosewinkel (Hrsg.)(2004). Zivilgesellschaft - national und transnational (S. 151-172). Berlin: Ed. Sigma.
- Windhorst, K.-G. (1985). Wertewandel und Konsumentenverhalten: ein Beitrag zur empirischen Analyse der Konsumrelevanz individueller Wertvorstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Münster: Verlag Regensburg (Schriften der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Marketing und Unternehmensführung e.V.).

## Anhang

### 1. Faktorenanalyse: Rotierte Komponentenmatrix<sup>a</sup>

	Komponente				
	1	2	3	4	5
Wichtig beim Lebensmitteleinkauf: Tierschutz	,837				
Wichtig beim Lebensmitteleinkauf: Produktions- und Handelsbedingungen (Fair Trade)	,816				
Wichtig beim Lebensmitteleinkauf: Umweltschutz (Nachhaltigkeit, kurze Transportwege, wenig Verpackungsmüll, ...)	,771				,362
Wichtig beim Lebensmitteleinkauf: Niedriger Preis		,806			
Auswahlkriterien Lebensmittelanbieter: günstiges Angebot		,699			
Konsum: Ich kann mir nur das Nötigste leisten.		,668			
Auswahlkriterien Lebensmittelanbieter: räumliche Nähe des Anbieters			-,736		
Auswahlkriterien Lebensmittelanbieter: persönlicher Kontakt zu Verkäufern / Anbietern			,675		
Auswahlkriterien Lebensmittelanbieter: Vertrauenswürdigkeit	,318		,572		
Konsum: Ich kaufe nur, was ich brauche.				,796	
Konsum: Man muss sich auch mal was gönnen.				-,782	
Wichtig beim Lebensmitteleinkauf: Gesunde Produkte	,301				,715
Auswahlkriterien Lebensmittelanbieter: qualitativ hochwertiges Sortiment		-,342			,619
Konsum: Ich will mein Geld zusammenhalten.		,375			,425

Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse.

Rotationsmethode: Varimax mit Kaiser-Normalisierung.

a. Die Rotation ist in 7 Iterationen konvergiert.

## 2. Regressionsanalyse – endgültiges Modell<sup>a</sup>

Modell	Nicht standardisierte Koeffizienten		Standardisierte Koeffizienten	T	Sig.	Kollinearitätsstatistik	
	Regressionskoeffizient B	Standardfehler				Beta	Toleranz
1							
(Konstante)	1,239	,820		1,511	,132		
Nachhaltigkeit (Summenscore)	,119	,038	,216	3,157	,002	,805	1,242
Sparsamkeit (Summenscore)	-,071	,040	-,114	-1,781	,077	,918	1,089
Effektivitätseinschätzung des Boykotts oder bewussten Einkaufs'	,409	,198	,135	2,068	,040	,883	1,133
Politische Veränderungen: Umwelt- und Tierschutzpolitik	,188	,217	,064	,865	,388	,701	1,427
Kommunizierte Themen: Umwelt- und Tierschutzpolitik	,107	,225	,035	,475	,635	,679	1,473
Links-Rechts-SelbstEinstufung	-,093	,062	-,100	-1,492	,137	,835	1,197
Postmaterialismus-Index	,367	,105	,240	3,485	,001	,796	1,256
Alter geschätztes Haushaltseinkommen	-,008	,006	-,092	-1,345	,180	,804	1,244
	,000	,000	,096	1,471	,143	,896	1,117

a. Abhängige Variable: Politisches-Alternatives Einkaufen



Otto-Friedrich-Universität Bamberg

**Professur für Methoden der empirischen Sozialforschung und Wissenschaftstheorie**

Prof. Dr. Martin Kroh / Dr. Britta Knauer / Dipl.-Soz. Sebastian Wiesnet

Soziologisches Forschungspraktikum 2009/2010

## **Beweggründe für Protest**

Verfasser: Team 09

Simon Christoph, Sabrina Hay, Valentina Nafts, Anna Stürmer

## Inhaltsverzeichnis

1. Thematische Hinführung.....	3
1.1. Beispiel für Deprivation: Unruhen in Frankreich 2005.....	3
1.2. Fragestellung .....	3
2. Protest.....	4
2.1. Protest als eigenständige Form politischer Partizipation.....	4
2.2. Bisherige Protestforschung und Definition von Protest .....	5
3. Relevante Theorien .....	6
3.1. Der Deprivationsansatz .....	6
3.2. Der Ressourcenansatz.....	6
4. Methodische Umsetzung .....	7
4.1. Qualitative Interviews .....	8
4.2. Quantitative Interviews .....	8
5. Auswertungen der Annahmen durch bivariante Verteilungen der Zufallsstichprobe: Generierung der Voraussetzungen .....	8
6. Annahmen pro Deprivation.....	9
6.1. Existenzangst als Deprivationsgrund .....	9
6.2. Arbeitslosigkeit als weiterer Protestgrund.....	10
6.3. Weibliches Geschlecht .....	11
6.4. Junge Männer .....	12
6.6. Bewertung der Demokratie.....	13
6.7. Politische Linksorientierung.....	13
7. Annahmen pro Ressourcenansatz.....	14
7.1. Hohe Bildung als entscheidende Ressource .....	14
7.2. Elterliche Förderung als weitere „Ressource“ .....	15
7.3. Postmaterialisten .....	16
8. Zwischenfazit .....	17
9. Multiple lineare Regressionsanalyse .....	17
9.1. Generierung der Voraussetzungen der Regression.....	18
9.2. Interpretation des Regressionsmodells .....	20
10. Zusammenfassung der Ergebnisse .....	22
Literaturverzeichnis.....	23
Eigenständigkeitserklärung .....	25

# **1. Thematische Hinführung**

## **1.1. Beispiel für Deprivation: Unruhen in Frankreich 2005**

Gewalttätige Proteste zwangen die französische Regierung im November 2005 den Notstand auszurufen und versetzten das gesamte Land in einen Ausnahmezustand (Bundestag 2007), der weltweit für enormes Aufsehen sorgte: Die in den Vororten von Paris gestarteten Unruhen breiteten sich in kürzester Zeit auf zahlreiche andere französische Großstädte aus (Spiegel 2005). „Neben Autos gingen auch Geschäfte und Lagerhallen in Flammen auf. Immer wieder wurden auch öffentliche Gebäude wie Schulen, Rathäuser, Geschäfte, Polizeistationen und Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr Ziel der Aggressionen der Täter“ (Spiegel 2005). Die Täter waren Jugendliche, die in Ghetto-ähnlichen Trabantenstädten am Rande der Metropolen auf dicht gedrängtem Raum zusammen lebten. Ihr Leben war geprägt von Arbeitslosigkeit, Armut, Gewalt, familiäre Instabilität und Perspektivlosigkeit (Abendblatt 2005). Die Angriffe sollten ihre Unzufriedenheit mit der französischen Politik ausdrücken und sind laut dem Soziologen Michel Wieviorka als eine „Revolte gegen die Ordnung des Landes zu deuten“ (Spiegel 2005): „Die Jugendlichen griffen alles an, was die Institutionen des Staates symbolisiert“ (Spiegel 2005).

Wie man an diesem Beispiel sehen kann, ist Protest ein gesellschaftlich relevantes Thema. Einerseits, weil Protest eine Form der individuellen bzw. kollektiven Meinungsäußerung darstellt und damit soziale bzw. politische Probleme zum Ausdruck bringt. Andererseits, weil er das Ausmaß dieser Probleme verdeutlicht und dadurch die Notwendigkeit einer Veränderung der politischen bzw. gesellschaftlichen Ordnung hervorhebt.

## **1.2. Fragestellung**

Im Rahmen des soziologischen Forschungspraktikums 2009/2010 zum Thema „politische Partizipation“ widmen wir uns der Aufgabe, Protest als eigenständige politische Partizipationsform im Hinblick auf die soziale Lage zu untersuchen. Unser Erkenntnisinteresse besteht darin, die Frage zu klären, aus welchen Gründen Menschen protestieren. Die in der Bevölkerung wohl weit verbreitete Annahme ist, dass Protest auf Gründe der Unzufriedenheit, Frustration und sozialen Ungleichheit zurückzuführen ist. Protestieren Menschen wirklich hauptsächlich aus diesen Deprivationsgründen?

Dieser Annahme wollen wir mit unserer Forschungsarbeit auf den Grund gehen und beziehen uns daher auf zwei gegensätzliche Ansätze der Protestforschung: Wir stellen den Deprivationsansatz, der besagt, dass Menschen aus genau diesen Gründen protestieren dem

Ressourcenansatz gegenüber, der das Gegenteil behauptet: Menschen protestieren, weil sie durch gesellschaftliche Ressourcen dazu in der Lage sind. Durch unsere Forschungsergebnisse, die auf qualitativen und quantitativen Interviews beruhen, wird es uns gelingen zu zeigen, dass die Gründe für Protestbeteiligung eher auf den Ressourcenansatz zurückzuführen sind.

Im ersten Teil des Forschungsberichts schaffen wir eine theoretische Grundlage für unseren Untersuchungsgegenstand. Dabei gehen wir zunächst auf die Definition von politischer Partizipation, auf die Entwicklung der Protestforschung und schließlich auf unsere Definition von Protest ein. Unter Einbezug von relevanten Theorien formulieren wir Hypothesen, die wir im zweiten Teil des Forschungsberichts anhand von qualitativen und quantitativen Methoden bestätigen oder widerlegen. Im letzten Teil fassen wir die Ergebnisse knapp zusammen und liefern die Beantwortung unserer Fragestellung.

## **2. Protest**

### **2.1. Protest als eigenständige Form politischer Partizipation**

Um Protest zu untersuchen, ist es zunächst erforderlich das allgemeine Forschungsthema „politische Partizipation“ zu definieren und, aufgrund des Umfangs und der Vielfältigkeit der Beteiligungsformen politischer Partizipation, wesentliche Formen zu unterscheiden:

Unter politischer Partizipation werden jene Verhaltensweisen von Bürgern verstanden, die sie freiwillig mit dem Ziel unternehmen, politische Entscheidungen direkt bzw. indirekt durch die Auswahl von politischem Personal zu beeinflussen (Kaase, 1995: 521).

Gestützt auf das Erkenntnisinteresse der Partizipationsforschung, die einen wichtigen Zweig der Politikwissenschaft darstellt, ist eine Unterteilung politischer Partizipation in zwei Dimensionen gängig: Es wird hierbei zwischen konventionellen und unkonventionellen Formen politischer Partizipation unterschieden (vgl.: Klingemann, 1985: 8): Konventionelle Beteiligungsformen unterscheiden sich von unkonventionellen, da diese „weitestgehend institutionalisiert sind und von einem großen Teil der Bevölkerung als legitim angesehen werden.“ (Klingemann, 1985: 8) Hingegen werden unkonventionelle Beteiligungsformen von

einem Großteil der Bevölkerung als eher nicht legitim angesehen, obwohl sie in der Regel legal sind (Klingemann, 1985: 8).

Neben diesen beiden grundsätzlichen Unterscheidungen, gibt es zahlreiche weitere mögliche Dimensionalisierungen politischer Beteiligung, deren Betrachtung uns an dieser Stelle jedoch nicht weiterbringt, denn Protest – je nachdem wie man ihn versteht – kann in verschiedenster Weise als Form politischer Partizipation definiert werden. Er ist sowohl politisch, gesellschaftlich als auch wissenschaftlich ein schwieriger Gegenstand, dessen Bild im Urteil der Beteiligten und Beobachtenden schwankt: Für die einen stellt er eine Gefährdung der gesellschaftlich notwendigen Ordnung dar - für die anderen den Kampf um eine Verbesserung dieser (vgl.: Husung, 1984: 11).

## **2.2. Bisherige Protestforschung und Definition von Protest**

Die Anfänge der umfangreichen Protestforschung gehen auf die 1960er und 1970er Jahre zurück. Entscheidende Entwicklungen zu diesem Thema lieferten Tedd Robert Gurr (1968), Charles Tilly (Snyder/Tilly 1972; Tilly et al. 1975) und die Initiatoren des World Handbook for Social and Political Indicators (Russett et al. 1964; Taylor/Hudson 1972) (vgl. Rucht, 2001: 13). Zu dieser Zeit sahen die Forscher primär ihre Aufgabe darin Daten einzuholen, die ihnen als Forschungsgrundlage zur Rekonstruktion von Protestdaten dienten. Sie befassten sich dabei auf unterschiedliche Weise mit diesem Thema. „Gurr interessierte sich für den Einfluss von Deprivationsfaktoren auf Gewalt, Tilly für den Zusammenhang von großen makrosozialen Entwicklungen wie Urbanisierung und Gewalt, die Autoren und Nutzer des World Handbooks für den Einfluss länderspezifischer Strukturen auf den Umfang verschiedener Protest- und Konfliktarten“ (vgl. Rucht, 2001: 13).

Im Vergleich zu Ländern wie Frankreich, England und den USA blieb Protest als politische Partizipationsform in Deutschland lange Zeit unerforscht. Das hat sich inzwischen deutlich geändert. Was dabei aber unter Protest verstanden wird, droht inzwischen „inflationäre Züge anzunehmen“ (Husung, 1984: 12). Aus diesem Anlass definieren wir Protest als eine offensive politische Partizipationsform, die durch ein bewusstes Handlungspotential in der Öffentlichkeit zum Ausdruck kommt. Darunter zählen wir den Ausdruck der politischen Meinung durch Sticker oder Buttons und die Teilnahme an friedlichen oder gewaltsamen Demonstrationen.

Die Gründe für die Beteiligung an Protest können vielfältig sein. Das Ziel dieser Forschungsarbeit ist nicht die lückenlose Darstellung in Frage kommender Gründe, sondern

die Gegenüberstellung von zwei möglichen. Wir untersuchen, ob die Deprivation benachteiligter Gruppen oder das Vorhandensein gewisser Ressourcen in privilegierten Gruppen die Protestbeteiligung verursachen. Folglich wird der theoretische Hintergrund der gegenübergestellten Ansätze – Depriavations- und Ressourcenansatz – erläutert.

### **3. Relevante Theorien**

#### **3.1. Der Deprivationsansatz**

Das Konzept der relativen Deprivation wurde erstmals in den 40er Jahren verwendet, um die Gefühle derer zu untersuchen, die einen niedrigeren Status und schlechtere Lebensverhältnisse im Vergleich zu anderen sozialen Gruppen hatten (vgl.: Gurr, 1970: 24). Die relative Deprivation wird auch als subjektive Deprivation bezeichnet, da man das subjektive Erleben von Benachteiligung und das eigene Gefühl von Diskriminierung und von Vernachlässigung, unabhängig von der tatsächlichen Situation, erleben kann (vgl.: Krätschmer-Hahn, 2004: 37).

„Tedd Robert Gurr, der 1970 einen Durchbruch mit „Why men rebel?“ in der Protestforschung hatte“ (Husung, 1984: 21), definiert die relative Deprivation als subjektive Wahrnehmung einer Person bezüglich der Diskrepanz zwischen Werten, die man in Wirklichkeit hat und Werten, auf die man glaubt einen berechtigten Anspruch zu haben. Zu diesen Werten zählen der Wunsch nach bestimmten Ereignissen, Gegenständen und sozialen Verhältnissen. (vgl.: Gurr, 1970: 24) Individuen, die feststellen, dass sie im Vergleich zu anderen sozialen Gruppen diese Werte nicht haben oder dass sie sich hinsichtlich ihrer Erwartungen und Wünschen benachteiligt fühlen, können somit als depriviert bezeichnet werden. Die Folge davon ist das Gefühl der Unzufriedenheit und Frustration, was zu der psychologischen Annahme und damit der wichtigsten Aussage dieses Ansatzes führt: Frustration impliziert Aggression (vgl.: Gurr, 1970: 22, 23). Durch die akkumulierte Frustration kann sich die Wahrscheinlichkeit von politischer Gewalt erhöhen. Daraus leiten wir die Hypothese ab, dass Deprivation zu Protest führt.

#### **3.2 Der Ressourcenansatz**

Im Allgemeinen formuliert, besagt der Ressourcenansatz, dass bestimmte Mittel das Erreichen eines Ziels erleichtern und oftmals erst ermöglichen. Zu diesen Mitteln zählen sowohl materielle Ressourcen, wie Geld und Vermögen, als auch immaterielle, wie Ausbildungsstand und soziale Kontakte. Der Gebrauch dieser Ressourcen ermöglicht es

außerdem Bedürfnisse zu befriedigen und begründet somit ein allgemeines Handlungspotenzial (vgl.: Hübinger, 1996: 58-59). Genau genommen eröffnet die Investition von Ressourcen den Zugang zu weiteren bzw. „hochwertigeren“ Ressourcen. So folgt beispielsweise beim Arztberuf aus der Investition in ein Studium ein medizinischer Hochschulabschluss, aus dem ein höheres Gehalt resultiert.

Henry E. Brady, Sidney Verba und Kay Lehman Schlozman beziehen sich bei ihrer Untersuchung politischer Beteiligung bei amerikanischen Bürgern wie folgt auf den Ressourcenansatz: Sie gehen davon aus, dass bestimmte Ressourcen für die Beteiligung an Politik notwendig sind und erwähnen dabei die individuellen Ressourcen Geld, „civic skills und Zeit“ (vgl.: Brady/Verba/Schlozman, 1995: 271). Die soziale Schichtzugehörigkeit entscheidet dabei, wer welche Ressourcen besitzt: Es bedarf keiner detaillierten Erläuterung dazu, dass ein hoher positiver Zusammenhang zwischen Geld und Schichtzugehörigkeit besteht. Die sogenannten „civic skills“ sind ebenfalls schichtspezifisch. Darunter sind persönliche Fähigkeiten zu verstehen, die die Menschen im Laufe ihres Lebens, unter Einfluss gesellschaftlicher Institutionen, erlernen. In erster Linie vermittelt die Schule die entscheidenden Kompetenzen wie Sprachfähigkeit und Bildung. Das berufliche Umfeld, Vereine und weitere Institutionen wie die Kirche fördern die Kommunikations- und Organisationsfähigkeiten (vgl.: Brady/Verba/Schlozman, 1995: 273). Eine aktive Beteiligung an Politik setzt diese Kompetenzen voraus, weil sie die Umsetzung politischer Tätigkeiten wesentlich erleichtern (z.B. die Fähigkeit vor Publikum zu sprechen ist für das Halten einer politischen Rede unabdingbar). Für den Zeitfaktor spielt die Schichtzugehörigkeit jedoch keine Rolle, denn theoretisch hat jeder die gleiche Chance seine Zeit in Politik zu investieren (vgl.: Brady et al., 1995: 273). Damit vermittelt der Ressourcen-Ansatz die Theorie, dass ein positiver Zusammenhang zwischen Bildung, Einkommen und Beteiligung an Politik besteht. Daraus leiten wir, im Vergleich zum Deprivationsansatz, eine gegensätzliche Hypothese ab: je höher die Ressourcen (Bildung und Einkommen), desto höher die Wahrscheinlichkeit der Protestteilnahme.

#### **4. Methodische Umsetzung**

Die aus den beiden Ansätzen abgeleiteten Hypothesen dienen als Grundlage zur Beantwortung unserer Forschungsfrage. Ziel ist es mit Hilfe von qualitativen und quantitativen Interviews Aussagen bezüglich unseres Erkenntnisinteresses zu treffen und die Hypothesen zu bestätigen oder zu widerlegen.

#### **4.1. Qualitative Interviews**

Folglich wird kurz dargestellt aus welchen Gründen wir die Experten ausgewählt haben:

Bezüglich unseres Themenschwerpunktes haben wir uns dafür entschieden zwei Experten verschiedener politischer Richtungen zu befragen: Der erste Experte ist Gewerkschaftssekretär für Jugendarbeit und Handwerk. Seine Aufgabe besteht in der Interessenvertretung von Arbeitnehmern und Auszubildenden, der Thematisierung von Ausbildungsstandards, sowie der Planung von Protestaktionen. Den zweiten Experten suchten wir gezielt in einer linksextremistischen Partei. Er war ehemals Landesvorsitzender und hat einige große Proteste selbst mit organisiert. Aus den Aussagen der beiden Experten konnten die unten aufgeführten Annahmen für die quantitativen Analysen formuliert werden.

#### **4.2. Quantitative Interviews**

Die Umsetzung der Standardbefragung wurde durch persönliche „face to face“-Interviews durchgeführt. Aus den 1000 angeforderten Adressen vom Einwohnermeldeamt der Stadt Bamberg konnten 275 Interviews realisiert werden.

Im Folgenden werden die Aussagen beider Experten und zusätzliche selbstformulierte Annahmen durch bivariate Auswertungen der Zufallsstichprobe überprüft, die vorläufig zur Be- oder Widerlegung des Deprivationsansatzes dienen sollen.

### **5. Auswertungen der Annahmen durch bivariante Verteilungen der Zufallsstichprobe: Generierung der Voraussetzungen**

Die Bildung des Summenindex der zu erklärenden Variable „Protest“<sup>1</sup> ist hierbei von großer Bedeutung. Die Variablen der jeweiligen und tatsächlich realisierten „Teilnahme an friedlichen Demonstrationen“, „Demonstrationen bei denen mit Gewalt zu rechnen ist/war“ und die mögliche und realisierte „politische Äußerung durch Sticker, Buttons, Aufkleber“

---

<sup>1</sup> Summenskala „Protest“ mit den Ausprägungen 1: „ich habe und würde an keiner der drei Protestformen teilnehmen“, 2: „ich würde an einer der drei Protestformen teilnehmen“ und 3: „ich habe bereits an einer der drei Protestformen teilgenommen“

wurden aufsummiert. Anschließend wurden die Befragten in „nicht Protestierende“ und „Protestierende“ kategorisiert.

„Nicht Protestierende“ würden und haben an keiner der zusammengefassten Protestformen teilgenommen bzw. würden maximal an einer der oben aufgeführten Protestform teilnehmen. „Protestierende“ hingegen haben maximal an allen Protestformen teilgenommen und würden sich minimal an einer der drei Formen beteiligen. So wird sichergestellt, dass Befragte der Kategorie „Protestierende“ zumindest für alle drei Formen offen sind oder sogar schon Erfahrung mit dem Ausdruck ihrer politischen Meinung haben.

	Häufigkeit	Gültige Prozente	Kumulierte Prozente
Nicht Protestierende	149	56,4	56,4
<b>Protestierende</b>	115	43,6	<b>100,0</b>
<b>Σ</b>	<b>264</b>	<b>100,0</b>	

**Abbildung 1:** Häufigkeitsverteilung der protestierenden Befragten

Mit den daraus resultierenden Fallzahlen 149 „Nicht Protestierende“ und 115 „Protestierende“ der Befragung ließ sich statistisch zufriedenstellend arbeiten.

## 6. Annahmen pro Deprivation

An dieser Stelle muss verdeutlicht werden, dass Deprivation die Diskrepanz zwischen individuellen Erwartungen und der Realität ist. Die folgend aufgeführten Annahmen stellen diese Diskrepanzen dar.

### 6.1. Existenzangst als Deprivationsgrund

Einer der ausschlaggebendsten Faktoren ist Angst (Interview 1: 12)<sup>1</sup>. Hierbei handelt es sich vor allem um Existenzangst, um einen der Experten zu zitieren: „Was habe ich am Ende vom Monat“ (Interview 1: 15)? Sie fürchten, zunehmend ihre Grundbedürfnisse nicht mehr stillen, sich selbst oder ihre Familien nicht ernähren zu können (Interview 1: 11/15).

Der Anteil der Menschen, der von einer solchen Angst geplagt wird, ist tendenziell bei jenen höher, die sich „unter der Armutsschwelle“<sup>2</sup> befinden. Dies geht einher mit einer höheren Wahrscheinlichkeit am Existenzminimum zu leben. Daraus resultierend ergibt sich die

<sup>1</sup> Interview 1: Gewerkschaftssekretär

<sup>2</sup> Bildung der unabhängigen Variable „unter der Armutsschwelle“, indem das äquivalente Haushaltseinkommen berechnet wurde. Daraus entstanden folgende Kategorien: 1: „unter der Armutsschwelle“, 2: „mittlere Armutsschwelle“ und 3: „über der Armutsschwelle“; dabei wurden mittlere/durchschnittliche Einkommensklassen zu höheren Einkommensklassen hinzugefügt.

Hypothese: Personen mit niedrigem Einkommen müssen sich theoretisch mehr an Protest beteiligen.

	<b>Nicht Protestierende</b>	<b>Protestierende</b>	<b>Σ</b>
<b>Nicht unter der Armutsschwelle</b>	89 59,7%	60 40,3%	149 100,0%
<b>Unter der Armutsschwelle</b>	24 43,6%	31 56,4%	55 100,0%
<b>Σ</b>	113 55,4%	91 44,6%	204 100,0%

**Abbildung 2:** Anteil der Personen „unter der Armutsschwelle“

Der Tabelle ist zu entnehmen, dass die Annahme widerlegt werden kann. Das Verhältnis zwischen „Protestierende“ (56,4%) und „Nicht Protestierende“ (43,6%) der Befragten, die unter die Armutsschwelle fallen, zeigt nur geringe Unterschiede. Sogar 60 von 149 Personen mit einem Einkommen „über der Armutsschwelle“ sind dazu bereit sich an Protestaktionen zu beteiligen bzw. haben sich schon beteiligt.

## 6.2. Arbeitslosigkeit<sup>1</sup> als weiterer Protestgrund

Im Anschluss gilt abzuwägen, ob Personen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind eine höhere Teilnahmewahrscheinlichkeit besitzen, als jene, die sich in einem Arbeitsverhältnis befinden. Man kann davon ausgehen, dass Personen, die arbeitslos sind, sich wünschen wieder erwerbstätig zu sein. Diese Differenz zwischen dem Herbeisehnen einer Arbeitsstelle und der eigentlichen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, die zu vermehrter Teilnahme an Protestaktionen führen kann, würde ebenfalls für deprivierte Protestgründe sprechen.

	<b>Nicht Protestierende</b>	<b>Protestierende</b>	<b>Σ</b>
<b>Nicht arbeitslos</b>	145 56,2%	113 43,8%	258 100,0%
<b>Arbeitslos</b>	3 60,0%	2 40,0%	5 100,0%
<b>Σ</b>	148 56,3%	115 43,7%	263 100,0%

**Abbildung 3:** Anteil der Arbeitslosen

Die Fallzahl der Erwerbslosen in der Zufallsstichprobe ist allerdings zu gering, um dieses Argument stützen bzw. verwerfen zu können. Man kann jedoch davon ausgehen, dass Arbeitslose gleichermaßen sowohl bei den „Protestierenden“ als auch bei den „Nicht-

<sup>1</sup> Bildung der unabhängigen Variable „Arbeitslosigkeit“: Arbeitssuchend mit 0: trifft nicht zu; 1: trifft zu

Protestierenden“ vertreten sind. Daraus resultiert wiederum, dass „Arbeitslosigkeit“ allein keine hinreichende Bedingung für einen kausalen Effekt auf die Variable „Protest“ ist.

### 6.3. Weibliches Geschlecht

#### **Führt das weibliche Geschlecht<sup>1</sup> aufgrund struktureller Benachteiligung zu Deprivation?**

Weiterhin geht ein Experte davon aus, dass Frauen eine deutlich geringere Wahrscheinlichkeit besitzen zu protestieren, als Männer (Interview 2: 28)<sup>2</sup>. Die Begründung dieser Konstellation basiert auf die auch heutzutage noch vorherrschende, strukturelle Benachteiligung von Frauen im Alltagsleben. Ihre Hauptzuständigkeiten umfassen größtenteils die Kindererziehung und den Haushalt. Somit bleibt den Frauen wenig Zeit sich ernsthaft mit dem Thema Politik zu befassen und diesbezüglich aktiv werden zu können, argumentiert einer der Experten (Interview 2: 29).

	<b>Nicht Protestierende</b>	<b>Protestierende</b>	<b>Σ</b>
<b>weiblich</b>	79	66	145
<b>männlich</b>	70	49	119
<b>Σ</b>	149	115	264

**Abbildung 4: Verteilung der männlichen Protestierenden**

Augenscheinlich muss diese These aufgrund der relativen bedingten Häufigkeitsverteilung in Abbildung 4 verworfen werden. Man erkennt: 66 von 145 der weiblichen Befragten protestieren, wohingegen sich „nur“ 49 von insgesamt 119 der befragten Männer an Protest beteiligen. Da dieses Verhältnis jedoch keine entscheidende Variation aufweist, kann man aus diesem Fall ebenfalls schließen, dass „Geschlecht“ für sich keine oder vielleicht sogar gar keine Bedingung für einen kausalen Effekt auf die abhängige Variable „Protest“ hat.

<sup>1</sup> Bildung der unabhängigen Variable „Geschlecht“: 0 weiblich; 1 männlich

<sup>2</sup> Interview 2: ehemaliger Landesvorsitzender einer linksextremistischen Partei

#### 6.4. Junge Männer

##### **Untersuchung der Risikogruppe junge Männer bezüglich Arbeitslosigkeit - gibt es hier eine erhöhte Protestteilnahme?**

Aufgrund dessen, dass sowohl „Geschlecht“, als auch „Arbeitslosigkeit“ der Befragten gesondert keine kausale Ursache für „Protest“ darstellen, wird untersucht, ob das Konzept „junge arbeitslose Männer“<sup>1</sup> möglicherweise eine kausale Ursache abbildet. Hier wird zum einen davon ausgegangen, dass junge Männer die Hauptrisikogruppe für Arbeitslosigkeit darstellen. Zum anderen stehen arbeitssuchende, junge Männer unter enormen Druck. Wie sollen sie ihre vielleicht künftig eigene Familie ernähren und wie kommen sie zuerst einmal selbst über die Runden. Arbeitssuchende, junge Frauen müssen sich diesem enormen Druck und Selbstzweifeln nicht unbedingt stellen, denn auch heute arbeiten viele mit Familie nur halbtags oder üben die Tätigkeiten einer Hausfrau aus.

	<b>Nicht Protestierende</b>	<b>Protestierende</b>	<b>Σ</b>
<b>Junge arbeitslose Frau</b>	1	1	2
<b>Junger arbeitsloser Mann</b>	2	1	3
<b>Σ</b>	3	2	5

**Abbildung 5:** Verteilung der jungen Männer, die protestieren: Risikogruppe bzgl. Arbeitslosigkeit

Die Fallzahl ist auch hinsichtlich dieser versuchten Hypothesenauswertung zu gering. Wie oben schon erwähnt enthält die aus Bamberg gezogene Stichprobe ausschließlich 5 Arbeitslose. Nur einer der 3 arbeitssuchenden, jungen Männer bringt seine Frustration durch die Teilnahme an politischen Protestaktionen zum Ausdruck. Es resultiert weder eine Wider- noch Belegung der Hypothese.

---

<sup>1</sup> Bildung des Konzeptes „junge Männer“: „Geschlecht“ gefiltert nach Arbeitssuchenden, die jünger als 25 Jahre alt sind (einschließlich 25 Jahre)

## 6.6. Bewertung der Demokratie

### Nimmt die schlechte Bewertung der in Deutschland vorherrschenden Demokratie Einfluss?

Kann man davon ausgehen, dass Personen, die mit der Ausführung der vorherrschenden Staatsform Deutschlands nicht zufrieden sind, tendenziell häufiger protestieren? Oder sind gerade die Unzufriedenen, die ihrer Meinung nach nichts verändern können, festgefahren?

	Nicht Protestierende	Protestierende	$\Sigma$
Keine schlechte Beurteilung der Demokratie	89 57,4%	66 42,6%	155 100,0%
Schlechte Beurteilung der Demokratie	60 55,6%	48 44,4%	108 100,0%
$\Sigma$	149 56,7%	114 43,3%	263 100,0%

**Abbildung 6:** Anteil der Personen, die die Demokratie in Deutschland als schlecht bewerten

Diese Aussage scheint auf den ersten Blick relativ einleuchtend, doch statistisch wird belegt, dass „Protestierende“ und „Nicht-Protestierende“ die Demokratie tendenziell gleich schlecht bewerten. Somit kann der Deprivationsansatz auch an dieser Stelle nicht bestätigt werden.

## 6.7. Politische Linksorientierung

### Politische Linksorientierung<sup>1</sup> mit dem Anliegen einer Umschichtung der gesellschaftlichen Gegebenheiten

Weiterhin wurden der Gedanke nach Gerechtigkeitsstreben und der Wunsch nach Verbesserung der eigenen Situation von den Experten aufgeführt. Viele Menschen fühlen sich ungerecht behandelt insbesondere seitens ihrer Arbeitgeber: sie werfen ihnen vor ausgebeutet zu werden, d.h., dass Arbeitnehmer zwar für die Gewinne größtenteils verantwortlich sind, aber nichts von dem Erfolg zu spüren bekommen (Interview 1: 11 - 15).

Einer der beiden Experten geht sogar so weit zu sagen, dass das heutige Gesellschaftssystem komplett gegen Arbeiter bzw. „einfachen Leute“ gerichtet ist. Damit stützt er sich auf Karl Marx und seine Ansichten zum Kapitalismus. Seines Erachtens nach ist es folgendermaßen: „Ein Grundwiderspruch besteht zwischen der Profitmaximierung auf der einen Seite und den

---

<sup>1</sup> Bildung der unabhängigen Variable „Linksorientierung“, indem die Punktwerte 1 bis 4 einer 10-stufigen Skala zu links orientierten Personen gezählt wurde, mit 0: trifft nicht zu und 1: trifft zu

elementaren Lebensinteressen der Menschen auf der anderen.“ Der Kapitalismus ist das Problem, dass die „Arbeiterklasse“ überwinden muss (Interview 2: 25/27).

Doch Überwindung bedeutet in diesem Fall die Umschichtung struktureller Gegebenheiten der Gesellschaft. Dieses Ziel wird vor allem von den Linken verfolgt. Es wird hin zu einer noch stärkeren sozialen Absicherung jedes Einzelnen durch den Staat bzw. dem Mitmenschen gestrebt (Interview 2: 27).

Demzufolge müssten Befragte, die sich politisch links orientieren eine höhere Wahrscheinlichkeit besitzen an Protestaktionen teilzunehmen.

	<b>Nicht Protestierende</b>	<b>Protestierende</b>	<b>Σ</b>
<b>Nicht links orientiert</b>	102 68,5%	47 31,5%	149 100,0%
<b>Links orientiert</b>	35 36,1%	62 63,9%	97 100,0%
<b>Σ</b>	137 55,7%	109 44,3%	246 100,0%

**Abbildung 7:** Anteil der Linksorientierten

Von den Befragten, die sich auf einer Skala der politischen Ausrichtung - von 1 bis 10 - auf den Punktwerten 4 bis 10 einordnen, zählen 36,1% zu den „Nicht-Protestierenden“. Gegensätzlich dazu protestieren nahezu doppelt so viele, 63,9% „Linksorientierte“ in der Befragung. Wie angenommen, zeigt sich ein Resultat, das die Deprivationstheorie rechtfertigt.

## **7. Annahmen pro Ressourcenansatz**

Im Folgenden werden die Annahmen, die für den konträren Ressourcenansatz sprechen aufgeführt und vorläufig durch bivariate Verteilungen der Zufallsstichprobe analysiert.

### **7.1. Hohe Bildung<sup>1</sup> als entscheidende Ressource**

An erster Stelle ist hier zu nennen, dass höher Gebildete bei Protestaktionen überrepräsentiert sind, was impliziert, dass niedriger Gebildete in der Minderheit anzutreffen sind (Interview 1: 21/ Interview 2: 28).

Die Hypothese des Experten ist einleuchtend. Bildung stellt eine kulturelle Ressource dar, die in ökonomisches Kapital transferiert werden kann um, dem Experten nach, das Privileg zu

---

<sup>1</sup> Bildung der unabhängigen Variable „Hohe Bildung“, indem lediglich Personen mit Abitur oder Fachabitur angesprochen werden, mit 0: trifft nicht zu und 1:trifft zu

besitzen, sich am politischen Geschehen zu beteiligen. Daraus kann man ableiten, dass die Variable „Bildung“ höchstwahrscheinlich die wichtigste Ressource ist, die die Protestbeteiligung fördert.

Zum anderen entwickeln viele Jugendliche, die keinen Schulabschluss, einen niedrigen Schulabschluss oder eine Ausbildung gemacht haben, kaum Ehrgeiz oder Motivation sich mit gewissen politischen Fragestellungen auseinanderzusetzen oder Gedanken über politische Belange zu machen (Interview 2: 28).

	<b>Nicht Protestierende</b>	<b>Protestierende</b>	<b>Σ</b>
<b>Kein hoher Schulabschluss</b>	84	36	120
<b>Hoher Schulabschluss</b>	60	74	134
<b>Σ</b>	144	110	254

**Abbildung 8:** Verteilung der Protestierenden mit höherem Schulabschluss (mind. Fachabitur)

Zu erkennen ist: die Aussage lässt sich auch mit Hilfe der Stichprobe belegen. Bemerkenswerter Weise protestieren sogar 74 von 110 Befragten, mit höherem Schulabschluss. Im Gegensatz dazu können lediglich 36 von 110 Personen ohne hohen Abschluss zu den „Protestierenden“ gezählt werden.

## **7.2. Elterliche Förderung<sup>1</sup> als weitere „Ressource“**

Impliziert werden kann: vor allem durch höhere Bildung besitzen Individuen das Privileg sich politisch beteiligen zu können. Bezogen auf den Ressourcenansatz erschließt sich so eine weitere plausible Annahme, die statistisch belegbar ist. Individuen, die in (v.a. finanziell) „abgesicherten“ Verhältnissen aufgewachsen sind, wurden vermutlich hinsichtlich ihres politischen Verhaltens familiär gefördert. Für diese Personen ist die Beschäftigung mit Politik selbstverständlich und gilt als alltäglicher Luxus (Interview 2: 30). In diesem Fall interessiert lediglich die Förderung bezüglich Demonstrationen/Streiks.

---

<sup>1</sup> Elterliche Förderung bezüglich Demonstrationen mit 0: trifft nicht zu und 1: trifft zu

	<b>Nicht Protestierende</b>	<b>Protestierende</b>	<b>Σ</b>
<b>Keine elterliche Förderung bzgl. Demonstration</b>	147 60,2%	97 39,8%	244 100,0%
<b>Elterliche Förderung bzgl. Demonstration</b>	2 10,0%	18 90,0%	20 100,0%
<b>Σ</b>	149 56,4%	115 43,6%	264 100,0%

**Abbildung 9:** Verteilung der Protestierenden die elterliche Förderung bzgl. Demonstrationen genossen

90% der Personen, die während ihrer Jugend hinsichtlich Demonstrationen politisch gefördert wurden, haben und würden sich an „extremen“ Formen des politischen Ausdrucks beteiligen. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass ausschließlich 20 Individuen der Zufallsstichprobe elterliche Förderung hinsichtlich dieser speziellen Partizipationsform genießen durften. Hinzu kommt, dass nur 39,8% (97 von 244 Befragten) der Individuen, die bezüglich dieser politischen Anteilnahme nicht unterstützt wurden, protestieren bzw. protestieren würden. Eine weitere Bestätigung der Ressourcentheorie ist zu erkennen.

### 7.3. Postmaterialisten

#### **Sind Befragte mit postmaterialistischen<sup>1</sup> Ansichten eher dazu bereit sich an Protest zu beteiligen?**

Auch postmaterialistische Ansichten könnten die Protestwahrscheinlichkeit bedingen. Für Postmaterialisten ist das Streben nach materiellen Gütern bedeutungsloser, als das Streben nach spezifischen abstrakten Werten (Freiheit, Kultur, Gesundheit usw.), da diese größtenteils gedeckt sind. Nicht zu vergessen ist, dass die Entstehung postmaterialistischer Gesellschaften mit dem Phänomen der Bildungsexpansion einherging. Somit sprechen postmaterialistische Ansichten für die Ressourcentheorie

	<b>Nicht Protestierende</b>	<b>Protestierende</b>	<b>Σ</b>
<b>Kein Postmaterialist</b>	59	22	81
<b>Postmaterialist</b>	85	90	175
<b>Σ</b>	144	112	256

**Abbildung 10:** Verteilung der postmaterialistisch eingestellten Protestierenden

<sup>1</sup> Bildung der unabhängigen Variable „Postmaterialist“, indem Postmaterialisten und der postmaterialistische Mischtyp in einer Kategorie enthalten sind mit 0: trifft nicht zu und 1: trifft zu

Der Tabelle nach zu urteilen, deuten die Ergebnisse tatsächlich auf den Ressourcenansatz hin. Unter den Befragten, die unter die Kategorie „Protestierende“ fallen, haben 90 Personen angegeben nach immateriellen Werten zu streben. Dagegen haben lediglich 22 von 81 „Materialisten“ protestiert bzw. würden sich an dieser atypischen Partizipationsform beteiligen.

## **8. Zwischenfazit**

Die Auswertung der Experteninterviews zeigt eine Überrepräsentation der Deprivationsgründe hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit zu protestieren, auf. Die vorläufigen statistischen Analysen der bivariaten Häufigkeiten zeigen jedoch ein davon abweichendes Ergebnis. Die Personen, die unter der Armutsschwelle leben, arbeitslos sind und die in Deutschland vorherrschende Demokratie schlecht beurteilen, weisen keine höhere Teilnahme bzw. Teilnahmewahrscheinlichkeit an Protestaktionen auf. Auch das Konzept der Risikogruppe hinsichtlich Arbeitslosigkeit („junge Männer“) wird widerlegt. Die einzige Hypothese, die in diesem Fall bestätigt wird ist die, dass „deprivierte“ „Linksorientierte“ vermehrt protestieren.

Die meisten Hypothesen des Deprivationsansatzes können mit Hilfe der Zufallsstichprobe widerlegt werden. Die Annahmen, die für den konträren Ressourcenansatz sprechen, lassen sich dagegen bestätigen. Höher Gebildete und Postmaterialisten protestieren wie angenommen stärker, da sie im Besitz der dafür notwendigen Ressourcen sind.

## **9. Multiple lineare Regressionsanalyse**

Zur konkreten Beantwortung der Frage: Protestieren Menschen de facto überwiegend aus Deprivationsgründen oder bestätigt sich das konkurrierende Konzept des Ressourcenansatzes, wird die statistische Analyse der multiplen, linearen Regression herangezogen.

Mit dessen Hilfe kann festgestellt werden welche der erklärenden Variablen überhaupt relevanten Einfluss auf die abhängige Variable „Protest“ besitzen und bzw. welche Variable nun den stärksten Einfluss ausübt.

### 9.1. Generierung der Voraussetzungen der Regression

Als Kriterium wurde der Summenindex mit den vordefinierten Protestvariablen jeweils nicht, mögliche und realisierte „Nutzung des öffentlichen Ausdrucks der politischen Meinung durch Aufkleber, Sticker oder Buttons“, der „Teilnahme an friedlichen Demonstrationen“ und „Demonstrationen bei denen mit Gewalt zu rechnen ist/war“, frequentiert.

Die so entstandene aufsteigende Skala wird in diesem Fall jedoch nicht kategorisiert.

	<b>Häufigkeit</b>	<b>Gültige Prozente</b>	<b>Kumulierte Prozente</b>
<b>Ich habe an keiner der drei Formen teilgenommen</b>	80	30,3	69,7
<b>Skalenwert 4</b>	69	26,1	43,6
<b>Skalenwert 5</b>	59	22,3	21,2
<b>Skalenwert 6</b>	12	4,5	16,7
<b>Skalenwert 7</b>	26	9,8	6,8
<b>Skalenwert 8</b>	6	2,3	4,5
<b>Ich habe an jeder der drei Formen teilgenommen</b>	12	14,5	<b>100,0</b>
<b><math>\Sigma</math></b>	<b>264</b>	<b>100,0</b>	

**Abbildung 11:** Häufigkeitstabelle Summenindex

Die meisten unabhängigen Variablen wurden binärisiert mit den dichotomen Ausprägungen „trifft zu“ und „trifft nicht zu“. Andere erklärende Variablen konnten dank ihrer ursprünglichen metrischen Form beibehalten werden.

Konzepte	Indikatoren	Messung durch:
1. Niedriges Einkommen	<i>Unter der Armutsschwelle</i>	Mittleres EK zu hohem EK
2. Arbeitslosigkeit	<i>Arbeitslosigkeit</i>	Nur Arbeitssuchende
3. Hoher Schulabschluss	<i>Bildung des Befragten</i>	Abitur und Fachabitur
4. Männer	<i>Geschlecht</i>	
5. Junge Erwachsene	<i>Alter</i>	Bis einschl. 25 Jahre
6. Linksorientierung	<i>Links-Rechts Skala</i>	Punktwerte 1 bis 4 der Links-Rechts Skala
7. Schlechte Bewertung der Demokratie	<i>Zufriedenheit mit Demokratie</i>	Teils/teils zu „schlecht“ und „sehr schlecht“
8. Politisch Geförderte	<i>Elterliche Förderung</i>	Bzgl. Demonstrationen
9. Postmaterialismus	<i>Postmaterialismus</i>	Postmaterialisten und postmaterialistischer Mischtyp

grün: Ressourcenansatz

orange: Deprivationansatz

**Abbildung 13:** Annahmen und die dazugehörigen Items der Regression

Der Deprivationsansatz wird wie in der Übersicht durch die Konzepte „niedriges Einkommen“, „Arbeitslosigkeit“, „Männer“, „junge arbeitssuchende Männer“, „Linksorientierte“ und „schlechte Bewertung der Demokratie“ überprüft. Der konträre Ressourcenansatz wird lediglich durch die Regressoren „hohe Bildung“, „politisch Geförderte“ und „Postmaterialismus“ definiert.

Die theoretischen Konzepte werden stufenweise in die Regression aufgenommen, dabei wird nach deren theoretischer Relevanz hierarchisiert (siehe Reihenfolge der Annahmen).

## 9.2. Interpretation des Regressionsmodells

Variablen	Betawerte
<i>Niedriges Einkommen</i>	,093
<i>Arbeitslosigkeit</i>	-,100
<i>Hoher Schulabschluss</i>	,206
<i>Männer</i>	,013
<i>Junge Erwachsene</i>	,003
<i>Linksorientierung</i>	,306
<i>Schlechte Bewertung der Demokratie</i>	,098
<i>Elterliche Förderung bzgl. Demonstration</i>	,211
<i>Postmaterialismus</i>	,128

**Abbildung 14:** Neuntes und damit letztes Regressionsmodell

Von Modell zu Modell nimmt die Erklärungskraft unseres linearen Regressionsmodells zu (siehe 7.1 des Anhangs). In unserem schlussendlichen Modell beträgt der Determinationskoeffizient - korrigiertes  $R^2$  0,304. Unser Modell erklärt demnach 30,4% der gesamten Varianz der abhängigen Variablen „Protest“. 178 beträgt unsere schlussendliche Fallzahl.

Schon nach den ersten drei aufgenommenen Variablen „unter der Armutsschwelle“ „Arbeitslosigkeit“ und „hohe Bildung“ zeigt sich ein differenziertes Ergebnis. Nicht die vielfach angenommenen Deprivationsgründe, sondern der konträre Ressourcenansatz bestätigt sich.

Auch im neunten und damit letzten Modell zeigen sich unerwartete Resultate. Politische „Linksorientierung“ hat schlussendlich den größten Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit der Protestteilnahme. Anschließend folgt, mit ebenfalls beachtenswertem Einfluss, die Variable „elterliche Förderung hinsichtlich der Teilnahme an Demonstrationen“ und „hohe Bildung des Befragten“.

Etwas abgeschlagen folgt die exogene Variable „Postmaterialismus“.

Ergo ist die Wahrscheinlichkeit für Befragte, die sich politisch „links“ einordnen, hinsichtlich der Teilnahme an Demonstrationen elterlich/familiär gefördert wurden, Abitur oder einen Fachhochschulabschluss besitzen und postmaterialistische Ansichten besitzen am höchsten.

Es ist zu erkennen, dass der Deprivationsansatz sich nicht bestätigen lässt. Im Gegenteil: die Befragten protestieren eher aus Gründen, die für den Ressourcenansatz sprechen. Eine Ausnahme stellt die Linksorientierung dar. Dieses Item hat sogar den relevantesten Einfluss auf die zu erklärende Variable „Protest“.

### 9.3. Signifikanzwerte der Variablen der Regression

	<b>Protest</b>
Niedriges Einkommen	*,128
Arbeitslosigkeit	,388
Hoher Schulabschluss	***,000
Männer	,729
Junge Erwachsene	***,005
Linksorientierung	***,000
Schlechte Beurteilung der Demokratie	,900
Elterliche Förderung bzgl. Demonstrationen	***,000
Postmaterialismus	***,000

**Abbildung 15:** Signifikanzen mit \*  $p < 0,1$  ; \*\*  $p < 0,001$  ; \*\*\*  $p < 0,0001$

Wie man der Übersichtstabelle entnehmen kann, sind die Signifikanzwerte der Regressoren größtenteils befriedigend, so dass die Nullhypothese, die besagt, dass keine Korrelationen zwischen der abhängigen und unabhängigen Variablen bestehen, verworfen werden kann. Bis auf „Arbeitslosigkeit“, „Schlechte Beurteilung der Demokratie“ und „Geschlecht“ tragen alle Variablen dazu bei, den Varianzanteil des Regressanden „Protest“ aufzuklären und implizit den nicht erklärten Anteil der Streuung zu minimieren. Da diese ohnehin keine tragende Rolle im Gesamtmodell spielen, kann über diesen geringen Makel hinweggesehen werden.

## 10. Zusammenfassung der Ergebnisse

Zum Abschluss werden alle Ergebnisse zusammengefasst vorgestellt und die zentrale Forschungsfrage konkret beantwortet. Anhand des in der Einleitung aufgeführten Beispiels ist zu erkennen, dass der Großteil der Bevölkerung von Deprivationsgründen hinsichtlich Protestaktionen ausgeht. Hinzukommt, dass dieser theoretische Ansatz in der Literatur oftmals als Protestgrund aufgeführt wird. Durch diese wissenschaftliche Arbeit wird der Versuch unternommen den so häufig angenommenen Ansatz zu widerlegen. Aus diesem Grund wurde der konträre Ressourcenansatz dem Deprivationsansatz gegenübergestellt.

Ferner wurde aus der Auswertung der Experteninterviews ersichtlich, dass auch hier deprivierte Protestgründe überwiegen.

Anhand der bivariaten relativen bedingten Häufigkeiten und der Interpretation der Ergebnisse der multiplen linearen Regression kann diese Überrepräsentation innerhalb der Stichprobe jedoch widerlegt werden.

Der Linksorientierung ungeachtet, geht deutlich hervor, dass überwiegend Menschen mit entsprechenden Ressourcen protestieren.

## Literaturverzeichnis

Abendblatt 2005: Unruhen in Frankreich weiten sich aus

<http://www.abendblatt.de/politik/europa/article771517/Unruhen-in-Frankreich-weiten-sich-aus.html>, Stand 05.11.2005, zuletzt geprüft am 20.06.2010

Brady/Verba/Schlozman (1995): A Resource Model of Political Participation. In: American Political Science Review, Vol. 89, No. 2

Bundestag 2005: Frankreichs Schwierigkeiten mit den Banlieue

<http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/38/Beilage/005.html>, zuletzt geprüft am 20.06.2010.

Gurr, Tedd Robert (1970): Why men rebel? Princeton, New Jersey: Princeton University Press

Husung, Hans-Gerhard (1984): Zu einigen Problemen der historischen Protestforschung am Beispiel gemeinschaftlichen Protests in Norddeutschland, in Heinrich Volkmann/Jürgen Bergmann (Hrsg.): Sozialer Protest. Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung. Opladen: Westdeutscher Verlag GmbH

Kaase, Max (1995): Partizipation, in: Berg-Schlosser, Dirk/Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Opladen: Leske und Budrich (3. Auflage)

Klingemann, Hans Dieter (1985): Formen, Bestimmungsgründe und Konsequenzen politischer Beteiligung Ein Forschungsbericht. Berlin: Presse- und Informationsstelle der Freien Universität Berlin

Krätschmer-Hahn, Rabea (2004): Geht es den Arbeitslosen zu gut? Zur Soziologie von Deprivation und Protest. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag GmbH/GWV Fachverlage

Rucht, Dieter (2001): Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen. Frankfurt/Main: Campus Verlag GmbH

Spiegel 2005: Rebellion gegen die Grande Nation

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,383288,00.html>, Stand 04.11.2005, zuletzt geprüft am 20.06.2010

Spiegel 2005: Unruhen in Frankreich

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,383374,00.html>, Stand 05.11.2010, zuletzt geprüft am 20.06.2010.